universität wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Das Hohe Haus im ORF

Verfasser

Sandra Maierhofer

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Juni 2009

Studienkennzahl: 301/315
Studienrichtung: Publizistik und Kommunikationswissenschaft
Univ.-Prof. Dr. Thomas A. Bauer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

Problemstellung und Forschungsfrage 6

I. Parlamentarismus und Kommunikation

1. Was ist ein Parlament – aus Sicht der Kommunikationswissenschaft? 7
   1.1 Interessen - System des kommunikativen Handelns und das intermediäre System 8
      1.1.1 Interessen als Anstoß für Kommunikation 8
      1.1.2 Wege der Interessensrealisierung in der Politik 9
      1.1.3 Das Parlament als Akteur der Interessensdurchsetzung im intermediären System 11
      1.1.4 Spezifische Probleme der Parlamentskommunikation 12
   1.2 Politische Kommunikation 13
      1.2.1 Begriffsklärung 13
      1.2.2 Systemzusammenhang Publizistik und Politik 15
      1.2.3 Rahmenbedingungen politischer Kommunikation in Österreich 18
   1.3 Politische Funktion der Massenmedien 19
      1.3.1 Weltbildapparate 19
      1.3.2 Schleusenwärter und news value 21
      1.3.3 Politische Funktionen der Massenmedien nach Ronneberger 23
      1.3.4 Contentmanagement statt Inhaltsschöpfung 25
2. Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments 26
   2.1 Tribünefunktion 27
   2.2 Differenzierung der Öffentlichkeit 28

II. Fernsehen in Österreich

1. Historische Entwicklung des Fernsehens im Österreichischen Rundfunk 31
   1.1 Von der ersten Sendung zum Massenmedium 31
   1.2 Rundfunkvolksbegehren 32
   1.3 Rundfunkgesetz von 1967 33
   1.4 Kampf um die unabhängige Berichterstattung 36
   1.5 Gegenreform 1975 39
   1.6 Zweite Ära Bacher 41
   1.7 Vom Monopol zum Marktführer 43
   1.8 Trimedialität und ihre Grenzen 45
   1.9 Probleme der Gegenwart 48
2. Wie funktioniert der ORF? 50
   2.1 Der Programmauftrag 51
   2.2 Die Organe des ORF 52
      2.2.1 Der Stiftungsrat 52
      2.2.2 Der Generaldirektor 54
      2.2.3 Der Publikumsrat 54

2.2.4 Die Prüfungskommission 55
2.2.5 Die Rechtsaufsicht 55
2.3 Politische Einflussnahme 56
3. Journalistische Darstellungsformen im Informationsbereich des ORF Fernsehen 59
3.1 Moderation und Meldung 59
3.2 Die Off-MAZ 60
3.3 Der Beitrag 60
3.4 Das Interview 61
3.5 Die Analyse 61

III. Parlamentsfernsehen im ORF

1. Die Anfänge der Parlamentsberichterstattung im ORF 63
1.1 Parlamentsreporter im Härtetest 64
1.2 Schritte zur Öffnung 65
2. Die Entwicklung der Sendung „Hohes Haus“ 66
2.1 Erste Magazinsendung „Hohes Haus“ 66
2.2 Weiterentwicklung der Sendung 67
2.3 Das „Hohe Haus“ heute 69

IV. Datenerhebungen

1. Expertengruppe Hohes Haus 71
1.1 Zur Methode der qualitativen Analyse 72
1.1.1 Gruppendiskussion 72
1.1.2 Qualitative Inhaltsanalyse 73
1.2 Konzeptionierung Expertengruppe „Hohes Haus im ORF“ 74
1.3 Teilnehmer 76
1.3.1 Robert Stoppacher 76
1.3.2 Fred Turnheim 77
1.3.3 Peter Baminger 78
1.3.4 Bettina Tasser 78
1.3.5 Harald Himmer 78
1.3.6 Elisabeth Hakel 79
1.3.7 Stefan Schennach 79
1.4 Durchführung 79
1.5 Auswertung 80
1.5.1 Themengliederung – Diskursbeschreibung 80
1.5.2 Das Kategoriensystem/ Explikation 83
1.5.2.1 Kategorie 1 „Bühne/ Rampenlicht erwünscht“ 83
1.5.2.2 Kategorie 2 „Bühne/Rampenlicht unerwünscht“ 88
1.5.2.3 Kategorie 3 „Kooperation Politik-Journalismus funktioniert“ 92
1.5.2.4 Kategorie 4 „Kooperation Politik-Journalismus funktioniert nicht“ 96
1.5.2.5 Kategorie 5 „Kritik an der Politik“ 107
1.5.2.6 Kategorie 6 „Kritik am Journalismus/ ORF“ 113
1.5.2.7 Kategorie 7 „Magazinsendung Hohes Haus historisch“ 127

1.5.2.8 Kategorie 8 „Magazinsendung Hohes Haus kritisch“ 134
1.5.3 Zusammenfassung nach Kategorien/ Strukturierung 140
1.5.3.1 Kategorie 1 – Bekenntnis zum Plenum als Bühne 140
1.5.3.2 Kategorie 2 – Ausschluss vom Ausschuss 141
1.5.3.3 Kategorie 3 – Gute Zusammenarbeit 142
1.5.3.4 Kategorie 4 – Machtkontrolle/Kontrollmacht 143
1.5.3.5 Kategorie 5 – Parlament, ein schlechter Kommunikator 145
1.5.3.6 Kategorie 6 – ORF, ein veralteter Kommunikator 146
1.5.3.7 Kategorie 7 – Das Hohe Haus im Wandel der Zeit 147
1.5.3.8 Kategorie 8 – Der Status Quo fordert Verbesserungen 148

V. Conclusio 150

VI. Literaturverzeichnis 154

VII. Abbildungsverzeichnis 157

VIII. Anhang 159

1. Stimulus und Leitfaden, Fokusgruppe 31.10.2008 159
2. Text aus DiePresse online vom 30.03 2009 161
3. Text aus dem Wirtschaftsblatt online vom 20.03 2009 162
4. Text aus dem DiePresse online vom 22.08 2007 164
5. Text aus dem DiePresse online vom 13.12. 2006 165
6. Text aus dem DiePresse online vom 15.08. 2007 166
7. Text aus kleinezeitung.at vom 11.12. 2008 168
8. Text aus derstandard.at vom 10.11. 2008 169
9. Text aus steiermark.orf.at vom 14.11.2005 169
10. Text aus diepresse online vom 25.02.2008 170
11. Mitglieder des ORF Stiftungsrates 171
12. APA Meldung vom 18.05.2006 172

Vorwort

Die ORF Parlamentsredaktion erfüllt den öffentlich-rechtlichen Auftrag, unter anderem über die Magazinsendung „Hohes Haus“, so tapfer und treu, wie kaum eine andere im ORF. Die Berichterstattung über das österreichische Parlament ist ein Urgestein im Kern der Aufgaben des österreichischen Rundfunks. Es ist daher an der Zeit, diese Konstante in der Geschichte des ORF näher zu beleuchten und unter kommunikationswissenschaftlichen Gesichtspunkten zu hinterfragen.

Für das Zustandekommen der Arbeit bedanke ich mich bei Thomas Ortner, der mich langsam an das Thema „Hohes Haus“ herangeführt und mein Interesse geweckt hat.

Für konstruktive Gespräche und überlebensnotwendigen Zuspruch bedanke ich mich bei Helmut Pfitzner und Peter Baminger.

Für die Kooperation mit der Parlamentsredaktion bedanke ich mich besonders bei Robert Stoppacher.

Für die Teilnahme an der Expertengruppe geht mein Dank an:
Harald Himmer, Stefan Schennach, Elisabeth Hakel, Robert Stoppacher, Fred Turnheim, Peter Baminger und Bettina Tasser. Sowie Jürgen Weiss, der am Zustandekommen der Expertenrunde engagiert beteiligt war.

Weiteren Dank an:
Valerie Hackl und Florian Krautgartner

Für Kurt und Christa Maierhofer

Problemstellung und Forschungsfrage

Am Beginn jeder wissenschaftlichen Arbeit steht ein Problem. Diese Arbeit befasst sich mit der Problematik der Vermittlung parlamentarischer Arbeit durch das Medium Fernsehen.

Die Forschungsfrage lautet: In wie weit wird die Parlamentsberichterstattung des ORF der parlamentarischen Arbeit gerecht? Dabei soll auf die kommunikationswissenschaftliche Bedeutung des Begriffes politische Kommunikation verwiesen werden, die Möglichkeiten der Informationsvermittlung via Fernsehen eingegangen werden und die Historie des ORF und der Parlamentsredaktion skizziert werden.

Mit Hilfe einer Expertengruppe aus Journalisten und Abgeordneten wird per qualitativem Analyseverfahren versucht, Antworten auf diese Forschungsfrage zu skizzieren und so es geschieht neue, spezifischere Fragen aufzuwerfen.

I. Parlamentarismus und Kommunikation

1. Was ist ein Parlament – aus Sicht der Kommunikationswissenschaft?

Das Parlament ist der Ort und gleichzeitig das Organ der politischen Repräsentation des Volkes. Aus diesem Grund werden in einer Demokratie die Vertreter des Parlaments durch Wahlen bestimmt. Das Parlament bildet in einem Staat die Ebene der Legislative. Zudem wird das Budget verhandelt und die Arbeit der Regierung kontrolliert. Das impliziert das Vorhandensein von mindestens zwei Partein, die unterschiedliche Interessen vertreten.
Das Parlament ist Kommunikation. Das Parlament ist wie das Autobahnkreuz eines Politischen Kommunikationshighways. Hier tauschen sich Regierung und Opposition aus, hier kann das Volk die Entscheidungsfindung mit verfolgen, hier wird in Ausschüssen, ein gemeinsamer Nenner gefunden. Hier treffen einander soziale Interaktionen, Massenmedien, symbolische Interaktion und Sprache.

In Österreich besteht das Parlament aus zwei Kammern. Dem Nationalrat und dem Bundesrat. Der Nationalrat ist das zentrale Gesetzgebungsorgan. Er wird vom Volk auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl für vier Jahre gewählt. Sitz des Nationalrats ist Wien, die Sitzungen sind in der Regel öffentlich, es sei denn, der Nationalrat beschließt anderes.
Der Bundesrat versteht sich als die zweite Kammer des Parlaments. Gemeinsam mit dem Nationalrat wird die Gesetzgebung des Bundes ausgeübt und die Bundesversammlung gebildet. Der Bundesrat soll die Interessen der Länder bei der Gesetzgebung des Bundes vertreten. Seine Mitglieder werden von den Landtagen entsprechend dem politischen Kräfteverhältnis nach jeder Landtagswahl für die Dauer ihrer Gesetzgebungsperiode gewählt, sind diesen aber nicht verantwortlich. Die Sitzungen des Bundesrats sind öffentlich.[1]

[1] Quelle: ***aeiou****.iicm.tugraz.at am 09.02.09.*

1.1 Interessen- Systeme des kommunikativen Handelns und das intermediäre System

1.1.1 Interessen als Anstoß für Kommunikation

Das Lern- und Forschungsfeld der Kommunikationswissenschaft beruht auf der Formel, die Harold Dwight Lasswell 1948 in den vereinigten Staaten festgehalten hat.

Wer sagt *was* zu *wem* in *welchem Kanal* mit *welchem Effekt*.

Das ist gewisser Maßen das Einmaleins der Kommunikationswissenschaft. Daran knüpft sich auch die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas aus dem Jahr 1981. Er hat die Lasswell Formel durch die Dimension des intentionalen Handelns erweitert. Hier ist die Frage nicht nur, was ist Kommunikation, sondern auch warum gibt es sie? Die folgende Grafik fasst die Intentionalität des kommunikativen Handelns zusammen:

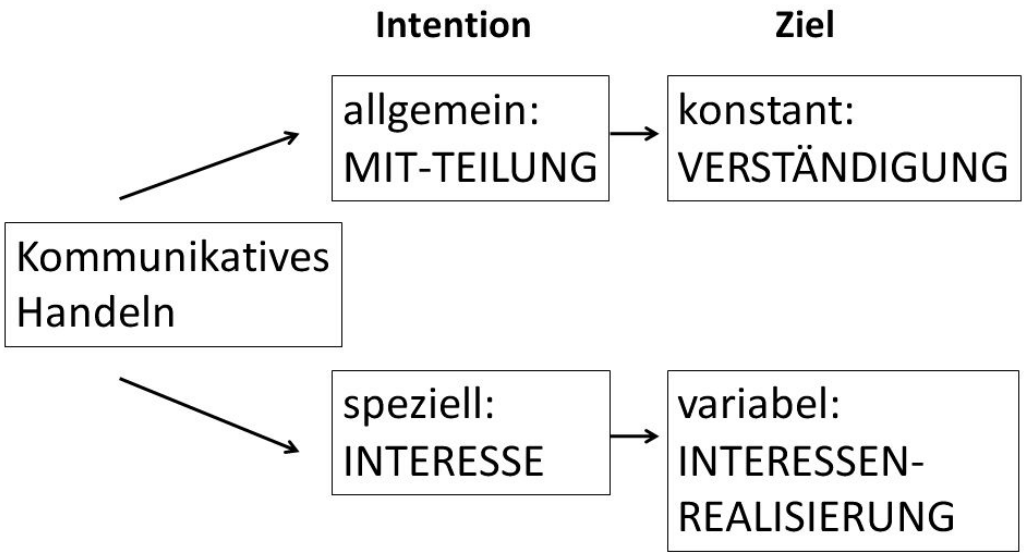


Abb.1 Politik und Publizistik im Systemzusammenhang [2]

[2] aus **Burkart**, Roland: „Kommunikationswissenschaft“, Wien 2002., Seite 27

Die Aussage eines Kommunikators wird hier zu einer kommunikativen Handlung mit Intentionen und Zielen. Die Ebene der Mitteilung hat die Verständigung zum Ziel und die Ebene des Interesses deren Realisierung. Um ein an dieser Stelle oft gebrachtes Beispiel zu zitieren: Der Satz „Monika, schließ das Fenster!“ impliziert den Mitteilungscharakter dadurch, dass der Kommunikator will, dass die Empfängerin die Bedeutung seiner Äußerung teilt und damit versteht. Die Interessensebene ist gleichsam der Anlass für kommunikatives Handeln. In diesem Fall könnte dem Kommunikator die Zugluft missfallen und er möchte ein geschlossenes Fenster.
Daraus geht hervor, dass wir nicht des Kommunizierens wegen kommunizieren, sonder Interessen-geleitet handeln. Damit unsere Interessen auch tatsächlich realisiert werden und damit wir auch verstanden werden, müssen Zeichensysteme und Kanäle funktionieren.

1.1.2 Wege der Interessensrealisierung in der Politik

Eine traditionelle Sichtweise des Begriffs Politik, versteht eine Trennung zwischen Staat und Gesellschaft. Politik wird in der heutigen Wissenschaft aber als „die Herstellung allgemein verbindlicher Entscheidungen definiert, also als jene sozialen Interaktionen, die auf die Selektion, Durchführung und Durchsetzung kollektiver bindender Entscheidungen ausgerichtet sind“.[3] Dabei handeln individuelle und kollektive Akteure innerhalb eines öffentlich - werdenden Prozesses in dessen gesamten Verlauf oder auch nur phasenweise. „Der politische Prozess ist kontingent“ (Jarren, 2006, S.:120) er kann je nach beteiligten Akteuren unterschiedliche Verläufe nehmen.

Das Intermediäre System versteht nun die Vermittlung zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern. Unter diesen Voraussetzungen lässt sich Politik als *Transformation von Interessen* verstehen. Der Begriff „Vermittlung“ ist hier aber nicht einseitig anzunehmen. Die Interessensvermittlung findet als „Input- und Output Kommunikation“ statt (vgl. Jarren, 2006, Seite121). Dabei entwickelt das

[3] Jarren, Otfried und Donges, Patrick „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft“, Wiesbaden 2006, Seite119

intermediäre System durchaus ein Eigenleben. Das bedeutet, dass Akteure des Systems längst verstanden haben Interessen überhaupt erst zu wecken oder umzudeuten oder zu transformieren. Beim intermediären System handelt es sich also um ein differenziertes, flexibles und multifunktionales Handlungsfeld, dem ein systemhafter Charakter zuerkannt werden kann.

Das „Mediatisierte Modell“ des intermediären Systems versteht die Medien nicht mehr als einen von vielen Akteuren, die darauf abzielen Interessen durchzusetzen. Medien haben sich durch ihre stärker gewordene ökonomische Ausrichtung und gesellschaftliche Bedeutung von den anderen Organisationen des intermediären Systems abgekoppelt und eigenständig positioniert – sind also Zwischenstelle oder Filter zwischen den Bürgern und allen übrigen Akteuren des intermediären Systems.

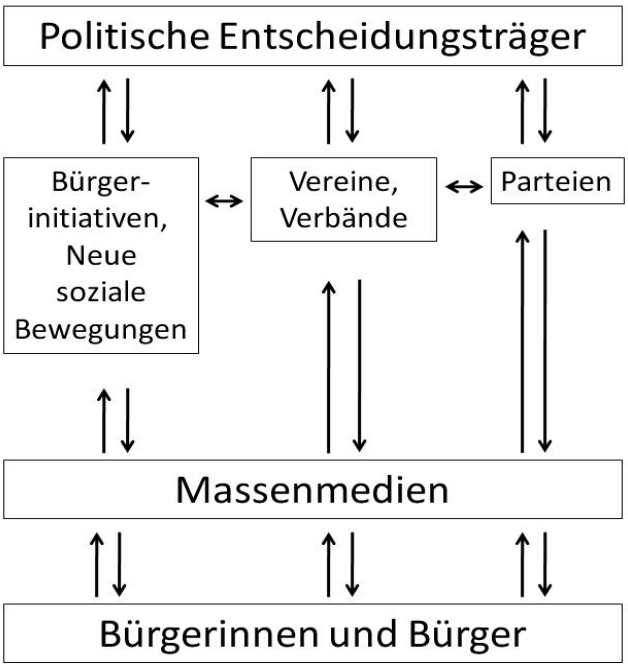


Abb.2: Intermediäres System (Mediatisiertes Modell)[4]

Die horizontale Ebene des Modells zeigt das Interagieren und das Verhandeln der Organisationen miteinander. Es existiert hier aber auch eine weitere Form der Durchdringung, dann einzelne Personen können unterschiedlichen Organisationen

[4] Jarren, Otfried und Donges, Patrick „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft“, Wiesbaden 2006, S.:124

zur gleichen Zeit angehören. Diese Funktions- und Rollenverknüpfung findet sich vor allem bei Mitgliedern politischer Parteien.
Die vertikale Ebene zeigt die Kommunikation zwischen den intermediären Organisationen und dem politischen System. Vor allem Vertreter politischer Partein haben hier eine besondere Bedeutung, weil sie „sowohl in der intermediären Organisation agieren […] und zugleich auch Positionen im politischen System inne haben." (Jarren, 2006, S.:125)
Weiters kann noch die *Organisationsinterne oder binnenkommunikative Ebene*, das bedeutet die Kommunikation innerhalb der Akteure des intermediären Systems, wie zum Beispiel die Kommunikation zweier divergenter Flügel einer Partei und die *gesellschaftliche Ebene*, die Kommunikation des ganzen Systems darüber, was denn politische Angelegenheiten sein sollen, unterschieden werden.

1.1.3 Das Parlament als Akteur der Interessensdurchsetzung im intermediären System

Das Parlament genießt, ebenso wie die Regierung aufgrund ihrer Entscheidungsfähigkeit einen Beachtungs- und Aufmerksamkeitsbonus in der Medienlandschaft. Das Parlament handelt allgemein öffentlich und erwartet von den Medien die Vermittlung ihrer Entscheidungen. Hier zeigt sich eine der Problematiken der Parlamentskommunikation. Denn, „vor allem Angehörige des administrativen Teils des politische-administrativen Systems, also die Ministerialbeamten bzw. die Angehörigen der Verwaltung, sind weniger auf Wähler und Publikum angewiesen und agieren daher eher nicht öffentlich. Durch verwaltungs- und verfahrensrechtliche Bestimmungen wird dieser Bereich, in dem faktisch aber Gesetze und Verordnungen als politische Entscheide formuliert werden, dem öffentlichen Blick stark entzogen." (Jarren, 2006, S.:139)
Ein weiteres Problem liegt in der mitunter lähmenden und schwer nachvollziehbaren Binnenkommunikation des Parlaments, in der sich die vertikale und horizontale Ebene des intermediären Systems überschneiden und formelle und informelle Kommunikationsprozesse überlagern. Die Einflussnahme des Parlaments auf die Regierungsarbeit ist vielfältig, „wobei dies vor allem durch ein komplexes und stark informelles Instrumentarium, also überwiegend durch Informations- und Kommunikationsbeziehungen geschieht." (Jarren, 2006, S.:140)

Dazu werden drei parlamentarische Kommunikationsformen unterschieden: (vgl. Patzelt, „Parlamentskommunikation“, 1998) Die *Arbeits-, Durchsetzungs-* und *Darstellungskommunikation*.

Die Arbeitskommunikation ist nach Patzelt durch Sachlichkeit und Kollegialität geprägt. Sie findet weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit, beispielsweise in Form von Ausschüssen und Arbeitsgruppen statt. Die Durchsetzungskommunikation bezieht sich auf die Vorbereitung der Mehrheitsfähigkeit der jeweiligen Positionen. Diese deckt sich weitgehend mit dem Begriff der Parteiöffentlichkeit, wie ihn Heinrich Oberreuter verwendet (siehe 2.2 Differenzierung der Öffentlichkeit). Für die Massenmedien hauptsächlich relevant ist die Darstellungskommunikation. Hier werden bereits getroffene Entscheidungen zusammengefasst und interpretiert mit dem Ziel die Attraktivität des eigenen Lagers zu verbessern und abgelehnte Entscheidungen in Frage zu stellen. Dies deckt sich größtenteils mit der Formulierung der Tribünefunktion. (siehe 2.1 Tribünefunktion)

1.1.4 Spezifische Probleme der Parlamentskommunikation

Empirische Studien weisen auf eine Reihe spezifischer Kommunikationsprobleme hin. Zum einen ist nicht jede Entscheidung für Medien gleich relevant. Redistributive Entscheidungen, also solche, die aufgrund von Umverteilung „Gewinner“ und „Verlierer“ hervorbringen, werden von den Medien ebenso bevorzugt, wie restriktive und extensive Entscheidungen (vgl. Jarren, 2006, S.:140). Regulative und distributive Entscheidungen, also solche bei denen es keine ausgemachten „Verlierer“ gibt, sind hingegen für die Medien weniger attraktiv.

Weiters passen die Abläufe der parlamentarischen Willensbildung nicht zu den Prioritäten der Berichterstattung. Bis aktuelle Probleme zur parlamentarischen Agenda werden, sind sie oft schon vom journalistischen Blickfeld verschwunden. Zum Zeitpunkt der parlamentarischen Entscheidung, ist die Geschichte dann schon „alt“.

Die Sachpolitik findet in den meisten Medien wenig Aufmerksamkeit. Das hängt mit der Fixierung der Medien auf die Plenarsitzungen zusammen. Damit steht automatisch die Tribünefunktion in der Aufmerksamkeit und Erfahrungswelt der Bürger und Rezipienten vor der politisch-sachlichen Arbeitsebene. Aufmerksamkeitsgewinne verzeichnet die Politik meist dann, wenn allgemein relevante Entscheidungen getroffen werden oder ein Streit innerhalb der politischen Akteure ausbricht.
Ein weiteres besonderes Problem der Parlamentskommunikation ist, dass der Akteur Parlament keine politische Position im Alltagsgeschäft vertritt. Daher wird das Parlament als Ort, aber nicht als Sprachrohr in der Medienöffentlichkeit wahrgenommen. Neben dem Präsidenten oder der Präsidentin des Parlaments, die in der Öffentlichkeit eher als Repräsentanten wahrgenommen werden, wird das Parlament von den führenden Parlamentariern der Oppositions- und Regierungsparteien geprägt, die ein bestimmtes Bild des politischen Alltags transportieren. (vgl. Jarren, 2006, S.:141)

1.2 Politische Kommunikation

1.2.1 Begriffsklärung

Was politische Kommunikation ist, ist genau so schwer zu beantworten, wie die Frage danach, was ein politisches und was ein unpolitische Thema ist. Eine Antwort könnte sein: Jene Kommunikation, die für die Politik relevant ist. Was auch bedeutet, dass Themen, die der Politik unwillkommen sind, wohl gerne als unpolitisch hingestellt werden. Aber auch das Umgekehrte kann der Fall sein. „Themen, die sich nicht mediengerecht darstellen lassen, gelangen oft gar nicht in den politischen Entscheidungsprozess.“[5] Demokratie beruht auf öffentlichen Prozessen. Ein Wähler, der nichts weiß, kann keine adäquate Entscheidung treffen. Durch Massenmedien werden Bürger erst zum wirklichen Gebrauch politische Freiheit befähigt, so Walter Berka in seinem Aufsatz „Politische Kommunikation in der demokratischen Verfassungsordnung“. Hier hält er fest,

[5] Filzmaier, Peter: Rahmen und Grundregeln Politischer Kommunikation in Filzmaier, Plaikner, Duffek: Meidendemokratie Österreich, Wien 2007, S. 13

dass Massenmedien den „legitimierenden Kontakt zwischen der politischen Leitung und dem Volk herstellen und bewirken jene Permanenz öffentlicher Kritik und Kontrolle, die ein informelles und unverbindliches, aber wirksames Korrektiv staatlicher Herrschaft sein kann.“[6] Weiters hält er fest, dass pluralistischen Gruppen durch die Bahnen öffentlicher Auseinandersetzungen gelenkt werden und so die gleichen Chancen der Minderheiten gesichert sind.
Politische Kommunikation ist demnach Kommunikation in der der Kommunikator aus der Politik kommt, der Kommunikator sich an die Politik wendet oder der Inhalt der Kommunikation politisch ist. Dies kann massenmedial vermittelt sein, oder auch nur im kleinen Rahmen stattfinden.
Dadurch wird auch klar, dass „Politische Kommunikation nur ein besonders hervorgehobener Ausschnitt der öffentlichen Kommunikationsprozesse ist.“ (Berka in Langenbucher, 1993, S. 23)

Auch Peter Filzmaier kommt in seinem Aufsatz „Rahmen und Grundregeln politischer Kommunikation“ zu ähnlichen Definitionen. Er geht sogar so weit zu sagen, dass unter pragmatischen Gesichtspunkten jede Art der Politikvermittlung als politische Kommunikation verstanden werden kann. Das umfasst politische Information, politische Partizipation und politische Kommunikation im engeren Sinne als Kampagnenarbeit. Filzmaier warnt davor, dass in der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion der Begriff politische Kommunikation oft, auf den letztgenannten Punkt, also die Kampagnenarbeit reduziert wird.
Nach Filzmaier hat politische Kommunikation als Begriff eine breite Palette. Es versteht sich als interaktiver Prozess zwischen Regierten und Regierenden und Partizipation spielt dabei eine wesentliche Rolle. Damit ist nicht nur der Gang zur Urne gemeint, sondern auch ein Äußern seiner politischen Meinung und wenn es nur in einer Teilöffentlichkeit ist. Politische Kommunikation im engeren Sinn ist zielgerichteter das heißt kurzfristiger und persuasiv. (vgl. Keplinger 1998, S. 362) und durch den Wettbewerb verschiedener Parteien und Personen geprägt.
Die kommunikationswissenschaftliche Forschung unterscheidet drei Zugänge zum Begriff politische Kommunikation:

[6] Berka, Walter: Politische Kommunikation in der demokratischen Verfassungsordnung, in Langenbucher, Wolfgang: „Politische Kommunikation – Grundlagen, Strukturen, Prozesse“, Wien 1993, S. 19

Die ***Wahlforschung***, basierend auf der Arbeit Lazarsfelds 1944, erörtert den Einfluss der Kampagnenarbeit auf das Wahlverhalten der Bürger. Wobei sich oft gezeigt hat, dass die Bedeutung politischer Kampagnen der Parteien und/oder Kandidaten für das Wahlergebnis relativ gering ist. (vgl. Filzmaier 2007, S. 14) Was damit zu tun hat, dass das Wahlverhalten von schwierig zu steuernden Prozessen persönlicher Interaktion in komplexen sozialen Umfeldern geprägt ist. Zudem können von Naturkatastrophen bis politischen Missständen laufend unvorhersagbare Variablen auftreten und das Ergebnis beeinflussen. Nach Filzmaier halten Politiker und Praktiker hauptsächlich deshalb an der starken Wirkung politischer Kampagnen fest, um die großen Kosten und ganze Berufsfelder – vom Berater bis zum Journalisten – zu rechtfertigen.

Die **Kommunikationsforschung** konzentriert sich zweitens auf die massenmedialen *Kanäle der Politikvermittlung*. Der Glaube an das große Potential einer direkten Beeinflussung von Bürgern und Wahlen durch Propaganda im Sinne von Stimulus – Response gilt seit dem zweiten Weltkrieg als überholt. (vgl. Klapper 1960) Stattdessen ist man dazu übergegangen den Medien die Fähigkeit zur Verstärkung und Mobilisierung bestehender Präferenzen zuzuschreiben. In den 80er Jahren dominieren Agenda Setting Modelle, also die Reduzierung der Macht der Medien auf die pure Vorgabe von Themen. Heute setzen sich Modelle einer prime-time-politics als Konvergenz Medialer Arbeit und politischer Kampagnen durch, die Pseudoereignisse mediengerecht vorbereiten.

Die **Parteiforschung** beschäftigt sich mit der Organisation und Wirkung von Kampagnen über die *Personalisierung*. Hier steht also die Rolle der Kandidaten und die wechselseitige Abhängigkeit von Partei und Kandidat im Vordergrund.

1.2.2 Systemzusammenhang Publizistik und Politik

Ulrich Saxer bezeichnet die Verflechtungen des politischen und des publizistische Systems als derart dicht, dass er zugibt, Probleme damit zu haben, hier eine Art publizistische Bilanz zu ziehen. Damit erklärt er auch den mannigfaltigen Funktionskatalog, der hier auch noch weiter besprochen werden wird (siehe 1.3 Politische Funktion der Massenmedien)

Viel wichtiger ist Saxer aber darauf hinzuweisen, dass die Publizistikwissenschaft eine empirische Wissenschaft ist und daher auch analysieren muss, „inwiefern das Verhalten von Medienorganisationen geeignet ist, um öffentlich geäußerte politische Zielvorstellungen, wie zum Beispiel die Versorgung des Publikums mit objektiver und der politischen Meinungsbildung dienlicher Information, tatsächlich zu verwirklichen.“[7] Denn schließlich besteht nicht nur zwischen dem Gesagten und dem Gemeinten, sondern auch zwischen Gewollten und dem Angerichteten oft ein Unterschied.

Die Funktionskataloge der Publizistik für die Politik müssen, laut Saxer, um die Funktionen der Politik für die Publizistik ergänzt werden. Es ist nicht nur naiv, sondern auch gefährlich zu glauben, dass Massenmedien ohne politische Themen, ohne Rohmaterial auskommen würden. Politik und Publizistik stehen vielmehr in einem „Problemlösungs- und freilich auch –schaffungszusammenhang; das richtige Stichwort muss lauten: Interdependenz.

Saxer führt dazu folgendes Schaubild an:

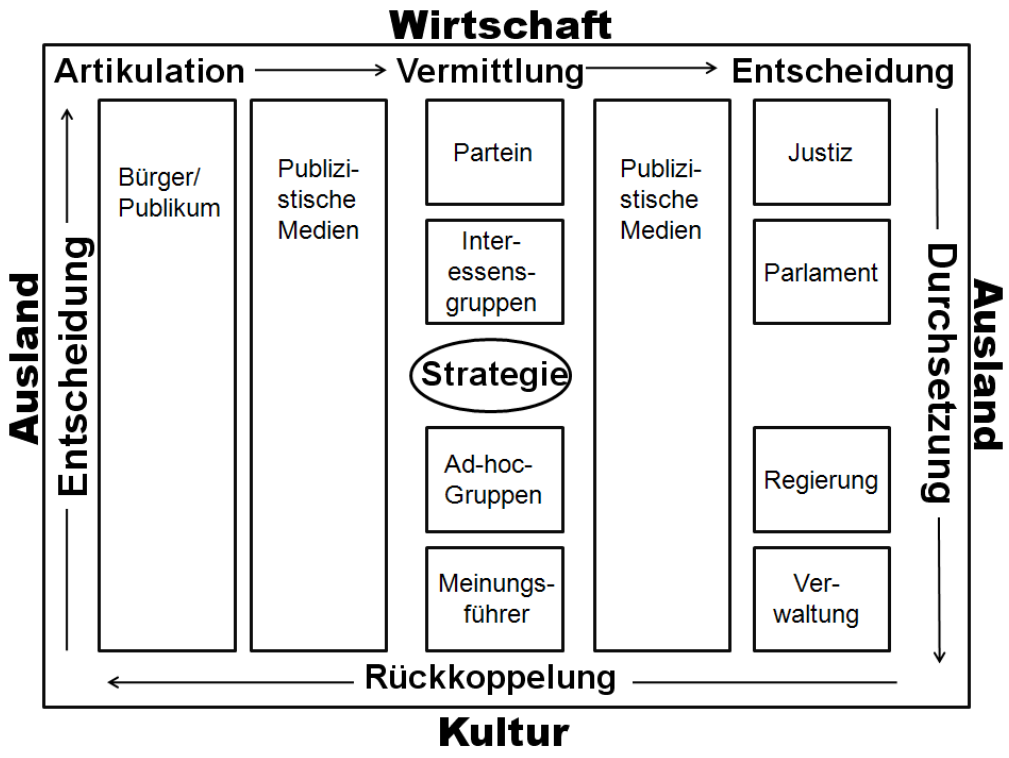


Abb.3 Politik und Publizistik im Systemzusammenhang[8]

[7] Saxer, Ulrich: Politische Funktion der Publizistik aus der Sicht der Publizistikwissenschaft, in Langenbucher, Wolfgang: „Politische Kommunikation – Grundlagen, Strukturen, Prozesse“, Wien 1993, S. 116

[8] ebd S. 118

Eine Darstellung die schon auf den ersten Blick klar macht, dass die Zusammenhänge recht undurchsichtig sind. Im Zentrum stehen Strategien. Politik und Medien verwenden diese Klaviatur, um gewisse Ziele zu verfolgen. Im Volk können Entscheidungen, meist durch Probleme hervorgebracht, entstehen. Diese werden in publizistischen Medien artikuliert und dadurch vermittelt. Parteien und Interessensgruppen können daraufhin ihre Strategien spielen lassen, um erneut über den Weg der publizistischen Medien bei den durchführenden Organen Entscheidungen hervorzurufen, über die wiederum in publizistischen Medien berichtet wird, worauf es zu einer Rückkoppelung des Prozesses kommt. Publizistische Medien greifen also auf unterschiedlichen Ebenen in den Prozess ein und profitieren letztlich ebenso, wie der Prozess selbst. Dabei ist die Art und Weise wie Medien in den Prozess eingreifen äußerst unterschiedlich. Ein Artikel kann einen Abgeordneten dazu inspirieren im Parlamentsclub einen bestimmten Vorschlag zu machen und so die Strategien in Gang setzten. Nicht immer werden die Zusammenhänge so groß und gravierend sein, dass eine Tageszeitung einen Mann zum Kanzler machen könnte.

Saxer unterscheidet drei Forschungsphasen. Im Propagandafeuer des ersten Weltkrieges wurde publizistischen Medien noch ein sehr großes Überredungsvermögen attestiert. In einer zweiten Forschungsfase, nach dem zweiten Weltkrieg, wurde eine vornehmlich bestätigende Medienwirkung statt einer überredenden nachgewiesen. „Politische Kommunikation kommt ja […] nur zustande, wenn das Publikum mittut, indem es sich überhaupt der entsprechenden Botschaft aussetzt, sie im Sinne des Kommunikators auch versteht und sie überdies nicht gleich wieder vergisst.“ (Saxer in Langenbucher 1993, S. 120) Dem zur Folge können nur sehr wenige Bürger von der Publikative zum Wechselwähler gemacht werden. Doch angesichts immer knapper werdender Wahlergebnisse ist auch das ein sehr bedeutsamer Einfluss, um den politische Akteure verständlicher Weise buhlen. In der dritten Forschungsfase, die in den 70er Jahren angesetzt wird, wird der Forschung Einseitigkeit vorgeworfen. Die Monopolisierung des Rundfunks bringt ein neues Leistungsvermögen mit sich. Die Beeinflussung liegt nun nicht mehr in der einseitigen Vermittlung von Themen, sondern vielmehr in der Auswahl derselben. „Nicht was, vielmehr worüber nachzudenken […] sei, stellt […] den elementaren Beitrag von Publizistik an das

politische Geschehen dar.“ (Saxer in Langenbucher 1993, S. 120) Doch auch die Agenda-Settig-Funktion (vgl. Cohen 1963 und Lippmann 1922) der Medien beschreibt nach Saxer noch keine Übermacht der Publikative, denn die Tagesordnung der Rezipienten lässt sich von den Medien nicht in vollem Umfang aufdrängen.

Für Saxer liegt die Macht der Medien vielmehr im Abhängigkeitsverhältnis, in dem der Bürger zu ihnen steht. Im Sinne einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung haben es die Medien übernommen, die komplexen Entscheidungen und Zusammenhänge der Politik zu erklären. Der Bürger braucht sich „nur“ informieren. Es kann nicht erwartet werden, dass jeder für sich die relevanten politischen Themen selbst ausarbeitet, recherchiert und ergründet.

1.2.3 Rahmenbedingungen politischer Kommunikation in Österreich

Politische Kommunikation in der modernen Kommunikationsgesellschaft wird von zwei Tatsachen begleitet. Zum einen sind Massenmedien für die meisten Bürger als Informationsquelle am wichtigsten und subjektiv am glaubwürdigsten. „Drei Viertel der Österreicher beziehen ihre politische Information überwiegend aus dem Fernsehen bzw. bezeichnen das Fernsehen als Primärquelle politischer Information. […] Jeder Zweite hält das Fernsehen für am glaubwürdigsten, während nur jeder Fünfte bis Zehnte das von Zeitungen sagt (Plasser/Ulram 2004 73ff, und Filzmaier 2004, 13-15)“.[9]

Zum zweiten verlangt eine hochkomplexe Medienwelt eine Professionalisierung der Politikvermittlung. Die Politik setzt hier auf PR-Manager, Medienberater und „Spin-Doktoren“, die Medien auf spezialisierte Politikjournalisten und auf Seiten der Wissenschaft und Schule vertraut man Experten für politische Bildung.

In der Realität zeigt sich, dass politische Parteien unweit mehr dazu bereit sind, Parteibudgets für Öffentlichkeitsarbeit und Medienberatung auszugeben. Auf Seiten der Medien wird in diesen Bereichen eher eingespart. „Die Zahl politischer Journalisten im ORF nimmt im Gegensatz zu jener der Kommunikationsmanager

[9] vgl Filzmaier 2007, S.16

für die Politik ab. (vgl Filzmaier 2007, S.17) Private Radio- und Fernsehanstalten zahlen ihren Mitarbeitern nicht genug, um im Bereich politischer Berichterstattung mitzuhalten. Was zur Folge hat, dass eine Übermacht an Kommunikationsexperten der Politik immer weniger politischen Journalisten gegenübersteht.

Formale Rahmenbedingungen für politische Kommunikation in Österreich sind zum Teil mit anderen EU-Staaten vergleichbar, beispielsweise die praktische Gewaltenfusion von Regierung und Parlamentsmehrheit und das auf Parteilisten basierende Verhältniswahlrecht mit fast keinen Möglichkeiten der Personalisierung von Stimmen. Hinzu kommen die unveränderte Dominanz des ORF und die Marktführerschaft der Kronen Zeitung und führenden Regionalzeitungen, bilden ein außerordentliches Maß an Pressekonzentration.

Generell wird der Rahmen für politische Kommunikation in Österreich zunehmend von Bedingungen determiniert, die auf den Faktor Geld zurück zu führen sind. In Relation zur Wählerzahl sind in Österreich die Kosten für den politischen Wettbewerb außerordentlich hoch und wird überwiegend durch öffentliche Mittel finanziert. Auch die Massenmedien werden aus öffentlichen Mitteln gefördert. Daraus könnten Versuche politischer Einflussnahme auf die Unabhängigkeit der Medien resultieren. Die Transparenz von Politik und Politikvermittlung ist in Österreich gemessen an westlichen Demokratien, eher durchschnittlich. (vgl Filzmaier 2007, S.20)

1.3 Politische Funktion der Massenmedien

1.3.1 Weltbildapparate

Bevor die politische Funktion der Massenmedien erläutert werden kann, muss die grundsätzliche Beziehung von Medien und Wirklichkeit kurz skizziert werden. In der Kommunikationswissenschaft werden zwei Prämissen zum Verhältnis der Medien zur Gesellschaft und zur Wirklichkeit gezeichnet. Zum einen die

Ptolemäische Perspektive, die Medien als Spiegel der Wirklichkeit verstehen. Das Mediensystem steht außerhalb der Gesellschaft und reflektiert die Wirklichkeit.

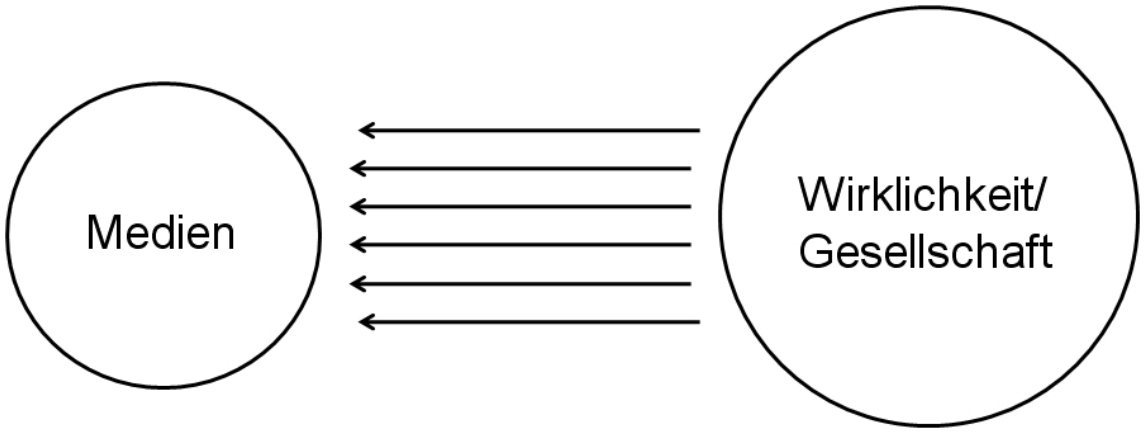


Abb.4 Ptolemäische Perspektive: Medien als Spiegel der Wirklichkeit[10]

Aus Medienpolitischer Sicht liegt in dieser Prämisse der Wunsch nach Objektivität, Ausgewogenheit und Neutralität der Berichterstattung. Demgegenüber steht die Kopernikanische Perspektive, die von keinem Gegensatz zwischen Medien und Gesellschaft ausgeht. Sie versteht vielmehr die Medienlandschaft als ein Teil der Gesellschaft. Man löst sich vom technischen Gedanken der Medien als Informationsweiterleitungssystem und versteht ihre Rolle als Selektor und Sinngeber, der aktiv in die Gesellschaft eingreift.

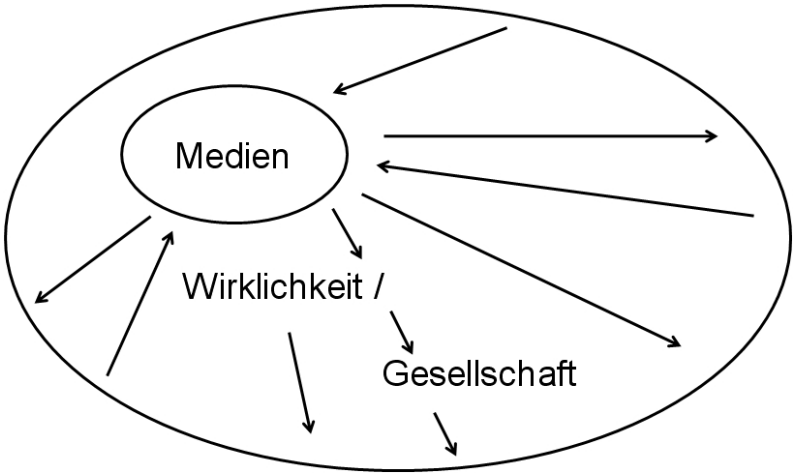


Abb.5 Kopernikanische Perspektive: Medien als Teil der Wirklichkeit[11]

[10] Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft“, Wien 2002, S. 272
[11] Burkart, 2002, S. 273.

Medien gelten demnach „nicht bloß als Errungenschaft der modernen Zivilisation, die der Einzelne nach Bedarf in Anspruch nehmen oder ignorieren kann, sondern eher als Institution mit unverzichtbaren Leistungen für das soziale System (vgl. Schulz 1985b. S.68)[12]

Schulz nennt Medien ausdrücklich „Weltbildapparate“, weil an die Kopernikanische Perspektive automatisch auch die Teilnahme der Medien an einem kollektiven Bemühen die Realität überhaupt erst zu konstruieren, knüpft. Durch Veröffentlichung ihrer Produkte, wird diese Konstruktion der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Wirklichkeit in ihrer Reinform ist in diesem Modell zwar real existent, ist aber erst über Informationsverarbeitungsprozesse erfahrbar und dadurch notgedrungen verzerrt.

Die Kommunikationswissenschaftliche Fragestellung die im Zentrum dieser zweiten Prämisse liegt ist „Wie konstruieren die Medien die Wirklichkeit?“. Anders formuliert: „Welche Selektions- und Interpretationsregeln verwenden die Medien bei der Aufbereitung der Nachrichten?“

1.3.2 Schleusenwärter und „news value“

Die Vorstellung der Journalist sei eine Art Schleusenwärter, geht auf die Untersuchungen von David Manning White, Mitte des letzten Jahrhunderts zurück. Die „Gatekeeper-Forschung“ untersucht, welche Meldungen zu Nachrichten werden und welche im Papierkorb wandern und warum. Bei dieser Input-Output Analyse zeigte sich eine Reihe von subjektiven Dispositionen und Einstellungen als Einfluss gebend. Bei frühen Untersuchungen wurden Kriterien, wie Trivialität, Desinteresse und schlecht geschriebene Berichte als Ausscheidungsgrund angegeben.

Später konnte dieses Modell in das Modell zur Massenkommunikation von Westley und MacLean (1955, 1957) übernommen, und um die Komponente institutioneller Faktoren erweitert werden. Hier wird klar eingeräumt, dass der Journalist in die jeweilige Redaktion eingebettet ist und die Entscheidungen nicht unabhängig von seiner Stellung innerhalb der Redaktion fallen können. Weitere Untersuchungen zeigen die Redaktion als „dynamisches

[12] Burkart, 2002, S. 274

Kommunikationssystem“[13], die sich durch rückgekoppelte Lernprozesse und innovatives Verhalten auszeichnen. Demnach wird die Nachrichtenauswahl auch vor dem Hintergrund systemstabilisierender, also die Redaktion erhaltender Faktoren gesehen.

Eine zweite Forschungstradition wird unter dem Stichwort „News-Bias“ zusammengefasst. Dabei werden die Unausgewogenheiten, Einseitigkeiten und die politischen Tendenzen in der Medienberichterstattung ins Zentrum gerückt und nach deren Ursache geforscht. (vgl Staab 1990) Kurz zusammengefast, zeigen die Ergebnisse einen bedeutenden Einfluss subjektiver Einstellungen auf die Nachrichtengebung.

Die am weitesten elaborierte Forschungstradition in diesem Zusammenhang ist die „Nachrichtenwert-Theorie“. Die amerikanische Forschungstradition (vor allem Lippmann, 1922) spricht von „News Value“, die europäische (vor allem Östgaard,1965) spricht von „Nachrichtenfaktoren“. Unter Nachrichtenfaktoren werden Kriterien zusammengefasst, die den von Journalisten implizierten Vorstellengen davon, was das Publikum interessiert, entsprechen. Dies sind nach Östgaard: *Einfachheit* (komplexe Sachverhalte müssen auf einfache Strukturen reduziert werden), *Identifikation* (räumlich, zeitliche und kulturelle Nähe zum Publikum erleichtern den Zugang) und *Sensationalismus*.

Schulz hat schließlich 1976 Nachrichtenfaktoren formuliert, die als „journalistische Hypothesen über die Realität“[14] verstanden werden können:

- Zeit – punktuelle Ereignisse vor Langzeitereignissen/ langfristig eingeführte Themen haben Vorrang
- Nähe- räumlich (zum Redaktionssitz), politisch, kulturell und nach Relevanz (Betroffenheit und existenzielle Bedeutung eines Ereignisses)
- Status- Bedeutung für die Region, die Nation, ob einflussreiche Personen involviert sind und der Bekanntheitsgrad der Person.
- Dynamik- Wie überraschend das Ereignis einbricht und wie es verläuft.

[13] Burkart 2002, S. 277
[14] Burkart, 2002, S. 280

Valenz- Wie stark der Konflikt ist, wie kriminell die Aktion ist und wie groß der entstandene Schaden ist.

Identifikation-Personalisierung und die Betroffenheit der Bevölkerung.

Inzwischen existieren eine Vielzahl empirischer Befunde zur Nachrichtenwert-Theorie, die ihr insgesamt hohe Erklärungskraft attestierten (vgl Staab 1990) und darauf schließen lassen, dass die Nachrichtenfaktoren einen generellen Einfluss auf die Selektionsentscheidungen der Journalisten besitzen.[15]

1.3.3 Politische Funktionen der Massenmedien nach Ronneberger

Roland Burkart fasst in seinem Buch „Kommunikationswissenschaft“ auch mehrere politische Funktionen der Massenmedien nach Franz Ronneberger zusammen. Die primäre Funktion stellt dabei die Herstellung von Öffentlichkeit dar. Damit ist gemeint, dass die veröffentlichten Informationen durch ihre Publikation einer breiten Masse zugänglich gemacht werden. Hier wird also Öffentlichkeit gleichgesetzt mit der Möglichkeit Information zu erhalten.

Folgerichtig wird auch Richard Münch als einer der Kritiker dieser Sichtweise angeführt, denn „Nicht nur, dass wir durch diesen „Zwang“ zur Publizität alle einer wachsenden Informationsflut ausgesetzt sind, die sich längst als vielfach kontraproduktiv erwiesen hat, so scheint darüber hinaus die Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht einfacher, sondern schwieriger geworden zu sein.“[16]

Es kann mit der Bereitstellung von Information zur Herstellung von Öffentlichkeit alleine also nicht getan sein. Information zugänglich zu machen, ist nur der erste Schritt. Weitere Schritte wären wie folgt:

Die **Artikulationsfunktion** – Alle demokratisch akzeptierten Parteien, Verbände und Interessensgruppen müssen in den Medien dargestellt werden. Denn „nur dann kann ja ein „Volkswille“ im eigentlichen Sinn zustande kommen, wenn man eine öffentliche Konsensbildung aus einer Vielzahl individueller Vorstellungen anstrebt.“ (Burkart, 2002, S. 393.) Der Schweizer Kommunikationswissenschaftler

[15] Burkart, 2002, S. 283
[16] Burkart, 2002, S. 392.

Ulrich Saxer spricht daher auch von einer Korrelationsleistung, die von den Massenmedien erbracht wird. Darunter wird eine Zusammenfassung mehrerer individueller Standpunkte zu einem homogenen Ganzen verstanden.
Der Wermutstropfen der Artikulationsfunktion liegt in ihrer Durchschaubarkeit. Denn damit verknüpft sich ein Phänomen, dass Ulrich Sarcinelli als „Symbolische Politik" bezeichnet und meint ein geschicktes Aufbauen einer sprachlichen und optischen Symbolwelt, die „weniger an rationale Wahlkalküle als an diffuse Loyalitätsmotive und –gefühle adressiert scheint."[17] In Kombination mit einer „fortgeschrittenen Industriegesellschaft v. a. mit den elektronischen Medien droht es sich zu einem „Supersystem" zu entwickeln, in dem eine technokratische Macht- und Medienelite – immer mehr gekoppelt von traditionellen Kontrollinstanzen – Demokratierituale inszeniert."[18]

Die **politische Sozialisationsfunktion** – Ronneberger versteht darin ein Transparent-Machen der verschiedenen politischen Rollen. Das soll die Voraussetzung dafür sein, dass der Einzelne die Teilnahme am politischen Geschehen überhaupt erst erkennen kann und gegebenenfalls auch wahrnimmt. Es wird aber auch eingeräumt, dass ebenso frühere Sozialisationsinstanzen, wie die Familie oder der Freundeskreis darauf Einfluss nehmen.

Die **politische Bildungsfunktion** – Medien werden als Schulbuch und Lehrkörper für das tagespolitisches Geschehen verstanden. Das Lehrziel ist es, dass jeder Konsument in der Lage ist, Informationen aufzunehmen und zusammenhängend zu verstehen. „Das Optimum des politischen Gebildetseins gipfelt schließlich in der Fähigkeit zu einer Meinungsbildung."[19]

Die **Kritik- und Kontrollfunktion** – Die Möglichkeit an Mitgliedern der Gesellschaft Kritik zu üben, gewissermaßen eine Plattform des Feedback. Die

---

[17] Sarcarelli, Ulrich: Symbolische Politik, Opladen 1987, in Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft", Wien 2002, S. 392.

[18] Plasser, Fritz: Elektronische Politik und politische Technostruktur reifer Industriegesellschaften 1985, in Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft", Wien 2002, S. 394.)

[19] Ronneberger, Fritz 1974 in Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft", Wien 2002, S. 395.)

Möglichkeit an politischen Machtträgern Kritik üben zu können, darf unumstritten als ein Kennzeichen der Demokratie verinnerlicht werden. „Die Metapher von der Publikative als vierte Gewalt, die über die anderen Gewalten wacht, ist populär“ und hier zulässig. „Ihre Rolle ist in demokratischen Verfassungen in Form der Garantie der Presse- und Meinungsfreiheit fest verankert. Tatsächlich hat die Presse Erfolge im Aufdecken von Skandalen und Korruption vorzuweisen.“[20]
Der Wermutstropfen der Kritik- und Kontrollfunktion ist ein Phänomen, das Helmut Schelsky 1983 als den „öffentlichen Halbdenker“ bezeichnet hat. Weil der Politiker „stets die Maximierung seines Wählerpotentials im Blick – öffentlich immer nur die halbe Wahrheit sagt, […] weil sie das sachliche Argument in dem Punkt abbrechen und verschweigen, wo es sich gegen sie selbst zugunsten der politischen Gegner wenden würde.“[21]

1.3.4 Contentmanagement statt Inhaltsschöpfung

Peter Plaikner kritisiert in seinem Aufsatz „Die unkontrollierte Ohnmacht“ die Journalistische Praxis, die sich natürlich nicht immer oder eher selten an der wissenschaftlichen Theorie oder den eigenen Leitbildern orientiert. „Journalistische Macht äußert sich heute vor allem in der Umgehung der eigenen Ohnmacht. Verantwortung besteht darin, den Themen den richtigen Ort zu geben. Das ist viel schwieriger, als es für das Publikum wirkt. Wenn die Bundesregierung den Zoo besucht, dann ergibt das viele schöne Bilder. Sie finden Platz in der Zeit im Bild und auf nahezu allen Tageszeitungs-Titelseiten. Wenn die Bundesregierung einen Fahrplan für die EU-Präsidentschaft vorlegt, ist ihr kein solches Medienecho sicher.“[22] Dieser Umstand hat mit der Idee der Personalisierung als Allheilmittel zu tun. Gesucht wird ein Heilmittel gegen das

[20] aus Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung "Feindliche Übernahmen?" des Forschungsinstitut für Philosophie Hannover Sommersemester 2002 in: http://viadrina.euvfrankfurto.de/~sk/Berlusconi/ vortrag02.html, 29. 10. 2008

[21] Helmut Schelsky, 1983, in Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft“, Wien 2002, S. 394.

[22] Vgl. Plaikner, Peter „Die unkontrollierte Ohnmacht“ in Filzmaier, Peter: Rahmen und Grundregeln Politischer Kommunikation in Filzmaier, Plaikner, Duffek: Meidendemokratie Österreich, Wien 2007, S. 51

Desinteresse oder die Übersättigung der Seher, Leser und Hörer die Politik betreffend. Doch statt über die Auflösung von Popularisierungsstrategien zu diskutieren, was aufgrund der Sperrigkeit des Themas verständlicherweise keinen Platz im Programm findet, wird in die Falle getappt. Denn die verantwortlichen Journalisten können selbstverständlich die Wichtigkeit der EU-Präsidentschaft von der Wichtigkeit eines Zoobesuchs unterscheiden, es ist vielmehr der Druck der Mitbewerber schuld daran. Wenn in den Redaktionssitzungen verglichen wird, was welche Zeitung gebracht hat und was in der ZiB gelaufen ist, dann reicht das gegenseitige voneinander „Abschreiben", aus Angst etwas zu versäumen, als Entscheidungsgrundlage. Diesem Teufelskreis können nur die großen Leitmedien entgehen, wenn sie mit Exclusivstorys punkten können. Aufgrund der Einsparungswelle und der Arbeitsbelastung der einzelnen Redakteure, wird das allerdings immer weniger.

2. Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments

Schon in der Definition liegt die gewichtige Bedeutung der Öffentlichkeit für das Parlament. Kein absolut regierender Herrscher beschließt im stillen Sitzungszimmer mit seinen Beratern ein neues Gesetz, sondern die gewählten Vertreter des Volkes halten eine öffentliche Unterredung ab. Daher auch der Begriff Parlament, der sich aus dem Französischen „parlement" zu Deutsch „die Unterredung" ableitet.

In parlamentarischen Systemen werden „die tatsächlichen Entscheidungen, die sich in Gesetzen niederschlagen, aber nicht im Parlament, sondern in Parteiführungen, Regierungen, Koalitionsausschüssen etc. getroffen."[23] Dies sei hier explizit erwähnt, um keinen romantisch verklärten Eindruck zu erwecken. Denn stand die Legislative auch ursprünglich im Zentrum des Parlamentarismus, so „hat die legislative Funktion der meisten Parlamente heute vor allem einen formalen Charakter." (Nick, Pelinka, 1984, S.24) Das bedeutet, dass kein Gesetz im Rahmen einer Plenarsitzung formuliert wird. „Das Parlament bleibt dabei allerdings der Ort an dem diese Entscheidungen mit der Öffentlichkeit konfrontiert

[23] Nick, Rainer; Pelinka, Anton: Parlamentarismus in Österreich, Wien, München 1984, S.24

werden, bleibt der Ort, wo legislative Entscheidungen der Kritik durch die Opposition begegnen. Kennzeichen eines demokratischen Parlamentarismus ist daher, sowohl bei der Gesetzgebung als auch bei der Kontrolle, die Öffentlichkeit." (Nick, Pelinka, 1984, S.24)

2.1 Tribünefunktion

Auch Bundespräsident Dr. Heinz Fischer fasst die Funktionen des Parlaments in einer Abhandlung über das Österreichische Parlament ähnlich zusammen. „Analysiert man die Tätigkeit des Nationalrates und seine Funktion im politischen System genauer und unter Zuhilfenahme empirischer Daten, denn ergibt sich, dass man die Funktionen des Nationalrates am besten wie folgt zusammenfassen könnte: Endformulierung in der Gesetzgebung (Gesetzgebungsfunktion), Partielle Mitwirkung an der Vollziehung (Mitregierungsfunktion), Kontrolle der Vollziehung (Kontrollfunktion) und Forum des politischen Diskurses (Tribünefunktion)."[24] Die von Dr. Fischer formulierte Tribünefunktion ist grundsätzlich deckungsgleich mit der Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments. Sie umfasst zum einen:

- die Reden innerhalb der Plenarsitzungen. Die Tribünefunktion „wird naturgemäß von Mehrheit und Minderheit gemeinsam bestritten, wobei der Dialog zwischen Vertretern der Regierungsparteien und der Opposition bewirkt, dass die Mitglieder der zahlenmäßig viel kleineren Oppositionsparteien pro Kopf wesentlich häufiger zu Wort gelangen als das einzelne Mitglied der wesentlich größeren Regierungsfraktionen, was aber nichts mit dem „Fleiß" oder dem Arbeitseinsatz des einzelnen Angeordneten zu tun haben muss." (Fischer in Dachs 1991, S.104)
- Und zum anderen, eine politische Bühne nach außen. „Es ist auch in demokratischen Staaten ein Charakteristikum des politischen Prozesses, dass zwar Beratungs- und Entscheidungsergebnisse veröffentlicht werden, die Entscheidungsfindung selbst aber weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet [...] Daher ist es so bedeutungsvoll, dass das Plenum des Nationalrates (und auch des

[24] Fischer, Heinz: Das Parlament; in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreich, Wien 1991, S.104

> Bundesrates) eine politische Tribüne bildet, wo aktuelle politische Themen öffentlich und kontroversiell erörtert werden können. Die Berichterstattung der Medien über parlamentarische Debatten ermöglicht der Öffentlichkeit, sich ein Bild von den Positionen der einzelnen Parteien, aber auch vom Auftreten einzelner Politiker zu machen." (Fischer in Dachs 1991, S.112)

War in der Antike das Parlament noch ein offener Marktplatz für politische Ideen, so ist es heute umso wichtiger ein derartiges Forum aktiv zu eröffnen. Besonders seit von der Öffentlichkeit abgeschottete Gremien und Ausschüsse Gesetze vorfertigen.

2.2 Differenzierung der Öffentlichkeit

Gerade bei komplexen Systemen, wie dem parlamentarischen System oder dem gesellschaftlichen System ist es einfach nachzuvollziehen, dass man sich von der Vorstellung monokausaler, simpler Zusammenhänge lösen muss. *Das Parlament* und *die Öffentlichkeit* sind Begriffe, die leicht über jedermanns Lippen kommen, aber selbstverständlich nicht so existieren. Heinrich Oberreuter fasst in seinem Aufsatz „Parlament und Öffentlichkeit" in diesem Zusammenhang vier verschiedene Teilöffentlichkeiten zusammen. Versteht man die Öffentlichkeit des Parlaments als Summe seiner kommunikativen Beziehungen, so ergeben sich Teilöffentlichkeiten durch politische und regionale Gliederung des Parlaments und durch einfache Arbeitsteilung wie folgt:

Die **Fachöffentlichkeit** – Sie besteht aus Fachausschüssen ebenso, wie aus „Fachpublica im vorparlamentarischen Raum. Die Kommunikation spielt sich hier tatsächlich interpersonal oder in Fachzeitschriften ab."[25]

Die **Interessensöffentlichkeit** – Sie ist eng mit der Fachöffentlichkeit verbunden und manifestiert sich unter anderem in Verbandsorganisationen. Organisierte Interessen können sich in sogenannten Hearings mit der Fachöffentlichkeit überlappen.

[25] (Oberreuter, Heinrich: Parlament und Öffentlichkeit; in Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation, Wien 1986, S.95)

Die **Parteiöffentlichkeit** – Sie erfasst alle aktiven Parteimitglieder, die den ständigen Versuch unternehmen, „das politische Handeln der Mandatsträger mit den politischen Zielen und Überzeugungen der „Basis“ in größtmöglicher Übereinstimmung zu bringen.“ (Oberreuter in Langenbucher 1986, S.95)

Die **Wahlkreisöffentlichkeit** – „Hierunter sind alle Bemühungen von Abgeordneten zu subsumieren, mit ihrem Wahlkreis ins Gespräch zu kommen – sei es als Kommunikator und Vermittler hinsichtlich der Parlamentsarbeit, sei es als Rezipient von Einzelpetitionen oder Wahlkreisinteressen.“ (Oberreuter in Langenbucher 1986, S.95)

Nach Oberreuter findet die Verbindung von Parlament und Öffentlichkeit hauptsächlich in diesen vier Teilöffentlichkeiten statt, innerhalb derer sehr ausgeprägte Kommunikationsstrukturen manifestiert haben können. Die Plenarsitzungen als das augenscheinlichste zusammentreffen von Öffentlichkeit und Parlament sieht auch Oberreuter als ein verhältnismäßig selten auftretendes Phänomen. „Bei allen anderen Gelegenheiten diskutiert das Plenum in der Tat nicht, sondern es dokumentiert die verschiedenen Standpunkte und Motive in Bezug auf in der Regel bereits im Schoße des Parlaments gefallenen Entscheidungen. [...] Diese arbeitsteilige Organisation der Diskussion der Spezialisten in den Fraktionsarbeitskreisen und Parlamentsausschüssen ist eine Konsequenz des heutigen Leistungsdrucks.“ (Oberreuter in Langenbucher 1986, S.95) Nach Oberreuter ist es also dem Druck nach Effizienz und dem Zwang der Spezialisierung zuzuschreiben, dass sich in einem modernen Parlament der öffentliche Diskurs minimiert hat. Das ist als gegeben hinzunehmen, doch wäre durch eine erhöhte Transparenz nicht gefährlich. „Die wissenschaftliche Kritik beklagt daher am halböffentlichen Parlament die Grauzonen unzulänglicher demokratischer Legitimation der Parlamentsarbeit. Denn auch wenn man zeitgemäße Maßstäbe an das moderne Parlament anlegt, lässt sich die These nicht bestreiten, „das Ausmaß der Nichtöffentlichkeit“ habe „die Toleranzgrenze“ überschritten.“ (Oberreuter, in Langenbucher 1986, S.97 und S.96)[26]

[26] Zitat: Thaysen, Uwe: Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik, Opladen 1976, S.45

Der wissenschaftliche Diskurs fordert also mehr Transparenz im parlamentarischen Verfahren. Denn es ist eine demokratische Notwendigkeit die Interdependenz der relativ autonomen Bereiche politischer Kommunikation so durchsichtig wie möglich zu machen. „Die Öffentlichkeit des Parlaments vollzieht sich im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Interdependenz." (Oberreuter in Langenbucher 1986, S.97) Das bedeutet, es soll nicht nur darum gehen den Vorgang öffentlich zu machen, denn das wäre letztlich nichts anderes als das zur Schau stellen von parlamentsinterner Kommunikation. Es soll viel mehr auch eine aktuelle Öffentlichkeit mittels Veröffentlichung des Verfahren und der Vermittlung des Verfahrens durch Medien gewährleistet sein. „Die Öffentlichkeit des Parlaments ist ein Kommunikationsprozess, in dem das Parlament sowohl die Rolle des Kommunikators, als auch die des Rezipienten ausfüllt." (Oberreuter in Langenbucher 1986, S.98) Denn es soll via medialer Vermittlung ein quasi unbegrenztes Publikum entstehen und gleichzeitig muss das Parlament auch offen sein für die Eingaben der Repräsentierten, sozusagen den Input des Volkes.
Es ist die Legitimation eines Parlaments darin begründet, zu repräsentieren. Dieses Repräsentieren versteht sich als Korrelation von politischen Entscheidungen und öffentlicher Meinung. Dieser Prozess kann nur durch das Vermitteln von Meinungsbildung und Meinungsäußerung von Regierenden und Regierten funktionieren. Kanäle dieser Kommunikation sind Presse, Funk, Fernsehen und Internet ebenso, wie die Parteien und Verbände. „Schon im emanzipatorischen Kampf des Bürgertums um seinen Anteil an der politischen Macht galten politische Kommunikation und politische Repräsentation als die Kehrseite ein und derselben Münze." (Oberreuter in Langenbucher 1986, S.100)
Oberreuters These lautet daher: Repräsentative Demokratie muss kommunikative Demokratie sein und seine Befürchtung ist, dass sie es zu wenig ist. Vor allem im Bewusstsein der Abgeordneten und in der routinemäßigen Parlamentsarbeit komme dieses Verhältnis zu kurz.

II Fernsehen in Österreich

1.Historische Entwicklung des Fernsehens im Österreichischen Rundfunk

Die historische Entwicklung des Fernsehens in Österreich ist so gut wie deckungsgleich mit der Geschichte des ORF Fernsehens. Private Anbieter gibt es erst seit 2003, das macht also nur rund ein Siebtel der Geschichte aus.

1.1 Von der ersten Sendung zum Massenmedium

Am 1. August 1955 wurde die erste Sendung ausgestrahlt. Damals stand der RAVAG, also der 1924 gegründeten Radio Verkehr AG keine nennenswerten technischen Möglichkeiten zur Verfügung. Erst als sich die Besatzungsmächte zurückzogen, konnte sich ein österreichisches Fernsehen langsam entwickeln. Ein Klassenzimmer diente als erstes Studio und Aufzeichnungsmöglichkeiten waren noch lange nicht in Sicht. Fernsehen war zunächst ein Live-Medium.
Gegen Ende des Jahres 1955 wurde die tägliche Nachrichtensendung „Zeit im Bild“ etabliert und Großprojekte, wie die Wiedereröffnung der Staatsoper und es Burgtheaters konnten übertragen werden. Ab1958 war ein regulärer Fernsehbetrieb für einen Sender möglich. Formate wie „Rendevous mit Tieren“ mit dem Verhaltensforscher Otto König, „Die Karrikatur der Woche“ mit Gustav Peichl alias Ironimus oder der „Aktuelle Sport“ mit Edi Finger waren die Beiträge der ersten Stunde für ein elitäres Publikum. 1960 gab es 100.000[27] Fernsehbewilligungen in Österreich und legendär ist die Einschätzung des damaligen Bundeskanzlers Julius Raab, dass Fernsehen hätte keine Zukunft. 1967 lag die Anzahl der Fernsehbewilligungen schon bei einer Million und ein neues Massenmedium war langsam geboren.

[27] Quelle: Medienforschung ORF, aus:
http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_des_Fernsehens_in_%C3%96sterreich#cite_note-3 vom 13.03.2009.

Ab dem 1. September 1970 strahlte der ORF täglich auf zwei Programmen aus. Der zweite österreichische Fernsehsender war ab 1961 zunächst als technisches Versuchsprogramm gelaufen. Das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker 1969 markierte den historischen Punkt zum Farbfernsehen.

1.2 Rundfunkvolksbegehren

Mitte der Sechzigerjahre war die Breitenwirksamkeit des Fernsehens nicht mehr zu leugnen. Auch die ÖVP hatte erkannt, welche kommunikativen Möglichkeiten in der Flimmerkiste schlummern. Der damalige ÖVP Kanzler Alfons Gorbach und sein SPÖ Vize Bruno Pittermann planten die Geschäftsführung des ORF, in gewohnter Weise durch das Proporzsystem zu besetzen.

Die neben der damals übermächtigen Arbeiterzeitung belächelte „Kommerzpresse", darunter die ersten unabhängigen Tageszeitungen, wie der „Kurier", die „Kleine Zeitung", die „Salzburger Nachrichten" und die „Presse", riefen ein Volksbegehren für einen unabhängigen ORF aus. Initiator war der Chefredakteur des Kurier, Hugo Portisch. Das im Oktober 1964 von rund 830.000[28] Österreichern unterschriebene Rundfunkvolksbegehren war das erfolgreichste Volksbegehren ohne parteipolitischer Beteiligung in der Österreichischen Geschichte. Wobei es dabei sehr wohl um parteipolitische Interessen ging. Denn das Fernsehen war bis zu diesem Zeitpunkt sehr wohl rot eingefärbt, hatte ja die ÖVP Jahre zuvor freiwillig darauf verzichtet. Das Volksbegehren sprach also natürlicher Weise hauptsächlich das Wählerpotential der ÖVP an. Zusätzlich waren die politisch Interessierten Österreicher, von der, seit dem Staatsvertrag erstarrten großen Koalition, mobilisiert worden.[29]

Damit war der Nationalrat gezwungen, sich mit der Thematik auseinander zu setzen. Ausschüsse beschäftigten sich mit der Frage nach der Unabhängigkeit des ORF, Ausschüsse in denen genau jene Politiker saßen, die um ihren Einfluss

---

[28] Quelle:http://de.wikipedia.org/wiki/Volksbegehren#Volksbegehren_in_.C3.96sterreich vom 16.03.2009

[29] Vgl Ergert, Viktor; Andrics Hellmut; Kriechbaumer, Robert: „50 Jahre Rundfunk in Österreich" Band IV, 1985,S.11

bangten. Es ist wenig verwunderlich, dass 1964 und 1965 ein neues Rundfunkgesetzt über ein Entwurfsstadium nicht hinaus kam.
1966 waren Nationalratswahlen und die ÖVP versprach ein neues Rundfunkgesetz für einen unabhängigen ORF. Josef Klaus holte die absolute Mehrheit und so kam per 1. Jänner 1967 ein neues Rundfunkgesetz. [30]

1.3 Rundfunkgesetz von 1967

Mit März des Jahres 1967 wurde Gerd Bacher Generalintendant. Der Aufsichtsrat des ORF, bestehend aus 22 Mitgliedern – 12 ÖVP, sieben SPÖ und eine Person der FPÖ, zwei weitere waren parteiunabhängig – musste sich aus 45 Kandidaten entscheiden. Gerd Bacher war der Wunschkandidat der unabhängigen Tageszeitungen, die zwei Jahre zuvor das Rundfunkvolksbegehren unterstützt hatten. Im zweiten geheimen Wahlgang, konnte eine Mehrheit für Gerd Bacher verzeichnet werden.
Bacher war zu diesem Zeitpunkt 41 Jahre alt und hatte über 20 Jahre Berufserfahrung als Journalist und Chefredakteur. Die „Machtausübung politischer Spitzenfunktionäre im Medienbereich“[31] war ihm durchaus vertraut, aufgrund des Zeitungskrieges seines „Bild-Telegrafen“ mit dem Molden Konzern und später des Streits um die Eigentumsverhältnisse des „Expreß“ mit dem ÖGB.
Bacher entsprach den Vorstellungen des Rundfunkvolksbegehrens. Er konnte den Spielraum, den das neue Rundfunkgesetz eröffnete entschlossen ausnutzen. Es gelang ihm, sich vom politischen Einfluss und von den Printmedien abzugrenzen. „Wenn jemand gehofft haben sollte, im Rundfunk einen Lakaien der Printmedien zu installieren, wurde von Bacher enttäuscht.“ (Ergert, Band IV, S.11)
Bacher holte den „notorisch roten“[32] Helmut Zilk als Fernsehchef ins Boot. Dies geschah nicht, um eine Art Proporz-light zu installieren, sondern ganz bewusst, weil Zilk kein Vertrauensmann des damals neune SPÖ Vorsitzenden Kreiskys war.

---

[30] Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Rundfunkvolksbegehren vom 16.03.2009

[31] Ergert, Viktor; Andrics Hellmut; Kriechbaumer, Robert: „50 Jahre Rundfunk in Österreich“ Band IV, 1985,S.10

[32] Ergert, Band IV, S.14

Bacher lehnte auch die Zusammenarbeit mit den damaligen Vorstandsdirektoren ab, obwohl diese zum Teil Pioniere des Fernsehens waren. Aber ihre Parteizugehörigkeit konnten sie nicht glaubwürdig genug abstreifen. „Bachers Ausspruch: „Man kann eine Reform nicht mit Leuten durchführen, die für den reformbedürftigen Zustand verantwortlich sind“, machte schnell die Runde“ (Ergert, Band IV, S.15) und ist für den ORF heute – und für jedes Unternehmen – immer noch gültig.

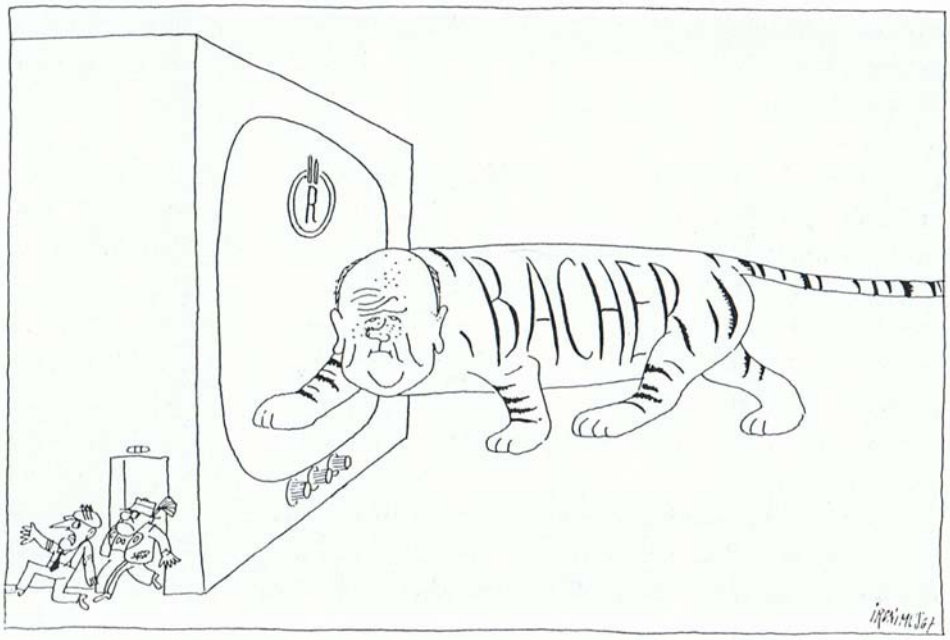


Abb. 6 „Tu den Tiger in den Kasten“ – die erste von vielen Tiger-Bacher Karikaturen von Gustav Peichl alias Ironimus.[33]

Zu Bachers „Gedanken zur Rundfunkreform“[34] zählten auch Vorstellung einen Informationsservice einzuführen. „Vordringlicher […] ist daher hier die Reform anzusetzen: Erschöpfende Information auf dem Boden der Nachrichtenfreiheit und der parteipolitischen Neutralität, erarbeitet von seriösen Fachleuten in gebundener Eigenverantwortung. Diese Entwicklung ist behutsam einzuleiten, da allen Beteiligten infolge jahrzehntelanger Versäumnisse die Erfahrung fehlt. […] So sind zum Beispiel die bisherigen Parlamentsübertragungen nicht unbedingt eine Propaganda für den Parlamentarismus. Man wird daher auf diesem und ähnlichen

[33] Quelle: Ergert, Viktor; Andrics Hellmut; Kriechbaumer, Robert: „50 Jahre Rundfunk in Österreich“ Band IV, 1985,S.18

[34] 14. März 1967 Rede bei erster Pressekonferenz Bachers

Gebieten der Tatsache Rechnung tragen müssen, dass zwischen Schein und Wirklichkeit gewaltige Differenzen klaffen und eine sogenannte „wahrheitsgetreue“ Live-Übertragung zu keineswegs wahrheitsgetreuen Ergebnissen führt. Die Lösung ist jedenfalls nicht der wertfreie Nachrichtenroboter, sondern das Bemühen bei aller Unabhängigkeit des Rundfunks allein dem Besitzer des Unternehmens zu dienen: dem ganzen österreichischen Volk.“ (Gedanken zur Rundfunkreform von Gerd Bacher aus Ergert, Band IV, S.20f)
Obwohl Bacher dem ÖVP Kanzler Klaus einen roten Fernsehchef und mit Franz Kreuzer auch noch eine roten Fernseh-Chefredakteur vorsetzte, versprach der Kanzler sich nicht einzumischen. Er soll in einem Telefonat mit Bacher gesagt haben: „Sie wissen zwar, dass sie nicht mein ursprünglicher Kandidat waren, ich gratuliere ihnen aber zu ihrer Wahl und verspreche, nicht zu intervenieren. Sollte ich mein Versprechen vergessen, so erinnern sie mich daran.“ (Ergert, Band IV, S.33)

Ende April 1967 trat dann auch das erste Nachrichtenstatut in Kraft. Eine der neuen Grundregeln lautete: „[…]Soweit Parteien und Interessensgruppen echte Ereignisse und damit auch Nachrichten in die Welt setzen, sind diese nach reinem Nachrichtenwert zu bringen, ohne den Versuch durch eine zweite, unbedeutende Nachricht, eine Art Proporzausgleich zu finden. Der wirkliche Ausgleich findet über längere Zeiträume schon von der Sache her statt, soweit Parteien und Interessensgruppen – was anzunehmen ist – die gleiche Aktivität entfalten. Tun sie das nicht, kann das nicht durch die Nachrichtenpolitik des ORF ausgeglichen werde.“ (Auszug aus dem Nachrichtenstatut von 1967 in Ergert, Band IV, S.39)
In einem weiteren Punkt wird die ORF Tagesinformation dazu befähigt notwendige Hintergründe und Vorgeschichten eines Themas ebenso meinungs-, wert- und kommentarfrei zu gestalten. Man sein sich darüber im Klaren, dass die Monopolstellung des ORF eine heikle Aufgabe ist, die nur durch objektive Bemühungen erfüllt werden kann.

Ein weiterer entscheidender Schritt in Richtung Umsetzung der Rundfunkreform war die Gebührenerhöhung. Dem Team Bacher ist es geglückt gegenüber der Regierung eine Erhöhung des Rundfunkentgeltes von 7 Schilling auf 20 Schilling durchzusetzen. Damit konnte die Regionalisierung umgesetzt werden und der

technische Rückschritt aufgeholt werden. Der ORF konnte sein Angebot dadurch erweitern und von 40 Stunden auf 66 Stunden erhöhen.

Ziel Bachers war es die Information explosionsartig auszuweiten. „Die wichtigsten Motive sind: Der demokratische Standard eines Landes hängt vom Ausmaß der öffentlichen Kontrolle ab. Öffentliche Kontrolle vermögen nur mündige Staatsbürger auszuüben. Mündig sind nur informierte Staatsbürger. In Österreich herrsche ein geradezu traditioneller Informationsnotstand." (Ergert Band IV 1985, S. 61) Hervorgerufen wurde dieser Notstand von der Informationsfeindlichen Monarchie, dem Bürgerkriegsklima der ersten Republik und der darauf folgenden Diktatur. Auch direkt nach dem zweiten Weltkrieg haben die Besatzungsmächte und später die große Koalition nicht zur Vereinfachung von Informationsverbreitung beigetragen.

Doch viele Gebührenzahler und viele die das Rundfunkvolksbegehren unterschrieben haben, fühlten sich missverstanden. Sie wollten keine Explosion der Information, sondern mehr Unterhaltung und weniger Information. Stattdessen bekamen sie unabhängige Berichterstattung und davon mehr denn je.

1.4 Kampf um die unabhängige Berichterstattung

Langsam machte sich Bacher bei Politik und später auch bei seinen gönnerhaften Printmedienfreunden unbeliebt. Er kürzte beispielsweise die Sendung des Bundeskanzlers und belegte sie mit Vorschriften. Das gefiel dem Kanzler nicht, aber ebenso wenig dem damaligen SPÖ Bundesvorsitzenden Kreisky und dem ÖAAB. Der Arbeiter- und Angestelltenbund hatte Probleme mit Bachers unabhängiger Personalpolitik und sah den Einfluss im Funkhaus schwinden. Kreiskys Position legte er am Niederösterreichischen Parteitag 1967 dar: „Der Rundfunk ist manchen gegenüber objektiv und manchen gegenüber objektiver."

Später kam der Wirbel um die Parlamentsberichterstattung dazu. Seit 1953 war per Präsidialbeschluss festgelegt, dass die Parlamentsclubs definieren, was der Rundfunk ausstrahlen darf. Bacher forderte nun aber eine freie Berichterstattung

aus dem Parlament. Plötzlich mussten sich die Abgeordneten Sorgen um ihre Reputation machen. Zum einen, weil eine offene Berichterstattung wie eine Beschattung verstanden wurde. Heute würde man sagen, eine Big Brother artige Ausspioniererei war von Seiten der Politik natürlich unerwünscht. Dazu kam, dass nicht alle Politiker im Hohen Haus gleich telegen waren.
Besonders der frühere Vizekanzler und SPÖ Klubobmann Bruno Pittermann war ein besonderer Verfechter der Proporzberichterstattung. Zum einen, weil die SPÖ zu jener Zeit in der Opposition war und Oppositionspolitik in der freien Berichterstattung naturgemäß nicht so viel Bedeutung hat, wie die Regierungsarbeit. Zum anderen war Pittermann einer jener Politiker, die in Punkto Charisma und Telegenität eher unsicher waren. Die Haltung der SPÖ dazu sollte sich erst mit der Machtübernahme Kreiskys, einem durchaus als Charismat geltenden Politiker, ändern.

Franz Kreuzer war in jenen Tagen für die Parlamentsberichterstattung zuständig und sah sich, aufgrund der Auflagen, als Chef einer Parlamentarischen Belangsendung gefesselt. Der große Wirbel startete am 27. November 1967 als bei der Budgetrede des Salzburger ÖVP Abgeordneten Karl Glaser die Kamera trotz geltender Vereinbarungen weiterlief. Die Abgeordneten Pittermann und Czettel protestierten und der Präsident des Nationalrates und ÖVP Abgeordneter Dr. Alfred Maleta musste die Sitzung unterbrechen und die Fernsehleute des Saales verweisen. Diesen Moment nutze die FPÖ, um den Proporz zu kritisieren und für den kleinen Oppositionspartner mehr Stimmgewicht zu verlangen. Parteiobmann Friedrich Peter formulierte es noch drastischer: Das gibt einen Wirbel, Herr Präsident!“ (Ergert, Band IV, S.70) Denn Maletas Rausschmiss richtete sich nur gegen die ORF Reporter mit ihren Kameras und nicht gegen alle Journalisten, wie etwa Printkollegen oder ausländische Medien.

Die Großparteien konnten diesen ersten Wirbel niederschlagen und einstweilen alles beim alten belassen. Doch Bacher machte sich hier bei der Politik und vor allem bei der SPÖ weiter unbeliebt. Doch mit dem Wirbel um die Parlamentsberichterstattung machte sich Bacher auch die Printmedien und allen voran den Kurier zum Feind. Denn hier erkannte man langsam das Potential, dass die Bacher’sche Reform mit sich bringen kann. Parlamentsberichterstattung war

ein Aushängeschild der damals neuen unabhängigen Tageszeitungen und eine direkte Konkurrenz war unerwünscht. Das betraf auch Bachers Bemühungen via Werbeschaltungen mehr Einnahmen zu erreichen. Der damalige Kurier Herausgeber Ludwig Polsterer kritisierte Bacher massiv: „Bacher will den Rundfunk zu einem Staat im Staate machen und das darf nicht sein." (Ergert, Band IV, S.73) Auch der einstige Gönner Bachers – der Kurier, war ihm nun nicht mehr freundlich gesinnt.

1968 setzte Bacher dann noch einen drauf und kündigte an, die Fernsehreihe „Diskussion der Klubobmänner" einzustellen. Diese war 1966, nach dem unglücklichen Abschneiden der SPÖ ins Leben gerufen worden. Dem Protest der SPÖ hatte Bacher das Argument entgegengesetzt, dass die Klubobmänner ohnehin in der tagespolitischen Berichterstattung ihren Platz finden.
Pittermann war nun gereizt genug, um Bacher das Leben schwer zu machen. Zunächst hatte er es mit der Streichung der Gebührenerhöhung probiert, später kam ein besseres Druckmittel. Die Finanzierung der neuen ORF Immobilien. Mitte 1968 begann der Bau der Funkhäuser von Gustav Peichl, darunter das Landesstudio Salzburg, Linz und Innsbruck. Anfang der 70er Jahre nahm man den Bau von Roland Rainer - das ORF Zentrums am Küniglberg in Angriff. Die Finanzierung dieser Mega-Projekte war nur per Kredit mit Bundeshaftung möglich. Das war Pittermanns Chance sich einmal richtig quer zu legen.
Doch Kreisky kam und die Macht Pittermanns in der SPÖ schwand. 1968 wurde Kreisky in den Aufsichtsrat des ORF gewählt und brachte die Bundeshaftung von 1,3 Milliarden Schilling durch. Bacher und Kreisky führten keinen offenen Krieg.

Unbestritten war die Steigerung der Qualität der Nachrichtenberichterstattung des ORF. Pionierleistungen während des Prager Frühlings brachten Rundfunkstationen der westlichen Welt dazu, sich an den ORF zu hängen. Sondersendungen über 60 Minuten und kurzfristige Programmänderungen waren selbstverständlich. „Die amerikanische NBC überzog zum ersten Mal in der Geschichte ihre Nachrichtenzeiten, um am 21. August 1968 möglichst viele ORF Sendungen über die CSSR-Krise zu übernehmen."[35] Auf Wunsch tschechoslowakischer Journalisten und nach Absprache mit dem Kanzler, wurde

[35] Ergert, Band IV, S.100f.

auch in tschechischer Sprache berichtet, ORF Reporter wurden nach Belgrad und Rumänien geschickt um direkt von dort zu berichten. Das Lob für diese Arbeit kam von allen Seiten.
Auch bei der US-Präsidentschaftwahlen 1968 war der ORF als erste deutschsprachige Rundfunkanstalt non-stop dabei, wichtigster Frontmann dabei Dr. Hugo Portisch. Kurt Bergmann, der neue Chef der ORF Öffentlichkeitsarbeit machte die Rosenhügelstudios, das Herz der Berichterstattung in dieser Nacht für alle Print-Journalistenkollegen auf. „Der ORF lieferte in dieser Nacht laut übereinstimmendem Urteil das beste und umfassendste „Wahlservice" außerhalb der USA." (Ergert, Band IV, S102.) Bei den Zuschauen und ORF Intern war nun klar, dass Bachers Weg, der Weg der „Informationsexplosion" richtig war. „Alles in allem war so viel geschehen, dass auch eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse keine Rückkehr zum alten Staats- und Beamtenrundfunk denkbar erscheinen ließ." (Ergert, Band IV, S. 112)

1.5 Gegenreform 1975

1971 ist Kreisky Kanzler einer SPÖ Alleinregierung. Zwei Jahre später konstituiert er eine Rundfunkreformkommission mit der Aufgabe ein neues Rundfunkgesetz und eine neue Strukturierung für den ORF zu finden. Ein Jahr später, im Sommer 1974 wurde das neue Rundfunkgesetz mit SPÖ Stimmenmehrheit verabschiedet. Es brachte wesentliche Änderungen gegenüber der Version von 1966.
Der ORF wurde von einer Ges.m.b.H. in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt, eine Hörer- und Sehervertretung wurde installiert, FS1 und FS2 wurden als Vollprogramme mit je einem Intendanten installiert und die Macht des Generalintendanten wurde von einem Kontrollgremium – dem Kuratorium beschränkt, wobei die Zusammensetzung des Kuratoriums eine „Mehrheit im Sinne der jeweils stärkeren Regierungspartei"[36] ermöglichte.
Ein so zusammengesetztes Kuratorium wählte am 10. Jänner 1975 Otto Oberhammer mit 16:15 Stimmen zum neuen ORF Generalintendanten. Am gleichen Tag hielt Gerd Bacher eine Rede in der Argentinierstraße mit den Worten

[36] Wolf, Franz Ferdinand „25 Jahre ORF 1975-2000" Residenzverlag, 2001. S. 7

„So, jetzt haben wir einen Regierungsfunk“[37]. Bacher hatte sein Spiel mit der SPÖ und mit der Gewerkschaft dieses Mal verloren.

Otto Oberhammer zum Rundfunkgesetz von 1974: „Die Debatte schließlich die zum Rundfunkgesetz `74 geführt hat, war […] über lange Zeit von einem starken Willen zu einem Konsensgesetz zu gelangen, gezeichnet. Der abrupte und für viele sehr enttäuschende, schließlich mit weitreichenden Folgen versehene Bruch hat dann dazu geführt, dass das Gesetz mit sozialdemokratischer Mehrheit beschlossen wurde. Die Väter des Volksbegehrens, insbesondere die Herausgeber der unabhängigen Zeitungen, waren also keine natürlichen Freunde des Neuen. Noch weniger waren es die frustrieten Beteiligten, die für einen Konsens zwischen den Parteien viel Arbeit investiert hatten. Es war also eine höchst Streit verseuchte Landschaft.“ (Wolf, 2001, S.127)

FS1 Intendant wurde Gerhard Weiss, FS2 Intendant Franz Kreuzer, Hörfunkintendant Wolf in der Maur. Die beiden Fernsehsender wurden als Konkurrenzprogramme positioniert, das bedeutete eigene Programm-Maschinen und eigene Techniker. Das neue Rundfunkgesetz gab vor, dass der Generalintendant nicht weisungsberechtigt ist, außer „zur Einhaltung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes und der Beschlüsse des Kuratoriums.“ (Wolf, 2001, S.8) Oberhammer hat das in einem späteren Interview wie folgt bejaht: „Ich glaube persönlich nach wie vor, dass auf Grund der Größe des Unternehmens und der damit dem Generalintendanten gestellten Aufgaben […] der Einzelprogrammeingriff nicht seine Sache sein sollte. […] Diese Orgel würde ich meinem liebsten Bruder nicht alleine anvertrauen.“[38]

Das zweigeleisige Fahren der beiden Fernsehsender war ein teurer Spaß. Aber auch das erfolgreichste Projekt der Ära Oberhammer war kostenintensiv. Im neuen Gesetz war eine stärkere Mitwirkung der Landesstudios gefordert und das „Projekt Regionalisierung“ (Wolf, 2001, S. 9) begann. 1977 begann eines der erfolgreichsten Programme des ORF Fernsehens – 25 minütige Berichte aus den Bundesländern, damals noch alternierend. Bis heute werden die regionalen

[37] Wolf, 2001, S.7
[38] Oberhammer zitiert den Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfner

Sendungen aus den Bundesländern vom Gebühren zahlenden Publikum am meisten geschätzt. Die Föderalisierung war und ist also die beste Strategie gegen ausländische Konkurrenz.
Während der Ära Oberhammer wurde wieder mehr Augenmerk auf den Bereich der Unterhaltung gelegt. Zu dieser Zeit entstanden große Publikumserfolge, wie „Ein echter Wiener geht nicht unter“ oder „Kottan ermittelt“, die auch gesellschaftlich für Gesprächsstoff gesorgt haben.

„Otto Oberhammer war zwar ein integerer Mann, galt aber schon bald, aufgrund seiner Unerfahrenheit mit der Position des ORF - Chefs als „überfordert“.“[39] Oberhammer kam aus dem Justizwesen und die Entscheidung, am Beginn dieses neuen Konstruktes „öffentlich-rechtliche Anstalt“ mit drei verschiedenen Kontrollgremien (Kuratorium, Seher- und Hörervertreter und Rundfunkkommission), einen Juristen ans Ruder zu setzen, ist nachvollziehbar. Aber Oberhammer gab bald selbst zu „dass die Aufgabe nur am Rande juristisch“[40] war. Es ging um Unternehmensführung und Machtverteilung.

1.6 Zweite Ära Bacher

1978 wurde der Posten des Generalintendanten gemäß Bestellungsintervall wieder ausgeschrieben. Die Printmedien waren sich sicher, dass Helmut Zilk der Favorit sein würde. Doch völlig überraschend wurde Gerd Bacher mit 16:13 Stimmen gewählt. „Am Vortag meiner Wahl stand in sozialistischen Zeitungen, Bacher hat keine Chance, am Tag danach erschien die legendäre Schlagzeile: „Kreiksy in Paris, Benya in Sofia, Bacher im ORF“. Ja, das war ein Überraschungscoup.“[41]
Bacher und die Regierungen der folgenden acht Jahre nutzten die Zeit aber nicht zum Streiten. Konsens war das Motto der Stunde zum Wohle des ORF. Das

[39] Vgl:
http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_des_Fernsehens_in_%C3%96sterreich vom 26.03.09

[40] Interview Oberhammer aus Wolf, 2001, S.128f.

[41] Interviewzitat von Gerd Bacher aus Wolf, Franz Ferdinand „25 Jahre ORF 1975-2000“ Residenzverlag, 2001. S. 137

Gesetz von 1974 wurde adaptiert. Ein Programmintendant und ein Fernsehintendant wurden an Stelle der zu teuren FS1 und FS2 Konkurrenz-Intendantur gesetzt. Das Freie-Mitarbeiter-Gesetz wurde installiert, das dem ORF massive Personalkosten erspart hat. Und der ORF durfte nun auch an Sonn- und Feiertagen Werbung senden.

Zu Beginn der 80er Jahre legte Bacher als einer der ersten Rundfunkintendanten Europas ein Satellitenkonzept vor. Eine Reaktion auf das sich langsam ausbreitende Netz von Kabelfernsehen. Bachers Konzept ist aber an „parteipolitischen Widerständen gescheitert“[42]. Am Ende der Diskussion stand aber 3sat, als erstes deutschsprachiges Satellitenprogramm, dass Europaweit empfangen werden konnte. Der ORF lieferte zu Beginn ein Drittel des Programmes.
Weitere Innovationen zu Beginn der 80er Jahre waren, der auch heute noch genutzte Teletext und die Positionierung von FS1 als Massenprogramm und FS2 als anspruchsvolles Programm. Bedeutende Sendungs-Innovationen in diesem Bereich sind zum einen der Musikantenstadl und zum anderen die KunstStücke.

Im Zuge der Recherchetätigkeit für Hugo Portischs „Österreich II“ Dokumentation wurde das „Historische Archiv des ORF“ gegründet, das nicht ausschließlich Eigenproduktionen beherbergt, sondern Filmmaterial wichtiger historischer Eckpfeiler der Österreichischen Geschichte vereint. Die Gründung einer „Austrovision“, einer Art elektronischen Nationalbibliothek, wie Bacher es nannte, wurde ihm schon damals von der Politik verwehrt, mit der Begründung: „Das geht leider nicht. Der ORF ist ohnehin schon so stark.“[43] Auch heute gibt es Überlegungen, das ORF Archiv, wie eine Art Mediathek über das Internet zu öffnen.[44] Doch leider bleibt es auch 20 Jahre nach Bachers erster Idee erfolglos.

1986 nominierte Fred Sinowatz Teddy Podgorsky als Wunschkandidaten der großen Koalition für den Posten des Generalintendanten und Gerd Bacher verlies

[42] Vgl: Bacher in Wolf, 2001, S.138
[43] Vgl: Bacher in Wolf, 2001, S.139
[44] Mehr dazu in: Saekert, Sven: „Analyse der EU Fernsehberichterstattung am Beispiel ORF – Golden Archives Project for Parliaments“, Diplomarbeit Hochschule Darmstadt, 2008.

den ORF zum zweiten Mal. Podgorsky legte sein Hauptaugenmerk auf die Programmgestaltung. Sendungen wie „Seitenblicke“, „Universum“ und „Heimat fremde Heimat“ entstanden. Dank der technischen Möglichkeit FS2 auf mehrere Leitungen auf zu splitten, entstand auch die heute noch quotenstärkste Sendung des ORF – Bundesland heute.
Obwohl durch und durch ein Medienmann, sah sich Podgorski einem ähnlichen Schicksal wie es Otto Oberhammer zuvor ereilt hatte, entgegen.[45] Er hatte, im Gegensatz zu Bacher nicht das nötige Charisma und die Führungsqualitäten, um mehrere Amtsperioden durchzuhalten. So wurde 1990 Gerd Bacher erneut und zum letzten Mal für vier weitere Jahre als Generalintendant bestellt.

1.7 Vom Monopol zum Marktführer

1990 waren die politischen Weichen für einen Österreichischen Beitritt zur EG bereits gestellt und damit das Ende des ORF Monopols absehbar. Bacher hatte für seine Amtszeit drei Hauptziele formuliert, um das Haus auf Wettbewerb einzustellen. Die prägendste war sicher „Vom Monopol zum Marktführer“, weiters die materielle Sicherung der öffentlich-rechtlichen Zukunft und die Etablierung des ORF als Drehscheibe nach der Wende. Diese Kooperation mit den Journalistenkollegen aus dem Osten ist es wohl auch zu verdanken, dass der ORF in der Zeit des Jugoslawienkonflikts zur Informationsclearingstelle wurde.
Bachers Ziele sollten durch eine Ökonomisierung erreicht werden, aber nicht durch eine Kommerzialisierung des ORF. Dahinter versteckt sich ein Bekenntnis zu anspruchsvollen Sendungen und der Mut diese nicht in das Nachtprogramm zu verbannen. „Die Verbannung anspruchsvoller Sendungen in die späte Nacht kann nicht öffentlich-rechtliche Programmpolitik sein, damit verliert man das Recht auf Gebührenfinanzierung. Quote und Werbung sind wichtig, aber nicht öffentlich-rechtliches Lebensgesetz. Das eierlegende Milchwollschwein ist nicht unser Wappentier.“[46]

---

[45] Vgl:http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_des_Fernsehens_in_%C3%96sterreich, vom 27.03.09

[46] Gerd Bacher im Interview, siehe Wolf, 2001. S.140

Bacher versuchte mit gruppendynamischen Veranstaltungen, Workshops und Konferenzen bei den Mitarbeitern das Bewusstsein zu schaffen, dass die geschützte Monopolwerkstatt Vergangenheit ist. Zusätzlich konnte, dank einer hartnäckigen Unternehmenspolitik, der ORF als wichtigster Österreichischer Identitätsstifter außer Frage gestellt werden.

Sparpakete und die Einführung von Kontrollinstrumenten für Produktion und Verwaltung konnten Transparenz liefern und zur Sparsamkeit beitragen. Nach Angaben Bachers konnte er seinem Nachfolger 1994 ein Budgetplus von 700 Millionen Schilling übergeben.
Was Bacher in dieser Zeit allerdings nicht gelungen ist, war ein neues Rundfunkgesetz durchzubringen, welches das Kreisky-Modell von 1974 mit der Möglichkeit der Parteipolitischen Einmischung auslöscht. Die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes ist anerkannt – auch heute noch, aber so ein Gesetz gibt es leider immer noch nicht.

1994 übernimmt Gerhard Zeiler das Ruder am Küniglberg. Zu dieser Zeit konnten bereits 60 Prozent der österreichischen Haushalte an die 25 deutschsprachigen Fernsehkanäle empfangen[47], Tendenz steigend. Zeilers Zauberwort war „neu“ und er ließ im Programm kaum einen Stein auf dem anderen. 35 neue TV Formate wurden eingeführt. Alteingesessene Sendungen, wie der Club2 oder X-Large wurden eingestellt. Talkshows à la Hans Maiser mit österreichischem Stempel wurden gesendet, beispielsweise „Schiok täglich“.
Zeiler war zuvor bei deutschsprachigen Sendern, wie Tele5 oder RTL2 tätig und eine inhaltliche Orientierung an der privaten, deutschen Konkurrenz kann nicht geleugnet werden. Der öffentlich-rechtliche Auftrag wurde durch Sendungen wie „Treffpunkt Kultur“ oder „Kreuz und Quer“ am Leben gehalten. „Ein Unternehmen, das sich nach dem Willen der Politik über Gebühren *und* den Markt finanziert […] kann nicht nur dem hehren Kulturauftrag frönen. Tut man das, dann fehlen schlicht und ergreifend fünfzig Prozent der Einnahmen. […] In einer Wettbewerbssituation kann man von der Finanzierung her gesehen ganz einfach keinen anderen Kurs fahren.“ (Interview Zeiler, in Wolf 2001, S.:150)

[47] Vgl.: Wolf, 2001, S.148

Zur Absicherung der finanziellen Basis des ORF hatte der Verfassungsausschuss des Nationalrates bereits im Sommer 1993 beschlossen, die Werbezeiten im Fernsehen ab 1995 schrittweise auszuweiten.[48]

1996 genehmigte das Kuratorium den Start des Tourismus und Wetterkanals TW1. Damit wurde der Grundstein für den ersten frei empfangbaren Spartenkanal gelegt. Zur selben Zeit startete auch W1, das erste regionale Privatfernsehen und die Keimzelle des heutigen Senders ATV.
Gegen Ende der Ära Zeiler stieg der ORF in das World Wide Web ein. Ein weiterer Schritt den ORF zu einem Multimediaunternehmen zu verwandeln. Im Juli 1997 startete ORF ON. Zu dieser Zeit war noch nicht mit Sicherheit zu sagen, ob in dieser neuen Technologie Geld versenkt oder gewonnen werden kann, doch der ORF machte seine ersten Schritte. „Ein Unternehmen wie der ORF muss den First-Mover-Gedanken haben. Man muss das unternehmerische Risiko eingehen, man kann eben in diesem Bereichen nicht genau berechnen, ob die einzelnen Businesspläne oder die verschiedenen Unternehmenskonstruktionen auch aufgehen werden. Aber wir haben gespürt, dass wir auf diesem neuen Geschäftsfeld etwas tun müssen.“ (Zeiler in Wolf 2001)

1.8 Trimedialität und ihre Grenzen

1998 geht Gerhard Zeiler wieder zu RTL. Gerhard Weiss wird neuer ORF Generalintendant. Das neue Ziel lautet „Trimedialität“ – Radio, Fernsehen und Internet. Die Weichen zur Digitalisierung wurden gestellt und können nun umgesetzt werden. Ein neuer Newsroom für die Zeit im Bild entsteht, der einen digitalen Workflow ermöglicht. Mit dem Start von ORF DIGITAL wurde sichergestellt, dass alle ORF Programme via Satellit empfangen werden können.
Die Herausforderung am Ende des alten Jahrtausends ist es Schritt zu halten mit den großen Medienunternehmen, die sich als Global Player positionieren. Lizenzen werden dadurch immer teurer, die Technik erfindet sich neu und der Wettbewerb wird immer härter. Seit 1998 öffnen immer mehr kommerzielle Sender Werbefenster für Österreich. „In absoluten Zahlen betrachtet gibt es in Österreich

[48] Vgl.: Wolf, 2001, S.15

mehr Haushalte, die über Kabel oder Satellit verfügen, als Haushalte, die ORF Gebühren zahlen. Darauf müssen wir Antworten finden.“ (Interview Weiss in Wolf 2001, S.: 155)
Die GIS, das Gebühren Inkasso Service wird geründet. Sie ist eine hundertprozentige Tochter des ORF und dient der Verbesserung des Gebührenmanagements, also der Reduzierung der Schwarzseher. Weiters wird die ORF ENTERPRISE zur Auslagerung der Werbung gegründet. „Angesichts der großen Bedeutung, die die Werbung für unser Unternehmen hat, war es logisch, dass wir den Werbezeitverkauf weiter professionalisieren müssen.“ (Weiss in Wolf, 2001)

Zur Pflege des öffentlich-rechtlichen Auftrages fördert Weiss die Information im ORF Fernsehen. Die Zeit im Bild um 13 Uhr wird ausgebaut, weitere Korrespondentenbüros in Europa eingerichtet, ein Wirtschaftsmagazin gegründet und mehr Kulturberichterstattung in die ZiB1 eingebaut. Die Information wird unter Weiss auch über das bestehende ORF-ON Network weiter ausgebaut. „Das wesentliche Produkt des ORF ist der Inhalt, der Content. Und es ist wesentlich, dass jede – egal ob bestehende oder künftige – Plattform mit ORF Inhalten bespielt werden muss. Wir müssen das Publikum auf allen elektronischen Distributionswegen erreichen können.“ (Weiss in Wolf, 2001)

Das umstrittenste Programmprojekt der Ära Weiss ist „Taxi Orange“, weil der öffentlich-rechtliche Bezug nicht erkennbar ist. Doch der ORF musste auf das neu erfundene Containerfernsehen reagieren. Rund 500.000 junge Österreicher sind dem ORF durch Big Brother auf RTL2 verloren gegangen. „Wir haben Reality abseits eines herz- und hirnlosen Containers produziert und die jungen Seher zurückgeholt. Mehr noch: Wir haben junge Seher dazugewonnen.“ (Weiss in Wolf, 2001)

Nach der politischen Wende im Jahr 2000, stand der SPÖ nahe Generalintendant Weiss einige Zeit im Kreuzfeuer der Regierungsparteien. Vor allem der damalige FPÖ Clubobmann Peter Westentaler, der auch im ORF Kuratorium vertreten war, machte Druck auf Weiss und auf die politische Berichterstattung im ORF.

2002 wurde die Landesintendantin des Niederösterreichischen Radios, Monika Lindner zur Generaldirektorin des ORF gewählt. In ihre Ära fällt der Startschuss für Privatfernsehen in Österreich. Am 1. Juni 2003 startete ATVplus als erster Terrestrischer Privatsender Österreichs, ein Jahr später folge Puls-TV im Großraum Wien, das seit 2008 auch österreichweit empfangbar ist.
Der Erfolg der österreichischen Privaten kommt aber nicht so richtig in die Gänge, dabei ist Österreich das letzte Land in der Europäischen Union, das Privatfernsehen eingeführt hat. Erst durch die im Jahr 2007 abgeschlossene Digitalisierung, können die Privaten an Bedeutung zulegen. Die Übernahme von Puls4 durch die deutsche ProSiebenSat.1 Media Gruppe, konnte den Sender erste Bedeutung einhauchen.

Trotzdem verlor der ORF an Reichweite. Weniger auf Grund der Privaten Konkurrenz, mehr aufgrund der Vereinnahmung durch die Regierungsparteien. Monika Lindner wurde eine besondere Nähe zu ÖVP Kanzler Wolfgang Schüssel nachgesagt und der von ihr bestellte ZIB Chefredakteur Werner Mück, galt als politischer Hofberichterstatter der blau-schwarzen Bundesregierung.
Die Spitze des Konflikts eröffnete sich nach der Rede des ORF Journalisten Armin Wolf anlässlich der Verleihung des Robert Hochner Preises. Er warf der ORF Informationsspitze vor, „zu Viel Macht in der Hand einer Person“ zu vereinen und sprach von „hemmungsloser Einflussnahme politischer Parteien auf den ORF“[49]. Diese Rede wurde von der Medienlandschaft als „Hilferuf aus dem ORF“ verstanden und führte zu großen Diskussionen.

Schließlich verlor Monika Lindner die Wiederwahl 2006 und ihr kaufmännischer Direktor Alexander Wrabetz wurde mit Hilfe der Stimmen von SPÖ, BZÖ und Grünen zum ORF Generaldirektor bestellt. Die Qualität seiner Amtszeit ist umstritten.

[49] Vgl.: APA Online Manager „Armin Wolf Rede bringt ORF in Turbulenzen“ vom Do, 18.Mai 2006. Siehe Anhang.

1.9 Probleme der Gegenwart

Mit Hilfe der Stiftungsräte Huberta Gheneff-Fürst und Peter Fichtenbauer, die der FPÖ nahe stehen, sowie Karl Krammer, der auf Vorschlag der SPÖ in den Stiftungsrat gerückt ist, und Pius Strobl, ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Grünen, wurde Alexander Wrabetz für den Posten des ORF-Generaldirektors nominiert. Am 1. Jänner 2007 begann seine Amtszeit, nur vier Monate später am 10. April 2007 ging die „größte Programmreform in der Geschichte des ORF“[50] auf Sendung.

Es erklärt sich von selbst, dass vier Monate Vorbereitungszeit für ein derartiges Unterfangen nicht viel sind, und so überrollte sich die Reform. Programmformate wie „Mitten im 8ten“ oder „Extrazimmer“ hätten vom Fleck weg Kult werden sollen und floppten. Zu kurz war die Pilotierphase, zu über-verlangt der Erfolg und zu planlos die Verantwortlichen. Auch im Informationsbereich sind Pannen passiert. So wurde in einer Presseaussendung vergessen die ZiB Sonntags um 11 Uhr zu streichen und daher läuft sie noch heute. Auch die jugendliche und flott gestaltete ZiB 20 erreicht nicht die Quote und Beliebtheit, die man sich erhofft hat, auch wenn die Chefredaktion in Presseaussendungen das Gegenteil beteuert. Nur selten schafft die ZiB 20 eine Reichweite über 10% Marktanteil und bringt es kaum auf mehr als 190.000 Zuseher. Das ist stets um die Hälfte weniger als das 15 Minuten später anlaufende Primetimeprogramm und nur ein Bruchteil der Quote der Zeit im Bild auf ORF2.[51]

Das Ende der Durchschaltung der Zeit im Bild hätte junge, politisch uninteressierte Seher zurückholen sollen, die zu der Serie „Die Simpsons“ auf Pro7 abwanderten, die zur selben Sendezeit läuft. Das ist mit „Mitten im 8ten“ gescheitert und auch mit amerikanischen Kaufserien glückt es kaum. „Die Frage ist mehr als berechtigt: Wo bleibt eine klare und konzise Strategie für ORF 1, das sowohl österreichischer als auch öffentlich-rechtlicher werden muss? Wo bleibt das offene und ehrliche Angebot an die heimischen Autoren und Filmproduzenten, gemeinsam Stoffe für ORF 1 zu entwickeln?“[52]

---

[50] Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Wrabetz vom 14.05.2009

[51] Quelle: http://mediaresearch.orf.at

[52] Forderung von Franz Medwenitsch, ÖVP Stiftungsrat, in diepresse.at vom 22.05.2007, siehe Anhang.

Im November 2008 wurde ein Budgetdefizit von rund 100 Millionen Euro bekannt. Trotz der größten Programmreform und trotz Gebührenerhöhung. Das Unternehmen muss den Rotstift ansetzen. Dabei soll, wie in solchen Situationen üblich, vor allem Personalkosten gespart werden. Vom Staat werden die Gebührenbefreiungen zurückverlangt und das großzügige Einkaufen von Sportrechten wird gestrichen. Alleine beim Fernsehen sollen 2009 rund 13 Millionen Euro gespart werden. Jede vierte mittlere Führungsposition soll gestrichen werden. ORF-Kommunikationschef Pius Strobl[53] meinte, die Einsparungen im kommenden Jahr seien "mit mehr als 50 Millionen Euro sehr ambitioniert. Sie stehen wie die gesamte ORF-Tätigkeit unter der Prämisse, dass im Programm für unsere Kunden keine Auswirkungen spürbar sind."“[54] Wenn der ORF im Stande ist, 50 Millionen Euro einzusparen, ohne, dass Auswirkungen von außen zu erkennen sind, fragt man sich, wo diese 50 Millionen Euro in den letzten Jahren geblieben sein sollen. Kritiker des Sparplans, der eine Minimierung des Defizites im Jahr 2009 auf knapp 30 Millionen Euro vorsieht, sehen die Einnahmenseite zu rosig prognostiziert, das Programm darunter leidend und keine effiziente Zukunftsorientierung.[55]

Das Strategiepapier „ORF 2015“, das Alexander Wrabetz zur Rettung des Unternehmens aufgelegt hat, ist dick. Der Succus ist, die Konzentrierung auf das Hauptgeschäft von Radio und Fernsehen. Im Onlinebereich möchte man die marktführende Position halten, aber keine großen Investitionen tätigen. ´“ Die junge Generation, die sich zunehmend vom TV und Radio wegbewegt, soll durch Technologie wieder an Radio- und TV-Konsum "gewöhnt" werden, so das Strategiepapier.“[56] Ein Umdenken in der Einstellung der Unternehmensleitung zum Internet, ist also nicht gegeben.
Ein Symptom für die fatale Fehleinschätzung der Geschäftsführung in Bezug auf die Möglichkeiten des Web 2.0, ist die Aussage des ORF Programmdirektor

[53] Information zur Person Pius Strobl siehe Anhang.
[54] Vgl. http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/kultur/orf/1682668/index.do vom 14.05.2009
[55] Vgl Franz Medwenitsch in „ORF-Stiftungsrat genehmigte ORF-Budget 2009“ aus http://www.kleinezeitung.at vom 14.05.2009, siehe Anhang
[56] Vgl http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/367096/index.do vom 14.05.09 siehe Anhang

Wolfgang Lorenz beim "Elevate"-Festival in Graz zum Thema „Die Zukunft der Medien“, Mitte November 2008. Dort sprach er vom „Scheißinternet“ und dass es ihm egal sei, was die Jugendlichen dort täten. Bei einem Interview am nächsten Tag versuchte Lorenz die Wogen etwas zu glätten. "Ich finde das Internet per se überhaupt nicht Scheiße! Aber ich finde es absurd, dass die Jungen jenseits von Mut und Zivilcourage quasi in den elektronischen Underground abtauchen. Das ist Verlust an gesellschaftspolitischer Relevanz."[57] Es erübrigt sich an dieser Stelle festzuhalten, dass der ORF mit diesen Führungskräften keine effiziente Modernisierung erleben wird.

Der ORF soll in den kommenden Jahren auf „Trimedialität“ setzen. Ein Begriff, den schon Gerhard Zeiler zum Credo erhoben hat. Im neuen Strukturpapier ist damit aber die Erhaltung des ORF als „Trimediales Content-Haus“[58] gedacht. Die Grenzen zwischen Radio, Fernsehen und Internet sollen in sofern aufgehoben werden, als dass ein Redakteur künftig in allen Bereichen tätig sein soll. Das bedeutet, dass künftig möglicherweise eine Informationsredaktion das Fernsehen, das Radio und die ORF Webseite mit Content füllt. Eine Synergie der Medien Fernsehen, Radio und Internet auf Seiten der Rezipienten ist nicht gedacht.

2. Wie funktioniert der ORF?

Die Rechte und Pflichten des ORF sind im ORF Gesetz verankert. Seit 2001 ist der ORF eine Stiftung öffentlichen Rechts. Solche werden vom Staat per Gesetz errichtet und die Rechtsverhältnisse richten sich ausschließlich nach ihrem Errichtungsakt und ihrer Satzung. Der Haushalt wird jährlich vom Parlament beschlossen. Begünstigter der Stiftung ist die Allgemeinheit.[59] Zweck der Stiftung „Österreichischer Rundfunk“ ist die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrages. Dieser umfasst den Versorgungsauftrag und den Programmauftrag sowie besondere Aufträge.

---

[57] Zitat Lorenz aus http://derstandard.at/?url=/?id=1226250835949 vom 10.11.2008

[58] Aus: http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/367096/index.do vom 14.05.09 siehe Anhang

[59] Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Stiftung vom 14.05.2009

Der Österreichische Rundfunk hat bei Erfüllung seines Auftrages auf die Grundsätze der österreichischen Verfassungsordnung, insbesondere auf die bundesstaatliche Gliederung nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Länder sowie auf den Grundsatz der Freiheit der Kunst, Bedacht zu nehmen und die Sicherung der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, der Berücksichtigung der Meinungsvielfalt und der Ausgewogenheit der Programme sowie die Unabhängigkeit von Personen und Organen des Österreichischen Rundfunks, die mit der Besorgung der Aufgaben des Österreichischen Rundfunks beauftragt sind, gemäß den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes zu gewährleisten.[60]

Der ORF verpflichtet sich zur Veranstaltung von Rundfunk, zur Durchführung von Online-Diensten und Teletext im Bereich des öffentlich-rechtlichen Programmangebots und zur Geschäften und Maßnahmen, die für diese Tätigkeit geboten sind. Der Österreichische Rundfunk hat unter Mitwirkung aller Studios für drei österreichweit und neun bundeslandweit empfangbare Programme des Hörfunks und für zwei österreichweit empfangbare Programme des Fernsehens zu sorgen.

2.1 Der Programmauftrag

Der Österreichische Rundfunk hat durch die Gesamtheit seiner Programme dafür zu sorgen, dass die Allgemeinheit umfassend über alle wichtigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Ereignisse informiert wird. Dadurch soll das demokratische Zusammenleben gestärkt werden, die österreichische Identität gefestigt werden und das Verständnis für die europäische Integration gefördert werden. Der ORF ist weiters verpflichtet Wissenschaft und Kunst zu fördern und zu vermitteln, sowie die österreichische kreative Produktion angemessen zu berücksichtigen. Er muss ein vielfältiges kulturelles Angebot und Unterhaltung liefern und dabei alle Altersgruppen, die Anliegen von Familien und Kindern sowie die Anliegen behinderter Menschen und Minderheiten berücksichtigen. In weiterer Folge hat der ORF die Gleichberechtigung der

[60] Vgl. BGBl. I Nr. 83/2001 aus http://ris.bka.gv.at/

Geschlechter und die Bedeutung von Religionsgemeinschaften und Kirchen zu berücksichtigen. Er soll die Volks- und Jugendbildung unter besonderer Beachtung der Schul- und Erwachsenenbildung fördern, das Interesse zu aktiver sportlicher Betätigung wecken und Fragen des Umwelt- und Konsumentenschutzes aufgreifen.

Das Gesamtprogramm muss anspruchsvolle Inhalte enthalten und im Hauptabend müssen anspruchsvolle Sendungen zur Wahl stehen. Besonders Sendungen mit Informations-, kulturellem oder wissenschaftlichen Inhalt müssen sich durch hohe Qualität auszeichnen. Auf die Eigenständigkeit Österreichs und ihr föderalistischer Ausbau muss besonders geachtet werden.

Bis zum 31. März jeden Jahres muss der ORF dem Nationalrat von der Erfüllung des Auftrages, den erzielten Reichweiten und dem Ausmaß der kommerziellen Werbung, durch den Vorsitzenden des Stiftungsrates, berichten.

2.2 Die Organe des ORF

Die Organe des ORF sind weisungsfrei und nur an ihre eigenen Statuten und das ORF Gesetz gebunden. Die Ämter des Stiftungs- und Publikumsrates sind Ehrenämter und verpflichten zur Verschwiegenheit.

2.2.1 Der Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hat 35 Mitglieder. 6 Mitgliedern werden von der Bundesregierung nach dem Stärkeverhältnis der politischen Parteien im Nationalrat entsendet werden, wobei jede im Hauptausschuss des Nationalrates vertretene Partei mindestens ein Mitglied entsenden darf. Jedes Bundesland bestellt ein Mitglied, neun Mitglieder bestellt die Bundesregierung, sechs Mitglieder bestellt der Publikumsrat und fünf Mitglieder werden vom Zentralbetriebsrat entsendet.

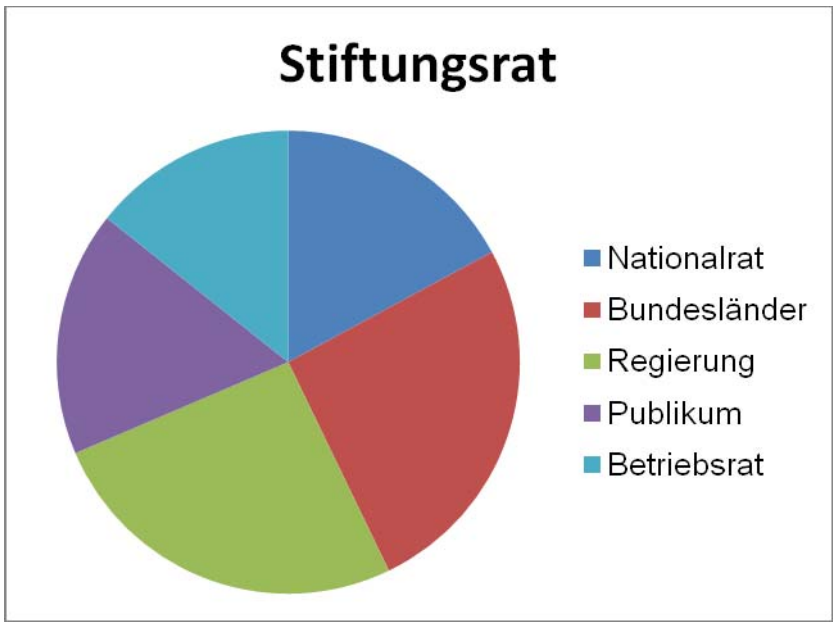


Abb.16: Zusammensetzung des Stiftungsrates[61]

Die Mitglieder des Stiftungsrates dürfen nicht für den ORF oder ein anderes Medienunternehmen tätig sein und müssen eine entsprechende Vorbildung und Eignung mitbringen.
Der Stiftungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder beschlussfähig. Abgestimmt wird offen, außer bei der Abberufung eines Generaldirektors oder bei Antrag auf Sonderprüfung der Geschäftsführung und mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Der Stiftungsrat dient der Bestellung und Abberufung des Generaldirektors, der Festlegung der Anzahl an Direktoren, die Genehmigung langfristiger Pläne für Programm, Technik, Finanzen und Personal sowie der Festlegung der Höhe des Programmentgelts, nach Genehmigung des Publikumsrates. Der Stiftungsrat beschließt Kollektivverträge und Dienstordnungen, kann die Prüfungskommission beauftragen und hat für die Qualitätssicherung zu sorgen.

[61] Quelle: Eigene Darstellung

2.2.2 Der Generaldirektor

Der Generaldirektor wird vom Stiftungsrat für eine Amtszeit von fünf Jahren bestellt. Er ist mit der Geschäftsführung des Unternehmens beauftragt und vertritt das Unternehmen. Ihm obliegt die Festlegung der Richtlinien für die Programmgestaltung. Er ist weisungsfrei, muss sich aber selbstverständlich an die Gesetze und die Beschlüsse des Stiftungsrates halten.
Ausgehend von der Generaldirektion werden langfristige Pläne in Bezug auf Programm, Technik, Personal und Finanzen erarbeitet und dem Stiftungsrat zum Beschluss vorgelegt. Der Generaldirektor ist danach zur Vollziehung dieser Beschlüsse verpflichtet.
Der Generaldirektor sucht die geeigneten Direktoren und Landesdirektoren aus und überwacht ihre Aufgaben. Sie sind solange im Amt, wie die Funktionsperiode des Generaldirektors dauert. Sie sind in ihren Bereichen für die Programmgestaltung, Finanzen, Personalplanung und Technik verantwortlich. Sie sind nur den Weisungen des Generaldirektors unterstellt. Landesdirektoren sind für die bundeslandweite Gestaltung der Fernsehsendungen und des Hörfunks zuständig. Weiters unterstehen ihnen die Betriebsstätten und Sendeanlagen ihres Studios sowie das dort tätige Personal.[62]

2.2.3 Der Publikumsrat

Zur Wahrung der Interessen der Rezipienten existiert ein Publikumsrat aus 35 Mitgliedern. Sechs Mitglieder werden durch Wahl der Rezipienten entsandt und müssen aus den Bereichen Bildung, Jugend, ältere Menschen, Eltern bzw. Familien, Sport und Konsumenten stammen. Der ORF hat dafür zu sorgen, dass jeder Rundfunkteilnehmer an der Wahl teilnehmen kann. 4 Mitglieder werden durch die Bildungsstätten der Politischen Parteien, die im Nationalrat vertreten sind, gestellt. Je ein Mitglied stellen die Wirtschaftskammer, die Landwirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, der ÖGB, die Kammer freier Berufe, die römisch katholische Kirche und die Akademie der Wissenschaften. Weiters können Institutionen im Bereich Hochschulen, Bildung, Kunst, Sport, Jugend,

[62] Vgl. BGBl. I Nr. 83/2001 aus http://ris.bka.gv.at/

Schüler, ältere Menschen, behinderte Menschen, Familie, Volksgruppen, Touristik, Kraftfahrer, Konsumentenschutz und Umweltschutz pro Bereich eine Person nominieren. Die aktuelle Liste der Publikumsräte ist unter publikumsrat.orf.at abrufbar.
Die Funktionsperiode des Publikumsrates dauert vier Jahre, seine Tätigkeit beschränkt sich ausschließlich auf das Aussprechen von Empfehlungen, mit Ausnahme der Genehmigung von Beschlüssen des Stiftungsrates in Bezug auf das Radio- und Fernsehentgelt. Der Publikumsrat ist dazu befähigt die Generaldirektion und die Landesdirektionen jederzeit um Stellungnamen und Auskünfte zu bitten.
Der Publikumsrat entsendet sechs Mitglieder in den Stiftungsrat, wovon drei aus der direkten Publikumswahl stammen müssen, eines aus dem Bereich der gesetzlich anerkannten Kirchen oder Religionsgemeinschaften, eines aus dem Bereich Hochschulen und das sechste aus dem Bereich Kunst entsendet wird.

2.2.4 Die Prüfungskommission

Die Prüfungskommission besteht aus mindestens zwei Mitgliedern, die vom Stiftungsrat für drei Geschäftsjahre nominiert werden und von diesem Prüfungsaufträge erhalten. Sie müssen aus dem Bereich der Wirtschaftsprüfung stammen. Kontrolliert werden die Richtigkeit der Buchführung und die gesamte Geschäftsgebarung in bezug auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften. Daneben wird der ORF auch vom Rechnungshof geprüft.

2.2.5 Die Rechtsaufsicht

Die Rechtsaufsicht obliegt dem Bundeskommunikationssenat. Er hat über etwaige Verletzungen des Rundfunkgesetzes zu entscheiden. Die sechs Mitglieder des Senats werden vom Bundespräsidenten nach Vorschlag der Bundesregierung für die Dauer von sechs Jahren bestellt. Gegen Beschlüsse des

Bundeskommunikationssenates kann nur beim Verfassungs– oder Verwaltungsgerichtshof vorgesprochen werden.[63]

2.3 Politische Einflussnahme

Schon Oskar Czeija, der Gründer und erste Generaldirektor der RAVAG wusste, dass zur Gründung einer Funkanstalt in Österreich die Unterstützung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wichtig waren. Das war zu Beginn der 20er Jahre des letzen Jahrhunderts. „Auch verwies er auf die staatspolitische Bedeutung eines Instruments, das es dem Staatsmann ermöglicht, im ganzen Land gehört zu werden, und betonte die Notwendigkeit eines eigenständigen staatlichen „Rundspruchdienstes“. Immerhin gab es hohe Beamte, die die Meinung des preußischen Ministers Karl Severing teilten, wonach es „eine Kleinigkeit sei, mit Hilfe des Radios erneut die Monarchie auszurufen.“[64] Die machtpotenzierenden Möglichkeiten des Rundfunks waren also schon vor seiner Installierung glasklar. Damit einher geht das Interesse der Politik sich ein Stück des kräftebringenden Kuchens abzuschneiden. Schon bei der Gründung der RAVAG wurde darauf geachtet, dass die Politik das Ruder in der Hand halten kann. „Ein Vetorecht stand jedem Mitglied des sogenannten „RAVAG-Exekutivkomitees“ bei sämtlichen Entscheidungen zu – einschließlich der Programmgestaltung. Die Mitglieder des Exekutivkomitees wiederum waren – laut Satzung – von den maßgebenden politischen Gruppen zu stellen.“[65] So ist das auch noch heute, nur wird versucht diese Tatsache zeitgemäß zu kaschieren, denn der Ruf nach Unabhängigkeit des österreichischen Leitmediums ORF ist viel zu öffentlich, als dass man die Karten einfach auf den Tisch legen könnte.

Aus diesem Grund ist es ein immanenter Bestandteil, vermutlich jedes öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aber mit Sicherheit des ORF, dass die ausschlaggebenden Gremien und auch die weniger ausschlaggebenden Gremien, politisch besetzt sind. Der ORF Publikumsrat ist von seiner Grundidee beispielsweise kein politisch

[63] Vgl.: http://www.rtr.at/de/rf/BKS vom 14.05.2009
[64] Ergert Band I, S.29.
[65] Ergert, Band I S. 13

motiviertes Gremium, und doch lassen sich die zur Wahl stehenden Kandidaten von politischen Parteien unterstützen und empfehlen.

Wenn man die Zusammensetzung der 35 Mitglieder des Stiftungsrates grafisch darstellt, so zeichnet sich auf den ersten Blick ein durchaus gleichgewichtiges Farbenspiel.[66] Politische Partner scheinen in einem ausgewogenen Verhältnis das Gremium zu besetzen. Analysiert man allerdings die einzelnen Mitglieder nach ihrem politischen Naheverhältnis, ist das Gleichgewicht stark gekippt.[67]

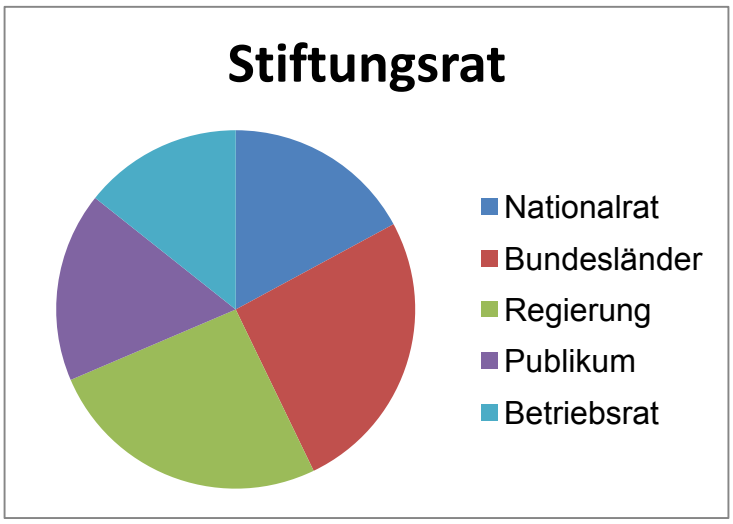


Abb.16: Zusammensetzung des Stiftungsrates[68]

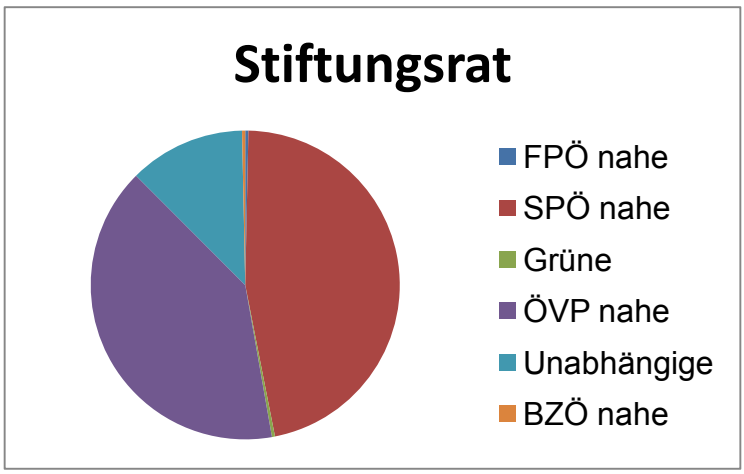


Abb.17: Zusammensetzung des Stiftungsrates nach politischen Naheverhältnissen[69]

[66] Siehe Abb16
[67] Siehe Abb17
[68] Quelle: Eigene Darstellung

Von den 35 aktuellen Mitgliedern des Stiftungsrates stehen 28 in einem Nahverhältnis zur Bundesregierung, das ist ein Anteil von 80% und damit weit mehr als die ausschlaggebende Zweidrittelmehrheit. Die großkoalitionären Parteien SPÖ und ÖVP teilen sich zusammen mit 4 unabhängigen Mitgliedern den Kuchen auf. Spannend ist also nur das Kräftespiel zwischen Rot und Schwarz, denn die meisten anderen Varianten schaffen es aktuell auf keine effiziente Mehrheit.

Die Historie der schwarzen oder roten Einfärbungsversuche des Unternehmens geht mit dessen Geschichte einher und ist in der tagesaktuellen Berichterstattung der österreichischen Printmedien rege zu verfolgen.[70] Der Chefredakteur des Standard Gerfried Sperl, beschreibt in einem Leitartikel der Zeitung am 28. August 2006 den ORF-Generaldirektor als zweitwichtigsten Job in diesem Staat. Der erbitterte Kampf um seine Besetzung im Vorfeld der Nationalratswahl bestätigt diese Einschätzung – oder zumindest die Sichtweise der Parteien auf die Bedeutung des Amtes.[71]

In wie weit politisch besetzte Gremien und Direktorensessel die tägliche Arbeit der Redakteure im Bereich Information beeinflusst, hängt von den Persönlichkeiten ab. Die Zeit im Bild wird nicht von einer Person alleine gemacht, sondern entsteht aufgrund mehrerer mitunter langandauernder Redaktionssitzungen. Es obliegt dem Selbstbewusstsein und der Standhaftigkeit der Beitragsgestalter, Ressortleiter und Chefs vom Dienst den Wünschen der politischen Mediensprecher die Stirn zu bieten. Ebenso bedeutend ist die schützende Hand des Chefredakteurs, der direkt dem Informationsdirektor unterstellt ist. In manchen Legislaturperioden des Unternehmens hat das besser, in anderen nicht so gut funktioniert. Zuletzt wurde die Ära Lindner-Mück stark kritisiert und in der Öffentlichkeit diskutiert. Ausschlaggebend dafür war die Rede des ZiB2 Anchormans Armin Wolf anlässlich der Verleihung des Robert Hochner Preises, in der er hemmungslose politische Einflussnahme beklagte.[72]

---

[69] Quelle: Eigene Darstellung, Liste der Mitglieder siehe VIII Angang.
[70] Beispielsweise: „SPÖ-ÖVP-Kontroverse um ORF-Stiftungsrat“ aus steierkark.orf.at, siehe Anhang
[71] vgl. Plaiker 2007, in Filzmaier
[72] Siehe II Fernsehen in Österreich, 1.8 Trimedialität und ihre Grenzen

3. Journalistische Darstellungsformen im Informationsbereich des ORF Fernsehen

Im Folgenden sollen die Werkzeuge der Fernsehjournalisten aufgezählt und beschrieben werden. Sie markieren, in gewisser Weise, den äußeren Rahmen der Möglichkeiten, für die Vermittlung parlamentarischer Arbeit und Nachrichten im Allgemeinen.

3.1 Moderation und Meldung

Die Moderation wird von einem Moderator oder einer Moderatorin gestaltet. Es ist seit vielen Jahren nicht mehr üblich, eigens ausgebildete Sprecher einzusetzen. Die Präsentatoren einer Informationssendung sind vollwertige Journalisten und ausnahmslos in den gestaltenden Prozess der Sendung eingebunden.
Die Moderation hat in den meisten Fällen die Aufgabe einen nachfolgenden Filmbeitrag einzuleiten.[73] Die Länge einer Moderation ist abhängig vom jeweiligen Sendungsformat. In der Zeit im Bild kann man durchschnittlich mit Moderationen in der Länge von rund 30 Sekunden rechnen, in den kurzen Formaten, wie dem ZiB flash oder der ZiB20 sind Moderationslängen von 10 bis 20 Sekunden durchaus üblich. In Magazinsendungen, wie dem „Hohen Haus“ sind Moderationen über 30 Sekunden hingegen keine Seltenheit.

Die Meldung ist ein kleines, gestaltendes Informationselement.[74] Sie wird beispielsweise dazu verwendet überraschend eintretende, wichtige Ereignisse, die während einer Sendung in die Redaktion gelangen, unverzüglich auf Sendung zu bringen. Häufiger hingegen wird die Meldung dazu verwendet, kleinere Themen des Tages zu bündeln. Dazu werden mehrere Meldungen zu einem Meldungsblock zusammengefasst.
Die Gestaltung des Meldungsblocks ist ebenfalls vom Sendungsformat abhängig. Üblicherweise wird der ganze Meldungsblock als Sendungselement anmoderiert. Die einzelnen Meldungen bestehen üblicherweise aus ein bis drei Sätzen, ein Block kann drei bis acht verschiedene Meldungen enthalten. Er wird entweder von

[73] Vgl dazu auch Margit Czöppan in Pürer, 1996, S.68
[74] Vgl dazu auch Margit Czöppan in Pürer, 1996, S.69

einem eigenen Block-Redakteur gestaltet und vertont oder von den Moderatoren gestaltet und aus dem „Off“[75] gelesen.

3.2 Die Off-MAZ

Der Name Off-MAZ ergibt sich aus dem vom „Off“ gelesenen Text und der dazu eingespielten Bilder, die einst von einem Magnetband kamen, heute digital zugespielt werden. Dabei handelt es sich um ein Sendungselement bei dem der Moderator zunächst eine kurze Moderation im „On“[76] liest, dann aber nahtlos Bilder zu sehen sind, die live vom Moderator aus dem „Off“ vertont werden. Dieser liest den vorgefertigten Text weiter, ist aber nicht mehr im „On“ zu sehen. Off-MAZen kommen in allen tagesaktuellen Informationssendungen vor. Sie sind Hauptbestandteil der Sendung ZiBflash.

3.3 Der Beitrag

Beiträge werden von Redakteuren gestaltet und sind ein selbstständiges Element der Sendung. Beiträge werden vom Moderator im Rahmen seiner Moderation angekündigt und eingeleitet. Ihre Länge kann von 30 Sekunden, wie in der ZiB20 üblich, bis zu sechs oder acht Minuten, was nur mehr in Magazinsendungen möglich ist, variieren. Beiträge bearbeiten ein Thema und setzen die umfassende Recherche durch den Redakteur voraus.
Zur Gestaltung können Bilder aus Agenturmaterial[77], aus den Archiven, sowie Grafiken und Landkarten, und vom Redakteur und einem Kamerateam selbst gedrehte Bilder, verwendet werden. Der Redakteur ist für seinen Beitrag voll inhaltlich verantwortlich und wird üblicherweise zur kreativen Umsetzung des Themas aufgerufen.

---

[75] Unter „Off“ versteht man alles, was nicht im Bild zu sehen ist. Ein Erzähler den man nur hört, aber nicht beim Sprechen sehen kann, spricht aus dem Off.
[76] Im „On“ sein, bedeutet auf Sendung zu sehen sein.
[77] Agenturen, wie CNN, APTV, Reuters oder die EBU liefern Bilder von Ereignissen in aller Welt. Daher sind besonders Auslandsredaktionen darauf angewiesen.

Es ist im ORF Fernsehen zur Zeit nicht üblich, dass Redakteure ihre Beiträge auch selbst schneiden, dazu stehen digitale Schneideräume mit technisch ausgebildeten Cuttern zur Verfügung. Im Rahmen von Budgetkürzungen und Modernisierungen wird der Einsatz von Videojournalisten überlegt und leise angekündigt. Das bedeutet, dass ein Redakteur zusätzlich die Bilder zu seinem Beitrag selbst filmt, für den adäquaten Ton und gutes Licht sorg und das Material dann auch selbst schneidet.

3.4 Das Interview

Mit Interviews holt der Journalist authentische Stellungnahmen ein, die an das Publikum vermittelt werden. Es gibt die Möglichkeit ein Interview im Rahmen eines Beitrags zu präsentieren oder einen Gast live ins Studio einzuladen. Ein gutes Interview ist nur möglich, wenn der Journalist umfangreiche Recherchen im Vorfeld durchgeführt hat. Während des Interviews nimmt der Journalist die Rolle des Vermittlers, des Anwalts des Publikums ein.[78] Es ist nicht sinnvoll dem zu interviewenden Gast dabei die Show zu stehlen.
Es wird das deskriptive Interview vom kontroversen Interview unterschieden. Ersteres dient in gewisser Weise der Recherche – der Interviewer fragt. Zweites dient der Annäherung an die Wahrheit – der Interviewer fragt und argumentiert dagegen.[79]

3.5 Die Analyse

Analysen werden in aller Regel vom Ressortleiter oder dem fachkundigsten Redaktionsmitglied durchgeführt. Dabei spricht der Experte direkt in die Kamera. „Analysen müssen schnell und pointiert sein, müssen in einer Minute sagen, was zum Verständnis eines Ereignisses nötig ist, sollen flott sein und – wenn möglich – auch noch vom Ort des Ereignisses kommen. Sie sollen dem Seher das Gefühl

[78] Vgl dazu auch Rudolf Nagiller, in Pürer, 1996, S.100
[79] Vgl Rudolf Nagiller, in Pürer, 1996, S.101

vermitteln: „Jetzt kenne ich mich aus.““[80] Im Idealfall sind sie so gestaltet, als würde der Experte einem guten Freund die Situation erklären und dabei Antworten auf Fragen liefern.

Es ist zu beobachten, dass die Analyse als Sendungselement vom Interview weitaus verdrängt wird. Es wird eher dazu übergegangen die Experten der Redaktion als Studiogäste zu laden und ein Interview mit ihnen zu führen.

[80] Vgl Hans Besenböck, in Pürer, 1996, S.170

III Parlamentsfernsehen im ORF

1 Die Anfänge der Parlamentsberichterstattung im ORF

1956 flimmerte Anfang August die erste ORF Fernsehsendung über ein paar schwarz weiß Bildschirme. Die Berichterstattung aus dem Parlament ist von Anfang an ein selbstverständlicher Teil des Programmes. In den späten fünfziger Jahren machen spätere ORF Granden wie Teddy Podgorsky oder Walter Krause ihre ersten Gehversuche im neuen Genre Fernsehen und sie taten dies (auch) als Parlamentsberichterstatter. Zu dieser Zeit war die Parlamentsberichterstattung des ORF Fernsehens gänzlich in das Innenpolitische Ressort der Zeit im Bild gebettet. Beiträge aus dem Parlament waren also ausschließlich in den Nachrichten, also der Brand neuen Zeit im Bild zu sehen.

„In den frühen Jahren mussten sich die Reporter freilich noch politischen Spielregeln unterwerfen. Denn was auf Sendung ging, das bestimmten die Klubs der Parlamentsparteien. Jeden Redeausschnitt mussten sich die Redakteure genehmigen lassen.“[81] Die Redakteure, die damals Berichte gestaltet haben, wie beispielsweise der ehemalige Informationsintendant Hannes Leopoldseder, erinnern sich an diese Einschränkung aber weniger als Zensur, sondern wollen diesen Umgang eher als „ritualisierte Berichterstattung“ verstehen. Gemessen an anderem europäischen Parlamenten habe sich von Anfang an ein sehr offenes Verhältnis zwischen ORF und Parlament entwickelt. (vgl „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“)

Doch schon von der ersten Stunde an, war klar, dass es ein Spannungsverhältnis zwischen der Würde des Hohen Hauses und den Informationsansprüchen der Öffentlichkeit geben wird, sonst hätten sich derartige „ritualisierte Berichterstattungen“ ja erst gar nicht ergeben. Damals wie heute sind gewisse Szenen im Plenum nicht gerne gesehen – leere Bänke, Tumulte oder zeitunglesende und nasenbohrende Abgeordnete.

---

[81] „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ – Broschüre des ORF Verlages anlässlich 20 Jahre TV-Parlamentsmagazin „Hohes Haus“, S: 10.

1.1 Parlamentsreporter im Härtetest

Der technische Aufwand der Berichterstattung war von der ersten Stunde an hoch, denn ein Parlamentsreporter rückte mit zwei Kamerateams im Plenum an, die einen machten Zwischenschnitte, also filmten Szenen aus dem Plenum, die bei der Gestaltung der Beiträge im Schnitt als Übergänge verwendet werden. Das andere Team konzentrierte sich auf die Redner. Dabei entstand eine Zeichensprache zwischen Redner und Kamerateam, denn anders als heute, hat die analoge Filmtechnik keine Möglichkeiten zum Materialsammeln geboten. Nur das Relevante konnte gedreht werden und was relevant war, haben eben die Redner entschieden. Gerhard Weis, ehemaliger Generalintendant des ORF, der ebenso in der Zeit im Bild Innenpolitik anfing, erinnert sich: „Stand ein Manuskript zur Verfügung war es leichter, wenn nicht, wischte sich der Redner die Stirn, ein anderer hob das Wasserglas, was für den Redakteur bedeutete: Scheinwerfer aufdrehen, Kamera einschalten.“[82]

Die technischen Mittel die den Journalisten damals zur Verfügung standen, kann man sich heute nur mehr im Museum anschauen. Das Filmmaterial musste noch entwickelt werden, heute - in Zeiten der digitalen Technik – unvorstellbar. Dies geschah per Taxi-Boten. Kam das Material vom Kopierwerk zurück, konnte erst mit der eigentlichen Beitragsgestaltung begonnen werden. Zeitzeigen erinnern sich, dass es nicht selten vorkam, dass im Schneideraum bis 5 Uhr früh gearbeitet wurde.

Die technische Arbeitskomponente war mühsam und inhaltlich musste der oft heikle Grad zwischen Informationspflicht und politischer Kommunikation genommen werden. Journalisten, wie Thomas Ortner, Peter Pirker und Rudolf Nagiller legten in der frühen Parlamentsberichterstattung ihre Bewährungsprobe ab.

„Wir Journalisten mussten im Parlament bleiben. Wochenlang und meist bis spät in die Nacht. Fast ohne Auslauf. Ohne Tageslicht. Wir konnten uns nur im Plenum, in der Säulenhalle und in der Milchbar aufhalten. Mit einem Unterscheid zum Big

[82] „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ S.11

Brother Container: Im Hohen Haus gab es auf den Gängen und Toiletten keine Kameras.“ (Originalton Gerhard Weis)[83].

1.2 Schritte zur Öffnung

Bis zur Öffnung des Parlaments Ende der Sechzigerjahre, galten strenge Faustregeln bei der Gestaltung von Parlamentsberichten. Zu Zeiten der ÖVP Alleinregierung, war Parlamentsberichterstattung immer noch an die Zeit im Bild gebunden. 30 Minuten „Parlamentsbericht“ und „Parlamentsdebatte“ standen eigenständig am Ende der Zeit im Bild zur Verfügung. Von einer echten Sendeheimat des Hohen Hauses im ORF konnte aber noch lange keine Rede sein. Diese halbe Stunde „Parlamentsdebatte“ war klar aufgegliedert. 14 Minuten ÖVP Redner, 12 Minuten SPÖ Redner und vier Minuten FPÖ Redner, das entsprach dem damaligen Stärkeverhältnis der Fraktionen im Nationalrat. Die ÖVP Regierung unter Kanzler Klaus ließ sich davon auch nicht abbringen – selbst das von den Printmedien initiierte Rundfunkvolksbegehren im Jahr 1964 hatte darauf wenig Einfluss.

Erst ein halbes Jahrzehnt später – im Mai 1969 wurde mit der sogenannten „Maleta-Erklärung“ im Parlament eine Türe zur Öffnung aufgestoßen. Der damalige Nationalratspräsident Alfred Maleta (ÖVP), der noch wenige Jahre zuvor ORf Reproter aus dem Plenarsaal hat entfernen lassen müssen, fühlte sich „dem Image des Parlaments verpflichtet“ und wollte „einen möglichen und gefährlichen Abwertungsprozess des Nationalrates aufhalten.“[84] Damit übergab er gewissermaßen das Parlament an der ORF und ermöglichte die Vermittlung eines von der Politik unbeeinflussten Bildes. Die Staatsbürger sollten über alle Vorgänge im Parlament informiert werden, um so eine Wechselwirkung von Abgeordneten und Wähler sichtbar zu machen und um das Parlament als Ort der Entscheidungen aufzuwerten.

---

[83] „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ S.13

[84] Originalton Maleta, aus Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ S.15f.

Wenige Tage nach der Maleta-Erklärung, wurden Parlamentsberichte erstmals ein eigenständiges Element im ORF Fernsehen. Bereits mit dem Titel „Hohes Haus“ waren die Beiträge im Rahmen der Sendereihe „Zeitgeschehen“ platziert. Den Titel „Hohes Haus“ hat Franz Kreuzer erfunden, der schon in der „Arbeiter-Zeitung“ eine gleichnamige Kolumne hatte. 1971 wurde die Sendereihe um die Rubrik „Fragestunde“ erweitert. Die Live-Übertragungen der Fragestunden aus dem Nationalrat gibt es seit 1977. Die erste Live-Strecke gab es aber schon am 29.April 1970 – die Regierungserklärung Bruno Kreiskys.

2 Die Entwicklung der Sendung „Hohes Haus“

1972 wurde ein eigenständiger Parlamentsreport namens „Hohes Haus“ positioniert. Vom 14. Septemer 1972 bis zum 4. Dezember 1975 wurde am Ende des Tagesprogramms von FS2 die Sendung „Hohes Haus“ ausgestrahlt. Im Schnitt präsentierte dieses Programm drei bis fünf Beiträge – mit „Open End“, nachdem Fernsehen rund um die Uhr damals ja noch nicht üblich war. Bis ein endgültiger Sendplatz für das „Hohe Haus“ gefunden war, flimmerten 59 Sendungen parlamentarischen Inhalts spät abends über die Schirme.

Bis zur Etablierung der Sendung „Hohes Haus“ 1980, gab es eine Pause. Die Sendung „Zeit im Bild 2“ wurde gegründet und schluckte die ausführliche Parlamentsberichterstattung. Nach fast fünfjähriger Pause wollte der damalige Chefredakteur des aktuellen Dienstes im ORF Franz Kreuzer, wieder ein „Hohes Haus“ ausstrahlen. Helmut Pfitzner, zuvor Inlandressortchef der Zeit im Bild 2 wurde zum Chef der neuen, eigenständigen Parlamentsredaktion.

2.1 Erste Magazinsendung „Hohes Haus“

Am Samstag, 26. Jänner 1980 ging das Parlamentsmagazin „Hohes Haus“ nachmittags das erste Mal auf Sendung. Die Sendung sollte 60 Minuten dauern und die dramaturgische Herausforderung bestand darin, 15 Stunden Magnetbandaufzeichnungen von 59 Redner aus dem Nationalrat unter zu

bekommen. Anders als in den Jahren zuvor hat sich die Parlamentsredaktion unter der Führung Pfitzners nicht dazu entschlossen, das Hauptaugenmerk auf die Reden zu legen, sondern verstand sich erstmals als Dolmetscher der Ereignisse hinter den Kulissen. Erstmals wurden Beiträge gestaltet, die den Zusehern die Problematiken hinter den Debatten verständlich machten.
1981 wurde die Sendung erstmal in Farbe ausgestrahlt und das Plenum mit drei Kameras festgehalten. Eine junge, engagierte Journalistengruppe versammelte sich um Helmut Pfitzner und experimentierte mit dramaturgischen Darstellungsformen. Das journalistische Credo wurde von Pfitzner so formuliert: „ Ernstes und Heiteres mischen und die Politik humorvoll vom hohen Ross herunterholen, wenn sie sich selbst zu wichtig nimmt.“[85] Die Sendung war für ihre satirische Darstellungsformen bekannt und geschätzt.

Am 7. April 1989 ging so gut wie live, weil etwas zeitversetzt aber in vollem Umfang, die erste “Aktuelle Stunde“ aus dem Parlament über den Sender. Seither hat der ORF jede „Aktuelle Stunde“ und jede „Fragestunde“ aus dem Nationalrat übertragen. Die Live-Strecken sind seither vom Parlamentsmagazin „Hohes Haus“ getrennt, aber unter der selben Leitung – der Parlamentsredaktion.

2.2. Weiterentwicklung der Sendung

Nach zwölf Jahren Magazinsendung „Hohes Haus“ oder anders gesagt, nach 243 Ausgaben, endete die Ära Pfitzner. Helmut Pfitzner musste aus Krankheitsgründen die Moderation der Sendung „Hohes Haus" und die Leitung der Parlamentsredaktion abgeben.
1992 übernahm Thomas Ortner die Leitung der Parlamentsredaktion. Ortner hatte die Parlamentsberichterstattung der frühen Jahre miterlebt und mitgestaltet und war zu diesem Zeitpunkt Chef vom Dienst der „Zeit im Bild“. Als einer der Dienst ältesten Innenpolitikredakteure des ORF war er der Wunschkandidat des damaligen Informationsintendanten Johannes Kunz.

[85] Helmut Pfitzner in „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ S.21

Als Ortner die Sendung übernahm, gab es durchaus noch Probleme zu beseitigen. Seit der Gründung der Sendung gab es für den Samstagnachmittag keinen fixen Sendeplatz, denn Live-Sportübertragungen verlangten immer wieder einen Wechsel der Beginnzeit. Dazu kam, dass die Sendung nur alle 14 Tage ausgestrahlt wurde und 60 Minuten Sendezeit füllte.

Ortner kämpfte nun auf zwei Fronten, zum einen innerbetrieblich für einen geregelteren Sendeplatz und innerhalb der Redaktion für eine seriösere Dramaturgie und einen journalistisch konservativeren Zugang.
1994 übernahm Gerhard Zeiler die Generalintendanz am Küniglberg und modernisierte die gesamte ORF Information. Im Zuge dieser Reform bekam das „Hohe Haus“ schließlich einen fixen Sendeplatz und ein neues Sendungsschema. Seit März 1995 wird die Sendung jeden Sonntag um 12 Uhr ausgestrahlt und auf 30 Minuten verkürzt. Das „Hohe Haus“ ist damit Teil der sogenannten Sonntagmittags-Informationsleiste[86] und wird direkt nach der Pressestunde ausgestrahlt.
Damit hatte Ortner den ersten Schritt umgesetzt und die Sendung zu einem fixen Sendeplatz gebracht. Aber auch innerredaktionell konnte sich Ortner durchsetzen. Zunächst mit Marit Czöppan und schließlich mit Gertrude Aubauer als Moderatorin der Sendung bekam das Format ein seriöses Äußeres und auch die Grundphilosophie wurde adaptiert: „Das „Hohe Haus“ soll das Parlamentarische Geschehen und seine Auswirkungen auf das Leben der Bürger in informativer, verständlicher, optisch attraktiver aufbereiteter Form wiedergeben und damit auch das demokratiepolitische Bewusstsein der Österreicher fördern. […] Das soll keineswegs fade Hofberichterstattung bedeuten. Dort, wo es im Einzelfall notwendig ist, muss auch eine – ausschließlich auf Fakten gestützte – analytisch-kritische Berichterstattung im Rahmen des Objektivitätsgebots möglich sein.“[87]

Damit war das Magazin „Hohes Haus“ keine Spielwiese mehr für dramaturgische begabte Redakteure, die das Fernsehen revolutionieren wollten. Es war von jetzt an ein Informationsmagazin. In den Wochen ohne Plenarsitzungen des Nationalrates wurden die Ausschüsse näher analysiert und so bereits in das

[86] Vgl. „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ S.23
[87] Thomas Ortner in „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ S.23

Vorfeld eines Gesetzes hineingeleuchtet. „Frühzeitiges Eingehen auf Themen schafft mehr Aktualität und verhindert den Deja-vu Effekt. Wir warten nicht auf den Plenumsbeschluss, wir skizzieren die Positionen schon im Ausschussstadium.“[88]

Seit 1994 gibt es auch die Porträtserie über Nationalratsabgeordnete im Stil einer politischen Home-Story. Die Sendung zeichnete sich durch eine Vielfalt von Themen aus, die von Gesetzesinhalten bis zu Buchpräsentationen reichten. Die Rubrik „Stenogramm“ wurde zu diesem Zwecke beibehalten und dient als Veranstaltungskalender. Ein Sendungsbeitrag den vor allem den Nationalratspräsidenten mit Wohlwollen begegneten.

Am Beginn des neuen Jahrtausends, zu Zeiten politischer Wenden in Österreich, war das Interesse an politischen Hintergrundinformationen hoch. Das „Hohe Haus“ erreichte zu dieser Zeit einen Marktanteil um die 25%, die Zuschauerstärkste Sendung erreichte am 6. Februar 2000 487.000 Zuseher.[89]
Zusätzlich wurden die Live-Übertragungen für die Parlamentsredaktion immer wichtiger. Die Sondersitzung des Nationalrates an 8. Februar 2000 zum Thema EU- Sanktionen wurde von 521.000 Zusehern verfolgt. [90]

2.3 Das „Hohe Haus“ heute

Seit 2003 hat Dr. Robert Stoppacher die Leitung der Parlamentsredaktion inne. Die Sendung ist ihrem seriösen journalistischen Anspruch treu geblieben und versteht sich heute in erster Linie als Servicesendung, die ihren Zusehern das parlamentarische Geschehen komprimiert und verständlich machen will.
Die Sendung läuft Sonntag um 12 Uhr nach der Pressestunde und vor dem Religionsmagazin Orientierung. Sie ist damit in eine Sonntagvormittägliche Informationsschiene gepresst, die eine durchschnittliche Reichweite von rund 10 bis 15 Prozent ermöglicht, das bedeutet zwischen 50.000 und 70.000 Zuseher

[88] Thomas Ortner in „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ S.24
[89] Quelle: ORF Media Research in „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ S.34
[90] Quelle: ORF Media Research in „Der ORF im Hohen Haus – das Hohe Haus im ORF“ S.34

verzeichnet.[91] Das durchschnittliche Zuseheralter liegt, wie in allen ORF Informationssendungen bei rund 60 Jahren.[92] Mit Patricia Pawlicki hat die Sendung eine erfahrene, kompetente Moderatorin mit mittlerem Bekanntheits– und Beliebtheitsgrad.

Seit Mai 2008 meldet sich das „Hohe Haus“ aus dem digitalen Studio des ORF Newsroom. Die Sendung präsentiert sich in neuem Design sowie neuem Sound-Layout, außerdem mit neuer Signation. Die Newsroom-Vidiwalls ermöglichen dem Parlamentsmagazin die Nutzung einer modernen Grafikdarstellung und geben ihr ein moderneres Outfit.[93]

Die inhaltliche Bedeutung des Hohen Hauses als Parlamentsmagazin ist ungebrochen, doch sein Ruf in der Medienlandschaft hat ein eher altbackenes und unspektakuläres Image. Der Kommunikationsstratege Peter Plaiker formuliert es so: „Dass ausgerechnet ein Minderheitenprogramm wie „Hohes Haus“ seine Print-Entsprechung in jener Tageszeitung erhält, die „das freie Wort“ wie kein anderes Pflegt, signalisiert zwar eine Staatstragende Attitüde, ist aber letztlich bloß ein besonders wirksames Placebo gegen allerlei Anfechtungen vom Vorwurf der Kampagnisierung bis zur politischen Leichtgewichtigkeit.“[94]

[91] Quelle: http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen
[92] Vgl Saekert, 2008
[93] Vgl http://kundendienst.orf.at/programm/fernsehen/orf2/hohesh.html
[94] Peter Plaikner, in Filzmaier 2007, Seite 47

IV.Datenerhebung

1. Expertengruppe Hohes Haus

Die Entscheidung für die Durchführung einer Expertengruppe im Rahmen dieser Arbeit ist aus drei Gründen gefallen. Erstens schien mir eine qualitative Methode passend. Nachdem sich eine quantitative Erhebung zu diesem Thema in der Diplomarbeit „Parlamentsberichterstattung des Österreichischen Fernsehens“ von Franziska Turetschek aus dem Jahr 1993 findet. Sie hat eine Datenerhebung via Fragebogen auf Seiten der Abgeordneten zum Nationalrat durchgeführt. Zum einen wollte ich meine Arbeit noch strikter von der oben erwähnten abgrenzen und zum anderen hat mich ein völlig anderer Zugang zu dem Thema interessiert. Die Frage, inwieweit wird die Parlamentsberichterstattung des ORF der parlamentarischen Arbeit gerecht, kann nur beantwortet werden indem sowohl die Seite der Abgeordneten als auch die des ORFs ausreichend zu Wort kommt. Nachdem anzunehmen war, dass hier eine Fülle von heterogenen Faktoren ausschlaggebend sein werden, wollte ich über den Weg einer qualitativen Methode dafür Platz schaffen.
Zweitens war der Gedanke reizvoll, Akteure dieser Bühne an einen Tisch zusammen zu bringen und in gewisser Weise „aufeinander los zu lassen“, ich wollte mit eigenen Augen sehen, wie Abgeordnete und Journalisten der ORF-Information zu diesem Thema interagieren. Ich wollte sie der sozialen und verbalen Interaktion aussetzen, um die Gewissenhaftigkeit und Nachhaltigkeit der Daten, sprich der Äußerungen der Gesprächsteilnehmer gegebenenfalls kritisch hinterfragen zu können.

Und drittens hatte ich, aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit in der ORF Information die Möglichkeit das im Rahmen dieser Diplomarbeit auch umzusetzen und die wollte ich ergreifen, um eine nicht alltägliche Datenerhebung auf die Beine zu stellen, die möglichst neue, ungewöhnliche und letztlich auch praxisnahe Aspekte der Thematik aufzeigen soll. So hat diese Expertengruppe am 31. Oktober 2008 im ORF Newsroom stattgefunden.

1.1 Zur Methode der qualitativen Analyse

War die „qualitative Wende“ (vgl. Mayring 1989) Ende der achtziger Jahre noch etwas neues und unerprobtes, so ist die qualitative Sozialforschung heute ein etablierter Bestandteil der Sozialwissenschaft. Zunächst als Kritik an den herkömmlichen empirischen Methoden, wie Skalen, Fragebögen und Tests verstanden, eröffnet sie mittlerweise eine zweite Säule der Sozialforschung, die an die Tradition der amerikanischen Feldforschung, wie etwa der Chicago-Schule anknüpft. Es wird versucht sich der sozialen Realität mit unstrukturierter Beobachtung und offenen Befragungen in natürlichen, alltäglichen Situationen anzunähern.

1.1.1. Gruppendiskussion

Die Gruppendiskussion ist ein Verfahren der qualitativen Analyse, neben dem Interview und der teilnehmenden Beobachtung. Es ist immer dann sinnvoll ein Gruppengespräch einzusetzen, wenn „ subjektive Bedeutungsstrukturen stark an soziale Zusammenhänge gebunden sind, so dass sie nur in einer Gruppendiskussion erhebbar sind. Hier können psychische Sperren durchbrochen werden, um auch zu kollektiven Einstellungen und Ideologien zu gelangen.“[95] Die Zusammenstellung der Gruppe, leitet sich aus der Fragestellung ab. Üblicherweise umfasst eine Gruppe 5 bis 15 Teilnehmer, die möglichst im Alltag ebenfalls als Gruppe besteht.
Bei einer Expertengruppe ist das zum einen dadurch gewehrleistet, dass sich die Teilnehmer als Experten eines bestimmten Gebietes wahrnehmen, was die Diskutanten inhaltlich eint und zum anderen, dass sich die Experten in den jeweiligen Branchen durchaus kennen. In den hier vorliegenden Fall, trafen Politiker und Journalisten aufeinander, die sich aus dem täglichen Arbeitsleben durchaus bekannt sind.

[95] Mayring, Phillip: Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim, 1996; S. 58

Die Durchführung von Gruppengesprächen beginnt üblicherweise mit der Präsentation eines Grundreizes. Der Diskussionsleiter liest beispielsweise eine provozierende Textstelle vor. In der darauf folgenden Diskussion, soll sich der Diskussionsleiter möglichst zurückhalten und nur vorher festgelegte „Reizargumente“ (Mayring 1996) in das Gespräch einbringen.
Die Gesprächsrunde wird üblicherweise auf Tonband aufgezeichnet, um eine systematische Auswertung zu ermöglichen.
„Die Methode der Gruppendiskussion lässt sich für äußerst vielfältige Fragestellungen einsetzen. […] Besonders geeignet ist sie dann, wenn es um kollektive Einstellungen, um öffentliche Meinungen geht. Eine weitere Stärke ist das Aufspüren von Vorurteilen und Ideologien, von latenten Sinngehalten, die im Einzelinterview nicht so leicht zum Vorschein kommen. Die Gruppendiskussion erfasst alltägliche Sinnstrukturen, die in sozialen Situationen entstehen, sich verändern und das Denken, Fühlen und Handeln beeinflussen.“ (Mayring 1996; S. 60)

1.1.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Die Inhaltsanalyse ist von ihrer Historie her eine primär kommunikationswissenschaftliche Technik. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts wurde sie zur Analyse Massenmedial verbreiteter Inhalte entwickelt. „Die Häufigkeit bestimmter Motive im Material, das Auszählen, Bewerten und Inbeziehungsetzen von Textelementen stand dabei im Vordergrund (vgl. Berelson 1952; Litsch & Kriz 1978; Krippendirff 1980; Merten 1983). Aber schon bald hat sich die Forderung nach einer qualitativen Inhaltsanalyse geregt (Kracauer 1952; George 1959; Rust 1980).“ (Mayring, Phillip: Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim, 1996; S. 91). Besonders kritisiert wurde das Fehlen der Analyse des Kontexts von Textbestandteilen, das Nicht-erfassen latenter Sinnstrukturen und markanter Einzelfälle. Das was nicht im Text vorkommt, sollte zu einer relevanten Konstanten werden.
Qualitative Inhaltsanalyse will nun sprachliches Material, Texte systematisch analysieren. Dazu wird das Material zergliedert und schrittweise bearbeitet. Dies

geschieht durch ein theoriegeleitetes am Material entwickeltes Kategoriensystem, das die Analyseaspekte vorher festlegt.

Nach Philip Mayring (Mayring 1995) sind drei Grundformen qualitativer Inhaltsanalyse anzuführen: Die *Zusammenfassung*, um eine Fülle an Material zu reduzieren und überschaubar zu machen. Die *Explikation*, Das Erweitern einzelner fraglicher Textstellen um zusätzliches herangetragenes Material, um das Verständnis zu erweitern. Die *Strukturierung*, das Herausfiltern bestimmter Aspekte durch vorgefertigte Ordnungskriterien zur besseren Einschätzung des Materials.

Das wesentliche Grundgerüst der Technik ist die Bildung von Kategorien. Darunter versteht man die Bildung von Überbegriffen, in die das Material gegliedert werden kann. Das Abstraktionsniveau und ein Selektionskriterium für die Kategorien muss im Vorhinein gefunden werden und leitet sich aus der Theorie ab. Einzelne Textstellen müssen dem Kategoriensystem eindeutig zuordenbar sein. Das Kategoriensystem muss in seiner Logik klar sein, es darf zu keinen Überlappungen kommen und der Abstraktionsgrad muss zur Fragestellung passen. Am Ende hat man ein Set von Kategorien zu einer bestimmten Thematik, die dem spezifischen Textstellen zugeordnet sind. Diese Kategorien können in ihrer Gesamtheit in Bezug auf die Fragestellung interpretiert werden oder mit einzelnen Textstellen qualitativ ausgewertet werden, beispielsweise über die Frage, welche Kategorie am häufigsten kodiert wurden.

1.2 Konzeptionierung Expertengruppe „Hohes Haus im ORF“

Die Frage, die am Anfang steht, ist: Wen einladen? Und sie ist wesentlich leichter beantwortet, als dann in die Tat umgesetzt. Von Seiten des ORFs wäre eine Teilnahme eines Vertreters der Geschäftsführung und des Stiftungsrats, sowie die Sendungsverantwortlichen des Magazins „Hohes Haus“ und deren Mitarbeiter sinnvoll gewesen. Doch die Geschäftsführung dürfte in Zeiten der Krise derart eingeteilt sein, dass eine Teilnahme innerhalb des von mir gewünschten Zeitraums nicht möglich war. Daraufhin hat mir der damalige

Stiftungsratsvorsitzende Karl Krammer zu verstehen gegeben, dass, wenn niemand von der ORF Geschäftsführung an der Diskussionsrunde teilnehmen wird, auch der Stiftungsrat leider niemanden entsenden könnte. Mit der Begründung, man wollte „über den Kanal einer Diplomarbeit nicht der Geschäftsführung etwas ausrichten“.[96]

Somit erging die erste fruchtbare Einladung an den Sendungsverantwortlichen der Sendung „Hohes Haus“ Dr. Robert Stoppacher. Seine beiden Vorgänger Dr. Helmut Pfitzner und Thomas Ortner wurden ebenfalls eigeladen, mussten aus gesundheitlichen Gründen aber absagen. Es war mir aber gestattet, mit beiden klärende Gespräche zu führen, die allerdings keine in der Gruppendiskussion unerwähnten Aspekte aufbrachten.
Von Seiten des Parlaments ist es mir gelungen Bundesratspräsidenten Jürgen Weiss erfolgreich einzuladen, er musste leider kurzfristig absagen und entsendete seinen Stellvertreter Mag. Harald Himmer. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer entsendete nach Anfrage ihre damalige Pressesprecherin Lisa Hakel, die nach der NR Wahl 2008 als Abgeordnete in den NR einzog. Eine genauere Beschreibung der Teilnehmer findet sich im folgenden Punkt „1.3 Teilnehmer“.

Die Expertengruppe Hohes Haus war ursprünglich für den 1. Oktober 2008 geplant, doch aufgrund der unerwarteten Neuwahlen, die am 28. September stattgefunden haben, wurde von mehreren Seiten darum gebeten, den Termin zu verschieben – auf den 31. Oktober. Es hat der Bedeutung der Diskussion, wie sich später herausstellen sollte, keinen Abbruch getan. Journalisten und Abgeordnete waren in einer motivierten, energischen Stimmung.

Nach intensiver Lektüre verschiedener Kommunikationswissenschaftlicher Theorien zum Thema Politik und Kommunikation (siehe Kapitel I. Parlamentarismus und Kommunikationswissenschaft) und besonders nach der Lektüre der Broschüre „Der ORF im Hohen Haus – Das Hohe Haus im ORF, 20 Jahre TV-Parlamentsmagazin „Hohes Haus““, habe ich als Moderatorin der Diskussion im Vorfeld einige Textpassagen und Zitate herausgearbeitet, die zum einen den Stimulus, als auch den Leidfaden der Diskussion markieren. Das

[96] Telefonat mit Karl Krammer vom Juli 2008

Protokoll dazu ist im Anhang unter „1. Stimulus und Leitfaden, Fokusgruppe 31.10.2008“ zu finden.

1.3 Teilnehmer

Die Auswahl der Personen, die an einer Fokusgruppe teilnehmen, richtet sich nach der Fragestellung. Wie weiter oben schon erwähnt, war es mir in der Zusammensetzung der Gruppe besonders wichtig, auf ein ausgewogenes Gleichgewicht der Teilnehmer zu achten. Möglichst kompetente Aussagen von Seiten der Parlamentarier und von Seiten der ORF Journalisten mussten aufeinander treffen, um eine möglichst anschauliche Experten-Gruppe zu versammeln. Die dabei aufgetretenen Probleme sind unter „1.2 Konzeptionierung“ dargestellt. Die Gruppe setzte sich schließlich aus folgenden Teilnehmern zusammen

1.3.1 Dr. Robert Stoppacher

Abb. 7 Dr. Stoppacher

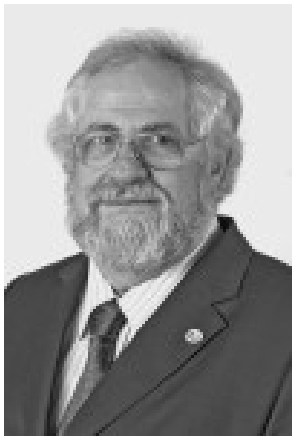
Robert Stoppacher, geboren 1958 in Wien, begann nach dem Studium der Publizistik und Politikwissenschaften in der Nachrichtenredaktion des ORF-Radios. Von 1986 bis 1996 war er in der innenpolitischen Redaktion tätig. Nach seiner Rückkehr aus Brüssel, wo er von 1996 bis 1997 als ORF-Auslandskorrespondent tätig war, wurde Dr. Robert Stoppacher 1997 Leiter der innenpolitischen Redaktion im Aktuellen Dienst Hörfunk.

Bis April 2002 war Dr. Stoppacher Chefredakteur der TV-Information und Sendungsverantwortlicher für die "Zeit im Bild 1". 2002 betreute er im Rahmen der

Planungsredaktion die Sendung "Newsflash". Seit Februar 2003 ist er Leiter der ORF-Parlamentsredaktion.[97]

Dr. Stoppacher ist als derzeitiger Sendungsverantwortliche der Sendung „Hohes Haus“, sowie als Leiter der gesamten ORF Parlamentsredaktion ein unverzichtbarer und nicht zu ersetzender Experte für die Gruppe. Er zeigte sich schon im Vorfeld und bei ersten Gesprächen sehr interessiert und engagiert gegenüber dem Projekt „Fokusgruppe Hohes Haus im ORF“.

1.3.2 Fred Turnheim



Fred Turnheim, 1949 in Wien geboren, ist seit 1975 Journalist des ORF. 1988 wurde er geschäftsführender Präsident des ÖJC (Österreichischer Journalistenclub) und 1990 schließlich zu dessen Präsidenten gewählt. Turnheim unterrichtet Journalismus, Public Relations und Neue Medien an der Universität Wien, im Berufsförderungsinstitut Wien (bis 2006) und der Journalismus & Medien Akademie.

Abb.8 Fred Turnheim

Turnheim war von 1981 bis 1987 Redaktionsmitglied der Sendung „Hohes Haus“ und fungiert innerhalb der Gruppe zum einen als Zeitzeuge, wie auch als Experte. Er ist Herausgeber des Buches „Breaking News im Web 2.0 - Wozu wir Journalisten brauchen“.

---

[97] (Quelle: http://derneue.orf.at/orfstars/stoppacher, 06.12.2008; 15:02)

1.3.3 Peter Baminger

Abb.9. Peter Baminger

Peter Baminger wurde 1963 in Klosterneuburg geboren. Seit 1985 ist er im ORF tätig. Bis 1991 war er als freier Mitarbeiter beim „Hohen Haus“, der „ZiB2“ und dem „Inlandsreport“, danach ist er für den aktuellen Dienst tätig. 1997 und 98 leitete er das Korrespondenzbüro in London, nach seiner Rückkehr war er mit der Planung des digitalen Newsrooms und dessen Workflow beauftragt.

Von 2003 bis 2007 ist er leitender Redakteur in der ZiB, danach wechselte er in die Abteilung TV-Magazine und ist seither stellvertretender Sendungsverantwortlicher der Sendung „Thema“. Seit 2005 unterrichtet er als Lektor am Wiener Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft im Rahmen der Vorlesung „Von der Idee zur Sendung“.

1.3.4 Bettina Tasser

Geboren 1972, Gewinnerin des Robert Hochner Stipendiums 2001 und seither als Redakteurin in der ORF Fernsehinformation tätig.

1.3.5 Mag. Harald Himmer

Abb. 10 Mag. Himmer

Harald Himmer, geboren 1964 in Wien, ist seit 1995 Mitglied des Bundesrates und seit 2008 Vizepräsident des Bundesrates. Seit 2000 ist er ebenfalls Mitglied der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Er studierte Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien und war nach dem Studium auch in der Werbebranche tätig.

1.3.6 Elisabeth Hakel

Elisabeth Hakel wurde 1977 in Steyr geboren. Sie ist seit 2008 Abgeordnete zum Nationalrat, entsendet von der SPÖ. Zuvor war sie Pressesprecherin der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und hat in dieser Funktion unter anderem auch die Mitarbeiter der ORF Parlamentsredaktion betreut.

Abb.11 Elisabeth Hakel

1.3.7 Stefan Schennach

Stefan Schennach wurde 1956 in Tirol geboren. Er ist seit 2001 Mitglied des Bundesrates. Seit 2008 als Fraktionsloser, zuvor als Fraktionsvorsitzender der Grünen. Zwischen 1988 und 1992 war er als Pressesprecher des Grünen Klubs tätig, zwischen 1992 und 2001 war er Bundespressesprecher der Grünen und seit 2001 ist er Mediensprecher der Grünen.

Abb.12 Stefan Schennach

Schennach war auch als Journalist beim Falter, der Furche und dem Standard tätig. Zwischen 2000 und 2002 saß er im ORF Kuratorium.

1.4 Durchführung

Die Durchführung startete am 31. Oktober 2008 im Sitzungszimmer des ORF Newsrooms am Küniglberg. Die Aufnahme erfolgte mit zwei digitalen Aufnahmegeräten, die jeweils einen Mitschnitt der Diskussion liefern. Der erste Gesprächsimpuls wurde von mir durch das Vorlesen einer Textpassage aus der

Broschüre „Der ORF im Hohen Haus – Das Hohe Haus im ORF – 20 Jahre TV Parlamentsmagazin Hohes Haus“ gegeben. Die Diskussion entwickelte sich sehr selbstständig und dynamisch.

1.5 Auswertung

Die Auswertung des Mitschnittes erfolgt durch die Aufgliederung der Diskussion in Ober- und Unterthemen (Siehe 1.5.1 Themengliederung – Diskursbeschreibung) als *Zusammenfassung*. Weiters werden die einzelnen Textpassagen in ein Kategoriensystem tabellarisch gegliedert und Punkt für Punkt besprochen im Sinne der *Explikation* (Siehe 1.5.2 Das Kategoriensystem). Schließlich wird eine Analyse der einzelnen Kategorien vorgenommen, um der *Strukturierung* gerecht zu werden (Siehe 1.5.3 Zusammenfassung nach Kategorien).

1.5.1 Themengliederung - Diskursbeschreibung

Bevor das Kategoriensystem erörtert wird, möchte ich noch einen zusammenfassenden Überblick über die Thematiken des Gesprächsverlaufes geben. Dazu ist zu bemerken, dass die Diskussionsleitung nur zweimal Impulse vorgegeben hat und alle anderen Themen von den Experten selbst aufgebracht worden sind. Besonders beharrt wurde dabei auf den Themenkreis „Ungenutzte Möglichkeiten – Internet“. Auf Seiten der Parlamentarier, wie auf Seiten der ORF Journalisten wurden in diesem Bereich massive Versäumnisse bemerkt und beklagt.
Die Diskussion war von Beginn an eine rege, die Teilnehmer, Journalisten, wie Abgeordnete, hatten ein offensichtliches Kommunikationsbedürfnis. Das Redaktionsmitglied Bettina Tasser kam kaum zu Wort, weil ein reger Argumentationsaustausch stattgefunden hat. Die Diskussionsleitung musste mit Hinblick auf die mit zwei Stunden begrenzte Diskussionszeit eher bremsend wirken.

Die Themen im Überblick:

Parlament und Show (Gesprächsimpuls von Diskussionsleiterin eingebracht)
Plenum ist Präsentation ist Bühne
Bekenntnis der Parlamentarier zur Tribünefunktion, wie sie auch in „I 2.1 Tribünefunktion“ beschrieben wurde. Erörterungen.

Was ein Politiker können muss
Schauspieler – Pädagoge – Visionär, anzulehnen an die unter „I 2.2 Differenzierung der Öffentlichkeiten“ aufgelisteten Aufgaben eines Parlamentariers.

Bühne schafft Transparenz schafft Kontrolle
Erörterung der Kontrollfunktion des Parlaments und deren Weg über die Medien.

Von Offizieller Berichterstattung zur redaktionellen Berichterstattung
Historischer Rückblick auf die politisch beeinflusste Berichterstattung.

Unterschied Magazinsendung „Hohes Haus“ und Live-Übertragungen aus dem Parlament
Wichtige Unterscheidung zweier unterschiedlicher Formate: Live-Strecke und Magazinsendung.

Die Rolle des Bundesrates
Bedeutung des Bundesrates in der Berichterstattung bemängelt, historischer Abriss.

Ausschluss vom Ausschuss
Journalisten dürfen nicht bei parlamentarischen Ausschüssen anwesend sein. Pro und Contra.

Was ist für Seher und Parlamentarier gleich spannend?
Natürlicher Interessensgegenatz von Journalisten und Parlamentariern

Spannungsverhältnis Informationspflicht vs. Big Brother-Arbeitsklima. Letztlich ein Tauziehen um Macht und Einflussnahme.

Öffentlichkeitsarbeit und Informationspflicht

Das Parlament ist kein Journalist

Praxisnahe Unterscheidung von Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus. Natürlicher Zwang der Zusammenarbeit von Journalisten und Politikern.

Vorschläge zu Verbesserungen

Erkennen von Mängeln und Ideen zu deren Behebung bei der Zusammenarbeit von Parlamentariern und Journalisten.

Die ungenutzten Möglichkeiten- Internet

Erkennen der enormen Bedeutung eines Umfangreichen Internetauftrittes des Parlaments und des ORFs. Beklagen der nicht vorhandenen Bemühungen der Erweiterung dieses Bereichs.

Parlamentsmagazin „Hohes Haus“ (Impuls von Diskussionsleiterin eingebracht)

Historischer Rückblick und Status Quo der Magazinsendung.

Jugendschwund

Unerfreulicher Ergebnisse bei Sehern unter 50 Jahren. Wie entgegenwirken?

Sich neue Strukturen ausprobieren trauen

Form und Inhalt

Wege zur Modernisierung einst und jetzt. Ansätze für mögliche Herangehensweisen.

Info statt Realsatire

Gesinnungswandel Mitte der 90er – Gründe und Sinnhaftigkeit.

Parlamentarier wollen sich sehen

Der springender Punkt der Zusammenarbeit der „Hohes Haus“ - Redaktion und der Parlamentarier. Info als Werbung.

Themen bei der Jahresklausur

Verbesserungsvorschläge der Redaktion, Definition des Selbstverständnisses der Sendung.

1.5.2 Das Kategoriensystem/ Explikation

Das im Folgenden angewendete Kategoriensystem ist achtteilig. Die einzelnen Punkte sind „Bühne/Rampenlicht erwünscht“, „Bühne/ Rampenlicht unerwünscht“, „Kooperation Politik-Journalismus funktioniert“, „Kooperation Politik-Journalismus funktioniert nicht“ sowie „Kritik an der Politik“ und „Kritik am ORF“ und „Magazinsendung Hohes Haus historisch“ und “Magazinsendung Hohes Haus kritisch“. Die gesamte Gruppendiskussion ließ sich mit diesen acht Punkten gliedern, kein Teil musste weggelassen werden, alle Aussagen waren eindeutig zuordenbar.

Im Folgenden wird zunächst jede Kategorie für sich besprochen. Dazu werden die relevanten Diskussionspassagen mit Kategorienbezug angeführt und in Folge erörtert. Zitate erfolgen durch Angabe der Kategorie und Tabellenspalte in Fußnoten. Im Rahmen der Erörterungen wird nach jedem Sinnzusammenhang ein fettgeruckter Merksatz angeführt.

1.5.2.1 Kategorie 1 - Bühne/Rampenlicht erwünscht

Kategorie	Textstelle (timecode Ende)	Bezug zu Kategorie
Bühne/ Rampenlicht erwünscht		

1	Hakel: Ich gebe schon zu, es ist ein bisschen so, wie ein Kasperltheater, aber es hat auch seinen Grund: Wenn man im Plenum ist und es im Fernsehen übertragen wird, dann geht es um die Präsentation. Und da geht es um die bestmögliche Präsentation und nur wenn man auffällt wird man wahrgenommen, und am nächsten Tag steht man in der Zeitung oder ist im Fernsehen. Da kann man dann schon Vergleiche ziehen mit Politshow, um es vorsichtig auszudrücken. Nur wenn man auffällt, wir man abgedruckt. Und darum geht es ja, so fällt man auf, so fällt man den Bürgerinnen und Bürgern, den Wählerinnen und Wählern auf. (05:50)	Tribüne als Medium zum Medium
2	Hakel: Gearbeitet wird ja in den Ausschüssen, im Plenum ist dann, sag ich immer, die Endpräsentation. Da will sich jede Fraktion, jede Partei nochmal präsentieren und insofern finde ich Showbühne gar nicht so schlecht. (06:07)	Tribüne als Medium zum Wähler
3	Stoppacher: Das Plenum ist ja nur mehr die Bühne, denn die Arbeit findet ja im Vorfeld statt. Und das Plenum, deshalb filmt man im Fernsehen nur mehr das Plenum ab, das ist die Darstellung der Argumente. Dort überzeugt ja niemand mehr. Wenn die Lisa Hakel dort eine Rede hält, im nächsten Plenum, werden ja nicht blaue und orange Abgeordnete noch nachdenken, ob sie nicht vielleicht doch diesem Antrag zustimmen. Die wissen ja schon vorher, dass sie das ablehnen oder zustimmen. Das Plenum ist nur mehr dazu da, dass es die Welt draußen sieht. Das ist nicht mehr die eigentliche Knochenarbeit an einem Gesetz. (06:54)	Plenum als Darstellung der Argumente
4	Schennach: Paolo Freire hat gesagt, einen guten Politiker macht folgendes aus: er muss ein Schauspieler sein, er muss ein Pädagoge sein und er muss ein Visionär sein. Nur wenn ich alle drei Dinge vereine. Ich muss Lust daran haben, meine Vision theatralisch darzustellen und die Fähigkeit sie in pädagogisch richtigen Punktionen zu verpacken. Das sind die Fähigkeiten eines Politikers! (08:54)	Lust am Theatralischen als Fähigkeit eines guten Politikers
5	Stoppacher: Man muss unterscheiden zwischen Liveberichterstattung und den Sendungen. Was die Livecoverage betrifft, und das zeigen ja auch die letzten Übertragungen, da schauen die Leute zum Teil nicht zu, um wirklich jetzt Details zu erfahren, wie ist das jetzt wirklich mit dem Gesetz [...], weil das erfahren sie dort nicht. Sondern die schauen ganz bewusst und im verstärkten Maße - beispielsweise diese berühmte Sitzung am 24. September - weil man weiß, ah, da geht's zu. [...] Da passiert was. Diese Show will man sehen. Darum ist der Containervergleich vielleicht doch nicht ganz so falsch. (11:44)	Das Publikum will die Show sehen.

6	Himmer: Es ist ja auch in der Literatur von der Bühnenfunktion des Parlaments die Rede, daher ist ganz klar, das Plenum als solches ist eine Bühne. Das dient auch der Transparent-Machung der Unterschiede, gar keine Frage. [...] Man soll aber nicht gänzlich vergessen, dass es die Kontrollrechte des Parlaments gibt, die dringlichen Anfragen und Fragestunden. Das ist für den Betrachter sicher auch eine interessante Diskussion in der Kontrolle der Regierungsarbeit. Da ist die Fragestunde das Ereignis per se. [...] Da sind oft die spannendsten Diskussionen, weil da der ganze Bogen über die politische Auseinandersetzung gespannt wird. (13:18)	Fragestunde als Ereignis per se. Wichtig für Kontrolle der Regierungsarbeit.
7	Hakel: Bei einer Liveübertragen sitzen die Leute vor dem Fernseher und wollen wissen, wo ist mein Angeordneter aus dem Bezirk. Wir kriegen da ja auch Anrufe [...] die wollen wissen, warum man nicht zu sehen ist und warum man nicht spricht und so, um das geht's den Leuten. (18:30)	Tribühne als Medium des Wählers zum Abgeordneten

Diskussion Kategorie 1

Diese Kategorie zeigt, dass die Tribünefunktion des Parlaments unbestritten ist und viele unterschiedliche Absichten verfolgt. Die Live-Übertragungen aus dem Parlament dienen, nach eindeutigem Konsens der Experten dieser Diskussionsgruppe, als eine Art Werbung. Diese Werbung richtet sich zum einen an die Medien selbst. Daher die Zusammenfassung „Tribüne als Medium zum Medium". „Nur wenn man auffällt wird man abgedruckt. Und darum geht es ja, so fällt man auf, so fällt man den Bürgerinnen und Bürgern, den Wählerinnen und Wählern auf."[98] In diesem Zitat von Elisabeth Hakel stecken die weiteren Gliederungen der Werbeabsichten der Parlamentarier im Rahmen der Tribünefunktion. Die Werbung richtet sich zum Zweiten an die Wähler und Wählerinnen, von denen die Abgeordneten entsandt werden, also letztlich abhängig sind. Daher ist in umgekehrter Weise die Bühne des Plenums auch ein Medium vom Wähler zum Abgeordneten. „Wir kriegen da ja auch Anrufe […] die wollen wissen, warum man nicht zu sehen ist und warum man nicht spricht und so, um das geht's den Leuten."[99] Gemeint ist damit vor allem, die Beziehung die die Abgeordneten eines Wahlkreises oder Bezirks zu ihren Wählern haben. „Bei

[98] Elisabeth Hakel, Kat.1, Tabellenspalte 1
[99] Elisabeth Hakel, Kat.1, Tabellenspalte 7

Liveübertragungen sitzen die Leute vor dem Fernseher und wollen wissen, wo ist mein Abgeordneter aus dem Bezirk.“[100]

Die Bühne des Plenums dient der Werbung und ist ein Medium zu den Medien, ein Medium zu den Wählern und ein Medium von den Wählern zu den Abgeordneten.

Von Seiten der Medien ist das Plenum die perfekte Bühne der Argumente. Hier wird gezielt nur mehr das angesprochen, was nicht konsensual ist. „[…] deshalb filmt man im Fernsehen nur mehr das Plenum ab, das ist die Darstellung der Argumente. Dort überzeugt ja niemand mehr.“[101] Das bedeutet, die Seher und in weiterer Folge die Wähler werden hier schon überzeugt, aber die eigentliche Arbeit des Parlaments zu einer Gesetzesvorlage oder ähnlichem geschieht nicht im Plenum. „Wenn die Lisa Hakel dort eine Rede hält, […] werden ja nicht blaue und orange Abgeordnete noch nachdenken, ob sie nicht vielleicht doch diesem Antrag zustimmen.“[102] Das Plenum ist daher für das Fernsehen die optimale Sendung, denn hier werden Konflikte und Gegensätze sichtbar und mitunter gekonnt in Szene gesetzt. „ […] deshalb filmt man im Fernsehen nur mehr das Plenum ab, das ist die Darstellung der Argumente.“[103]
Seit die Berichterstattung aus dem Plenarsaal des Nationalrates regelmäßig im Fernsehen übertragen wird, hat sich auch das sehende und wählende Publikum daran gewöhnt und weiß damit umzugehen. Die professionelle Inszenierung der Redner und ihrer Argumente sind dem Publikum und den Wählern vertraut. „Da schauen die Leute zum Teil nicht zu, um wirklich jetzt Details zu erfahren [...], weil das erfahren sie dort nicht. Sondern die schauen ganz bewusst […] weil man weiß, ah, da geht's zu.“[104] „Da sind oft die spannendsten Diskussionen, weil da der ganze Bogen über die politische Auseinandersetzung gespannt wird.“[105]

[100] Elisabeth Hakel, Kat.1, Tabellenspalte 7
[101] Stoppacher, Kat.1, Tabellenspalte 3
[102] ebd.
[103] ebd.
[104] Stoppacher, Kat.1, Tabellenspalte 5
[105] Himmer, Kat.1, Tabellenspalte 6

Die Medien übertragen diesen Werbemarkt gerne, weil er die Argumente ideal darstellt und in Szene setzt. Das kommt beim Seherpublikum gut an.

Ein weiterer Punkt ist, dass die Fähigkeit zur Selbstpräsentation als eine Voraussetzung für den Politikerberuf wahrgenommen wird. Nicht erst seit Bruno Kreisky wissen auch die österreichischen Politiker, wie wichtig die Fähigkeit zur richtigen Selbstdarstellung ist und dass Charisma einem Politiker von Nutzen ist. Die Tribünefunktion ist also nicht nur nicht in Zweifel gestellt, sondern so zu sagen ein integraler Bestandteil des Anforderungsprofilos des Politikerberufs. „Ich muss Lust daran haben, meine Vision theatralisch darzustellen [..]“[106]
Weiters wird hier noch die Wichtigkeit eines pädagogischen Talents unterstellt. Nachdem die Fachgebiete der Pädagogik weit greifen, muss hier klargestellt werden, dass der Begriff pädagogisch hier umgangssprachlich zu verstehen ist: Es geht um die Fähigkeit die Bildung gruppendynamischer Prozesse zu verstehen und vom Rollenverständnis her jemand zu sein, von dem sich andere etwas sagen lassen.

Die Fähigkeit zur Selbstdarstellung ist Teil des Anforderungsprofils eines Politikers.

Letztlich wird die Kontrollfunktion des Parlaments, also die Überwachung der Regierungsarbeit, überhaupt an die Tribünefunktion gekoppelt. Nur weil es öffentliche Aufmerksamkeit gibt, ist die Kontrolle umsetzbar. „Da ist die Fragestunde das Ereignis per se.“[107] Dieses Ereignis per se, die Literatur spricht auch von Pseudoereignis[108], findet nur für den Seher und in weiterer Folge für den Wähler statt.
„Das ist für den Betrachter sicher auch eine interessante Diskussion in der Kontrolle der Regierungsarbeit.“[109] Diese Aussage inkludiert die Annahme, dass nur interessante Diskussionen gesehen werden und daher nur solche auch eine optimale Kontrolle ermöglichen. Es lässt sich er Schluss ziehen, dass hitzige

[106] Schennach, Kat.,1 Tabellenspalte 4
[107] Himmer, Kat.,1 Tabellenspalte 6
[108] Vgl. Filzmaier, Plaikner, Duffek 2007
[109] Himmer, Kat.,1 Tabellenspalte 6

Diskussionen im Plenum, vor einem massenmedialen Publikum der Demokratie nutzen.

Die Öffentlichkeit des Parlaments schafft erst die Möglichkeit zur Kontrolle der Regierungsarbeit.

1.5.2.2 Kategorie 2 - Bühne/Rampenlicht unerwünscht

Kategorie	Textstelle (timecode Ende)	Bezug zu Kategorie
Bühne/ Rampenlicht unerwünscht		
1	Hakel: Ich fühle mich nicht auf der Showbühne (04:30)	Keine Showbühne
2	Hakel: Ich muss ja auch oft lachen, da haben Journalisten angerufen und wollten wissen, warum Abgeordnete mit der Hand vorm Mund telefonieren. Ob das ist, damit man nicht Lippenlesen kann. Ja, ich mein, es ist einfach Telefonverbot im Saal und aus. Die sitzen ja nur da und warten darauf. (19:00)	Angst vor Missbrauch der Bilder
3	Himmer: Wenn die Ausschüsse auch übertragen werden und dort auch jeder wieder den Pfau macht, dann werden Einigungen noch schwieriger. (25:00)	Die Öffentlichkeit fordert Kompromisslosigkeit der einzelnen Abgeordneten.
4	Schennach: Also das darf man nicht unterschätzen, was da passiert. Ich habe mich breitschlagen lassen [...] die Iranische Parlamentsdelegation zu empfangen. Das hab ich nicht in meinem Leben erlebt, was dann passiert ist, ich bin bis vier Uhr morgens im Parlament gesessen und hab mir jeden Emailschreiber, der mich der Staatsbürgerschaft berauben wollte, weil ich ein Verbrecherregime empfangen habe, einzeln vorgenommen. Was bewirkt hat, dass ich die nächsten Tage noch einmal zwischen zwei und vier Uhr früh erst außer Haus kam, weil fast alle wieder geantwortet haben. [...] Ich könnte sofort einen Knigge herausgeben, wie man sich in Österreich aus Sicht des Publikums als Politiker zu verhalten hätte. (38:37)	Publikumsinteresse erzeugt Arbeit.

Diskussion Kategorie 2

Die Kategorie „Bühne/Rampenlicht unerwünscht ist am wenigsten ausgeprägt. Im Gegensatz zur Kategorie „Bühne/Rampenlicht erwünscht“ gab es hier um drei

Wortmeldungen weniger. Das lässt darauf schließen, dass die Tribühnefunktion grundsätzlich akzeptiert und anerkannt wird.
Umso interessanter ist nun, welche Punkte hier zur Kritik stehen. Zum einen darf nicht vergessen werden, dass das Parlament ein Arbeitsplatz ist. Hier wird hauptsächlich in den Ausschüssen und den Parlamentsclubs gearbeitet und diese sind von der Öffentlichen Berichterstattung ausgeschlossen. Aussagen von Angeordneten, wie „Ich fühle mich nicht auf der Showbühne“[110], sind so zu erklären. Plenarübertragungen gehören zwar zum Parlamentarischen Alltag, stehen aber nicht täglich am Programm, daher steht das konstruktive Arbeiten im Vordergrund.

Parlamentarier verstehen das Parlament in erster Linie als Arbeitsplatz. Erst in weiterer Folge wird die Öffentlichkeit des Hauses essentiell.

Selbstverständlich werden auch die Nachteile, die das in-der-Öffentlichkeit-Stehen nach sich zieht, nicht ignoriert. Die Medien blicken ja nicht nur zum Rednerpult, sondern fassen auch die Handlung der einzelnen Abgeordneten ein. „Da haben Journalisten angerufen und wollten wissen, warum Abgeordnete mit der Hand vorm Mund telefonieren. Ob das ist, damit man nicht Lippenlesen kann […] es ist einfach Telefonverbot im Saal und aus“ [111]
Wenig verwundernd, befürworten Politiker die Kontrolle durch die Öffentlichkeit, wenn es um die Regierungsarbeit geht, haben aber Einwände, wenn die persönliche Handlungsfreiheit des einzelnen Abgeordneten zur Observation steht. Daran gebunden ist die Angst der Parlamentarier um ihre Reputation, die sie von Beginn der freien Berichterstattung an, in Gefahr sahen.[112] In diesem Beispiel liegt aber auch die Unprofessionalität mancher Journalisten, die die sinnhaften Grenzen der freien öffentlichen Parlamentsberichterstattung nicht im Blut haben.
Daraus ergibt sich aber, dass 50 Jahre nach der Öffnung des Parlaments für die freie Berichterstattung, die Parlamentarier gelernt haben, mit der Öffentlichkeit umzugehen. Die freie Berichterstattung, die von professionellen Journalisten

[110] Hakel: Kat.2, Tabellenspalte1
[111] Hakel: Kat.2, Tabellenspalte 2
[112] Vgl Ergert Band IV, S.70f: „[…] weil eine offene Berichterstattung wie eine Beschattung verstanden wurde.“

betrieben wird, wird nun ich mehr als Observation verstanden, sondern als Kommunikationsmittel zum Wähler genutzt.

Die Tribühnefunktion wird den Abgeordneten dann unangenehm, wenn ihre persönliche Handlungsfreiheit eingeschränkt wird oder unprofessioneller Umgang mit dem Material befürchtet wird.

Besonders strittig ist die Tatsache, dass Journalisten auch heute noch von den Ausschüssen ausgeschlossen sind. Was hinter den Türen der Sitzungszimmer geschieht, wird in einer Pressekonferenz bekannt gegeben. Nur hier ist die Öffentlichkeit unerwünscht, nur hier wird konstruktiv an Gesetzesentwürfen gearbeitet. „Wenn die Ausschüsse auch übertragen werden und dort auch jeder wieder den Pfau macht, dann werden Einigungen noch schwieriger.“[113] Dieser offene Beantwortungsversuch, trifft den Kern dieser Problematik.
Zum einen ist die Theatralik im Plenum so weit fortgeschritten, dass auf dieser Ebene ein konstruktives Arbeiten gar nicht mehr möglich wäre. Nun ist das im Plenum, wie bereits besprochen, auch nicht primär erforderlich, aber der Grundgedanke ist, dass sich das gleiche Ausmaß an Theatralik auch in den Ausschüssen breit machen würde und in weiterer Folge dann auch dort ein konstruktives Arbeiten erschwert oder verhindert. Was ist mit Theatralik gemeint? Dahinter verbirgt sich das nach außen Tragen der Loyalität zum Wähler, das eiserne Festhalten an den Grundsätzen der jeweiligen Fraktion und das Erwecken des Eindrucks von Unerbitterlichkeit, Durchsetzungsfähigkeit und letztlich den Anspruch auf die Wahrheit.

Beim Arbeiten in den Ausschüssen geht es aber vor allem darum Kompromisse zu finden. Die Regierungspartner müssen sich auf einen Lösungsvorschlag einigen, die Oppositionsparteien können sich aussuchen, ob sie dem zustimmen oder nicht. Wenn zwei Parteien nicht den völlig identischen Lösungsvorschlag anpreisen, dann muss eine neue Lösung gefunden werden, mit der beide leben können. Dabei muss man von gewissen Punkten seiner Forderung abrücken, andere wiederum vehementer durchsetzen. Um es gewagt und pointiert zu formulieren, es ist ein mitunter unschöner Wettkampf ums Festhalten an der

[113] Himmer, Kat.2, Tabellenspalte 3

eigenen Linie, wobei das Einknicken an manchen Punkten unvermeidbar ist. Das würde die Rechtfertigung des Images und das Halten der Parteilinie vor den Augen der Wähler erschweren. Um bei pointierten Formulierungen zu bleiben, wie ein Boxkampf ohne Mundschutz den man nicht vor den Augen des eigenen Zahnarztes kämpfen möchte.
Diese Aussage ist gewissermaßen das Eingeständnis einer Verletzbarkeit und daraus resultiert die Angst um das Image des einzelnen Politikers und in weiterer Folge der gesamten Fraktion. Genau das weckt aber natürlich das Interesse der Journalisten und der Öffentlichkeit. Die Wählerschaft würde gerne den Boxkampf sehen und nicht nur das Resultat berichtet bekommen, das seltsamerweise immer alle als Sieger ausweist.

Theatralik verhindert konstruktives Arbeiten.
Theatralik entsteht, um den Wählern Loyalität zu vermitteln.
Loyalität zum Wähler muss in der Ausschussarbeit jedoch wegen der Notwendigkeit von Kompromissen teilweise gebrochen werden.

„Ich könnte sofort einen Knigge herausgeben, wie man sich in Österreich aus Sicht des Publikums als Politiker zu verhalten hätte.“[114] Auch diese Aussage, zeigt dass sich der Abgeordnete bei der Verrichtung seiner Arbeit permanent dem Urteil der Wähler aussetzt und das nicht immer als konstruktiv empfunden wird.

Zwei weitere Punkte zum Hader mit der Öffentlichkeit lassen sich aufgrund der im Rahmen der Diskussion vorgebrachten Aussagen erwähnen. „Ich habe mich breitschlagen lassen [...] die Iranische Parlamentsdelegation zu empfangen. Das hab ich nicht in meinem Leben erlebt, was dann passiert ist, ich bin bis vier Uhr morgens im Parlament gesessen und hab mir jeden Emailschreiber, der mich der Staatsbürgerschaft berauben wollte, weil ich ein Verbrecherregime empfangen habe, einzeln vorgenommen.“[115]
Hier steckt zum einen die Klage nach dem Arbeitsaufwand. Wenn die Öffentlichkeit, abseits der Massenmedien, aufgrund der interaktiven Möglichkeiten, individuelles Feedback fordert, kann das den einzelnen Abgeordneten

[114] Schennach, Kat.2, Tabellenspalte 4
[115] ebd.

überfordern. Der Arbeitsaufwand der entsteht, wenn man jeder einzelnen Stimme individuell Rechtfertigung über sein Handeln geben möchte, ist wiederum dekonstruktiv.

Zum Zweiten steckt hier auch der simple Erklärungsbedarf. Was schon dem jüngst verstorbene Altkanzler Sinowatz zum Verhängnis wurde „Es ist halt alles sehr kompliziert“.[116] Die Öffnung des Parlamentarischen Alltags ruft verständlicherweise die Sorge hervor, ob die Öffentlichkeit im Stande ist, dem zu folgen. Hier werden die Massenmedien als Volksbilder und der ORF als Schulfernsehsender gerne in Kauf genommen.

Die Nutzung interaktiver Medien schafft einen gesteigerten Arbeitsaufwand

1.5.2.3 Kategorie 3 – Kooperation Politik-Journalismus funktioniert

Kategorie	Textstelle (timecode Ende)	Bezug zu Kategorie
Kooperation Politik-Journalismus funktioniert		
1	Turnheim: Ich möchte an die Anfänge der Parlamentsberichterstattung erinnern. Begonnen hat das, da ist der alte Benja unten gesessen [...] und wenn es soweit war, dass es zu einem wichtigen Sager kam, hat der Präsident mit einem weißen Sacktuch gewachelt, daraufhin gingen mit einem riesen Kracher die Scheinwerfer an, weil das waren noch richtig ordentliche Scheinwerfer und dann surrte die ARIA los. Wenn der Sager beendet war, hat der Präsident wieder gewachelt und das Licht ging aus, wieder mit einem riesen Krach und die ARIA hat aufgehört zu filmen. [...] Die große Revolution die passiert ist durch den Helmut Pfitzner und die Gründung des Hohen Hauses, war die, dass wir von dieser offiziellen Parlamentsberichterstattung zu einer redaktionell gestalteten Parlamentsberichterstattung gekommen sind. Das war ein ungeheurer demokratiepolitischer Fortschritt! Das hat auch dazu geführt, dass diese Sendung völlig neue Darstellungsformate entwickelt hat. Von den berühmten Beitrag mit den tanzenden Filzbatschen bis hin zum Tango mit den politischen Freundschaften usw. [...] hat sich mit der Wandlung von der präsidial oder staatlich gelenkten Berichterstattung hin zu einer freien, demokratischen Berichterstattung, ein völlig neues Format entwickelt. (15:54)	Freie Berichterstattung ermöglicht u.a. die Entwicklung neuer Formate

[116] Zum Nachlesen unter http://en.wikipedia.org/wiki/Fred_Sinowatz vom 21. 04.09

2	Himmer: Es ist eine den einzelnen Politiker schmerzende Berichterstattung, weil sie nicht so idealisiert ist, wie er sich das wünscht [...], sicher immer noch besser als gar keine. Ich selbst halt das schon aus, ich fürchte mich null. (31:14)	Politik ist abhängig von Berichterstattung
3	Stoppacher: Wir leiden zwar darunter, dass nicht alles öffentlich zugänglich ist, aber meine Mitarbeiter und ich haben noch jede Information bekommen, die wir gebraucht haben, also das halten wir schon aus. Es gibt die Clubchefs und man kann ja mit allen reden, Österreich ist ja Gott sei Dank sehr klein. (43:24)	Infozugang traditionell (für den ORF) in Ordnung.
4	Stoppacher: Ich glaub schon, dass wir Journalisten dazu da sind, den Bürger zu informieren, unser Job ist es im Parlament zu recherchieren was Sache ist und dann den Bürger zu informieren [...] Die sind eher eine Servicestelle. [...] Wenn sich das Parlament selber zum Journalisten mach, hätte ich eher ein Problem damit. (47:15)	Infopflicht der Bürger liegt beim Journalisten
5	Himmer: Ich habe den Eindruck, die Sendung "Hohes Haus", die Parlamentsberichterstattung ist im Prinzip, für mich sowohl als Politiker, eine faire. Und eigentlich auch eine gut gemachte. (48:00)	Politiker mit der Parlaments-berichterstattung des Hohen Hauses zufrieden und fair behandelt.
6	Stoppacher: Wenn der Bundesrat vorkommt im ORF, dann nur im Hohen Haus. (01:55:59)	Pflichterfüllung

Diskussion Kategorie 3

Im quantitativen Vergleich ist die Kategorie 3 „Kooperation Politik-Journalismus funktioniert“ gering ausgeprägt. Das deutet darauf hin, dass es mehr Konflikte gibt, als Kooperation.

Die Zusammenarbeit zwischen Journalisten und Abgeordneten hat sich historisch verändert (siehe dazu III. Parlamentsfernehen im ORF). Die Öffnung des Parlaments für die Journalisten und die Möglichkeit zur freien, redaktionellen Berichterstattung, hat die Kooperation zwischen Abgeordnete und Journalisten letztlich sukzessive verbessert.
Im ORF „[…] hat sich mit der Wandlung von der präsidial oder staatlich gelenkten Berichterstattung hin zu einer freien, demokratischen Berichterstattung, ein völlig neues Format entwickelt.“[117] Gemeint ist „Das Hohe Haus“, das mit jungen Gestalter in der Redaktion neue dramaturgische Möglichkeiten eröffnet hat.

[117] Turnheim, Kategorie 3, Tabellenspalte 1

Auch auf Seiten der Abgeordneten herrsch Zufriedenheit. „Ich habe den Eindruck, […] die Parlamentsberichterstattung ist im Prinzip, für mich […] als Politiker, eine faire. Und eigentlich auch eine gut gemachte.“[118] Was zeigt, dass die Angst der Abgeordneten vor der freien Arbeit der Journalisten heute grundsätzlich ausgelöscht ist. Die Fraktionen haben längst die Chancen erkannt, die ihnen freie Berichterstattung bringt und ihre Arbeitsweise angepasst.

Freie Berichterstattung ist der Grundstein für eine funktionierende Kooperation zwischen Journalisten und Parlament.

Die Motivation der Abgeordneten und das Verständnis für die Notwendigkeit dieser Öffnung begründet ein Abhängigkeitsverhältnis. „Es ist eine den einzelnen Politiker schmerzende Berichterstattung, weil sie nicht so idealisiert ist, wie er sich das wünscht [...], sicher immer noch besser als gar keine […]“ Die Abgeordneten folgen also den Gesetzmäßigkeiten der Public Relations und wissen wie angewiesen sie darauf sind, dass sie überhaupt in den Medien vorkommen. Ob die Berichterstattung dann wohlwollend ist oder kritisch, ist nicht das Wichtigste. Man weiß ja, gar keine PR ist die schlechteste PR.

Parlamentarier haben heute groß teils keine Einwände gegen die Berichterstattung des Hohen Hauses.

Die rein praktische Zusammenarbeit ist über die Jahre ebenso zusammengewachsen. Auch wenn die Ausschüsse nicht öffentlich zugänglich sind:
„[…] meine Mitarbeiter und ich haben noch jede Information bekommen, die wir gebraucht haben, also das halten wir schon aus. […] Österreich ist ja Gott sei Dank sehr klein.“[119] Der Kommunikationsweg auf dem die Recherche der ORF Mitarbeiter funktioniert, ist also ein alteingesessener Trampelpfad. „Es gibt die Clubchefs und man kann ja mit allen reden“.[120] Die Bereitschaft der Abgeordneten

[118] Himmer, Kategorie 3, Tabellenspalte 5
[119] Stoppacher. Kategorie 3, Tabellenspalte 3
[120] Stoppacher. Kategorie 3, Tabellenspalte 3

mit den Journalisten zu kommunizieren ist also gegeben und das Kommunikationsverhältnis ist in gutem Zustand.

Die Kommunikation zu Recherchezwecken funktioniert aufgrund der Stellung des ORF in der österreichischen Medienlandschaft und aufgrund der historisch gewachsenen Beziehung.

Nicht zuletzt sind die Politiker auch auskunftswillig, weil sie die Informationspflicht und damit den Bildungsauftrag des ORF kennen. Wenn dieser auch im laufenden Programm oft strittig sein mag, dass die Parlamentsberichterstattung diesen öffentlich-rechtlichen Auftrag erfüllt ist außer Frage gestellt. „Unser Job ist es im Parlament zu recherchieren was Sache ist und dann den Bürger zu informieren [...] Die sind eher eine Servicestelle. [...] Wenn sich das Parlament selber zum Journalisten mach, hätte ich eher ein Problem damit.“[121] Diese Ansicht konnten alle Diskutanten teilen. Auch die Parlamentarier sehen ihre Pressestelle im Idealfall als Servicestelle für Medienmitarbeiter und nicht als Kommunikator, der selbstständig publizieren soll. Um die Vermittlung ihrer Leistungen an die Öffentlichkeit, sind die Parlamentarier also dankbar und daran sollte von beiden Seiter her nicht gerüttelt werden.

Die inhaltliche Informationspflicht liegt, in beiderlei Einverständnis, bei den Medien und nicht beim Parlament.

Nachdem zwei Abgeordnete zum Bundesrat an der Diskussion teilgenommen haben, war ein erwähnter kritikpunkt das seltene Vorkommen der zweiten Kammer in der Berichterstattung. Lobend erwähnt wurde hier, dass das „Hohe Haus“ im Vergleich zur Zeit im Bild oder zum Report, dem noch am häufigsten nachkommt. „Wenn der Bundesrat vorkommt im ORF, dann nur im Hohen Haus.“[122]

[121] Stoppacher. Kategorie 3, Tabellenspalte 4
[122] Stoppacher. Kategorie 3, Tabellenspalte 6

1.5.2.4 Kategorie 4 – Kooperation Politik-Journalismus funktioniert nicht

Kategorie	Textstelle (timecode Ende)	Bezug zu Kategorie
Kooperation Politik-Journalismus funktioniert nicht		
1	Turnheim: Der Bundesrat hat gegenüber dem Nationalrat immer den Vorteil, dass er erstens nicht ganz so ernst genommen wurde, auch in der Berichterstattung [...] Das hatte den Vorteil, das dort der Showcharakter nie zum Tragen kam, auch durch die Enge des Raumes und die Einbindung der Redaktion und der Kameras mitten im Raum drinnen [...] Daher hatte der Bundesrat u.a. wegen seiner anderen Funktion auch eine völlig andere Darstellungsweise. Das hat sich getrennt vom Nationalrat völlig anders entwickelt. [...] Das ist, als würden die gar nicht im gleichen Haus sitzen. (17:12)	Wo es keine Show gibt, dort ist das Fernsehen nicht sehr willkommen. Historische Entwicklung
2	Turnheim: Das Verständnis, und das ist immer noch eine Schwachstelle der gesamten Parlamentsberichterstattung überhaupt, die Erklärung der Gesetzwerdung in Österreich, der Arbeit eines Parlamentariers unzureichend bis gar nicht dargestellt wird. Das passiert in Portraits und ähnlichen Formen, wo man dann schöne Geschichten macht, wenn einer kommt oder geht. Hauptsächlich wenn er geht, weil dann hat man mehr zu erzählen. [...] Aber das bewusste [...] Aussperren der Medien bei Ausschüssen und ähnlichem mehr halte ich für ein Verbrechen an der Demokratie. [...] Da verbieten sich die Politiker selbst von ihrem Arbeiten zu berichten. (23:50)	Aussperren der Medien von Ausschüssen macht schlechtes Politimage
3	Himmer: Wo ist eigentlich der Schnittpunkt, was für die Seher des ORF spannend sein kann und was für die Parlamentarier in dem was sie transportieren möchten auch spannend ist? Da sag ich, gibt es sicherlich Stilblüten, die wir im parlamentarischen Alltag mitbekommen, wo ich sage, es wäre wohl lustiger darüber zu berichten, als über manch andere Dinge. (26:44)	Themenauswahl der Medien ist zu verbessern
4	Stoppacher: Ich glaube es gibt da einen natürlichen Interessenskonflikt. Journalisten wollen natürlich, dass alles öffentlich ist, was im Parlament ist. Das heißt ja nicht, dass wir jetzt alle Ausschüsse oder jeden Wirtschaftsausschuss zum Basel2 Abkommen live übertragen werden. Aber nur die Möglichkeit dort zu sein, da haben ja nicht einmal die Printkollegen die Möglichkeit dazu. Das geht nur bei Untersuchungsausschüssen, da darf man zuhören. (27:20)	Versperrte Türen sind gegen die journalistische Natur.

5	Himmer: Das [die Öffentlichmachung von Ausschüssen] würde mich nur dann nicht stören, wenn es so ist, wie bei einem Interview. Da kann man sich mit dem Journalisten duellieren. Wenn das sonst in solche Ausschüsse hineingeht hat der Journalist den großen Vorteil, dass er das zusammenschneidet wie er will. Das ist das, was mich als Parlamentarier daran stört. Da kann ich super drauf sein und fünf Minuten Vollgas geben und wenn ich einmal gesagt hab "Äh, äh" dann kommt genau das im Schnitt. (27:50)	Angst vor Missbrauch durch Journalisten
6	Baminger: Nicht nur als Journalist, auch als Staatsbürger sag ich da fehlt uns in Österreich Perestroika, da fehlt uns Transparenz. Schaut‘s nach Amerika rein, dort werden nur ganz wenige Ausschüsse nicht der Öffentlichkeit bzw. den Journalisten zugänglich gemacht. Und wenn Sie [Himmer] sagen, sie haben Angst, davor, dass dann der Journalist hergeht und mit seiner Schere nur das Schlechte reinnimmt, dann wären wir bei einer Journalismuskritik. Da sind ja in Österreich wirklich alle Türen und Tore für sie auch als Politiker geöffnet, dagegen zu protestieren und in den verschiedenen Gremien auch des ORF, Einspruch zu erheben. (29:00) Himmer: Ja, da hab ich viel Zeit für das. (29:02)	Hinken bei der Öffnung des Parlaments international hinterher; Kooperation ist eine Selbstver-ständlichkeit geworden.
7	Hakel: Es geht ja nicht nur um den ORF, wenn ich an "Österreich" denke und die Berichterstattung über den Untersuchungsausschuss oder der Causa Kampusch, wenn ich an "Heute" denke, dann denke ich mir, das ist keine seriöse Berichterstattung. (29:51)	Angst vor Medien, die unseriös arbeiten.
8	Turnheim: Ihr [die Politiker] könnt es euch nur nicht aussuchen. Das ist das Problem, das wir haben. Ihr wollt es euch aussuchen und sagt ok, wenn ihr live macht, da gibt es ein Theater, da machen wir unsere Show runter und das wollen wir. Gleichzeitig beklagt ihr aber, dass ihr als Politiker nicht verstanden werdet, dass der Parlamentarismus in Österreich in Wirklichkeit von den Leuten nicht verstanden wird, bis Ablehnung kommt. Nur dort, wo ihr eigentlich arbeitet, wollt ihr bestimmen, was wir tun. (30:25)	Politiker picken sich die Rosinen raus, zum eigenen Leid.
9	Schennach: Ich glaube schon, dass wir mehr Transparenz brauchen, das hebt ja letztlich auch die Qualität der Ausschussarbeit. [...] Nur Parlamentarismus ist mehr als Ausschuss und Plenum und das ist von den Journalisten noch nicht genug erkannt worden. [...] Ja, da kann man lange reden, was Parlamentarismus ist. [...] Das österreichische Parlament mit seinen zwei Kammern ist ja nicht mehr alleine, es ist vielfach vernetzt. Es gibt da sehr unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit. (33:40)	Wenn es mehr Öffnung geben soll, müssen die Journalisten im Gegenzug auch die Gesamtheit des Parlaments verstärkt wahrnehmen.
10	Turnheim: Hast du [zu Schennach] als Teilnehmer des Treffens mit der Schweiz irgendjemanden zum Beispiel den Chef der Parlamentsredaktion angerufen und gesagt, du ich hätte eine tolle Geschichte für dich? Schennach: Na, bitte das müssen wir erst einmal formalisieren. Hallo liebe Leute, es ist ja nicht so. Es gibt ja auch zwischen uns Usancen und Sitten. Bei dem Besuch war ein anderer das Vis a Vis, da hält man schon Usancen ein. Wir sind ja keine Wadelbeißer. (36:22)	Keine klaren Kommunikations-bahnen

11	Schennach: Allein als Mediensprecher der Grünen hab ich über 3000 Mails zu den ORF Gebühren beantworten müssen. Also ORF und Emails sind ein Hammer. Ich würde gerne eine Honorarrechnung an den ORF stellen. [...] Die Mediensprecher werden zugeschwabbelt. Und da muss man antworten. (39:58)	Ansprechpartner der Seher nicht eindeutig.
12	Schennach: Das ist gängige Arbeit. Es melden sich unglaublich viele Schulen an, [...] was ich zu politischer Bildung an Schulen eingeladen bin, weil die irgendwas mitkriegen, die Lehrer meistens. Das Haus selbst hat eine Öffentlichkeitsstelle, die Fraktionen haben eine Öffentlichkeitsstelle, die einzelnen Abgeordneten tun in ihrem Bereich. Aber es kann nicht meine Aufgabe sein, als einzelner die Bürger der Stadt Wien vom neuen Konjunkturpaket zu informieren. Das ist die Journalistenaufgabe. (41:00)	Grenzen zwischen Öffentlichkeits-arbeit und Information verwischen
13	Turnheim: Im Parlament wird nicht unterschieden zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Pressearbeit. Das ist ein alter Hut. Es ist eine veraltete Form der Öffentlichkeitsarbeit und keine moderne Trennung zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Pressearbeit und weil das nicht passiert, stecken wir in dieser Situation. (41:44)	Veraltete Öffentlichkeitsarbeit auf Seiten des Parlaments
14	Himmer: Die Frage ist, wie man sich im Verhalten weiterentwickelt. Und da kann es schon sein, dass Politiker und die Journalisten beim ORF [...], dass wir vielleicht wechselseitig ein gewisses antiquiertes Verhalten haben und es sein kann, dass die Zeit an uns vorbei marschiert. Weil das Internet dazu gekommen ist, weil die Jugend ein anderes Kommunikationsverhalten hat. Da könnten wir gemeinsam schauen, wie wir uns an diese neuen Zeiten medialer anpassen. (49:00)	Gemeinsam an neue mediale Welt anpassen.
15	Hakel: wenn ich im Hohen Haus in einem Beitrag drinnen war, dann möchte ich das gerne auf meine Homepage stellen, aber das geht rechtlich nicht. Das ist ja auch wieder so eine Sache. (53:40) [...] Himmer: Wenn man eine Rechtsabteilung fragt, geht nie irgendwas. (54:45)	Bürokratische Hürden behindern die Modernisierung.
16	Turnheim: Ich stimme völlig mit allen überein, dass in den neuen Medien die Zukunft liegt. Das ist ein alter Hut. Aber, hier wird es Unterstützung auch von Seiten der Politik brauchen. Hier wird die Politik sagen müssen, ja wir wollen ein gemeinsames Portal [gemeint: die technischen Ressourcen gemeinsam nutzen] zum Beispiel mit dem ORF machen, wo wir die Parlamentsberichterstattung gemeinsam gestalten wollen. Da kann ja dann alles drin sein. Es wird genauso wichtig sein im ORF durchzusetzen über die Gremien die die Politik hat, dass die Sendungen Sendungsseiten bekommen, was derzeit nicht geht, von den Strukturen des ORF und angeblich auch von der Politik - so sagt man uns hier wieder - nicht so gewünscht wird. (01:04:20)	ORF braucht politische Unterstützung auf dem Weg zur Modernisierung

17	Stoppacher: In jeder Parlamentssendung findet man die Verlinkung zur Politik, nur ihr [gemeint: das Parlament] macht‘s das ja nicht. Das ist eine Einbahn derzeit. Im ORF findest du immer bei jeder Parlamentsgeschichte am Ende die Links zu parlament.gv.at. In der Homepage des Parlaments finde ich nirgendwo einen Hinweis auf orf.at. (01:18:45)	Es gibt keine gegenseitige Verlinkung auf den beiden Homepages

Diskussion Kategorie 4

Mit 17 Wortmeldungen ist diese Kategorie die am stärksten ausgeprägte. Was darauf schließen lässt, dass die Beziehung Journalismus-Parlament doch nicht reibungslos funktioniert, sondern in gewissen Punkten durchaus spannungsgeladen ist.

Einer der wichtigsten Spannungspunkte ist die Forderung der Journalisten bei Ausschüssen anwesend sein zu dürfen, um direkt berichten zu können. Die Gegenargumente dazu wurden in Kategorie 3 dargestellt. Die Forderung der Journalisten ist massiv „Das bewusste [...] Aussperren der Medien bei Ausschüssen und ähnlichem mehr halte ich für ein Verbrechen an der Demokratie. [...] Da verbieten sich die Politiker selbst von ihrem Arbeiten zu berichten.“[123] In weiterer Folge, würde das Verständnis für die Gesetzwerdung in Österreich darunter leiden, weil der wichtigste Teil, das Ausverhandeln der Eckpunkte der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. „Das ist immer noch eine Schwachstelle der gesamten Parlamentsberichterstattung überhaupt, [dass][124] die Erklärung der Gesetzwerdung in Österreich, der Arbeit eines Parlamentariers unzureichend bis gar nicht dargestellt wird.“[125]
Die Folge daraus ist, dass die Seher und in weiterer Folge die Wähler einen verzerrten Eindruck der parlamentarischen Arbeit bekommen. Es ist nicht nur ein Haus in dem gestritten und gepackelt wird, sondern in erste Linie ein Arbeitsplatz für die Gesetzgebung Österreichs. Doch das Konstrukt, das die Medien vermitteln richtet sich nach dem, was die Journalisten zu Gesicht bekommen und das ist nur der Plenarsaal und die Räumlichkeiten der Pressekonferenzen.

[123] Turnheim, Kategorie 4, Tabellenspalte 2
[124] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[125] Turnheim, Kategorie 4, Tabellenspalte 2

„Ich glaube es gibt da einen natürlichen Interessenskonflikt. Journalisten wollen natürlich, dass alles öffentlich ist, was im Parlament ist.“[126] Und Politiker wollen, dass nur das an die Öffentlichkeit kommt, was ihnen nützt. Verschlossene Türen wecken naturgemäß das Interesse der Medien und den Sensationsgeist der Journalisten. Hier handelt es sich so zu sagen um einen Teufelskreis. Aus dem Schutz vor der aufrührerischen Presse wird eine Sperre derselben bei Ausschüssen verhängt, was aber wiederum den Raum für Interpretationen des Ausschussergebnisses eröffnet.
Zusätzlich wird argumentiert, dass im internationalen Vergleich Ausschüsse für Journalisten grundsätzlich zugänglich sind. „Nicht nur als Journalist, auch als Staatsbürger sag ich da fehlt uns in Österreich Perestroika, da fehlt uns Transparenz. Schaut‘s nach Amerika rein, dort werden nur ganz wenige Ausschüsse nicht der Öffentlichkeit bzw. den Journalisten zugänglich gemacht.“[127]
Im Laufe des Gesprächs gibt es zu diesem Punkt auch Eingeständnisse. „Ich glaube schon, dass wir mehr Transparenz brauchen, das hebt ja letztlich auch die Qualität der Ausschussarbeit.“[128]

Wenn die Journalisten von den Ausschüssen ausgeschlossen bleiben, wird sich ein Mediales Konstrukt des Parlaments als Ort der konstruktiven Arbeit nicht durchsetzen können.

Ein Beispiel für eine völlig andere Entwicklung ist der Österreichische Bundesrat. Nachdem die zweite Kammer Gesetzesvorschläge nicht ausarbeitet, sondern prüft, ist ein erneutes Aufkochen einer Thematik für die Medien oft nicht interessant und daher die Berichterstattung über den Bundesrat spärlich. Jedoch konnte die fehlende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit dem Bundesrat die Möglichkeit geben eine völlig andere Darstellungsweise zu entwickeln. „Das hat sich getrennt vom Nationalrat völlig anders entwickelt. [...] Das ist, als würden die gar nicht im gleichen Haus sitzen.“ Fragestunden an Minister würden hier wesentlich lockerer und offener über die Bühne gehen. „Was Grasser zum

[126] Stoppacher. Kategorie 4, Tabellenspalte 4
[127] Baminger, Kategorie 4, Tabellenspalte 6
[128] Schennach, Kat.4, Tabellenspalte 9

Beispiel bei uns [gemeint ist der Bundesrat][129] über seine Homepage in der Fragestunde gesagt hat, das hat alles übertrumpft was er jemals gesagt hat.“[130] Hier wird also demokratiepolitisch Wertvolles geleistet, aber die Öffentlichkeit nimmt es nicht wahr, weil die Medien an der zweiten Kammer wenig Interesse zeigen.

Die Berichterstattung aus dem Bundesrat ist demokratiepolitisch interessant, wird aber kaum von den Medien aufgegriffen.

Nicht nur die mangelnde Berichterstattung über den Bundesrat, auch das festgefahrene Denken der Journalisten wurde angegriffen. „Parlamentarismus ist mehr als Ausschuss und Plenum und das ist von den Journalisten noch nicht genug erkannt worden.“ Die Parlamentsarbeit umfasst ebenso Empfänge internationaler Delegationen, Podiumsdiskussionen und ähnliches. „Das österreichische Parlament mit seinen zwei Kammern ist ja nicht mehr alleine, es ist vielfach vernetzt. Es gibt da sehr unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit.“[131]

Die Beschränkung der Berichterstattung auf Plenum und Ausschuss wird der parlamentarischen Arbeit nicht gerecht. Journalisten sollen Gesamtheit des Parlaments wahr nehmen.

„Wo ist eigentlich der Schnittpunkt, was für die Seher des ORF spannend sein kann und was für die Parlamentarier in dem was sie transportieren möchten auch spannend ist?“[132] Diese Frage dürfte nicht ganz leicht zu beantworten sein, weil die Differenz zwischen den Interessen der Politik und denen der Journalisten grundsätzlich verschieden ist und auch sein muss. Es muss im Sinne einer Kontrollfunktion im Interesse der Journalisten liegen, unangenehme Thematiken aufzugreifen und ausführlich zu hinterfragen.

[129] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[130] Schennach, Kategorie 6, Tabellenspalte 8
[131] Schennach, Kat.4, Tabellenspalte 9
[132] Himmer, Kategorie 4, Tabellenspalte 3

Die Kooperation zwischen Journalismus und Politik darf im Sinne der Kontrollfunktion gar nicht zu gut funktionieren.

Im Rahmen dieser Kategorie wird auch erwähnt, dass die Macht der Journalisten, die Politiker mitunter stört. Mit Macht ist gemeint, dass Journalisten die freie Wahl des Materials haben, das sie verwenden möchten. „Das ist das, was mich als Parlamentarier daran stört. Da kann ich super drauf sein und fünf Minuten Vollgas geben und wenn ich einmal gesagt hab "Äh, äh" dann kommt genau das im Schnitt.“[133] Diese Wortmeldung hat in der Diskussionsrunde durchaus ein Schmunzeln hervorgerufen.
Hier wird erneut deutlich, dass die Interessen von Journalisten und Abgeordneten grundsätzlich unterschiedlich sind. Daher ist es für Politiker besonders wichtig, die Arbeitsweise der Journalisten zu kennen, um möglichst sicher zu stellen, dass die Botschaft, die gesendet werden soll auch gesendet wird. Dazu gehört das Vermeiden von „Äh, äh“ ebenso wie das Formulieren kurzer einfacher Sätze mit möglichst eindeutigem Inhalt.

Die freie Berichterstattung der Medien verlangt von Seiten der Politik mehr Professionalität. Fehler werden selten übersehen.

„Es geht ja nicht nur um den ORF, wenn ich an "Österreich" denke und die Berichterstattung über den Untersuchungsausschuss oder der Causa Kampusch, wenn ich an "Heute" denke, dann denke ich mir, das ist keine seriöse Berichterstattung.“[134] Daraus geht hervor, dass das Ansehen des ORF bei den Abgeordneten sehr hoch ist. Ein unseriöses Arbeiten wird eher auf Seiten der Printmedien mit Boulevardbezug bemängelt.

Es existiert Angst vor dem Missbrauch des Materials durch Journalisten.

Hier wird von Seiten der ORF Journalisten eingeräumt, dass es selbstverständlich Gremien gibt, die einem Missbrauch von Material entgegen wirken. „Dann wären wir bei einer Journalismuskritik. Da sind ja in Österreich wirklich alle Türen und

[133] Himmer, Kategorie 4, Tabellenspalte 5
[134] Hakel: Kat.4, Tabellenspalte 7

Tore für sie auch als Politiker geöffnet, dagegen zu protestieren und in den verschiedenen Gremien auch des ORF, Einspruch zu erheben."[135] Diese Option wird von Seiten des Abgeordneten mit dem Satz quittiert: „Ja, da hab ich viel Zeit für das."[136]

Daraus ist zweierlei zu schließen, zum einen, dass sich Parlamentarier auf einen gewissen Respektabstand verlassen möchten und zum anderen, dass Journalisten den Arbeitsalltag der Parlamentarier unterschätzen und ihre eigene Stellung überschätzen. Man kann in weiterer Folge daraus schließen, dass das Selbstbild der Politiker und das Bild das Journalisten von Politikern haben eben so wenig ident ist, wie das Selbstbild der Journalisten sich mit dem Eindruck der Politiker deckt.

Jede Seite möchte, dass nach ihren Regeln gespielt wird.

Ihr [die Politiker][137] könnt es euch nur nicht aussuchen. […] wenn ihr live macht, da gibt es ein Theater, […] Gleichzeitig beklagt ihr aber, dass ihr als Politiker nicht verstanden werdet, dass der Parlamentarismus in Österreich in Wirklichkeit von den Leuten nicht verstanden wird, bis Ablehnung kommt. Nur dort, wo ihr eigentlich arbeitet, wollt ihr bestimmen, was wir [die Journalisten][138] tun.

Diese Aussage beantwortet die Frage nach wessen Regeln gespielt wird. Seit der Öffnung des Parlaments ist klar, dass der Journalismus den Ton angibt, und wo sich Politiker dagegen wehren langfristig in der Öffentlichkeit Ablehnung entsteht.

Seit der Öffnung des Parlaments für freie Berichterstattung sind Politiker gut beraten die Arbeitsweisen der Journalisten in ihre Arbeit einzubeziehen.

Doch Beispiele zeigen, dass in manchem Fall die Kommunikationsbahnen zwischen Abgeordneten und Journalisten nicht gut funktionieren. So beklagt sich der Bunderatsabgeordnete, dass bei einem gelungenen Treffen mit Parlamentariern aus der Schweiz keine Kamera anwesend war. Doch die Parlamentsredaktion hat von dem Treffen gar nichts gewusst.

[135] Baminger, Kategorie 4, Tabellenspalte 6
[136] Himmer, Kategorie 4, Tabellenspalte 6
[137] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[138] Turnheim, Kategorie 4, Tabellenspalte 8

„Hast du [zu Schennach] als Teilnehmer des Treffens mit der Schweiz irgendjemanden […] angerufen und gesagt, du ich hätte eine tolle Geschichte für dich?“[139] „Na, bitte das müssen wir erst einmal formalisieren. Hallo liebe Leute, es ist ja nicht so. Es gibt ja auch zwischen uns Usancen und Sitten. Bei dem Besuch war ein anderer das Vis a Vis, da hält man schon Usancen ein. Wir sind ja keine Wadelbeißer.“[140]
Hier wird klar, dass die Kommunikation zwischen der Öffentlichkeitsabteilung des Parlaments und der „Hohen Haus“ Redaktion nicht einwandfrei funktioniert. Vor allem nicht in die Richtung vom Parlament zur Redaktion.

Mitunter scheitert das Verständnis an einer mangelnden Öffentlichkeitsarbeit von Seiten des Parlaments.

Aber auch die Seher des ORF wenden sich nicht zwingend an den ORF, wenn es um Kritik geht. Viele wenden sich diesbezüglich an die Mediensprecher der einzelnen Fraktionen. „Also ORF und Emails sind ein Hammer. Ich würde gerne eine Honorarrechnung an den ORF stellen. [...] Die Mediensprecher werden zugeschwabbelt. Und da muss man antworten.“[141] Auch hier wird ähnlich wie in Kategorie 2 der vermehrte Arbeitsaufwand der durch die Interaktivität und das Medium Email entsteht beklagt. Nur ist es inhaltlich hier nicht die parlamentarische Arbeit, sondern ein völlig anderes Feld, nämlich der ORF. Hier schafft Kritik an den ORF Gebühren Arbeit beim Parlamentarier.
Auf den ersten Blick mag das ein seltsamer Konnex sein, aber der ORF als öffentlich – rechtliche Anstalt wird von den Sehern oder Gebührenzahlern durchaus als Ort politischen Einflusses verstanden. Beschwerden werden demgemäß nicht nur an den ORF, sondern sicherheitshalber auch an die Politik gerichtet, die nach Dafürhalten der Gebührenzahler auch verantwortlich ist.

Politik und ORF sollen sich auf professioneller Ebene begegnen, mit der Besonderheit, dass die Politik im ORF etwas zu sagen hat.

[139] Turnheim, Kategorie 4, Tabellenspalte 10
[140] Schennach, Kat.4, Tabellenspalte 10
[141] Schennach, Kat.4, Tabellenspalte 11

Ein weiterer Punkt der unzureichenden Kooperation zwischen ORF und Parlament betrifft die Informationspflicht. Nach Vermutung des Bundesratsabgeordneten Schennach dürfte es in der Bevölkerung und vor allem bei Schülern eine Informationsdefizit geben. „Was ich zu politischer Bildung an Schulen eingeladen bin, weil die irgendwas mitkriegen […] Aber es kann nicht meine Aufgabe sein, als einzelner die Bürger der Stadt Wien vom neuen Konjunkturpaket zu informieren. Das ist die Journalistenaufgabe.“[142]
Hier denkt ein Parlamentarier die Arbeit eines Journalisten übernehmen zu müssen, weil diese ihr Publikum entweder nicht erreichen oder zu wenig Information vermitteln können. Die Rollen der Zusammenarbeit bei der Vermittlung politischer Inhalte ist hier nicht klar gegliedert. Wer muss in welchem Rahmen was für die Informiertheit der Bürger leisten? „Im Parlament wird nicht unterschieden zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Pressearbeit.“[143] Das könnte eine mögliche Ursache sein. Es ist aber zu bezweifeln, dass die Einrichtung einer zeitgemäßen Pressestelle im Parlament direkt zur einer besseren Informiertheit der Bevölkerung führen würde.

Auf der anderen Seite gibt es Wortmeldungen der ORF Journalisten die den Gegenschluss zulassen würden. Auch hier nimmt man an, dass man für die Information und die Zusammenarbeit mehr leistet als das Gegenüber. „Im ORF findest du immer bei jeder Parlamentsgeschichte am Ende die Links zu parlament.gv.at. In der Homepage des Parlaments finde ich nirgendwo einen Hinweis auf orf.at.“[144]

Es herrscht keine klare Aufgabenteilung zwischen Journalismus und Parlament in Bezug auf die Informationspflicht.

Ein in der Diskussion öfter erwähnter Punkt ist die Tatsache, dass weder die Politik noch der ORF die jungen Seher und die jungen Wähler nur schlecht erreicht. Auch in diesem Bereich wird die Ursache in einer mangelhaften Zusammenarbeit vermutet.

[142] Schennach, Kat.4, Tabellenspalte 12
[143] Turnheim, Kategorie 4, Tabellenspalte 13
[144] Stoppacher. Kategorie 4, Tabellenspalte 17

„Die Frage ist, wie man sich im Verhalten weiterentwickelt. Und da kann es schon sein, dass Politiker und die Journalisten beim ORF [...], dass wir vielleicht wechselseitig ein gewisses antiquiertes Verhalten haben und es sein kann, dass die Zeit an uns vorbei marschiert. Weil das Internet dazu gekommen ist, weil die Jugend ein anderes Kommunikationsverhalten hat."[145] Gefordert wird von beiden Seiten ein zeitgemäßer Auftritt im Internet. Sowohl die ORF Journalisten als auch die Parlamentarier der Runde wünsche sich Investitionen in diesem Bereich.
Es wird eingeräumt, dass neue Medien auch eine neue Form der Zusammenarbeit verlangen. „Wenn ich im Hohen Haus in einem Beitrag drinnen war, dann möchte ich das gerne auf meine Homepage stellen, aber das geht rechtlich nicht. Das ist ja auch wieder so eine Sache."[146] Diese Wortmeldung zeigt wie schlecht die Anpassung der Organisationsstrukturen der ORF und der Parlaments an die neuen Medien in der Praxis funktioniert. „Wenn man eine Rechtsabteilung fragt, geht nie irgendwas."[147] Daraus ist zu schließen, dass die Organisationssysteme der letzten Jahre im Heute nicht mehr funktionieren können. Das Web 2.0 ist in den Köpfen der ausführenden Organe noch nicht angekommen.

Beide Seiten vernachlässigen Investitionen in neue Medien, daraus entstehen antiquierte und ineffiziente Modelle der Zusammenarbeit.

In diesem Punkt wird festgestellt, dass die politischen Gremien im ORF dafür zu sorgen hätten, in diesem Bereich Abhilfe zu schaffen. „Hier wird es Unterstützung auch von Seiten der Politik brauchen. […] Es wird […] wichtig sein im ORF durchzusetzen über die Gremien die die Politik hat, dass die Sendungen Sendungsseiten bekommen, was derzeit nicht geht, von den Strukturen des ORF und angeblich auch von der Politik - so sagt man uns hier wieder - nicht so gewünscht wird."[148] Diese Wortmeldung macht klar, dass die Strukturen des ORF und seine Abhängigkeit von der Politik, durchaus eine Ursache für Modernisierungsstillstand sind. Ein privates Unternehmen mit Interesse an politischen Inhalten würde in diesem Punkt nicht auf politische Genehmigungen warten müssen, sondern könnte handeln. Im ORF können solche Notstände nicht

[145] Himmer, Kategorie 4, Tabellenspalte 14
[146] Hakel: Kat.4, Tabellenspalte 15
[147] Himmer, Kategorie 4, Tabellenspalte 15
[148] Turnheim, Kategorie 4, Tabellenspalte 16

einfach behoben werden, weil veraltete Strukturen und politische Gremien mitzuentscheiden haben.

Der Teufelskreis: Die Kooperation von ORF und Parlament in bezug auf die gemeinsame Nutzung neuer Medien wird von der Kooperation ORF und Politik im Bereich der ORF internen Gremien gehemmt.

1.5.2.5 Kategorie 5 – Kritik an der Politik

Kategorie	Textstelle (timecode Ende)	Bezug zu Kategorie
Kritik an der Politik		
1	Schennach: Auf der zweiten Bühne [...] ist es mitunter anders. Ich kann mich erinnern, dass wir [im Bundesrat] aufgrund einer Debatte mindestens vier Mal das Abstimmungsverhalten geändert haben. Ich kann mich erinnern, weil ich selber der Auslöser war, dass einmal der Hoscher, herausgegangen ist und gesagt hat, meine Rede hat ihn so zum Nachdenken gebracht, dass er nicht mehr für seine Fraktion ein Pro abgeben kann. In der zweiten Kammer ist eine höhere Beweglichkeit da. [...] die beiden Bühnen, die beiden Kammern sind ein bisschen unterschiedlich. (09:15)	Bundesrat und Nationalrat zu wenig getrennt voneinander wahrgenommen
2	Schennach: Die Leute die bei uns [im Parlament] für die Pressearbeit des Hauses verantwortlich sind, die sind, wenn das jetzt geschnitten wird, dann sag ich's, die sind ein bisschen überwuzelt. Sie sind keine modernen Kommunikatoren. (42:20)	Pressestelle des Parlaments veraltet
3	Schennach: Das Medienverhalten der Jungen [Jugendlichen] ist ja an sich nicht beängstigend, aus Sicht des ORF vielleicht schon, aber an sich ist es das nicht. Die Jungen haben halt ein anderes Kommunikationsverhalten. Ich muss in diese Sprache hineinkommen [...] Die anderen Lager sind in ihrer Sprache zeitgemäßer und auch in ihren Präsentationsformen. Andere sind etwas veraltet worden, auch die Grünen sind veraltet. (46:30)	Moderne Kommunikatoren müssen sich dem Kommunikations-verhalten der Jugendlichen anpassen

4	Schennach: Ich habe gerade eine Idee. Wir haben im Haus [gemeint: das Parlament] ja zig Komitees, das Sicherheitskomitee, das Raumkomitee und was weiß ich noch alles. Warum schaffen wir nicht eine Art PR oder Kommunikationskomitee zur Beratung der Präsidiale und im Gespräch mit den Medien. Dort könnten wir eine Durchlüftung der Möglichkeiten versuchen zustande zu bringen und ich glaube, dass das etwas Sinnvolles ist. Bisher spricht der ORF mit dem Büro der Präsidentin, die wird beraten von ihren Sprechern, die Frage ist, sind nicht eigentlich die Abgeordneten, wenn sie in so einem Komitee säßen, nicht ein Stückerl weiter und könnte nicht die Beratung irgendwie ein paar andere Aspekte umfassen? Das sollten wir drei [Schennach, Hakel, Himmer] und mit überlegen. Das ist so zu sagen ein Nebenprodukt ihrer [gemeint: Maierhofer] Arbeit, dass mir gerade kommt. Wir sollten uns da zu dritt hinsetzen und überlegen, ob das nicht eine Idee wäre, die man an die Präsidentin heranträgt, damit sie ein Komitee ausschreibt, das von den Fraktionen besetzt wird. [...] Da könnten wir einmal die Pakete portionieren, was man da alles angehen muss. (01:13:40)	Lösungsvorschlag: Gründung eines Kommunikations-kommittees
5	Himmer: Es gibt spannende Möglichkeiten im Bereich der Neuen Medine, die ihr [gemeint: die Journalisten des ORF] euch zu nutzen machen könnt. Dass das etwas ist, das Parlamentariern sehr gut schmecken würde, weil es die Transportiermöglichkeiten des einzelnen Parlamentariers modernisiert, ist ein anderes Thema. Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, [...] es gäbe da ein Eigeninteresse des Klüngels Parlamentarier, die alle miteinander gerne ein bisschen wichtiger sein wollen und gemeinsam beim ORF lobbiieren, für ein paar Sekunden Wichtigkeit im Wahlkreis. Es wird ja vom ORF nur dann angenommen, wenn es für ihn und die Rezipienten ein spannendes Thema ist. Und davon bin ich überzeigt, dass das spannend ist, weil nicht alle Parlamentarier grundlangweilig sind. (01:15:20)	Keine Parlamentarierlobby soll beim ORF für mehr Wichtigkeit intervenieren.
6	Turnheim: Ich sehen das nicht nur als ORF Mitarbeiter, sondern auch als Mensch, der jetzt schon Jahrzehnte lang versucht Medienpolitik ein bisschen mitzumachen. Ich glaube schon, dass die Gremien des Parlaments eine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit haben und eine Mitteilungspflicht. Sich ganz raus zuspielen und zu sagen, nein nein, das ist jetzt nur noch Sache der Medien, wie sie darüber berichten, und gleichzeitig wird die Berichterstattung der Medien aber beschränkt, Ausschussgeschichten und ähnliches mehr, das ist für mich falsch. Der Parlamentarismus hat eine Verpflichtung sich selbst auch darzustellen und auch dafür zu sorgen, dass er dargestellt wird. Das nur an die Medien abzuschieben wäre völlig daneben. (01:16:45)	Die Medien können nicht alleine für die Öffentlichkeit des Parlaments verantwortlich sein.
7	Stoppacher: Aber man muss schon auch sagen, dass sich viele Jugendliche nicht für Politik interessieren und leider, das muss man auch sagen, keine Ahnung haben, also da greift schon auch alles ineinander, diese Politische Bildungsgeschichte und so. (01:46:20)	Politik soll für die politische Bildung mehr tun.

8	Schennach: Dass 89 überhaupt eine Hauseigene Kamera installiert wurde, ist dem Herbert Fuchs zu verdanken, der dauernd mit einer ORF Kamera, ob er sich die bei euch ausgebort hat, weiß ich nicht, herumgelaufen und hat ständig illegal gefilmt, weil er aufmerksam machen wollte, dass der Abgeordnete ein Recht auf das eigene Bild hat. Dass der Abgeordnete dann auch noch eine Kassette von sich haben kann, hat wieder ein Jahr länger gedauert. (01:55:30)	Das Parlament ist Modernisierung gegenüber träge.

Diskussion Kategorie 5

Die „Kritik an der Politik" – Kategorie zeigt, dass die Abgeordneten zur Selbstkritik fähig sind, denn von 8, in diesem Fall kritischen, Wortmeldungen sind 6 von Abgeordneten selbst eingebracht worden. Was auch damit zusammen hängt, dass Experten ihr Gebiet am besten kennen und so Missstände benennen können. Besonders stark vertreten sind Wortmeldungen von Bundesratsabgeordneten Schennach. Wenig verwunderlich daher, dass er sehr früh in der Diskussion die Unterscheide von Nationalrat und Bundesrat zu unterstreichen versucht. „Ich kann mich erinnern, dass wir [im Bundesrat][149] aufgrund einer Debatte mindestens vier Mal das Abstimmungsverhalten geändert haben. […] In der zweiten Kammer ist eine höhere Beweglichkeit da. [...] die beiden Bühnen, die beiden Kammern sind ein bisschen unterschiedlich."[150] Die Selbstkritik die dabei mitschwingt besteht in dem Unvermögen diese Unterschiede gut genug zu verkaufen.

Der Bundesrat kann sich nicht gut genug verkaufen.

Von Seiten eines erfahrenen Journalisten kommt die Forderung in Richtung Parlament sich aktiver an der Darstellung des Hauses zu beteiligen. „Der Parlamentarismus hat eine Verpflichtung sich selbst auch darzustellen und auch dafür zu sorgen, dass er dargestellt wird. Das nur an die Medien abzuschieben wäre völlig daneben."[151] Hier steht also die Forderung im Raum, das Parlament möge verstärkt als Kommunikator auftreten. Hier kam von Seiten der anderen Journalisten im Raum Unverständnis entgegen, weil man sich hier

[149] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[150] Schennach, Kat.5, Tabellenspalte 1
[151] Turnheim, Kategorie 5, Tabellenspalte 6

gewissermaßen sofort der eigenen Kompetenz beraubt fühlt. Aber die Kritik liegt in der Frage der Verantwortlichkeit: „Ich glaube schon, dass die Gremien des Parlaments eine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit haben und eine Mitteilungspflicht.“[152] Die Kooperation Parlament und Journalismus sollte folglich nicht zu eingespielt sein. Auch wenn am Dogma der objektiven Berichterstattung nicht gerüttelt wird, ist es doch bedenklich, wenn sich das Parlament in dieser Sache ausschließlich auf die Medien verlässt.

Medien können nicht alleine für die Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments und die Informiertheit der Bevölkerung verantwortlich sein. Das Parlament sollte verstärkt als Kommunikator auftreten.

Eine mögliche Ursache für Imagemissstände und ein immer wiederkehrender Kritikpunkt ist die suboptimale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Parlamentes. „Die Leute die bei uns [im Parlament] für die Pressearbeit des Hauses verantwortlich sind, […] sind keine modernen Kommunikatoren.“[153] Es wird dieser Aussage in der Diskussionsrunde allenthalben zugestimmt. Konkretere Ursachen oder Namen werden nicht genannt. Offenbar wird ein natürlicher Generationswechsel in dieser Abteilung abgewartet.

Die Presseabteilung des Parlaments ist veraltet.

Aber auch an anderen Stellen fällt es den Parlamentariern schwer den Puls der Zeit zu treffen. Bei Jugendlichen bemerken Journalisten wie Politiker ein verstärktes Desinteresse an der Politik. Einig ist man sich auf beiden Seiten, dass Jugendliche hauptsächlich durch das Internet abzuholen wären. Doch weder der ORF noch das Parlament investieren ausreichend in diesen Bereich, selbst die einzelnen Parteien und Fraktionen sind nicht alle in der Lage hier Fuß zu fassen. „Die anderen Lager [FPÖ und BZÖ][154] sind in ihrer Sprache zeitgemäßer und auch in ihren Präsentationsformen. Andere sind etwas veraltet worden, auch die

[152] Turnheim, Kategorie 5, Tabellenspalte 6
[153] Schennach, Kat.5, Tabellenspalte 2
[154] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.

Grünen sind veraltet.“[155] Das lässt darauf schließen, dass nicht nur das Parlament als Institution, sondern auch die meisten Fraktionen und ihre dazugehörigen Parteien keine zeitgemäßen Kommunikationsformen nutzen, was in weiterer Folge dazu führt, dass die Jugendlichen nicht erreicht werden und der Politik abschwören. „Das Medienverhalten der Jungen [Jugendlichen][156] ist ja an sich nicht beängstigend, aus Sicht des ORF vielleicht schon, aber an sich ist es das nicht. Die Jungen haben halt ein anderes Kommunikationsverhalten. Ich muss in diese Sprache hineinkommen.“[157]
Doch genau das gelingt nicht.

Die Politik erreicht die Jugendlichen nicht, weil ihre Kommunikationsform veraltet ist.

Aber auch in Bereichen, die die Politik üblicherweise sehr wohl als gelungen verkauft, gelingt es nicht Jugendliche zu erreichen. „Man muss schon auch sagen, dass sich viele Jugendliche nicht für Politik interessieren und leider, das muss man auch sagen, keine Ahnung haben. Also da greift schon auch alles ineinander, diese Politische Bildungsgeschichte und so.“[158] Die politischen Journalisten beklagen zu Recht, dass ihnen aufgrund schlechter politischer Bildung, beispielsweise an Schulen, gewissermaßen die Kundschaft von morgen abhanden kommt.

Politische Bildung wird von der Politik zu wenig forciert.

Aber auch der ORF ist gerade dabei die wichtigsten Entwicklungen im Bereich des Web 2.0 zu verschlafen. Wie in Kategorie 4 angesprochen, wird hier die Mithilfe der Politik gefordert. Jedoch ist die Frage, ob das der Ausweg aus dem Teufelskreis ist, der den ORF und die Politik verbindet.[159] „Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, [...] es gäbe da ein Eigeninteresse des Klüngels Parlamentarier, die alle miteinander gerne ein bisschen wichtiger sein wollen und

[155] Schennach, Kat.5, Tabellenspalte 3
[156] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[157] Schennach, Kat.5, Tabellenspalte 3
[158] Stoppacher. Kategorie 5, Tabellenspalte 7
[159] Vgl . Kategorie 4, Seite 107.

gemeinsam beim ORF lobbiieren, für ein paar Sekunden Wichtigkeit im Wahlkreis.“[160] Diese Kritik wendet sich, von einem Parlamentarier kommend in Richtung der eigenen Reihen. Nicht alle Mediensprecher und von der Politik entsandten Mitglieder der obersten ORF Gremien, wollen dem Unternehmen so viel Unabhängigkeit einräumen.

Die Politik sollte dem ORF mehr Unabhängigkeit einräumen.

Ein Beispiel für die Modernisierungsträgheit und ihre historische Tradition: „Dass 1989 überhaupt eine Hauseigene Kamera installiert wurde, ist dem Herbert Fuchs zu verdanken, der [ist][161] dauernd mit einer ORF Kamera […] herumgelaufen und hat ständig illegal gefilmt.“[162] Die Aktionsfreudigkeit der Grünen hat abgenommen und kommunikative Missstände liegen den einzelnen Fraktionen heute möglicherweise nicht so am Herzen. Auf dieser Seite kann man sich in der näheren Zukunft also kein Engagement erwarten.
Eine realistischere Möglichkeit, wie heute an den Missständen auf Seiten des Parlaments gearbeitet werden könnte, liegt in wesentlich konformeren Wegen. „Wir haben im Haus [gemeint: das Parlament][163] ja zig Komitees, das Sicherheitskomitee, das Raumkomitee und was weiß ich noch alles. Warum schaffen wir nicht eine Art PR oder Kommunikationskomitee zur Beratung der Präsidiale und im Gespräch mit den Medien. Dort könnten wir eine Durchlüftung der Möglichkeiten versuchen zustande zu bringen und ich glaube, dass das etwas Sinnvolles ist.“[164]

Ein Lösungsansatz: Gründung eines Kommunikationskomitees.

[160] Himmer, Kategorie 5, Tabellenspalte 5
[161] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[162] Schennach, Kat.5, Tabellenspalte 8
[163] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[164] Schennach, Kat.5, Tabellenspalte 4

1.5.2.6 Kategorie 6 – Kritik am Journalismus/ORF

Kategorie	Textstelle (timecode Ende)	Bezug zu Kategorie
Kritik am Journalismus/ORF		
1	Baminger: Ich möchte unterscheiden, zwischen der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung und den Seherinnen und Sehern des "Hohen Hauses". Diese Sendung ist eine der ältesten Formate des ORF und hat Stammseher. Die können mit einem Vergleich, das Parlament ist wie ein Big Brother Container überhaupt nichts anfangen. Diese Seher kennen durch die Sendung die Zusammenhänge, die wissen, dass die Arbeit in den Ausschüssen erledigt wird, weil sie Woche für Woche relativ gut aufgeklärt werden. Diejenigen, die aber überhaupt nur Zeit im Bild schauen und dort mit Parlamentsberichten konfrontiert sind in der Länge von maximal 1:30 und da kommen aber fünf Redner vor, wo jeder Redner maximal zwei Sätze hat in der Länge von fünf bis elf Sekunden, bei denen ist die Gefahr groß, dass sie einem solchen Vergleich [Plenum, wie Container] der ja wie ich finde, demokratiepolitisch äußerst bedenklich ist, sofort zustimmen. (11:00)	Je kürzer die Beiträge, desto schlechter die Info, desto schlechter das Image
2	Baminger: Wenn ich mir das Wahlverhalten bei den Jungen [Jugendlichen] anschau, also wir haben ja keine Zuseher unter den Jugendlichen, das muss man ja auch sagen. Nicht nur die Sendung Hohes Haus nicht, auch die Zeit im Bild nicht. Die verweigern sich ja diesen [alten] Medien. (45:12)	ORF gewinnt keine jungen Seher
3	Stoppacher: Wir sind natürlich gerade als Parlamentsredaktion interessiert an einem guten Sendeplatz, weil wir ja viele Seher ansprechen wollen. Wenn ich jetzt Schlaraffenland sagen, dann möchte ich gerne in der Hauptsendezeit sein. Jetzt sehe ich schon ein es gibt da Notwendigkeiten, das Haus und so. Also jetzt sage ich einmal, unsere Überlegung und unser Wunsch ist, das kann man ja in dem Kreise sagen, eine Sendung am Freitag im zweiten oder dritten Hauptabend. Vor oder nach der ZiB2 am Freitag. Aus unserer Sicht wäre da ein optimaler Zeitpunkt. Da könnten wir auch live senden, weil was vielleicht nicht alle wissen,. wir zeichnen ja am Samstag zu Mittag auf, das ist aus rein technischen und organisatorischen Gründen notwendig. Das wäre dann natürlich auch besser. Das ist bei unseren Chefs auch eingespeichert, das wir das wollen, Aber wie da die ORF Geschäftsführung entscheidet ist eine andere Sache. Aber der Wunsch ist da, dass wir einen Sendplatz haben, wo wir möglichst viele Seher erreichen. (51:10)	Neuer Sendeplatz erwünscht
4	Hakel: Das wäre auch eine Idee, dass man aus TW1 einen Infokanal macht und dort die Parlamentssitzungen permanent übertragt, dass man auch die Ausschüsse übertragt. So eine Art Phönix.	eigener Infokanal erwünscht

5	Turnheim: Von Seiten der neuen Medien ist es so, wir planen die Sendung ab Jänner ondemand zu stellen, das heißt im Internet abrufbar zu machen. [...] Rein technisch könnten wir den Livestram, die wir hier aufzeichnen, [...] auch live streamen. [...] (52:50)	ondemand-Stellung in Planung
6	Himmer: Der ORF hat ja auch immer viel mehr Material als zugänglich ist. Wenn man jetzt sagt, es gibt die Sendung als solches [...] und man könnte zusätzliches Material über weitere Links drauf stellen. Das würde dem modernen Medienverhalten durchaus entsprechen. Dann kann sich der Mürzzuschlager seinen Mürzzuschlager Abgeordneten anschauen. (56:30)	ORF online um Archive erweitern
7	Baminger: Ich glaube, dass wir uns als Medium hier das eigene Grab schaufeln. Es gibt in der Architektur der [ORF] Onlinedirektion, keine Möglichkeit dem zu entsprechen, was der User von einer fortgeschrittenen Seite, Vorbild BBC, Vorbild ZDF, CNN [...] erwartet. Nämlich einen Zusammenhang mit der onair Sendung. Das ist nicht gedacht. Das wird es nicht geben. [...] Es soll keine Portalfunktionen für die einzelnen Sendungen geben. Und das ist der Punkt. [...] Ich möchte doch ein Archiv haben, das ist ja kein Speicherplatzproblem mehr, da soll es dann auch Responsemöglichkeiten geben. [...] Das sollte redaktionell gesteuert werden, so bindet man die Zuschauer über das Onlinemedium wieder an das onair Medium. Aber von dieser Planung ist der ORF seit Jahren meilenweit entfernt. (59:12)	ORF fehlt Wille zur Modernisierung
8	Schennach: Wenn der ORF auf die Idee kommt wieder etwas an den Gebühren zu ändern, dann ist sich die andere Seite [die Politik] einig, dass das nur mit der Öffnung der Archive geschehen kann. Direkt nach BBc Style. Das ist eine der Grundvoraussetzungen. Das weiß die Geschäftsführung des Hauses sehr wohl, dass das der springende Punkt wäre. Drei von fünf Parteien und die vierte wird nachrutschen, haben deponiert, dass wir das zu einer Grundbedingung machen. Die Archive für eine interaktive Nutzung zu öffnen ist sicher die Schwelle für eine weitere Finanzierung. (1:00:40)	Interaktive Archivnutzung des ORF als Voraussetzung für Gebührenerhöhung
9	Hakel: Es passiert mir selbst sehr oft, dass ich gewisse Sendungen nicht sehe, weil ich unterwegs bin und dann möchte ich mir das gerne im Nachhinein anschauen. Und sehr oft ärgere ich mich, weil es das nicht gibt, wurscht welche Sendungen das sind. Die jungen Leute 30 Jahre und drunter bewegen sich im Internet und das sind die nicht tagsüber [...] sie sind in der Nacht online. Wir haben im Bezirk so eine Internetcommunity und da sieht man wann die Leute online sind und sie sind nur in der Nacht online. Ich glaube, dass die Jungen von dem Fernsehen weggehen in dem Sinne, dass sie nicht schauen zu dem Zeitpunkt wo es gesendet wird, sondern sich das in Nachhinein anschauen wollen. (01:24:40)	Sendungen sind im Netz nicht zu finden

10	Turnheim: Es ist nur eines wirklich klar, dass die Internetnutzung ab 29 Jahren, also mit Eintritt in die mittlere Berufsebene, [...] sobald sie niedere Leitungsfunktionen bekommen, geht es rasant runter. [...] Erst ab 55, also dem frühen Pensionseintritt nimmt das wieder zu. (01:26:00) Wir haben da in Österreich dieses Phänomen, dass es im Mittelbau ein starkes Abnehmen der Mediennutzung haben und erst danach wieder eine Zunahme. (01:26:30)	Menschen zwischen 30 und 50 nutzen kaum Medien
11	Stoppacher: Das greift auch für mich zu kurz zu sagen: Ja, die Jungen kriegen wir nicht, weil die sind im Internet und damit sind wir immer fertig mit der Diskussion. Das ist mir zu billig, oder. (01:27:40) Im Internet ist es ja oft viel mühsamer sich Informationen zu holen, wenn sie Info über Politik haben wollen, ist die halbe Stunde am Sonntag Mittag eigentlich gut investiert, weil da kriege ich es geballt und ordentlich aufbereitet. Im Internet muss ich mir ja vieles zusammensuchen. (01:28:00)	Forderung nach Lösungen für eine Anpassung des Fernsehens an das Mediennutzungs-verhalten der Jugendlichen.
12	Turnheim: Ich glaube, dass wir uns als Sendungsmacher auch einmal überlegen sollten, ob die Strukturen, wie wir Sendungen fahren und die fahren wir so seid ich in den ORF eingetreten bin, ich bin 1974 in das Haus gekommen, da habe ich gelernt: Du machst eine Mod und machst eine Geschichte, du machst eine Mod, du machst eine Geschichte, du machst einen Block, du machst eine Mod, du machst eine Geschichte und die halbe Stunde ist um. Das kann ich so auswendig dieses Strickmuster. Und dieses Strickmuster hat sich im Prinzip nicht verändert. [...] Wie baue ich eine Fernsehsendung hat sich in den letzten 50 Jahren nicht verändert, wahrscheinlich seit es den ORF gibt. Und da glaube ich, dass die Neuen Medien einen Druck erzeugen und das Rezeptionsverhalten der User jetzt anders geworden ist, eben durch Schnelllebigkeit, schneller Sein und so weiter, dass man sich als Sendungsmacher überlegen müsste, auch hier neue Strukturen zu versuchen oder auszuprobieren oder sich zu überlegen. Ich glaube, dass ein Teil daran liegt, warum‘s dem Report und alles Sendungen nicht gut geht, weil alle gleich gestrickt sind. Wenn du [gemeint Dr. Stoppacher]heute zum Report versetzt wirst, kannst den Report genauso machen und so. (01:29:15)	Seit 50 Jahren haben Sendungen das selbe Strickmuster. Hier ist Veränderung nötig.
13	Himmer: Es ist klar, dass das Fernsehen etwas bringen muss, was einen gewissen Newscharakter hat und das wird ja auch gewusst. [...] Aber ich finde es immer wieder lustig, wenn der Nationalrat eins zu eins umsetzt, was Regierungsvorlage ist, weil es ja das erste Mal in die Öffentlichkeit kommt, wenn sich die Regierungspartner einigen. Da ist die Zeit im Bild eins durchaus schon bereit, von einer Einigung zu reden und für die Leute gilt das dann bereits schon bevor die parlamentarische Debatte überhaupt in den Ausschüssen des Nationalrats begonnen hat. (21:26)	Medien sind zu schnell

Diskussion Kategorie 6

In dieser Kategorie finden sich 13 passende Wortmeldungen, das ist doch signifikant mehr als bei Kategorie 5 „Kritik an der Politik“. Dabei kamen 8 Wortmeldungen von ORF Journalisten und 6 Wortmeldungen von Politikern. Das ist im Vergleich zu Kategorie 5 ein eher ausgewogenes Verhältnis.

Einer der ersten Kritikpunkte betrifft die geänderten Verhältnisse im Informationsbereich. Vor allem die Zeit im Bild muss wesentlich Zeit-effizienter arbeiten als noch vor zehn oder gar zwanzig Jahren. Die Magazinsendungen, wie das Hohe Haus sind davon weniger betroffen, weil Beiträge im Bereich der Magazin-Information nicht so stark verkürzt werden müssen, hier ist noch Platz für Basis- und Hintergrundinformation. „Diejenigen, die aber überhaupt nur Zeit im Bild schauen und dort mit Parlamentsberichten konfrontiert sind in der Länge von maximal 1:30 und da kommen aber fünf Redner vor, wo jeder Redner maximal zwei Sätze hat in der Länge von fünf bis elf Sekunden, bei denen ist die Gefahr groß, dass sie einem solchen Vergleich [Plenum, wie Container][165] der ja wie ich finde, demokratiepolitisch äußerst bedenklich ist, sofort zustimmen.“[166]
Dieser Kritikpunkt impliziert vor allem auch die Kritik an der Zeiteffizienz, die im zeitgenössischen Fernsehen herrscht. Tagesaktuelle Informationsredaktionen wollen immer mehr Themen in immer weniger Sendezeit unterbringen, um ein möglichst pralles Gefühl der Informiertheit beim Seher auszulösen. Die Kritik zielt darauf ab, dass am Ende dieses Prozesses aber nur Halbinformiertheit und Reizüberflutung stehen, was sich auf die politische Kompetenz der Seher negativ auswirken könnte.
An diesen Kritikpunkt schließt auch die Diskussion an, in wie weit sich öffentlich-rechtliche Sender diesem Teufelskreis entziehen sollten oder müssten. Die übliche Antwort von Seiten der Medienmacher ist, dass auch öffentlich-rechtliche Sender Konkurrenz fähig bleiben müssen und dass sich der ORF in wirtschaftlich

[165] Bezug auf ein Zitat von Gerhard Weiss – Parlamentsberichterstattung ist mit Big Brother zu vergleichen. Von der Diskussionsleiterin als Grundreiz am Beginn der Diskussion eingebracht. Siehe Anhang.

[166] Baminger, Kat.6, Tabellenspalte 1

schweren Zeiten, wie jetzt, auch auf Werbeeinnahmen stützen muss, um einen Weg aus der Krise zu finden.

Je kürzer die Beiträge in der tagesaktuellen Berichterstattung werden, desto schlechter ist die Informationsqualität. Bei verschlechterter Informationsqualität verringern sich die politische Kompetenz der Seher und das Image der Politik könnte leiden.

Ein weiterer Kritikpunkt, der durchaus an diesen Punkt anknüpft ist, die Tatsache, dass sich der ORF bei jugendlichen Sehern sehr schwer tut, vor allem im Bereich der Information. Das trifft aber auch das Medium Fernsehen als solches, denn der Fernseher ist für unter 30jährige nicht mehr das wichtigste Medium. „Wir haben ja keine Zuseher unter den Jugendlichen, das muss man ja auch sagen. Nicht nur die Sendung Hohes Haus nicht, auch die Zeit im Bild nicht. Die verweigern sich ja diesen [alten] Medien.“[167]

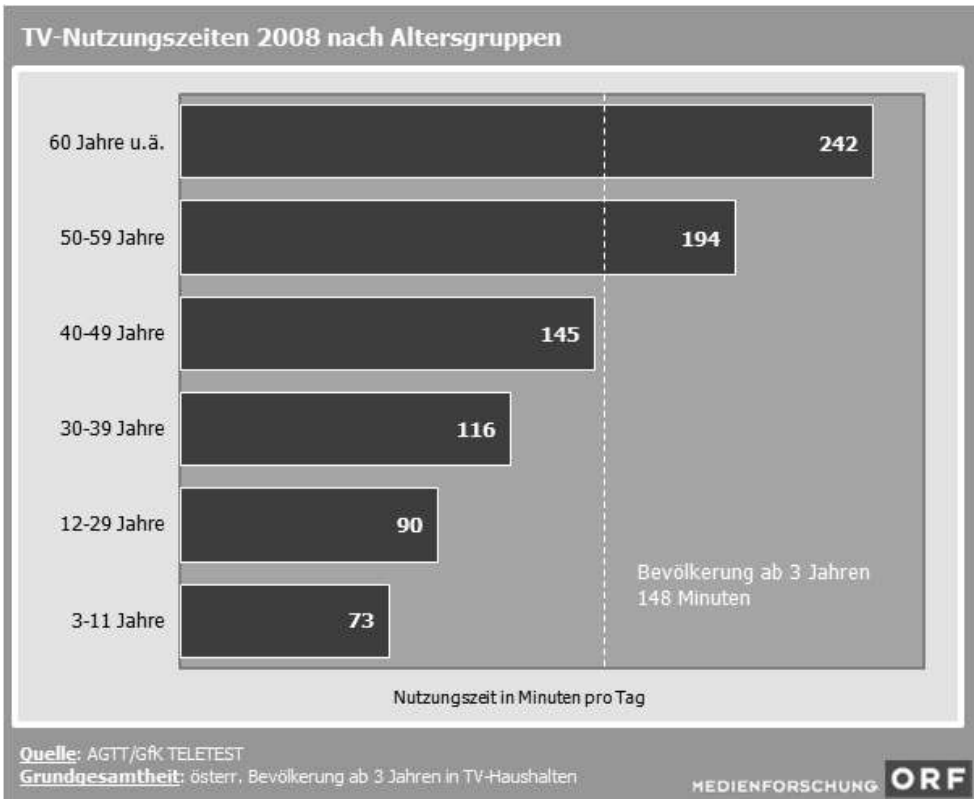


Abb. 13 „TV-Nutzungszeiten 2008 nach Altersgruppen“[168]

[167] Baminger, Kat.6, Tabellenspalte 2

[168] Quelle: ORF Mediaresearch http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=4 vom 01.05.2009

Diese Aussage wird von der ORF Mediaresearch bestätigt. Seher zwischen 12 und 29 Jahren nutzen das Medium Fernsehen um rund eine Stunde pro Tag weniger als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dieser Trend entwickelt sich parallel zur gestiegenen Nutzung des Internets, denn 72 % der Österreicher nutzen das Internet inzwischen regelmäßig und das beginnt bei Usern ab dem 14. Lebensjahr.[169] „Ich glaube, dass wir uns als Medium hier das eigene Grab schaufeln. Es gibt in der Architektur der Onlinedirektion [des ORF][170], keine Möglichkeit dem zu entsprechen, was der User von einer fortgeschrittenen Seite, Vorbild BBC, Vorbild ZDF, CNN [...] erwartet."[171]

Der ORF gewinnt keine Jugendlichen Seher aufgrund fehlender Investitionen im Bereich der Neuen Medien.

Dabei wissen viele ORF Journalisten ganz genau, was sie bräuchten, um den Anschluss an die Jugendlichen wieder zu gewinnen, aber ORF interne Kommunikationsschwächen und Kompetenzverlagerungen erschweren oder verhindern sogar diese Entwicklung. „Einen Zusammenhang mit der onair Sendung - Das ist nicht gedacht. Das wird es nicht geben. [...] Es soll keine Portalfunktionen für die einzelnen Sendungen geben. Und das ist der Punkt. [...] Ich möchte doch ein Archiv haben, das ist ja kein Speicherplatzproblem mehr, da soll es dann auch Responsemöglichkeiten geben. [...] Das sollte redaktionell gesteuert werden, so bindet man die Zuschauer über das Onlinemedium wieder an das Onair - Medium. Aber von dieser Planung ist der ORF seit Jahren meilenweit entfernt."[172]
Auch auf Seiten der Parlamentarier wird erkannt, dass durchaus sinnvolle und zeitgemäße Nutzungsmöglichkeiten bereitgestellt werden sollten. „Wir haben im Bezirk so eine Internetcommunity und da sieht man wann die Leute online sind und sie sind nur in der Nacht online. Ich glaube, dass die Jungen von dem

---

[169] Vgl. ORF Mediaresearch http://mediaresearch.orf.at/c_international/console/console.htm?y=5&z=1vom 01.05.2009
[170] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[171] Baminger, Kat.6, Tabellenspalte 7
[172] Baminger, Kat.6, Tabellenspalte 7

Fernsehen weggehen in dem Sinne, dass sie nicht schauen zu dem Zeitpunkt wo es gesendet wird, sondern sich das im Nachhinein anschauen wollen."[173]

Es ist also durchaus eine Art fehlende Kundenorientierung, wenn sich der ORF den Möglichkeiten des Web 2.0 verschließt. Darüber hinaus wäre es im Bereich der Parlamentsberichterstattung, um nicht zu weit vom Thema abzuschweifen, eine zeitgemäße Möglichkeit um zum einen die politische Informiertheit bei Jugendlichen zu steigern, indem man sie in dem von ihnen am meisten genutzten Medium anspricht. Zum anderen könnte man im Bereich der Parlamentsberichterstattung dem Wunsch der meisten Seher nachkommen und genau nach „seinem" Abgeordneten Ausschau halten. „Der ORF hat ja auch immer viel mehr Material als zugänglich ist. Wenn man jetzt sagt, es gibt die Sendung als solches [...] und man könnte zusätzliches Material über weitere Links drauf [gemeint ist ein umfassendes Portal der ORF Parlamentsredaktion][174] stellen. Das würde dem modernen Medienverhalten durchaus entsprechen. Dann kann sich der Mürzzuschlager seinen Mürzzuschlager Abgeordneten anschauen."[175]

„Wenn der ORF auf die Idee kommt wieder etwas an den Gebühren zu ändern, dann ist sich die andere Seite [die Politik] einig, dass das nur mit der Öffnung der Archive geschehen kann. Direkt nach BBc Style. Das ist eine der Grundvoraussetzungen. Das weiß die Geschäftsführung des Hauses sehr wohl, dass das der springende Punkt wäre. Drei von fünf Parteien und die vierte wird nachrutschen, haben deponiert, dass wir das zu einer Grundbedingung machen. Die Archive für eine interaktive Nutzung zu öffnen ist sicher die Schwelle für eine weitere Finanzierung."[176] Das sind die Druckmittel der Politik, doch wie der jüngste Einfall des ORF Kommunikatioschefs Pius Strobel, Rechte am ORF Archiv an Dritte zu verkaufen, zeigt, ist mitunter nicht ganz klar, ob sich beide Seiten richtig verstehen.[177]

---

[173] Hakel, Kat.6, Tabellenspalte 9
[174] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[175] Himmer, Kat.6, Tabellenspalte 6
[176] Schennach, Kat.6, Tabellenspalte 8
[177] Vgl. DiePresse.com „Finanzausschuss des ORF-Stiftungsrats: Hoanzl als Symptom", Artikel vom 30.03.2009 – siehe Anhang

Der ORF verweigert die Modernisierung trotz Forderungen der eigenen Journalisten und der Politik.

Ein konkretes Beispiel für die Trägheit des ORFs im Bereich des Web 2.0 ist die Tatsache, das selbst kleine Schritte auf dem Weg zum User nicht genommen werden können. „Von Seiten der neuen Medien [gemeint ist die Abteilung für Neue Medien in der ORF Information][178] ist es so, wir planen die Sendung ab Jänner on demand zu stellen, das heißt im Internet abrufbar zu machen. [...] Rein technisch könnten wir den Livestram, den wir hier aufzeichnen, [...] auch live streamen.“[179] Diese Aussage stammt vom 31. Oktober 2008 und bis zur Mitte 2009 ist es noch nicht möglich das Hohe Haus auf der Seite ondemand.orf.at oder auf irgendeiner anderen Seite abzurufen. Technische und interne Probleme sind die Ursache für diesen Stillstand.

Missverständnisse und Unklarheiten gibt es auch bei der Information über die Internetnutzung. „Es ist nur eines wirklich klar, dass die Internetnutzung ab 29 Jahren, also mit Eintritt in die mittlere Berufsebene, [...] sobald sie niedere Leitungsfunktionen bekommen, geht es rasant runter. [...] Erst ab 55, also dem frühen Pensionseintritt nimmt das wieder zu. […] Wir haben da in Österreich dieses Phänomen, dass es im Mittelbau ein starkes Abnehmen der Mediennutzung haben und erst danach wieder eine Zunahme.“ Diese Aussage muss etwas korrigiert werden. Nach den Angaben der Mediaresearch ist es vielmehr so, dass in den letzten 10 Jahren eine Art Verschiebung stattgefunden hat. 1997 haben zum größten Teil 20 bis 30 Jährige das Internet genutzt. Dieser Trend ist 2008 nicht mehr zu erkennen, denn der Kuchen Internetnutzung wird mittlerweise von allen Altersgruppen in relativ gleiche Teile geteilt. Besonders auffällig ist dabei, dass die Generation 50+ dabei fast ein Viertel des Kuchens in Anspruch nimmt, hier hat sich die Internetnutzung in den letzten 10 Jahren also von 8% auf 24% erhöht. Eine weitere Verschiebung ist im Bereich der Bildung festzustellen. 1997 waren fast 50% der Internetnutzer noch Maturanten oder Akademiker, mittlerweise haben sich Fachschulabsolventen und Lehrlinge den größten Teil dieses Kuchens erworben. Nur noch 30% der Internetnutzer sind

[178] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[179] Turnheim, Kategorie 6, Tabellenspalte 5

heute Maturanten oder Akademiker. [180] Die Angleichung der Anteile der Internetnutzung ist durch die Allgegenwart des Mediums zu erklären. Kein Geschlecht und keine Altersgruppe kann und will sich dem Internet mehr entziehen, denn die Möglichkeiten sind vom Briefwechsel bis zur Information und Serviceleistungen und Unterhaltung mittlerweile Lebensalltag der meisten Menschen geworden.

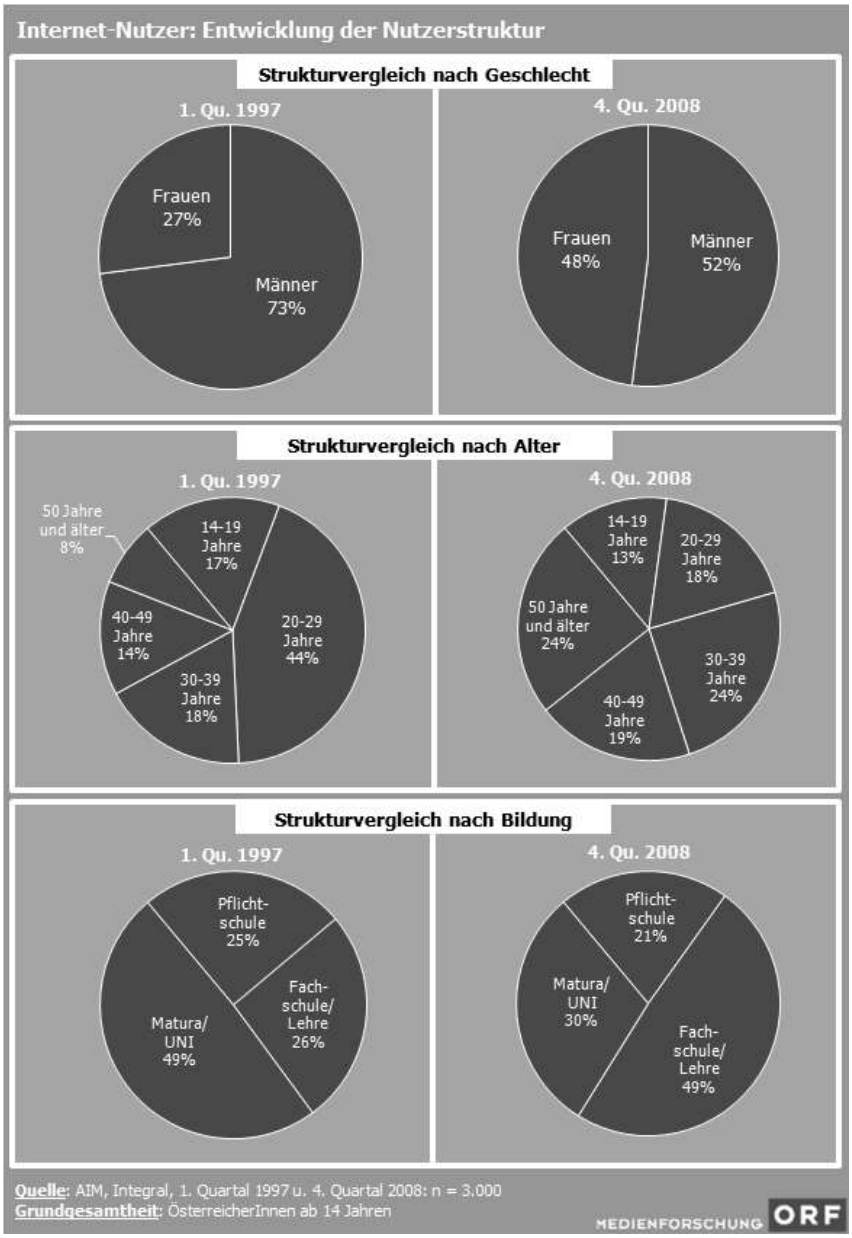


Abb. 14 „Internetnutzer – Entwicklung der Nutzerstruktur“[181]

[180] Vgl. ORF Mediaresearch http://mediaresearch.orf.at/c_internet/console/console.htm?y=5&z=1 vom 01.05.2009 siehe Abb.13

[181] Quelle: ORF Mediaresearch http://mediaresearch.orf.at vom 01.05.2009

Umso relevanter wird das Medium Internet für zeitgemäße Kommunikatoren und Medienunternehmen. Dabei zeigen Österreich weit Printmedien sehr gute Erfolge. Auch der ORF ist mit seinem Gesamtangebot ORF.at immer noch Marktführer, nachdem sich über 38% der User auch auf ORF.at informieren.[182] Doch auf diesen Lorbeeren wird man sich nicht mehr lange ausruhen können, denn die Not- und Missstände werden von Seiten der ORF Journalisten, wie auch von Seiten der Politik bereits erkannt.

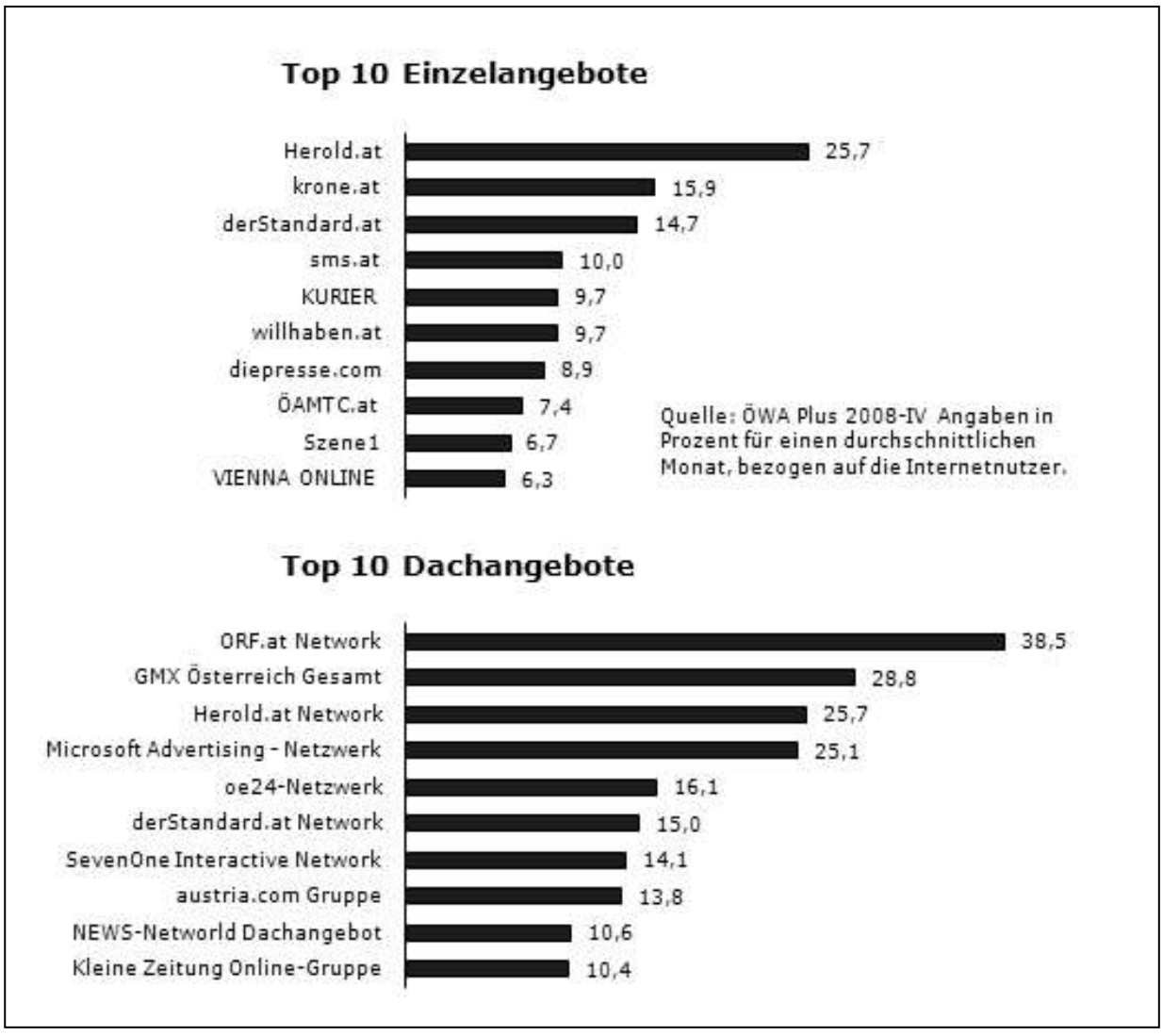


Abb. 15 „Top 10 Österreichischer Websites, 4. Quartal 2008“[183]

[182] Quelle: Österreichische Werbeanalyse http://www.oewa.at/index.php?id=35 vom 01.05.2009 siehe Abb. 14
[183] Quelle: Österreichische Werbeanalyse http://www.oewa.at/index.php?id=35 vom 01.05.2009

2006 lag der ORF laut Österreichischer Werbeanalyse noch bei 45,4%, das bedeutet einen Verlust von fast 7%. Daraus lässt sich ein Abwärtstrend erkennen.

ORF.at befindet sich, trotz steigender Bedeutung des Internets in allen Altersgruppen, auf einem Abwärtstrend.

Bei der Frage nach möglichen Lösungsansätzen und Innovationsbemühungen, stößt die Diskussionsgruppe allerdings auf leere Felder. „Das greift auch für mich zu kurz zu sagen: Ja, die Jungen kriegen wir nicht, weil die sind im Internet und damit sind wir immer fertig mit der Diskussion. Das ist mir zu billig."[184]
Ein interessanter Ansatz betrifft die Art wie Fernsehen gestaltet wird. „Ich glaube, dass wir uns als Sendungsmacher auch einmal überlegen sollten, ob die Strukturen, wie wir Sendungen fahren und die fahren wir so seid ich in den ORF eingetreten bin, ich bin 1974 in das Haus gekommen,[…]."[185] Diese Wortmeldung zielt darauf ab, dass Sendungen vor allem im Informationsbereich immer aus den gleichen Bausteinen bestehen. Es gibt Moderation, Beitrag, Block und Interview.[186] Aus diesen Bausteinen besteht eine Informationssendung und bei einer 30 Minuten dauernden Sendung ist der übliche Aufbau dieser Bausteine: „Du machst eine Mod und machst eine Geschichte, du machst eine Mod, du machst eine Geschichte, du machst einen Block, du machst eine Mod, du machst eine Geschichte und die halbe Stunde ist um. Das kann ich so auswendig dieses Strickmuster. Und dieses Strickmuster hat sich im Prinzip nicht verändert."[187] Der Einwand von Fred Turnheim ist, dieses Muster aufzubrechen und ganz neue Wege zu gehen.

„Da glaube ich, dass die Neuen Medien einen Druck erzeugen und das Rezeptionsverhalten der User jetzt anders geworden ist, eben durch Schnelllebigkeit, schneller Sein und so weiter, dass man sich als Sendungsmacher überlegen müsste, auch hier neue Strukturen zu versuchen oder auszuprobieren oder sich zu überlegen. Ich glaube, dass ein Teil daran liegt,

[184] Stoppacher. Kategorie 6, Tabellenspalte 11
[185] Turnheim, Kategorie 6, Tabellenspalte 12
[186] Nähere Beschreibung der Darstellungsformen siehe Kap II, 3. Journalistische Darstellungsformen im Informationsbereich des ORF Fernsehen
[187] Turnheim, Kategorie 6, Tabellenspalte 12

warum‘s dem Report und alles Sendungen nicht gut geht, weil alle gleich gestrickt sind. Wenn du [gemeint Dr. Stoppacher] heute zum Report versetzt wirst, kannst den Report genauso machen und so.“ An dieser Stelle wäre hinzuzufügen, dass sich nicht nur die Geschwindigkeit der Informationsbeschaffung geändert hat, sondern auch die Möglichkeit der Interaktion wesentlicher geoworden ist. Eines der wichtigsten Merkmale des Web 2.0 ist das aktive Publikum und das Verschwinden der Grenzen von Kommunikator und Rezipient. Wenn man eine Neuschöpfung der Methoden Fernsehen zu gestalten, anstrebt, müsste man besonders daran denken eine Einbahnkommunikation zu vermeiden. Und es wird nicht rechen einen Moderatorenblog einzuführen oder die Möglichkeiten eines Social-Network-Blogging-Dienstes wie beispielsweise Twitter, in Anspruch zu nehmen.

Das Strickmuster für Informationssendungen hat sich seit es den ORF gibt nicht verändert.

Ein anderer Entwicklungsschritt der Fernsehgeschichte betrifft die Auswahlmöglichkeit. Spartenkanäle sind die logische Weiterentwicklung der Öffnung der Fernsehfrequenzen für Privatsender. Hier können Zielgruppen und damit Werbekunden gezielter angesprochen werden. Das Angebot eines Vollprogrammes, von Information über Unterhaltung bis hin zum kulturellen Auftrag ist eine anspruchsvolle Sache, die zumeist den öffentlich-rechtlichen Sendern überlassen bleibt.
„Das wäre auch eine Idee, dass man aus TW1 einen Infokanal macht und dort die Parlamentssitzungen permanent übertragt, dass man auch die Ausschüsse übertragt. So eine Art Phönix.“[188] Mag es auch Überlegungen innerhalb des ORF geben, ist doch sicher, dass jede Hauptabteilung gerne einen eigenen Spartenkanal füllen würde, zur Zeit darf das hauptsächlich der Sport. Eine Umstellung des Senders TW1 auf einen hochwertigen Informationskanal ist in Zeiten des Sparens nicht möglich.

Ein eigener Spartenkanal für Information ist zwar wünschenswert, aber momentan nicht finanzierbar.

[188] Hakel, Kat.6, Tabellenspalte 4

Ein weiterer Kritikpunkt am ORF kommt aus der Parlamentsredaktion selbst. Hier wird ein neuer Sendeplatz gewünscht, aber nicht erlaubt. „Wir sind natürlich gerade als Parlamentsredaktion interessiert an einem guten Sendeplatz, weil wir ja viele Seher ansprechen wollen. […] unser Wunsch ist, das kann man ja in dem Kreise sagen, eine Sendung am Freitag im zweiten oder dritten Hauptabend. […] Aus unserer Sicht wäre da ein optimaler Zeitpunkt. Da könnten wir auch live senden, weil was vielleicht nicht alle wissen, wir zeichnen ja am Samstag zu Mittag auf, das ist aus rein technischen und organisatorischen Gründen notwendig. Das wäre dann natürlich auch besser. Das ist bei unseren Chefs auch eingespeichert, das wir das wollen, Aber wie da die ORF Geschäftsführung entscheidet ist eine andere Sache. […]“[189] Momentan läuft zu dem gewünschten Sendeplatz die Reihe euro.film. In diesem Rahmen werden europäische Filmproduktionen gezeigt. Im Hauptabendprogramm werden am Freitag deutsche Krimiserien ausgestrahlt, wie beispielsweise „Der Alte“ oder „Ein Fall für Zwei“.

Ein besserer Sendeplatz für die Parlamentsberichterstattung wird nicht umgesetzt.

Nur einer der, von Seiten der Politiker der Diskussionsgruppe, eingebrachter Kritikpunkt betrifft die journalistische Arbeit selbst. „Es ist klar, dass das Fernsehen etwas bringen muss, was einen gewissen Newscharakter hat und das wird ja auch gewusst. [...] Aber ich finde es immer wieder lustig, wenn der Nationalrat eins zu eins umsetzt, was Regierungsvorlage ist, weil es ja das erste Mal in die Öffentlichkeit kommt, wenn sich die Regierungspartner einigen. Da ist die „Zeit im Bild 1“ durchaus schon bereit, von einer Einigung zu reden und für die Leute gilt das dann bereits schon bevor die parlamentarische Debatte überhaupt in den Ausschüssen des Nationalrats begonnen hat.“[190] Der Succus dieser Aussage ist: Die Journalisten sind zu schnell. Für die Abgeordneten gilt eine koalitionäre Einigung noch lange nicht als Gesetzesbeschluss. Und grundsätzlich ist das auch korrekt, aber Journalisten und Medienmacher der letzten zwei Jahrzehnte haben Zeiteffizienz gelernt oder sogar zu ihrem obersten Dogma erhoben.

[189] Stoppacher. Kategorie 6, Tabellenspalte 3
[190] Himmer. Kategorie 6, Tabellenspalte 13

Wenn also eine bestimmte Problematik von zwei Koalitionspartnern besprochen wird und sie danach eine Einigung verkünden, dann ist es höchst unwahrscheinlich, dass diese Einigung nicht umgesetzt wird – Detailfragen ausgenommen. Wenn die Öffentlichkeit auf eine Antwort wartet, beispielsweise auf die Frage, wie die Regierung der Finanzkrise entgegenwirken wird, dann wird bei der ersten offiziellen Pressekonferenz eine Heerschar an Journalisten auf die Lösungsansätze warten. Wenn die Koalitionspartner dort die Möglichkeit einer Kurzarbeit als Lösungsansatz präsentieren, dann werden die Schlagzeilen nicht zögerlich sein.[191] Besonders elektronische Medien suchen vor allem Antworten auf die brisanten Fragen, die politisch im Raum stehen und so macht es wenig Sinn etwaige Antworten zurückzuhalten bis der Amtsschimmel des österreichischen Parlaments zum Ende getrabt ist. Da kommt auch das Konkurrenzdenken heraus – wer's zuerst hat, hat gewonnen, wer's nicht hat, hat gepfuscht.

Der ORF berichtet schneller als die Politik arbeiten kann.

[191] Beispielsweise „Kurzarbeit mit Jobgarantie" aus http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/wirtschaft/kurzarbeit/index.d vom 26.02.2009.

1.5.2.7 Kategorie 7 – Magazinsendung „Hohes Haus“ historisch

Kategorie	Textstelle (timecode Ende)	Bezug zu Kategorie
Magazinsendung "Hohes Haus" historisch		
1	Stoppacher: Ich bin mir nicht sicher, ob wir wirklich immer alles geschafft haben. Wir sind ein work in progress. Wir versuchen es zu schaffen. Wir sind sicher nicht die perfekte Sendung, das wäre ja absurd, das zu behaupten. Aber dahinter steht das wirklich ehrliche und intensive Bemühen, dass wir Parlamentarismus den Menschen schmackhaft machen. Vor allem versuche wir es über die Art zusagen: Das was da passiert, betrifft dich persönlich. Und jetzt versuchen wir ganz stark die Menschen darauf zu stoßen. Nicht dass man sagt, zweites Abgabenänderungsgesetzt irgendwas, sondern konkret die Sendung übermorgen, das zweite Konjunkturpaket am Dienstag beschlossen, was hat das für Auswirkungen? Was ist mit dem kleinen Grazer Zulieferer, was hilft das dem kleinen Schuster, dem kleinen Weinhändler [...] bringt dem das auch was? Bringt dir das was? Möglichst Menschennah, dass die Leute wissen, das hat genau mit mir zu tun. Das ist so ein Aspekt unserer Tätigkeit. Den Menschen Parlamentarismus näher zu bringen, nicht nur über sprechende Köpfe - talking heads, sondern über die Menschen, weil es geht um die Menschen. Dann Politik wird ja für Menschen gemacht, was dem Parlament oft auch in der Aufbereitung nicht gelingt, das ist ja oft sehr abstrakt. Wir versuchen es herunter zu brechen auf das, was die Leute betrifft. (01:21:50)	Heute: Vermittlung über den Rezipienten - Welche Bedeutung haben parlamentarische Entscheidungen für den Einzelnen.
2	Stoppacher: Ich würde davor warnen, dass man sagt, ich mach jetzt ein Programm für Alte und woanders mach ich ein Programm für Junge. Weil das funktioniert nicht. Das sieht man ja jetzt, in der ZiB 24 soll man jung sein, da erzähle ich alles übers Internet, Erfindungen und neue Handys und in der ZiB 1 erzähle ich über das fade Konjunkturpaket. Das funktioniert nicht. Das betrifft ja alle auch ein Pensionsgesetzt betrifft den Jungen ja genauso, sogar noch mehr, als den der schon in Pension ist. (01:23:50)	Heute: Keine Gestalterische Beschränkung auf eine spezielle Ziel-, Altersgruppe.
3	Schennach: Es ist wichtig ein Thema in anderen pädagogischen und visuellen Formen aufzulösen. Das ist wichtig. Es werden im Duzendtakt Gesetze beschlossen, die wir [gemeint die Parlamentarier] zur Not schwer verstehen manchmal. Oder was ist der Kern, der Succus eines Gesetzes, warum ist überhaupt eine Regulierung nötig, warum gibt es ständig einen Regelungsbedarf und sind wir nicht schon eine überregulierte Gesellschaft. [...] Sowas überhaupt darzustellen, da hat man eine pädagogische, öffentlich rechtlich bildende Aufgabe. Das ist irgendwie das Neue gewesen. Das kann eine Zeit im Bild nicht bieten. [...] Das Hohe Haus hat die Materie zum Thema gehabt. (01:37:10)	Das Neue am Hohen Haus war das Pädagogische

4	Turnheim: Die Geschichten im Hohen Haus waren immer in sich geschlossen und dahinter war die Debatte angehängt. Die Geschichten waren aufgemotzt mit, ja, originellen, dramaturgischen Kniffen, [...] es war nicht immer alles gelungen. [...] Das Neue war halt, dass eine Geschichte aufs niedrigste, also einfachste - positiv besetzt runter gebrochen wurde und danach, damit die Parlamentarier eine Ruh gegeben haben, wurde von jedem Parlamentarier mindestens ein Sager gespielt. (01:38:50)	Debatten wurden gezeigt, wegen der Vollständigkeit, Beiträge davon unabhängig.
5	Stoppacher: Es gibt einen natürlichen Interessensgegenatz zwischen journalistischer Berichterstattung über das Parlament und Parlamentarier. Parlamentarier wollen grundsätzlich, denen ist relativ wurscht, ob wir besonders originell oder pointiert das darstellen, sondern da geht‘s eher darum, dass sie sich auch sehen sprechen, das heißt vorkommen. Und wenn ich Anrufe kriege, am Sonntagnachmittag oder oft Montagfrüh, dann sagen die nie mit der Darstellung des Insolvenzsicherungsgesetzes habt ihr einen Fehler gemacht, sondern nur warum sind in dieser Geschichte die drei Parteien vorgekommen und die anderen zwei nicht. Es geht nur um das Vorkommen und da ist ein natürlicher Interessensgegensatz. [...] Und die große Leistung des Hohen Hauses war es, [...] dass sich die Verantwortlichen damals nicht als Parlamentssendung verstanden haben, wo man den Eindruck gehabt hat, da machen wir ein Service fürs Parlament, dass die da breiter vorkommen, weil in der ZiB werden sie zusammengeschnitten. [...] Diesem Versuch es sich einfach zu machen ist die Redaktion schon damals nicht erlegen, weil sie wirklich Storys machen wollten und informieren wollten. Und nicht einfach Wiedergabe von Gesagtem. Und das machen wir auch, Stichwort alles neu erfinden: Wir versuchen das auch, aber nicht indem man an einem Tag einen Schalter umlegt und am dann ist alles anders, sondern wir versuchen das in Form von Klausuren. Jeden Herbst besprechen wir, wie gestalten wir eine Sendung grundsätzlich dramaturgisch und so weiter. Darum glaube ich, wenn man sich die Sendungen der letzten Jahre anschaut, [...] hat sich die Sendung auch in den letzten fünfeinhalb Jahren, wo ich jetzt da bin, einfach auch gewandelt. [...] wir machen schrittwiese Veränderungen, weil sich ja auch der Parlamentarismus verändert und sich die Menschen verändern. Da können wir nicht die selbe Parlamentsberichterstattung machen wie vor 20 Jahren. (01:41:10)	Keine Parlaments-servicesendung, sondern eigenständige Geschichten. Langsam wandeln.
6	Himmer: Mein Befund ist der, dass ich finde, das Hohe Haus ist eine sehr gut gemachte Sendung ist, Punkt. [...] Wenn man sich jetzt die Alterspyramide anschaut, im Konsumentenverhalten gibt es siebzehntausend Stellparameter. [...] dass die Leute die älter werden, unmobiler sind und sich die Zeit im Bild anschauen und auch am Sonntag Vormittag fernsehen ist auch logisch. Es wird Jugendliche geben, die nie am Sonntag Vormittag fernsehen, das würde ich auch bei meinen eigenen Kindern nicht forcieren, so sehr ich auch versuche Bildungsbürger aus ihnen zu machen. [...] Daher glaube ich, man kann immer darüber diskutieren, wie man den Content der Sendung verändert, aber ich glaube nicht,	Nicht den Inhalt verändern, sondern die Rezeptions-möglichkeiten verbessern!

	dass das die Kernthematik ist, [...] die andere Sache ist, wie öffnet man es für zusätzliche Medien? [...] Man schickt sich Streams zu und jeder schaut sich‘s an. Man muss den Leuten, glaube ich ein Angebot setzen von Zeiten und Formaten. Man sollte sich auf ORF.ON Teile nochmal runterziehen können. [...] Ihr könnt die dynamischste Sendung am Sonntagvormittag machen, da werden die Jugendlichen trotzdem hoffentlich etwas Besseres zu tun haben. (01:46:15)	
7	Stoppacher: Wir haben keine Quotenvorgabe, aber wir wollen trotzdem nicht fad sein. (01:56:30)	Es gibt keine Quotenvorgabe
8	Baminger: Das Hohe Haus ist heute ein beinhart journalistisches Magazin, dass es auch immer wieder schafft aufgrund des Newswertes in die ZiB aufzurücken - mit Teilen davon, es gibt exklusive Geschichten, exklusive Interviews etc. Das ist gut, schön und richtig so. Aber da hat schon ein Kulturwandel stattgefunden, den der Thomas Ortner, den ich als Freund und ehemaligen Kollegen und auch Vorgesetzten sehr schätze, unterstützt hat und bewirken hat müssen. Warum? Das Hohe Haus, wie der Fred Turnheim und ich es kannten und auch verlassen haben, [...] das hatte damals den Ruft die Realsatire zu pflegen. [...] Das war auch redaktioneller Wunsch das so zu machen. Wir haben zu einer Zeit als das Parlament aus SPÖ, ÖVP und FPÖ bestand waren wir so zu sagen die einzige außerparlamentarische kritische Opposition, die sich direkt mit den Parteien auseinandergesetzt hat. Und dann sind die Grünen gekommen. [...] damit hat die Realsatire im Magazin wahrscheinlich ein wenig ihren Stellenwert verloren. Warum? Wir hatten auf einmal mit Peter Pilz und Geier und Fuchs und wie sie alle geheißen haben, hatten wir auf einmal Konkurrenten, nämlich die direkt in der Bühne waren. [...] Die haben diese Bühne natürlich umfunktioniert und dadurch war es schwierig auf diesem Klavier weiter zu spielen. Warum? Weil unsere Art der Gestaltung und Berichterstattung auf einmal ins grüne Eck gerückt worden ist. Wir waren keine Grünen, sag ich einmal so ohne in die Kollegen hineinschauen zu können, aber aufgrund der Gestaltung sind wir ins Grüne Eck gerückt worden. Also die Adaption der Sendung hin zu: Lasst‘s die Opposition der Opposition, ja, war wahrscheinlich der richtige Weg. Aber als Gestalter tut‘s mir heute nach wie vor leid, weil die Regierungsparteien mir jede Menge Stoff geben um wunderbare Beiträge [...] zu machen, aber die [gemeint: Beiträge via Realsatire] haben jetzt in der Sendung keinen Platz mehr. (01:33:40)	Zur Gründung hat sich das Hohe Haus als Opposition verstanden, seit den Grünen, ist das nicht mehr möglich. Daher der heutige (seriöse und harte) Zugang.

Diskussion Kategorie 7

In dieser Kategorie wird das Wissen der Diskussionsteilnehmer als Zeitzeugen der Entwicklung der Sendung „Hohes Haus“ zusammengefasst und der Bogen zum Heute gespannt.

Die Wurzel, warum das „Hohe Haus“ seit nun bald 30 Jahren im ORF Programm vorkommt und als eigenständige Sendung, unabhängig von der „Zeit im Bild“ oder dem „Report“ recht gut stehen kann, ist, dass schon gewissermaßen der Gründervater der Sendung, Helmut Pfitzner, darauf geachtet hat, die meist trockenen Inhalte zeitgemäß umzusetzen. „Es ist wichtig ein Thema in anderen pädagogischen und visuellen Formen aufzulösen. Es werden im Duzendtakt Gesetze beschlossen, die wir [gemeint die Parlamentarier][192] zur Not schwer verstehen manchmal. Oder was ist der Kern, der Succus eines Gesetzes, warum ist überhaupt eine Regulierung nötig, warum gibt es ständig einen Regelungsbedarf und sind wir nicht schon eine überregulierte Gesellschaft. [...] Sowas überhaupt darzustellen, da hat man eine pädagogische, öffentlich rechtlich bildende Aufgabe. Das ist irgendwie das Neue gewesen. Das kann eine Zeit im Bild nicht bieten. [...] Das Hohe Haus hat die Materie zum Thema gehabt.“[193] Diese inhaltliche Materie konnte, durch die Gestaltung von Beiträgen, wie sie so vorher noch nicht selbstverständlich waren, pädagogisch wertvoll und gestalterisch unbescheidenen, verpackt werden.

Im „Hohen Haus“ der 80er Jahre wurde erstmals eine pädagogisch sinnvolle Beitragsgestaltung entwickelt.

„Die Geschichten im Hohen Haus waren immer in sich geschlossen und dahinter war die Debatte angehängt. Die Geschichten waren aufgemotzt mit, ja, originellen, dramaturgischen Kniffen, [...] es war nicht immer alles gelungen. [...] Das Neue war halt, dass eine Geschichte aufs […] einfachste […] runter gebrochen wurde und danach, damit die Parlamentarier eine Ruh gegeben haben, wurde von jedem

[192] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[193] Schennach, Kat.7, Tabellenspalte 3

Parlamentarier mindestens ein Sager gespielt."[194] Durch die Umsetzung dieser Arbeitsweise vollzieht sich der Wandel von einer Art Hofberichterstattung hin zur unabhängigen Berichterstattung. „Die große Leistung des Hohen Hauses war es, [...] dass sich die Verantwortlichen damals nicht als Parlamentssendung verstanden haben, wo man den Eindruck gehabt hat, da machen wir ein Service fürs Parlament, dass die [gemeint die Parlamentarier][195] da breiter vorkommen, weil in der ZiB werden sie zusammengeschnitten. [...] Diesem Versuch, es sich einfach zu machen, ist die Redaktion schon damals nicht erlegen, weil sie wirklich Storys machen wollten und informieren wollten. Und nicht einfach Wiedergabe von Gesagtem."[196]

Die voll redaktionell gestaltete Berichterstattung hat sich mit der Ära Pfitzner vollzogen.

Aber damit nicht genug, die Magazinsendung war Mitte der 80er Jahre für ihren stets originellen Zugang zu Themen bekannt und geschätzt. „Das Hohe Haus, wie der Fred Turnheim und ich es kannten und auch verlassen haben, [...] das hatte damals den Ruft die Realsatire zu pflegen. [...] Das war auch redaktioneller Wunsch das so zu machen. Wir haben zu einer Zeit als das Parlament aus SPÖ, ÖVP und FPÖ bestand waren wir so zu sagen die einzige außerparlamentarische kritische Opposition, die sich direkt mit den Parteien auseinandergesetzt hat. Und dann sind die Grünen gekommen. [...] damit hat die Realsatire im Magazin wahrscheinlich ein wenig ihren Stellenwert verloren. Warum? Wir hatten auf einmal mit Peter Pilz und Geier und Fuchs und wie sie alle geheißen haben, hatten wir auf einmal Konkurrenten, nämlich die direkt in der Bühne waren. [...] Die haben diese Bühne natürlich umfunktioniert und dadurch war es schwierig auf diesem Klavier weiter zu spielen."[197] Das Aufkommen der Grünen hatte zwei Effekte auf das „Hohe Haus" zum einen wurde die satirische, gestalterisch originelle Art Beiträge zu gestalten entkräftet und ein wenig ab absurdum geführt, weil die Satire nun teilweise im Plenum schon vorhanden war und zum anderen wurde die Art der Berichterstattung als solches als Linksliberal verstanden,

[194] Turnheim, Kat.7, Tabellenspalte 4
[195] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[196] Stoppacher, Kat.7, Tabellenspalte 5
[197] Baminger, Kat.7, Tabellenspalte 8

besonders von Seiten der FPÖ. „Unsere Art der Gestaltung und Berichterstattung ist auf einmal ins grüne Eck gerückt worden. Wir waren keine Grünen, sag ich einmal so, ohne in die Kollegen hineinschauen zu können, aber aufgrund der Gestaltung sind wir ins Grüne Eck gerückt worden. Also die Adaption der Sendung hin zu: Lasst‘s die Opposition der Opposition, war wahrscheinlich der richtige Weg. Aber als Gestalter tut‘s mir heute nach wie vor leid, weil die Regierungsparteien mir jede Menge Stoff geben, um wunderbare Beiträge [...] zu machen, aber die [gemeint: Beiträge via Realsatire] haben jetzt in der Sendung keinen Platz mehr.“[198]

Der stark satirische Zugang zur Thematik Parlament hat sich mit dem Einzug der Grünen verbraucht.

Anfang der 90er Jahre übernimmt Thomas Ortner die Leitung der Parlamentsredaktion und führt die Sendung auf seriösere Wege. Beiträge wie „Das Bonzenschwimmbad“[199] waren nun undenkbar und eine härtere journalistische Geisteshaltung wurde etabliert. „Aber da hat schon ein Kulturwandel stattgefunden, den der Thomas Ortner, den ich als Freund und ehemaligen Kollegen und auch Vorgesetzten sehr schätze, unterstützt hat und bewirken hat müssen.“[200] „Das Hohe Haus ist heute ein beinhart journalistisches Magazin, dass es auch immer wieder schafft aufgrund des Newswertes in die ZiB aufzurücken - mit Teilen davon, es gibt exklusive Geschichten, exklusive Interviews etc. Das ist gut, schön und richtig so.“[201]

Seit den frühen 90er Jahren wurde das „Hohe Haus“ als primär journalistisches Magazin etabliert.

[198] Baminger, Kat.7, Tabellenspalte 8

[199] Mittels technischer Tricks wurde in die Säulenhalle des Parlaments visuell ein Schwimmbad vorgegaukelt, woraufhin am nächsten Tag Menschen mit Badetüchern vor dem Parlament warteten, um baden zu gehen. Nähere Beschreibung siehe Kategorie 8

[200] Baminger, Kat.7, Tabellenspalte 8

[201] Baminger, Kat.7, Tabellenspalte 8

Heute versucht die Redaktion des „Hohen Hauses“ vor allem den Seher ins Zentrum zu rücken. Ein journalistischer Zugang ist heute selbstverständlich und eine gewisse originelle Zugangsweise ebenso. „Darum glaube ich, wenn man sich die Sendungen der letzten Jahre anschaut, [...] hat sich die Sendung auch in den letzten fünfeinhalb Jahren, wo ich jetzt da bin, einfach auch gewandelt. [...] wir machen schrittwiese Veränderungen, weil sich ja auch der Parlamentarismus verändert und sich die Menschen verändern. Da können wir nicht dieselbe Parlamentsberichterstattung machen wie vor 20 Jahren.“[202] „Dahinter steht das wirklich ehrliche und intensive Bemühen, dass wir Parlamentarismus den Menschen schmackhaft machen. Vor allem versuche wir es über die Art zu sagen: Das was da passiert, betrifft dich persönlich. Und jetzt versuchen wir ganz stark die Menschen darauf zu stoßen. […], dass die Leute wissen, das hat genau mit mir zu tun. Das ist so ein Aspekt unserer Tätigkeit. Den Menschen Parlamentarismus näher zu bringen, nicht nur über sprechende Köpfe - talking heads, sondern über die Menschen, weil es geht um die Menschen.“[203]

Der heutige Succus der Beitragsgestaltung ist die Frage: Welche Bedeutung haben parlamentarische Entscheidungen für den Einzelnen?

Gestalterisch wird heute versucht grundsätzlich einen interessanten und ansprechenden Zugang zu finden. „Ich würde davor warnen, dass man sagt, ich mach jetzt ein Programm für Alte und woanders mach ich ein Programm für Junge. Weil das funktioniert nicht. […] Das betrifft ja alle, auch ein Pensionsgesetzt betrifft den Jungen ja genauso, sogar noch mehr, als den der schon in Pension ist.“[204] Das bedeutet, die Sendung versucht nicht bewusst das Stammseherpublikum zu bedienen, das hauptsächlich in der Altersgruppe 60+ zu finden ist.[205]

Wie in Kategorie 6 ausführlich erläutert ist die Altersstruktur der ORF Seher ein grundsätzliches Problem mit unterschiedlichen Ursachen. Das „Hohe Haus“ liegt

[202] Stoppacher, Kat.7, Tabellenspalte 5
[203] Stoppacher, Kat.7, Tabellenspalte 1
[204] Stoppacher, Kat.7, Tabellenspalte 2
[205] Vgl. Saekert, Sven „Analyse der EU-Fernseh-Berichterstattung am Beispiel ORF“, Darmstadt 2008, S. 46

mit einem Marktanteil zwischen 10% und 15% gut im Sonntag-Vormittäglichen Schnitt. „Wir haben keine Quotenvorgabe, aber wir wollen trotzdem nicht fad sein.“[206] „Es wird Jugendliche geben, die nie am Sonntag Vormittag fernsehen, das würde ich auch bei meinen eigenen Kindern nicht forcieren, so sehr ich auch versuche Bildungsbürger aus ihnen zu machen. [...] Daher glaube ich, man kann immer darüber diskutieren, wie man den Content der Sendung verändert, aber ich glaube nicht, dass das die Kernthematik ist […] Ihr könnt die dynamischste Sendung am Sonntagvormittag machen, da werden die Jugendlichen trotzdem hoffentlich etwas Besseres zu tun haben.“[207]

Trotz überalterten Seherpublikums versucht man altersunabhängig gute Berichte zu gestalten.

1.5.2.8 Kategorie 8 – Magazinsendung „Hohes Haus“ kritisch

Kategorie	Textstelle (timecode Ende)	Bezug zu Kategorie
Magazinsendung "Hohes Haus" kritisch		
1	Tasser: Es ist die Frage, ob der Sendetermin um 12 Uhr zu Mittag den Lebensgewohnheiten vieler Menschen entgegen kommt. (01:27:50)	Unvorteilhafte Sendezeit.
2	Stoppacher: Man ist ja gezwungen originelle Zugänge und Aufbereitungen zu finden. Weil, sagen wir es offen, es gibt ja nichts Langweiligeres als Parlamentarier ab zu filmen. Man muss aber die Inhalte und das was sie sagen transportieren, und da brauchst du ein Mittel. [...] das hat auch der Präsident des Europäischen Parlaments bei einer EBU Tagung gesagt. Darum wiederhole ich das gerne. Journalistisch ist das total unspannend, das Bild: ich zeige das Parlament her. Es gibt fast nichts Langweiligeres auf der ganzen Welt. Am Anfang war das dann halt originell, wenn man die Figuren filmt, die einmal bös schauen und dann wieder lieb schauen und da kann man sich spielen, aber irgendwann hat sich das auch erschöpft. Ihr habt es damals versucht mit dem Mistkübel, wo das Budget raus rinnt, oder mit dem Watschenmann. Wir versuchen das heute auch, aber manchmal sagen wir dann, boh, der Report ist auch ganz schön originell oder sogar die ZiB2 versucht da manchmal originelle Zugänge zu finden (01:34:40)	Das Originelle erschöpft sich

[206] Stoppacher, Kat.7, Tabellenspalte 7
[207] Himmer, Kat.7, Tabellenspalte 6

3	Turnheim: Wenn ich an deiner [gemeint Stoppacher] Stelle wäre, was ich nicht bin und mir steht auch nicht zu für dich nachzudenken, was ich machen würde ist, zu versuchen die Sendung auf eine andere dramaturgische Ebene zu heben. Das was man dem Helmut Pfitzner, bei dem ich unendlich viel gelernt hab, vermutlich das Meiste in meinem Leben gelernt hab, war, dass er bereit war zu sagen, ich mach ein völlig neues Fernsehen. [...] Dieses völlig neue Fernsehen [gemeint: neue Fernsehdramaturgie], diese völlig neue Vermittlung auch von Inhalten, das würde glaube ich auch einem Hohen Haus nach so vielen Jahren ganz gut stehen. [...] (01:34:00)	Neue Dramaturgien ausprobieren!
4	Schennach: Mancher Scherz hat zu verheerenden Folgen geführt, ich sag nur das Schwimmbad in der Säulenhalle. [...] Damals mussten wir widerrufen, widerrufen, widerrufen. Die Menschen standen vor dem Parlament um das neue Bonzenschwimmbad zu sehen und so weiter. (01:38:15)	Scherze hatten Folgen
5	Stoppacher: Wir haben bei der letzten Klausur gesagt, wir sind sowohl in der Sprache als auch in der Darstellung noch immer viel zu kompliziert. Wir sagen oft die Präsidiale hat das gesagt und wir kommen drauf, kein Mensch weiß was die Präsidiale ist. Wir wollen nicht Schulfernsehen machen, sondern anlassbezogen informieren. Nächsten Sonntag ist in der Sendung, da war der Streit über den dritten Präsidenten, jetzt könnten wir die Debatte nochmal fahren, was wir auszugsweise auch tun werden, aber viel spannender ist, wieso ist der Typ, das Amt des dritten Präsidenten so wichtig, dass die ganze Republik 63 Jahre nach dem Krieg noch über den Nationalsozialismus reden muss? Und jetzt machen wir eine Geschichte, die erklärt, was ist der, was darf der, was kann der, etc. (01:42:30)	In Zukunft noch besser erklären, ohne Schulfernsehen
6	Hakel: Ich hab dann immer nur gehört, wir sind keine Veranstaltungsberichterstattung. (01:50:00)	Forderung mehr Aktionen, die das Parlament setzt zu zeigen.

7	Baminger: Um den Unterschied zu früher zu verdeutlichen, [...] eine solche Wortmeldung [gemeint: Himmer findet Sendung Hohes Haus gut] hätten wir die gehört, hätte in der Parlamentsredaktion des Helmut Pfitzner zu einer Krisensitzung geführt. [...] Da ist ein Fehler passiert, hätten wir nachher diskutiert, was machen wir falsch? Wieso ist der zufrieden mit uns, müssen wir dem nicht ununterbrochen auf die Zehen steigen? Das darf doch nicht sein, dass der uns super findet. Sowas war dann in der Redaktion zumeist ein Kampf, wo der Helmut Pfitzner als Redaktionsleiter immer die versöhnliche Politik gegenüber dem Nationalrat und auch gegenüber der Geschäftsführung ausfechten musste. ich war froh, dass ich da nie davon betroffen war. [...] Bei der 250ten Sendung hat uns der Nationalratspräsident Leopold Gratz eingeladen und hat uns dort eine Torte überreicht und es war uns peinlich! Er hat eine Lobrede auf uns gehalten und es war uns ganz entsetzlich peinlich. Dann haben wir, weil der Helmut es so wollte einen ganz kurzen Beitrag gebracht, tausendmal geschnitten, furchtbar. Heute geht‘s um was ganz anderes, das ist ein anderes Selbstverständnis. Natürlich ist das Hohe Haus kritisch, [...] das ist die journalistische Aufgabe, aber mit anderen Mitteln, mit traditionellen Mitteln. (01:49:50)	Wollten damals nicht von den Politikern akzeptiert werden, wollten kritisch sein mit unkonventionellen Mitteln.
8	Stoppacher: Das ist auch Haus-intern lange von uns verlangt worden, dass wir über die ganzen Veranstaltungen im Parlament berichten, da geschieht ja sehr viel, Buchpräsentationen und Diskussionen und Vernissagen, aber da muss man schon ehrlich sagen, so eine Sendung schaut grauslich aus. (01:50:40)	Keine Veranstalungs-berichterstattung
9	Schennach: Was wir merken, ist, dass euer Zugang zur zweiten Kammer ein spezifischer ist. [...] Es gibt sehr wohl Dabatten, die es nicht im Nationalrat gibt. [...] Es sind durchaus interessante Debatten, die sich vom Nationalratsplenum unterscheiden. Was der Nationalrat nicht ins Plenum bringt, muss im Bundesrat abgewickelt werden. Genau zu diesen Debatten gibt es eigentlich kein Hohes Haus. [...] Oft passiert es dass bei den Fragestunden bei uns die Minister in einer anderen Weise, auch wegen der kleinen räumlichen Ebene, zu wesentlich mehr Ankündigungen - was Grasser zum Beispiel bei uns über seine Homepage in der Fragestunde gesagt hat, das hat alles übertrumpft was er jemals gesagt hat. Also dieses Gremium verleitet zu einer offeneren Sprache. Das sind Dinge, die ihr nicht seht. (01:53:40)	Mehr Fokus auf den Bundesrat

Diskussion Kategorie 8

Hier werden die Kritikpunkte an der Sendung Hohes Haus zusammengefasst. Der größte Teil der Kritik besteht aus Verbesserungsvorschlägen zur aktuellen Sendungsart des Hohen Hauses, ein kleinerer Teil beleuchtet die Historie der Sendung kritisch.

Aus der Parlamentsredaktion selbst kommt, wie schon erwähnt die Forderung nach einem besseren Sendeplatz. „Es ist die Frage, ob der Sendetermin um 12 Uhr zu Mittag den Lebensgewohnheiten vieler Menschen entgegen kommt.“[208] Auffallend ist, dass die beiden Vertreter der Parlamentsredaktion im Rahmen dieser Diskussion keinerlei Forderungen nach einem professionellen Onlineportal oder Ähnlichem ausgesprochen haben.

Das Hohe Haus hat einen unvorteilhaften Sendeplatz.

Die Selbstkritik der Parlamentsredaktion ist unter anderem durch einmal im Jahr stattfindende Klausuren organisiert. Hier wird Redaktionsintern Bilanz gezogen. „Wir haben bei der letzten Klausur gesagt, wir sind sowohl in der Sprache als auch in der Darstellung noch immer viel zu kompliziert. Wir sagen oft „die Präsidiale hat das gesagt“ und wir kommen drauf, kein Mensch weiß was die Präsidiale ist. Wir wollen nicht Schulfernsehen machen, sondern anlassbezogen informieren.“[209] Ein Hauptkritikpunkt ist also der Aufruf zur Disziplinertheit wenn es um die Vermittlung der parlamentarischen Arbeit geht. Je tiefer die Redakteure in die Materie Gesetzgebung eintauchen, desto schwerer ist es diese für jedermann verständlich zu transportieren.

Redaktionsinterner Aufruf Fachsimpelein zu vermeiden, um für jedermann verständlich zu sein.

Im Rahmen dieser Klausuren ist die Redaktion auch bemüht gestalterisch möglichst originell zu bleiben, aber im alltäglichen Beitragsgestalten erweist sich das als durchaus herausfordernd. „Man ist ja gezwungen originelle Zugänge und Aufbereitungen zu finden. Weil, sagen wir es offen, es gibt ja nichts Langweiligeres als Parlamentarier ab zu filmen. Man muss aber die Inhalte und das was sie sagen transportieren, […] Journalistisch ist das total unspannend, das Bild: Ich zeige das Parlament her. Es gibt fast nichts Langweiligeres auf der ganzen Welt. Am Anfang war das dann halt originell, wenn man die Figuren filmt,

[208] Tasser, Kat.8, Tabellenspalte 1
[209] Stoppacher, Kat.8, Tabellenspalte 5

die einmal bös schauen und dann wieder lieb schauen und da kann man sich spielen, aber irgendwann hat sich das auch erschöpft. Ihr [gemeint: Baminger und Turnheim als Vertreter der 80er Jahre Redaktion][210] habt es damals versucht mit dem Mistkübel, wo das Budget raus rinnt, oder mit dem Watschenmann. Wir versuchen das heute auch, aber manchmal sagen wir dann, boah, der Report ist auch ganz schön originell oder sogar die ZiB2 versucht da manchmal originelle Zugänge zu finden.“[211]

Das Originelle erschöpft sich, dadurch erschwert sich die Arbeit der Redakteure.

Von Seite des Parlaments wird stets gefordert die Gesamtheit der Aktivitäten des Parlaments zu beleuchten. Das betrifft zum einen die zahlreichen Veranstaltungen, die im Haus stattfinden „Ich hab dann immer nur gehört, wir sind keine Veranstaltungsberichterstattung“[212] und zum anderen auch die Berichterstattung über die zweite Kammer „Es gibt […] durchaus interessante Debatten, die sich vom Nationalratsplenum unterscheiden. Was der Nationalrat nicht ins Plenum bringt, muss im Bundesrat abgewickelt werden. Genau zu diesen Debatten gibt es eigentlich kein Hohes Haus.“[213]
Aus Sicht der Parlamentsredaktion ist, zumindest was die Veranstaltungsberichterstattung betrifft klar, dass man hier einen journalistischeren Zugang zum Parlament bevorzugt. „Das ist auch Haus-intern lange von uns verlangt worden, dass wir über die ganzen Veranstaltungen im Parlament berichten, da geschieht ja sehr viel, Buchpräsentationen und Diskussionen und Vernissagen, aber da muss man schon ehrlich sagen, so eine Sendung schaut grauslich aus.“[214]

Das Parlament fordert die Gesamtheit der Aktivitäten der parlamentarischen Arbeit besser darzustellen.

[210] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[211] Stoppacher, Kat.8, Tabellenspalte 2
[212] Hakel, Kat.8, Tabellenspalte 6
[213] Schennach, Kat.8, Tabellenspalte 9
[214] Stoppacher, Kat.8, Tabellenspalte 8

Ein Ausweg aus dem Zwang des originellen Beitrags ist, eine grundsätzliche Erneuerung des Formates zu erfinden. „Was ich machen würde ist, zu versuchen die Sendung auf eine andere dramaturgische Ebene zu heben. Das was man dem Helmut Pfitzner, […] [am Meisten zugute halten muss][215] war, dass er bereit war zu sagen, ich mach ein völlig neues Fernsehen. [...] Dieses völlig neue Fernsehen [gemeint: neue Fernsehdramaturgie], diese völlig neue Vermittlung auch von Inhalten, das würde glaube ich auch einem Hohen Haus nach so vielen Jahren ganz gut stehen.“[216] Selbstverständlich würde eine Neuerfindung vielen Formaten gut tun, aber die Umsetzung derartiger Programmreformen ist ein komplizierter Weg, denn in diesem Fall reicht es nicht die Farbe der Kulisse zu verändern.

Lösungsvorschlag: Neuerfindung des Formates.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft das Selbstverständnis mit der sich die Redakteure des Hohen Hauses und die Parlamentarier begegnen. Es scheint, als ob sich ein freundschaftlich - unkritisches Zusammenleben etabliert hätte. „Um den Unterschied zu früher zu verdeutlichen, [...] eine solche Wortmeldung [gemeint: Himmer findet Sendung Hohes Haus gut][217] hätten wir die gehört, hätte in der Parlamentsredaktion des Helmut Pfitzner zu einer Krisensitzung geführt. [...] Da ist ein Fehler passiert, hätten wir nachher diskutiert, was machen wir falsch? Wieso ist der zufrieden mit uns, müssen wir dem nicht ununterbrochen auf die Zehen steigen? Das darf doch nicht sein, dass der uns super findet. […] Heute geht‘s um was ganz anderes, das ist ein anderes Selbstverständnis. Natürlich ist das Hohe Haus kritisch, [...] das ist die journalistische Aufgabe, aber mit anderen Mitteln, mit traditionellen Mitteln.“[218]

Die traditionellen Mittel der journalistischen Kritik greifen im Hohen Haus zu kurz.

Wobei durchaus auch Kritik an der satirischen Darstellungsweise in den 80er Jahren geübt wurde. „Mancher Scherz hat zu verheerenden Folgen geführt, ich

[215] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[216] Turnheim, Kat.8, Tabellenspalte 3
[217] Zum besseren Verständnis von der Autorin eingefügt.
[218] Baminger, Kat.8, Tabellenspalte 7

sag nur das Schwimmbad in der Säulenhalle. [...] Damals mussten wir widerrufen, widerrufen, widerrufen. Die Menschen standen vor dem Parlament um das neue Bonzenschwimmbad zu sehen und so weiter.“ Konkret handelt es sich um einen Beitrag den Andreas Novak gestaltet hat. Mittels damals neuer technischer Möglichkeiten wurde im Rahmen eines Beitrages in die Säulenhallte des Parlaments ein Schwimmbad integriert, also nur am Bild selbstverständlich. Aber für die Menschen, für die Fernsehzuseher der 80er Jahre, war der Umgang mit Photomontage im Fernsehen, vor allem in Informationssendungen, keine Selbstverständlichkeit. Und so versammelten sich am nächsten Tag durchaus badefreudige oder empörte Bürger vor dem Parlament um das Bonzenbad zu besichtigen.

Nicht jeder satirische Beitrag diente primär der Informationserweiterung der Seher.

1.5.3 Zusammenfassung nach Kategorien/ Strukturierung

Die Succussätze aus 1.5.2 Kategoriensystem werden hier zusammengefasst und komprimiert erläutert.

1.5.3.1 Kategorie 1 – Bekenntnis zum Plenum als Bühne

Die Bühne des Plenums dient in erster Linie der Werbung. Hier wird die Arbeit präsentiert, die zuvor unter Ausschluss der Öffentlichkeit, in den Ausschüssen gleistet wurde. Das Plenum ist ein Medium zu den Medien, weil die einzelnen Redner durchaus darum buhlen in den Medien vor zu kommen. Das Plenum ist ein Medium zu den Wählern, dank der Live Übertragung durch den ORF und der medialen Berichterstattung als solches. Das Plenum ist in weiterer Folge ein Medium von den Wählern zu den Abgeordneten, weil Feedbackmöglichkeiten genutzt werden und Abgeordnete durchaus direkt von Wählern auf ihre Reden angesprochen werden.

Die Fähigkeit zur Selbstdarstellung ist Teil des Anforderungsprofils eines Politikers.
Denn charismatische Redner und Provokateure können die Bühne besser für sich nutzen.

Die Medien übertragen diesen Werbemarkt gerne, weil er die Argumente ideal darstellt und in Szene setzt. Das kommt beim Rezipienten gut an.

Das in der Öffentlichkeit Stehen des Parlaments schafft erst die Möglichkeit zur Kontrolle der Regierungsarbeit. Parlamentariern ist durchaus bewusst, dass die Öffentlichkeit als Kontrolle ein elementarer Bestandteil der Demokratie ist und somit ein Teil ihres Arbeitslebens darstellt.

1.5.3.2 Kategorie 2 – Ausschluss vom Ausschuss

Parlamentarier verstehen das Parlament in erster Linie als Arbeitsplatz. Erst in weiterer Folge wird das in der Öffentlichkeit Stehen des Hauses essentiell. Ausgeschlossen davon ist das Plenum, hier ist ein In-der-Öffentlichkeit-Stehen allgegenwärtig und von den Abgeordneten befürwortet und genutzt. Doch im Rahmen der Arbeit in den Ausschüssen wird die Öffentlichkeit nicht als hilfreich erkannt. Denn Theatralik, also das nach außen Tragen der im Wahlkampf versprochenen und Ideologie-treuen Argumente, verhindert oder erschwert zumindest das konstruktive Arbeiten. Theatralik entsteht immer, wenn sich die Politik der Öffentlichkeit zuwendet, um den Wählern Loyalität zu vermitteln. Loyalität zum Wähler muss in der Ausschussarbeit jedoch, wegen der Notwendigkeit von Kompromissen, teilweise gebrochen werden. Die Öffnung parlamentarischer Ausschüsse für Journalisten aus Print oder Fernsehen ist daher aus Sicht der Politik nicht denkbar.

Die Tribünefunktion wird den Abgeordneten dann unangenehm, wenn ihre persönliche Handlungsfreiheit eingeschränkt wird, beispielsweise durch Analyse der Gestik und Mimik eines Abgeordneten oder wenn ein unprofessioneller Umgang mit dem Material befürchtet wird. In oft stundenlangen Plenarsitzungen

ist es durchaus verständlich, wenn ein Abgeordneter einmal gähnt oder ähnliches. Doch aus dem Zusammenhang gerissen und für die originelle Gestaltung journalistischer Beiträge verwendet, können solche Szenen mitunter kompromittierend sein.

Die Nutzung interaktiver Medien schafft einen gesteigerten Arbeitsaufwand. Dank neuer Medien sind Abgeordnete leichter vom Wähler zu erreichen und müssen per E-Mail und in Foren wesentlich mehr kommunizieren als früher.

1.5.3.3. Kategorie 3 – Gute Zusammenarbeit

Die Möglichkeit zur freien Berichterstattung ist der Grundstein für eine funktionierende Kooperation zwischen Journalisten und Parlament. Bis auf den Ausschluss der Medien von der Ausschussarbeit, sind Journalisten grundsätzlich mit der Öffnung des Parlaments zufrieden und in ihrer Handlungsfreiheit uneingeschränkt.

Die inhaltliche Informationspflicht liegt, in beiderlei Einverständnis, bei den Medien und nicht beim Parlament. Den Bürger über Gesetzesentwürfe und Beschlüsse zu informieren ist in erster Linie Sache der Medien.

Parlamentarier haben heute groß teils keine Einwände gegen die Berichterstattung des „Hohen Hauses“. Eine Art friedliche Koexistenz hat sich im Laufe der Geschichte entwickelt.

Die Kommunikation zu Recherchezwecken funktioniert aufgrund der Stellung der ORF in der österreichischen Medienlandschaft und aufgrund der historisch gewachsenen Beziehung. ORF Journalisten haben noch jede Information bekommen, die sie brauchten, um Geschichten auf Sendung zu bringen.

1.5.3.4 Kategorie 4 – Machtkontrolle/Kontrollmacht

Jede Seite möchte, dass nach ihren Regeln gespielt wird. Journalisten möchten eine umfassende Öffnung der politischen Arbeit aus Kontrollgründen, Politiker arbeiten gerne unter Ausschluss der Öffentlichkeit, um ihre Netzwerke ungehindert aufzubauen.
Die Kooperation zwischen Journalismus und Politik darf im Sinne der Kontrollfunktion gar nicht zu gut funktionieren. Wenn Journalisten nicht bissig genug berichten, gibt es für Politiker keinen Handlungsbedarf.

Die freie Berichterstattung der Medien verlangt von Seiten der Politik mehr Professionalität. Fehler werden selten übersehen.
Seit der Öffnung des Parlaments für freie Berichterstattung sind Politiker gut beraten die Arbeitsweisen der Journalisten in ihre Arbeit einzubeziehen. In den letzten 50 Jahren haben Parlamentarier und politische Parteien durchaus gelernt mit den Medien umzugehen und diese zu nutzen. Trotzdem gibt es natürliche Interessenskonflikte im Bereich der Öffnung und der journalistischen Arbeitsweisen. Es existiert Angst vor dem Missbrauch des Materials durch Journalisten. Wie auch in Punkt 1.5.3.2. schon erwähnt, ist die originelle Gestaltung von journalistischen Beiträgen für Abgeordnete mitunter kompromittierend, wenn Momente der Denkpausen vorgeführt werden oder Mimiken und Gesten aus dem Zusammenhang gerissen werden. Für die meisten Abgeordneten wird es wohl eine Charakterfrage sein, wie mit Derartigem umzugehen ist.

Wenn Journalisten von den Ausschüssen ausgeschlossen bleiben, wird sich ein Mediales Konstrukt des Parlaments als Ort der konstruktiven Arbeit nicht durchsetzen können. Denn eine häufige Kritik ist, das Parlament sei bloß ein Ort der Streitereien und des Kasperltheaters. Das ist ein Eindruck der dem uninformierten oder halbinformierten Bürger in den Sinn kommen kann, wenn man nur die Plenarsitzungen kennt in denen ein heftiger verbaler Schlagabtausch stattgefunden hat. Meist ist dieser Schlagabtausch durchaus vor dem Hintergrund gesetzt, medial vermittelt zu werden. Die konstruktive Arbeit der Ausschüsse, ist aber stets unsichtbar. Die Kritik ist, dass dadurch ein falscher Eindruck entsteht.

Die Beschränkung der Berichterstattung auf Plenum und Ausschuss (zumindest auf indirektem Weg) wird der parlamentarischen Arbeit nicht gerecht. Journalisten sollen Gesamtheit des Parlaments wahr nehmen, fordern Parlamentarier. Vor allem die Berichterstattung aus dem Bundesrat ist demokratiepolitisch interessant, wird aber kaum von den Medien aufgegriffen. Die Ursache dafür liegt in der unterschiedlichen Arbeitsweise der Journalisten und der Parlamentarier. Journalisten greifen Themen auf, analysieren diese und lassen sie danach auch wieder fallen. Zeitlich versetzt, arbeitet der Bundesrat an der Absegnung bestimmter Gesetzte, wenn die Thematik in den Medien schon wieder abgekühlt ist.

Es herrscht keine klare Aufgabenteilung zwischen Journalismus und Parlament in Bezug auf die Informationspflicht des Parlaments. Zum einen ist es ein Leichtes die Informationspflicht gänzlich an die Medien zu übertragen, auf der anderen Seite wird durch die Möglichkeiten des Web 2.0 der Ruf nach einer eigenen Themenverarbeitung auf Seiten des Parlaments lauter. Mitunter scheitert das Verständnis an einer mangelnden Öffentlichkeitsarbeit von Seiten des Parlaments. Es wird, in einem offenen Wort, zugegeben, dass die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im Parlament veraltet ist, was die Arbeit der ORF Journalisten nicht zwingend tangiert, weil der ORF aufgrund seiner alteingesessenen Kommunikationsbahnen kaum Informationsnotstand verzeichnet.

Politik und ORF sollen sich auf professioneller Ebene begegnen, mit der Besonderheit, dass die Politik im ORF etwas zu sagen hat. Die Geschäftsführung des ORF ist von der Zusammensetzung der parlamentarischen Mehrheiten abhängig und von der jeweiligen Geschäftsführung hängt in der Regel auch der Grad der politischen Unabhängigkeit ab. Daraus ergeben sich mitunter interessante Spannungsfelder, wenn die Journalisten des Hauses über exakt jene Politik berichten, die wiederum den ORF gestaltet.

Beide Seiten vernachlässigen Investitionen in neue Medien, daraus entstehen antiquierte und ineffiziente Modelle der Zusammenarbeit. Die Diskussionsteilnehmer sind sich einig, dass im Bereich der neuen Medien

wesentlich mehr Möglichkeiten liegen als bisher von Seiten des Parlaments aber auch von Seiten des ORF genutzt werden. Mehr noch, es wird von allen Seiten als gefährlich angesehen den Entwicklungen in diesem Bereich hinterher zu hinken.
Der Teufelskreis: Die Kooperation von ORF und Parlament in bezug auf die gemeinsame Nutzung neuer Medien wird von der Kooperation ORF und Politik im Bereich der ORF internen Gremien gehemmt. In Zeiten des exzessiven Sparens ist auch für die notwendigsten Modernisierungen kein Geld vorhanden und auch die Politik kann oder will dem ORF dabei nicht unterstützen.

1.5.3.5. Kategorie 5 – Parlament, ein schlechter Kommunikator

Medien können nicht alleine für die Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments und die Informiertheit der Bevölkerung verantwortlich sein. Das Parlament sollte verstärkt als Kommunikator auftreten. Mit diesem Kritikpunkt einher geht auch die Forderung danach das Parlament als modernen Kommunikator zu etablieren, also die Möglichkeiten des Internets besser zu nutzen, Journalisten besser zu briefen und ein positives Image aufzubauen. Die Ursache für diesen Missstand liegt, laut den an der Diskussionsrunde teilnehmenden Abgeordneten daran, dass die Presseabteilung des Parlaments veraltet ist. Mögen einige Parlamentarier auch erkennen, dass hier ein Notstand herrscht, es gibt keine grundsätzlichen Pläne zur Änderung.

Die Politik erreicht die Jugendlichen nicht, weil ihre Kommunikationsform veraltet ist. Das ist eine Auswirkung des tief in der österreichischen Politik verankerten Missstandes. Politische Bildung wird von der Politik zu wenig forciert. Das ist ein weiterer Kritikpunkt, der den Mangel an politisch denkenden Jugendlichen erklären will.

Der Bundesrat kann sich nicht gut genug verkaufen. Die an der Diskussion teilgenommenen Bundesräte, beklagen, dass der Bundesrat zu wenig in den Medien präsent ist. Die Journalisten wiederum kontern damit, dass sich der Bundesrat nicht genügend anbietet.

Ein Lösungsansatz: Gründung eines Kommunikationskomitees zur Beratung der Präsidiale und der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments.

Die Politik sollte dem ORF mehr Unabhängigkeit einräumen.

1.5.3.6 Kategorie 6 – ORF, ein veralteter Kommunikator

Je kürzer die Beiträge in der tagesaktuellen Berichterstattung werden, desto schlechter ist die Informationsqualität. Bei verschlechterter Informationsqualität verringern sich die politische Kompetenz der Seher und das Image der Politik könnte leiden.

Der ORF gewinnt keine Jugendlichen Seher aufgrund fehlender Investitionen im Bereich der Neuen Medien. Der ORF verweigert die Modernisierung trotz Forderungen der eigenen Journalisten und vieler Politiker. ORF.at befindet sich, trotz steigender Bedeutung des Internets in allen Altersgruppen, auf einem Abwärtstrend. Wo hat diese Verweigerung ihre Wurzel? Von Seiten der Geschäftsführung wird das exzessive Sparprogramm als Grund angegeben. Dass die Personen in leitenden Positionen aber die Notwendigkeit für Modernisierung in diesem Bereich nicht sehen oder sich ihr strickt verweigern, ist eine weitere Tatsache.

Das Strickmuster für Informationssendungen hat sich seit es den ORF gibt nicht verändert. Unzählige Programmreformen haben das Erscheinungsbild des ORF moduliert, aber keine Maßnahme reichte bisher so weit die Machart der Sendungen neu zu erfinden. Moderation, Beitrag, Meldungsblock und Studiogast sind die einzigen Werkzeuge der Informationssendungen im ORF.

Ein eigener Spartenkanal für Information ist zwar wünschenswert, aber momentan nicht finanzierbar.

Ein besserer Sendeplatz für die Parlamentsberichterstattung wird nicht umgesetzt.

Der ORF berichtet schneller als die Politik arbeitet. Das ergibt sich aus der journalistischen Arbeitsweise, die Thematiken aufgreift und gleichsam wie Eisen aus dem Feuer holt. Manche Themen kühlen recht rasch wieder ab, aber für alle gilt, je neuer, desto besser. Wenn sich die Koalitionspartner also zu einem bestimmten Thema einig sind, dann warten die Medienmacher nicht, den oft Monate später fixierten Gesetzesbeschluss ab, sondern berichten schon bei der ersten Einigung darüber.

1.5.3.7 Kategorie 7 – „Hohes Haus“ im Wandel der Zeit

Im „Hohen Haus“ der 80er Jahre wurde erstmals eine pädagogisch sinnvolle Beitragsgestaltung entwickelt. Es wurden nicht nur „talking heads“, also Redner gezeigt, sondern Gesetzesmodelle pädagogisch sinnvoll in Beiträgen erläutert.

Die voll redaktionell gestaltete Berichterstattung hat sich mit der Ära Pfitzner vollzogen. Die Magazinsendung „Hohes Haus“ unterlag keiner parteipolitisch eingeschränkten Berichterstattung mehr. Dadurch war ein frecher, satirischer Zugang möglich.

Der stark satirische Zugang zur Thematik Parlament hat sich mit dem Einzug der Grünen verbraucht, die Ende der 80er Jahre die Mediale Bühne selbst für Realsatire verwendet haben, um Missstände aufzuzeigen.

Seit den frühen 90er Jahren wurde das „Hohe Haus“ als primär journalistisches Magazin etabliert. So konnte das Magazin nach dem Einzug der Grünen weiterhin existenzberechtigt auf Sendung gehen.

Der heutige Succus der Beitragsgestaltung ist die Frage: Welche Bedeutung haben parlamentarische Entscheidungen für den Einzelnen? Das Magazin ist eine Art Informationsservicesendung für die Geschehnisse im Parlament. Trotz überalterten Seherpublikums versucht man altersunabhängig gute Berichte zu gestalten.

1.5.3.8 Kategorie 8 – Der Status Quo der Sendung fordert Verbesserungen

Das Hohe Haus hat einen unvorteilhaften Sendeplatz. Sonntag 12 Uhr ist eine Zeit in der maximal 150.000 Menschen vor dem Fernseher sitzen. Genau in dieser Zeit bringt ORF2 eine Informationsschiene mit der Zeit im Bild, der Pressestunde und dem Hohen Haus. Samstags läuft zur selben Zeit Unterhaltungsprogramm und die Seherzahlen sind in etwa die gleichen. Die Frage ist also, warum wird die Informationsschiene an einen ungünstigen Sendeplatz gesetzt?

Redaktionsinterner Aufruf Fachsimpelein zu vermeiden, um für jedermann verständlich zu sein. In einem Metier, wie der Gesetzesgestaltung, ist es für die Redakteure besonders schwer eine gewisse Verständlichkeitsdisziplin beizubehalten.

Das Originelle erschöpft sich, dadurch erschwert sich die Arbeit der Redakteure. Im Rahmes des weiter oben schon erwähnten Korsettes von Moderation, Beitrag und Meldungsblock ist ein origineller, spritziger und pädagogisch sinnvoller Zugang zu den Themen nicht immer leicht und die Möglichkeiten diesbezüglich erschöpfen sich.
Lösungsvorschlag: Neuerfindung des Formates. Das Originelle über das Aufbrechen des Sendungskorsetts immanent machen.

Das Parlament fordert die Gesamtheit der Aktivitäten der parlamentarischen Arbeit besser darzustellen. Dahinter steckt das Eingeständnis, dass es ein Defizit in der Darstellung der parlamentarischen Arbeit gibt. Ob es ausrecht die Gesamtheit der Aktivitäten des Hauses zusammenzufassen ist allerdings fraglich.

Die traditionellen Mittel der journalistischen Kritik greifen im Hohen Haus zu kurz. Die Zeit im Bild gibt es schon. Ein „Hohes Haus“, das wie ein ZiB – Parlamentsspezial aufgebaut ist, funktioniert möglicherweise nicht so gut, wie es könnte, wenn man zu einer anderen Dramaturgie greifen würde.

Nicht jeder satirische Beitrag, der in den 80er Jahren entstanden ist, diente primär der Informationserweiterung der Seher. Die Redaktion hatte einfach auch Spaß daran den Parlamentariern auf die Zehen zu treten.

V. Conclusio

Die zu Beginn dieser Arbeit gestellte Forschungsfrage lautet: In wie weit wird die Parlamentsberichterstattung des ORF-Fernsehens der parlamentarischen Arbeit gerecht? Nach meinen Datenerhebungen und der theoretischen Recherche muss ich sagen: Die Berichterstattung wird nur bedingt dem parlamentarischen Arbeiten gerecht. Ich möchte im Folgenden erklären, wie das zu verstehen ist.

Einer der relevantesten Punkte ist der Ausschluss vom Ausschuss. Die eigentliche parlamentarische Arbeit im legislativen Bereich findet im Rahmen der Ausschüsse statt. In Österreich ist die Öffentlichkeit von diesen Ausschüssen ausgeschlossen, das bedeutet, weder Journalisten aus dem Printbereich, noch aus Rundfunk oder Onlinediensten wird es ermöglicht, diesen beizuwohnen. Aus Schutz der konstruktiven Arbeitssphäre, werden Parlamentarier eine Öffnung der Ausschüsse in näherer Zukunft nicht umsetzen. Aus meiner Sicht ein verheerender Fehler, denn dadurch bleibt der konstruktiv arbeitende Arbeitsalltag der Öffentlichkeit weitgehend verschlossen.

Die Live-Übertragungen der Plenarsitzungen und dringlicher Anfragen werden von den Fraktionen medial inszeniert. Dabei wird weitestgehend auf Rhetorik, Demagogie, wortgewaltige Konfrontation und mediengerechte Inszenierung gesetzt. Der Zuseher weiß, nach bald 40 Jahren offener Parlamentsberichterstattung, da geht's ordentlich zu, da fliegen die Fetzen. Politisch Interessierte beobachten das Verhalten einzelner Abgeordneter und überprüfen deren Präsents. Am Ende des Tages werden von den Medien Gewinner und Verlierer der Debatte ausgerufen und die besten Sager auf Sendung oder ins Blatt gebracht.
Die Vorstellung konstruktiver, seriöser, oft komplexer und harter Arbeit am Gesetzestext wurde, auf diese Art, beim Rezipienten, über die letzten Jahrzehnte schleichend erwürgt. Sachinhalte werden von ihrer Darstellungsweise verdrängt. Ein uninformiertes, am Inhalt desinteressiertes, manchmal Köpfe-schüttelndes Publikum bleibt zurück. Vor allem Jugendliche erreicht diese Form der Politikvermittlung nicht.

Urheber dieser Situation sind Medien und Politik gleicher Maßen. Medien wollten überall hinein schauen können, und als sie es durften, war die Arbeit, die sie beobachten wollten bereits einer Inszenierung derselben gewichen. Für die meisten Abgeordneten, deren Fraktionen und politischen Parteien, ist ein nicht inszeniertes in-der-Öffentlichkeit-Stehen nicht mehr denkbar. Jeder Satz wird analysiert, jeder Gestus ist einem Denkmal gleich und wer die Parteilinie sprengt, bereitet Probleme. Gleichzeitig scheint es vielen Parteien schwer zu fallen ihre Kommunikationswege zu modernisieren, denn wie sonst ist es zu erklären, dass ein Großteil der Jugendlichen nicht erreicht wird.

Die ORF Parlamentsberichterstattung scheint mit den Jahren ebenso gealtert, so wie das gesamte Unternehmen. Das durchschnittliche Seheralter von Informationssendungen liegt bei 60 Jahren, die Unternehmensführung ist nicht im Stande eine junge Rezipientengruppe zu mobilisieren. Investitionen in neue Medien werden vernachlässigt. Das Beschreiten neuer Wege, beispielsweise im Bereich Sendungskonzeption, wird aus Kostengründen und aufgrund schlichter Feigheit und Desinteresses verweigert. Junge, motivierte Köpfe mit neuen Ideen werden in Zeiten massiven Sparens nicht ausreichend ins Boot geholt. Alteingesessene Redakteure sollen stattdessen immer mehr multimedialen Content auswerfen und dabei möglichst frisch wirken.

Der ORF und die Öffentlichkeitsabteilung des Parlaments bräuchten dringend eine Modernisierungswelle. Nicht nur der Sitzungssaal des Nationalrates sollte renoviert werden, vor allem der Auftritt nach außen. Die Homepage des Parlaments bietet Information und Fotos der Abgeordneten. Man wünscht sich Live-Streams, Web Blogs und eine dreidimensionale Führung durch das Gebäude. Dabei sind bald keine finanziellen, sondern in erster Linie geistige Hürden zu überwinden.
Das Gleiche gilt für den ORF. Rezipienten wünschen sich schon lange ein umfangreiches ondemand-Angebot, interaktive Sendungsportale und offene Archive. Der Weg dorthin ist für den ORF sehr beschwerlich und mit vielen Ausreden und Missständen gepflastert.

Die Aufgabenteilung des ORF und des Parlaments in Bezug auf die Informationspflicht der Bevölkerung ist nicht eindeutig bestimmt. Grundsätzlich sollen Journalisten die Bevölkerung von legislativen Änderungen informieren. Nach Wunsch der Abgeordneten soll es auch die Pflicht des ORF sein, eine interaktive Plattform mit den Streams der jeweiligen Reden und den redaktionell gestalteten Portraits der Abgeordneten zur Verfügung zu stellen. Derartige Einrichtungen im Bereich des Web 2.0 wären aber auch dem Parlament möglich oder müssten über politische Gremien im ORF forciert werden.

Das Parlament begegnet der Öffentlichkeit janusgesichtig. Auf der einen Seite ist sich der einzelne Abgeordnete durchaus bewusst, dass der Öffentlichkeit in einer Demokratie die Möglichkeit zur Kontrolle gegeben werden muss. Auf der anderen Seite ist man gerne unter sich, wenn es um das Verhandeln und das Kompromisse machen geht. Wie man die Ergebnisse nach außen verkauft ist mittlerweile professionalisiert.

Zwischen den Journalisten der Parlamentsredaktion des ORF und den Abgeordneten des Hohen Hauses hat sich im Laufe der Zeit eine friedliche Koexistenz entwickelt. Es ist fraglich, ob das der Berichterstattung gut tut. Wenn Abgeordnete mit der Darstellung ihrer Arbeit weitgehend zufrieden sind, müssten sich Journalisten eigentlich fragen, wo der Fehler liegt. Die Kooperation zwischen Journalisten und Politikern darf im Sinne der Kontrollfunktion gar nicht zu gut funktionieren. Medien sind Gäste im Hohen Haus, denen von der Öffentlichkeit der Schlüssel gereicht wurde. Es ist nicht wichtig allen zu gefallen, es ist wichtig der Öffentlichkeit ein guter Wächter zu sein.

Politik und ORF sollen sich auf professioneller Ebene begegnen, mit der Besonderheit, dass die Politik im ORF etwas zu sagen hat. Die Geschäftsführung des ORF ist von der Zusammensetzung der parlamentarischen Mehrheit abhängig und von der jeweiligen Geschäftsführung hängt in der Regel auch der Grad der politischen Unabhängigkeit ab. Daraus ergeben sich mitunter interessante Spannungsfelder, wenn die Journalisten des Hauses über exakt jene Politik berichten, die wiederum den ORF gestaltet.

Der Sendeplatz des „Hohen Hauses“ und die Bedeutung des Parlamentes für jeden einzelnen Österreicher, stehen in keiner Relation zueinander. Eben so wenig wie die Bedeutung des Europaparlaments Platz in der Berichterstattung findet. Das Desinteresse der Bevölkerung ist aufgrund unoriginneller Berichterstattung darüber so groß, dass Europathemen heute von den Redaktionen als Abschaltimpuls verstiefmütterlicht werden.

Es ist nicht zu erklären, warum es keine Sendung im ORF gibt, die mittels neuer Sendungskonzeption die Thematiken des Parlamentarismus in Österreich und Europa sinnvoll und populär aufgreift. Entweder sie wollen es nicht, oder sie können es nicht und dabei wäre das gar nicht schwer. Man nehme junge, interessierte und politisch gut ausgebildete Redakteure, ein sinnvoll aufgebautes, zeitgemäßes Internetportal und ein bisschen Mut.

Auf diese Weise hat sich auch das „Hohe Haus“ vor rund 20 Jahren ein Standbein im ORF geschaffen. Ambitionierte Gestalter nutzten die neuesten technischen Möglichkeiten, um den Themenkreis Parlamentarismus in Österreich auf pädagogisch sinnvoller Ebene zu durchleuchten. Das hat damals langfristigen Erfolg gebracht. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass diese Grundidee heute nicht greifen könnte.

VI. Literaturverzeichnis

Berka, Walter: „Politische Kommunikation in der demokratischen Verfassungsordnung“, in Langenbucher, Wolfgang: „Politische Kommunikation – Grundlagen, Strukturen, Prozesse“, Wien 1993.

Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft“, Wien 2002.

Dachs, Herbert; **Gerlich**, Peter u.a. (Hg.): „Handbuch des politischen Systems Österreich“, Wien 1991.

Dürrenberger, Gregor und **Behringer**, Jeannette: Die Fokusgruppe in Theorie und Anwendung, Stuttgart 1999.

Ergert, Viktor; **Andrics** Hellmut; **Kriechbaumer**, Robert: „50 Jahre Rundfunk in Österreich“ Band IV, Residenzverlag 1985

Filzmaier, Peter: Rahmen und Grundregeln Politischer Kommunikation in Filzmaier, Plaikner, Duffek: Meidendemokratie Österreich, Wien 2007

Fischer, Heinz: „Das Parlament“ in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreich, Wien 1991.

Jarren, Otfried und **Donges**, Patrick „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft“, Wiesbaden 2006

Keplinger, Hans-Matthias: Politische Kommunikation als Persuasion, 1998 in Jarren/Sarcinelli/Saxer.

Langenbucher, Wolfgang: „Politische Kommunikation – Grundlagen, Strukturen, Prozesse“, Wien 1993.

Mayring, Phillip: Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim, 1996

Nick, Rainer; **Pelinka**, Anton: Parlamentarismus in Österreich, Wien, München 1984.

Oberreuter, Heinrich: „Parlament und Öffentlichkeit"; in Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation, Wien 1986.

Patzelt, Werner J. „Parlamentskommunikation" 1998, In: Jarren Otfried/Sarcinelli, Ulrich/ Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen, Wiesbaden: S.431-441.

Plasser, Fritz: „Elektronische Politik und politische Technostruktur reifer Industriegesellschaften" 1985, in Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft", Wien 2002.

Pürer, Heinz: „Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen" Salzburg 1996.

Saekert, Sven: „Analyse der EU Fernsehberichterstattung am Beispiel ORF – Golden Archives Project for Parliaments", Diplomarbeit Hochschule Darmstadt, 2008.

Sarcarelli, Ulrich: „Symbolische Politik", Opladen 1987, in Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft", Wien 2002.

Saxer, Ulrich: „Politische Funktion der Publizistik aus der Sicht der Publizistikwissenschaft", in Langenbucher, Wolfgang: „Politische Kommunikation – Grundlagen, Strukturen, Prozesse", Wien 1993.

Thaysen, Uwe: „Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik", Opladen 1976

Turetschek, Franziska: „Parlamentsberichterstattung des Österreichischen Fernsehens", Diplomarbeit 1993.

Wolf, Franz Ferdinand: „25 Jahre ORF 1975-2000", Residenzverlag Salzburg, 2001.

Recherche im WWW:

BGBl. I Nr. 83/2001 aus http://ris.bka.gv.at
http://www.rtr.at/de/rf/BKS vom 14.05.2009

http://www.**kleinezeitung**.at/nachrichten/kultur/orf/1682668/index.do vom 14.05.2009

http://**mediaresearch**.orf.at

http://**derstandard**.at/?url=/?id=1226250835949 vom 10.11.2008

http://**viadrina**.euvfrankfurto.de/~sk/Berlusconi/ vortrag02.html, 29. 10. 2008
Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung "Feindliche Übernahmen?" des Forschungsinstitut für Philosophie Hannover Sommersemester 2002.

http://de.**wikipedia**.org/wiki/**Alexander_Wrabetz** vom 14.05.2009

http://de.**wikipedia**.org/wiki/**Geschichte_des_Fernsehens_**in_%C3%96sterreich #cite_note-3 vom 13.03.2009.

http://en.**wikipedia**.org/wiki/**Fred_Sinowat**z vom 21. 04.09

http://de.**wikipedia**.org/wiki/**Rundfunkvolksbegehren** vom 16.03.2009
http://de.**wikipedia**.org/wiki/**Stiftun**g vom 14.05.2009

http://de.**wikipedia**.org/wiki/**Volksbegehren#**Volksbegehren_in_.C3.96sterreich vom 16.03.2009

http://www.**wirtschaftsblatt**.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/367096/index.do vom 14.05.09

APA Online Manager: „Armin Wolf Rede bringt ORF in Turbulenzen“ vom Do, 18.Mai 2006.

VII. Abbildungsverzeichnis

Abb. Deckblatt Eigene Gestaltung aus „ORF Auge“ nach Entwurf von Erich Sokol und digitalem Foto der Palas Athene vor dem österreichischen Parlamentsgebäude.

Abb.1 Politik und Publizistik im Systemzusammenhang
Quelle: Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft“, Wien 2002.

Abb.2 Intermediäres System (Mediatisiertes Modell)
Quelle: Jarren, Otfried und Donges, Patrick „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft“, Wiesbaden 2006.

Abb.3 „Politik und Publizistik im Systemzusammenhang“ aus Saxer, Ulrich: Politische Funktion der Publizistik aus der Sicht der Publizistikwissenschaft, in Langenbucher, Wolfgang: „Politische Kommunikation – Grundlagen, Strukturen, Prozesse“, Wien 1993, S. 118.

Abb.4 Ptolemäische Perspektive: Medien als Spiegel der Wirklichkeit
Quelle: Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft“, Wien 2002.

Abb5 Kopernikanische Perspektive: Meiden als Teil der Wirklichkeit
Quelle: Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft“, Wien 2002.

Abb.6 „Tu den Tiger in den Kasten“ von Ironimus, Quelle: Ergert, Viktor; Andrics Hellmut; Kriechbaumer, Robert: „50 Jahre Rundfunk in Österreich“ Band IV, 1985,S.18

Abb.7 Portrait Dr. Robert Stoppacher,
Quelle: http://derneue.orf.at/orfstars/stoppacher.html, 06.12.2008

Abb.8 Portrait Fred Turnheim,
Quelle: www.oejc.at/preise/gatterer/2006, 06.12.2008

Abb.9 Portrait Peter Baminger
Quelle: Peter Baminger

Abb.10 Portrait Mag. Harald Himmer,
Quelle: www.parlament.gv.at, 06.12.2008

Abb.11 Portrait Elisabeth Hakel,
Quelle: www.parlament.gv.at, 06.12.2008

Abb.12 Portrait Stefan Schennach,
Quelle: www.parlament.gv.at, 06.12.2008
Abb. 13 „TV-Nutzungszeiten 2008 nach Altersgruppen“
Quelle: http://mediaresearch.orf.at vom 01.05. 2009
Abb. 14 „Internetnutzer – Entwicklung der Nutzerstruktur“
Quelle: http://mediaresearch.orf.at vom 01.05.2009
Abb. 15 „Top 10 Österreichischer Websites, 4. Quartal 2008
Quelle: Österreichische Werbeanalyse
http://www.oewa.at/index.php?id=35 vom 01.05.2009
Abb.16 Zusammensetzung des Stiftungsrates
Quelle: Eigene Darstellung
Abb.17 Zusammensetzung des Stiftungsrates nach politischen Naheverhältnissen
Quelle: Eigene Darstellung

VIII. Anhang

1. Stimulus und Leitfaden, Fokusgruppe 31.10.2008

Dr. Robert Stoppacher – Leiter der Parlamentsredaktion, SV der Sendung HH
Bettina Tasser – Mitglied der Parlamentsredaktion, Gestalterin

Fred Turnheim – Leiter der Abteilung "Neue Medien", Präsident des ÖJC und ehem. Redaktionsmitglied der Parl.red.
Peter Baminger – stv. SV der Sendung Thema und SV des Bürgerforums, Univ.Lekt. am Inst. für Medienwissenschaft und ehem. Redaktionsmitglied der Sendung HH unter Pfitzner und Ortner

Mag. Harald Himmer – Bundesratsvizepräsident. ÖVP
Elisabeth Hakel – Pressesprecherin der NR Präsidentin Barbara Prammer, „Neo-Abgeordnete zum NR, SPÖ
Stefan Schennach - Vorsitzender der Bundesratsfraktion der Grünen und ehem. Mitglied des ORF-Kuratoriums

---

Ich möchte in den kommenden ein oder zwei Stunden mit dieser kompetenten Runde über die Legitimation und Entwicklung der Parlamentsberichterstattung im ORF im allgemeinen und die Magazinsendung HH im besonderen sprechen.

Ich habe im Zuge meiner Recherchen interessante Aussagen und Statements von Journalisten und Wissenschaftlern gefunden, die ich hier gerne immer wieder in die Diskussion einbringen möchte, um sie dann zu besprechen. Ich habe auch einen kleinen Videobeitrag zusammengestellt, der die historische Entwicklung der Sendung Hohes Haus und die Veränderungen der Fernsehmachart in den letzten bald 30 Jahren zeigt.

Beginnen möchte ich gerne mit einem Vergleich den Gerhard Weiss – ehem. ORF Generalintendant - zum 20. Jubiläum der Sendung Hohes Haus angestellt hat. Er schreibt im Vorwort der Jubiläumsbroschüre:

„Wir befinden uns im Zeitalter des Reality-TV. […] Das Rezept ist denkbar einfache: Fix montierte Kameras sind auf ausgewählte Kandidaten gerichtet und beobachten diese. […] Die TV – Parlamentsberichterstattung […] kann gut und gerne als eine Art Vorläufer des heutigen Hypes bezeichnet werden, das Magazin Hohes Haus liefert die Hintergrundinformation zum politischen Geschehen. Das Plenum ersetzt den Container, die Abgeordneten agieren an Stelle gecasteter Bewohner. Es gibt Publikumslieblinge und Außenseiter und manchmal muss jemand den Ort des Geschehens wieder verlassen. […]"

Ist es das ein legitimer Vergleich?
Ad Hakel – Sieht sie sich als Abgeordnete, wie eine Art gecastete Kandidatin, die sich auf der Showbühne des Parlaments bewähren muss, damit sie nicht raus gewählt wird?
Ad Stoppacher – Ist das eine legitime Art die Zusammenarbeit zwischen Parlament und ORF zu beschreiben? Die einen haben ihre Bühne, die anderen ihre Quoten und alle sind glücklich?

Wo bleibt der Bürger?
Geht es in erster Linie darum etwas zu verkaufen und wie wird die Verantwortung in bezug auf die Informationspflicht erfüllt?

Heinrich Oberreuter – Politikwissenschaftler aus Bayern – (in Parlament und Öffentlichkeit in Buch von Langenbucher zum Thema politische Kommunikation) 1986

„Die wissenschaftliche Kritik beklagt daher am halböffentlichen Parlament die Grauzonen unzulänglicher demokratischer Legitimation der Parlamentsarbeit. Denn auch wenn man zeitgemäße Maßstäbe an das moderne Parlament anlegt, lässt sich die These nicht bestreiten, „das Ausmaß der Nichtöffentlichkeit" habe „die Toleranzgrenze" überschritten."

Stichwort: Die eigentliche Parlamentsarbeit geschieht in den Ausschüssen und nicht im Plenum, man zeigt aber hauptsächlich das Plenum.
Darf das Parlament entscheiden wie offen es sein will sollte der Bürger entscheiden, wie viel er sehen will?

Hannes Leopoldseder – ehemaliger Informatonsintendant
„Wir arbeiten im Spannungsverhältnis zwischen der Würde des Hohen Hauses und den Informationsansprüchen der Öffentlichkeit."
Dabei geht es um Szenen die auch heute nicht gerne gesehen werden, wie etwa leere Bänke oder tumultartige Szenen im Plenum.

Muss sich das Parlament davor fürchten enttarnt zu werden, wann ja was könnte man da enttarnen?
Ist das nicht ein Argument/Fakt, das den Reality-TV Vergleich unterstreicht?

Bei der Schrittweisen Öffnung des Parlaments kam es am 19. Mai 1969 zur „Maleta-Erklärung". Der damalige NR Präsident Alfred Maleta „übergab" das Parlament offiziell dem ORF und erklärte in einer PK:

„Es geht darum einen möglichen und gefährlichen Abwertungsprozess des Nationalrates aufzuhalten. […] Der Staatsbürger muss über alle Vorgänge im Parlament informiert werden. Dann werde die Wechselwirkung zwischen Wählern und Abgeordneten sichtbar und das Parlament als jener Ort aufgewertet, wo Entscheidungen fallen."

Wie steht es um diese Aussage in Zeiten aller geringster Wahlbeteiligung und politscher Verdrossenheit?
Was ist in der Zwischenzeit geschehen, wollen die Staatsbürgen nicht informiert werden oder wollen Politiker nicht hinhören? Wer trägt die Verantwortung, damit nicht uninformierte Massen von korrupten Politikern ausgenutzt werden?

Kundenorientiert? Wählerorientiert?

Kein anderes Medium befasst sich so umfassend mit dem Parlament wie der ORF.
Warum?
Und warum gibt es das nur in Österreich?

HOHES HAUS
Video

Dr. Fischer – damals NR Präsident - in 20 Jahr Broschüre:
„Diese Sendung hat das Wissen und Verständnis für den Parlamentarismus in Österreich, für die Arbeitsweise des Parlaments, für komplexe Gesetzesmaterien und für die Arbeit der einzelnen Abgeordneten in verdienstvoller Weise gefördert. […] Der ORF hat mit dem Hohen Haus seine öffentlich-rechtliche Verantwortung in vorbildlicher Weise wahrgenommen und leistet mit dieser Sendung einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung des Österreichischen Parlamentarismus."

Wie sieht dieser „Beitrag zur Entwicklung" aus?

Ad Stoppacher – Zuseherquoten/ALTER – Sehen sie den Auftrag gefährdet, wenn Sie nur Seher über 60 Jahre erreichen?
Will man gerne auch Seher erreichen, die jünger sind als 60? Wie will man das tun? Warum gibt es die Sendung nicht im Internet/ondemand?

Thomas Ortner – SV zwischen 1994 und 2002 im Zeitzeugengespräch:
„Die kürzere Sendung hat eine andere Dramaturgie als die längere. Früher wars oft sehr opulent und manchmal hat fast die Gestaltung den Inhalt in den Hintergrund gedrängt. Dort waren halt besonders gute Gestalter, die mit ganz tollen optischen Mitteln gearbeitet haben. Die haben die Budgetdiskussion mit dem Watschenmann im Prater dargestellt. Das ist eine Darstellungsform, die jedem einleuchtet, aber wenn sie das überziehen und der Gag stärker ist als der Inhalt, dann sag

ich für mich, da hat sich die Grenze erreicht. Da hätte ichs dann gerne etwas sachlich trockener. Da haben wir viele Diskusionen gehabt, wie bunt die Darstellung sein soll."

Wie bunt war es denn in Ihrer Erinnerung und kann man das heute noch rechtfertigen?
Warum macht man das heute anders?
Eigenes Gestalterego vs Rezipientenorientiertheit?

EUROPA

DA (EU Berchterstattung am Beispiel ORF) Sven Saekert, Medienhochschule Darmstadt:
EU Skepsis in engem Zusammenhang mit einer nicht ausreichenden Berichterstattung.

Welche Bedeutung haben EU-Themen im Vgl. zu Innenpolitik?
Antwort Dr. Stoppacher: Er stellte kurz fest: „EU Politik ist Innenpolitik!"

Kann der ORF etwas gegen die EU Skepsis unternehmen?
Wäre ein Europa-Magazin sinnvoll?
Informiert der ORF ausreichend über die Arbeit des Europaparlaments?

Welche Ideale sehen die Diskutanten für die Zukunft der Parlamentsberichterstattung?

Beschreibung des Magazins.
„Das Hohe Haus ist ein politisches Magazin, das dem Publikum das Geschehen und die Entscheidungsprozesse im österreichischen Parlament sowie im Europäischen Parlament nahebringen soll. Zusammenhänge, Hintergründe und Konsequenzen politischer Entscheidungen sollen verdeutlicht werden.
Es geht weniger um die Zusammenfassung von Geschehenem, sondern vielmehr um die Vermittlung
neuer Fakten und politischer Vorhaben, die die Menschen betreffen. Parlamentarisches Handeln ist spannend und erlebbar zu gestalten. Der öffentlich-rechtliche Programmauftrag des ORF wird mit
dem Parlamentsmagazin auch dadurch erfüllt, dass das Hohe Haus eine Plattform für den politischen
Diskurs in Österreich bietet."

2.Text aus DiePresse online vom 30.03 2009

Finanzausschuss des ORF-Stiftungsrats: Hoanzl als Symptom

30.03.2009 | 14:20 | PATRICIA KÄFER (DiePresse.com)

Der geplatzte Vertrag mit dem Hoanzl-Verlag über eine ORF-Mediathek könnte dem Stiftungsrat als Präzedenzfall dienen. Montagmittag eher negative Stimmung gegenüber Ausgliederungen.

"So lang wie über den Herrn Hoanzl werden wir heute über niemanden mehr reden", so ein Sitzungsteilnehmer Montagmittag. Zweieinhalb Stunden war Vormittag über den - mittlerweile geplatzten - Vertrag des ORF mit dem Verlag von Georg Hoanzl und die darin vereinbarte Nutzung des ORF-Archivs auf zehn Jahre diskutiert worden. Kritiker hatten gemeint, der mit ORF-Kommunikationschef Pius Strobl befreundete Hoanzl würde das "Familiensilber" des ORF, seine Archivschätze, ausschließlich zu seinen eigenen Gunsten nutzen. Anlässlich der umstrittenen Vereinbarung plädierten mehrere Stiftungsräte dafür, dass künftig auch Vertreter ihres Gremiums in den Aufsichtsräten der ORF-Töchter sitzen sollten. Helga Rabl-Stadler erbost: "Ich hafte zwar

als Stiftungsrat, aber ich weiß nichts. Es ist ja die gesamte Einnahmenseite des ORF ausgetöchtert - die Gebühreneinnahmen der GIS, die Werbeeinnahmen der Enterprise, die Sendertechnik ORS und auch die Online und Teletext GmbH. Das ist ein Riesenproblem der Kontrolle."

Warum bei den nun aktuell dringenden Problemen des ORF - Strukturmaßnahmen von Generaldirektor Wrabetz, Einflussnahme der Parteipolitik - so lange der bereits nichtige Hoanzl-Vertrag thematisiert wurde? "Der Fall ist symptomatisch", hieß es sinngemäß von mehreren Seiten. Das bedeutet: Die Stiftungsräte könnten sich bei den Donnerstag zur Abstimmung stehenden Ausgliederungen (RSO, Ausstattung, Facility Management) auf diese Causa beziehen.

Den Vertrag mit Hoanzl hatte nämlich Enterprise-Chef Wolfgang Zinggl (verantwortlich für Werbung und Marketing) unterschrieben. Wrabetz dazu in der Sitzung: "Den Hoanzl-Vertrag habe ich nicht gekannt, geschweige denn unterschrieben; ich kannte nur das Projekt." Andere Sitzungsteilnehmer attestierte Wrabetz eine negative Grundhaltung seinem Online-Direktor gegenüber: "Man merkt: Wrabetz will Thomas Prantner loswerden." Prantner hatte beim letzten Treffen des Stiftungsrats ein eigenes Mediathek-Projekt vorgestellt.

Quelle: http://diepresse.com/home/kultur/medien/465796/index.do?from=suche.extern.google.at vom 01.05.09.

3.Text aus dem Wirtschaftsblatt online vom 20.03 2009

So will Alexander Wrabetz den ORF reformieren

Das Strategiepapier von ORF-General Wrabetz ist da: Der ORF will Marktführer bleiben und sich nicht zerschlagen lassen. Mitarbeiter sollen in Zukunft für alle Plattformen (TV, Radio, Online) arbeiten. Tarifmodelle werden überarbeitet. Der Plan für die Zukunft des ORF.

TV und Radio haben Vorrang

Geht es nach Wrabetz, soll das Unternehmen auch künftig "auf allen Plattformen vertreten sein, allerdings wollen wir uns hauptsächlich auf die Kerngeschäfte Fernsehen und Radio konzentrieren". Die beiden Vollprogramme ORF 1 und ORF 2 müssten seiner Ansicht nach "unbedingt erhalten bleiben". Wesentlich sei für die Zukunft das digitale, trimediale Arbeiten. Durch digitale Workflows könnten Doppelgleisigkeiten und daraus entstehende Mehrkosten massiv reduziert werden.

TW1 als Kulturkanal

Das Strukturkonzept sieht weiters - vorbehaltlich der entsprechenden Finanzierungsmöglichkeit - die Umwandlung von TW1 in einen Kultur- und Spartenkanal vor. Es soll außerdem ein Kooperationsmodell mit dem Kinderprogramm kika geben. 3sat und Sport Plus sollen als Spartenkanäle ebenfalls erhalten bleiben.

Die jungen Zuseher wandern ins Internet ab, die privaten Radio- und TV-Sender holen auf, TV-Werbung verliert an Bedeutung. Die Veränderung des Marktes stellt den heimischen ORF vor große Herausforderungen. ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz legt nun seinen Weg zur Zukunft des ORF vor.

Es geht, so das Strategiepapier "ORF 2015" um den Erhalt und die Bestandsssicherung des Konzerns in seiner gesamten Leistungsvielfalt, Leistungsbreite und förderalen Struktur als "trimediales Content-Haus". Der ORF ist, so das Konzept, Marktführer auf allen relevanten elektronischen Plattformen (TV, Radio und Internet) und soll das auch bleiben. Es geht um Content. Was nicht zu diesem Kerngeschäft, der Produktion von Content, gehöre, sei zu hinterfragen und gegebenenfalls abzustoßen. Einher gehe eine Strukturreform, die den Mitarbeitern viel abverlange.

ORF-Straffungsplan

Das Direktorium soll gestrafft werden, 25 Prozent der mittleren Führungspositionen gestrichen, die Vertragssysteme und Kollektivverträge harmonisiert, die Arbeitszeiten flexibilisiert werden. Kostenführerschaft bei interner und externer Produktion werden angestrebt, Videojournalismus steht auf der Agenda. Entlang der Wertschöpfungsketten, vom TV, über Radio und Online soll ein Content Management-Sytsem errichtet werden, auf das die Redakteure direkt zugreifen. Doppelgleisigkeiten zwischen den Plattform-Mitarbeitern sollen so beseitigt werden. Die Trennung nach Mediengattungen (TV, Radio, Online) soll also aufgehoben werden. Auch im Internet soll der ORF seine "Leuchtfurmfunktion" bewahren.

Die junge Generation, die sich zunehmend vom TV und Radio wegbewegt, soll durch Technologie wieder an Radio- und TV-Konsum "gewöhnt" werden, so das Strategiepapier.

Keine Zerschlagung des ORF

Der ORF sieht sich als Ganzes. Eine Reduktion der Öffentlich-Rechtlichen Sender auf jene Bereiche, die nicht komerziell seien, wäre ein "unwiderbringlicher Verlust" für die Öffentlichkeit, so der ORF. Im Gegenteil: Öffentlich-Rechtliche Medienunternehmen seien das Grundnahrungsmittel der Demokratie. Insofern sieht der ORF daher auch seine Mission 2015, sich als unverzichtbarer Bestandteil der österreichischen Gesellschaft zu behaupten.

Der ORF soll weiterhin mit neun Landesstudios produzieren. Zwei nationale Fernsehprogramme und je ein Spartenkanal für "Information und Kultur" sowie für "Sport" sind Ziel.

ORF 1 im Wettbewerb

- ORF 1 soll sich mitten im Wettbewerb mit den privaten, internationalen Sendern positionieren. "Kreativer, unverwechselbarer und innovativer Content österreichischer Provinienz soll dabei im Mittelpunkt" stehen.
- ORF 2 soll sich auf nationalen und regionalen Content konzentrieren. Österreichische Produktionen, Kultur und Lebensart, das Motto.
- ORF.at soll ein starkes österreichisches und kostenfrei zugängliches Online-Angebot im "globalen" Wettbewerb bleiben.
- Teletext soll sich Richtung Web öffnen.

Show me the money

Der ORF fordert die Refundierung jener Gelder vom Staat, die bisher unter "Gebührenbefreiung" laufen. Das soll die öffentlich-rechtliche Struktur erhalten. Ohne Werbung ghet es allerdings nicht, sonst müsste das regionale Programm drastisch gekürzt werden. Ziel ist es, bis 2013 ein ausgeglichenes Finanzergebnis zu erzielen. Eine valide Finanzvorschau sei allerdings aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Prognosen nicht möglich, erklärt der ORF-Chef. Das Konzept sieht daher verschiedene Szenarien vor. Einnahmenseitig setzt Wrabetz auf zusätzliche Gelder aus der Refundierung der Gebührenbefreiungen. Mit Hilfe dieser zusätzlichen Mittel wolle er "in österreichisches Programm und damit in die heimische Filmwirtschaft investieren".

Wrabetz: "Ja, ich will"

Auf die Frage, ob ORF-General Alexander Wrabetz davon ausgehe, den Großteil des vorgelegten Konzepts noch selbst als ORF-Generaldirektor umsetzen zu können, meinte der Medienmanager: "Natürlich will man - will ich - ein solches Papier auch umsetzen. Das ist kein Konzept, das man jetzt irgendwo in den Tresor legen kann, es muss vielmehr vom ersten Tag an vorbereitet und umgesetzt werden. Aber darüber entscheidet nun erst einmal der Stiftungsrat." Dieser müsse diskutieren, "wo es Zustimmung gibt und wo noch Ergänzungsbedarf herrscht".

Quelle: http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/367096/index.do

4.Text aus dem DiePresse online vom 22.08 2007

Ein verlorenes Jahr

22.08.2007 | 18:27 | GASTKOMMENTAR VON FRANZ MEDWENITSCH (Die Presse)

Im ORF ist von zukunftsweisenden Strategien – die er heute dringender bräuchte denn je – im Moment nichts zu hören und auch nichts zu sehen.

Was bleibt nach einem Jahr Alexander Wrabetz als Generaldirektor des ORF? Dieses Thema hat die veröffentlichte Meinung in den vergangenen Tagen geprägt und war auch Gegenstand von Beiträgen und Kommentaren in dieser Zeitung. Wer eine Zusammenschau der Beiträge und Analysen zum einjährigen Dienstjubiläum des ORF-Generaldirektors vornimmt, den wird überraschen, dass es dabei vorwiegend um einzelne TV-Formate geht. Um das eine oder andere neue Magazin, um „Extrazimmer“, die Absetzung von „Mitten im Achten“ und die eine oder andere Änderung an einem bestehenden Format. Mit anderen Worten, es geht um – Stückwerk.

Und genau das hat das erste Jahr von Alexander Wrabetz auch geprägt. Von zukunftsweisenden Strategien – die der ORF heute dringender bräuchte denn je – ist nichts zu hören und auch nichts zu sehen. Dabei besteht strategischer Handlungsbedarf an allen Ecken und Enden. Die weitgehend missglückte Programmreform, die wenig sympathische Selbstinszenierung im Vorfeld und der unnötig massive Quoteneinbruch sind auch Ergebnis strategischer Defizite. Beispiel gefällig?

Themenschwerpunkt US-Serien

ORF 1 ist nach dem Ende der ZiB-Durchschaltung zur Abspielstation von TV-Serien amerikanischer Provenienz geworden. Insbesondere der Montag und der Donnerstag formieren einen neuen ORF-Themenschwerpunkt „Amerikanische Kaufserien“. Nach dem Aus für die Sitcom-Soap „Mitten im Achten“ – schon vor ihrem Start hatten Mitglieder der ORF-Gremien davor im Hinblick auf das öffentlich-rechtliche Profil von ORF 1 gewarnt – findet das Publikum nun die bereits mehrfach wiederholte Kaufserie „Malcolm mittendrin“ als Alternativangebot zur ZiB. Und schon wird überlegt, dieser eine weitere Kaufserie folgen zu lassen. Die Frage ist mehr als berechtigt: Wo bleibt eine klare und konzise Strategie für ORF 1, das sowohl österreichischer als auch öffentlich-rechtlicher werden muss? Wo bleibt das offene und ehrliche Angebot an die heimischen Autoren und Filmproduzenten, gemeinsam Stoffe für ORF 1 zu entwickeln?

Hatte Wrabetz in seiner Bewerbung noch richtig befunden, dass die nächsten Jahre entscheidend für die Zukunft des ORF sein werden, so hat er es – zumindest bisher – verabsäumt, nach dieser Erkenntnis auch entschlossen zu handeln. Wie will Wrabetz den ORF in einem digitalen und zunehmend konvergenten Medien- und Technologieumfeld positionieren? Welche klare Zielrichtung schlägt er bei den Spartenkanälen ein? (Zum Vergleich: Das öffentlich-rechtliche ZDF veranstaltet neben seinem Hauptprogramm einen Informations-, einen Dokumentations- und einen Theaterkanal und ist an arte, Phoenix und dem Kinderkanal KIKA beteiligt.) Wie sollen die Chancen, via Internet junge Zielgruppen zu gewinnen, realisiert werden? Wo bleibt die überzeugende Digitalisierungsstrategie des Wrabetz-ORF? (Mehr als die Hälfte der unter 25-Jährigen geben längst nicht mehr das Fernsehen sondern das Internet als Leitmedium an). Wann und in welchen Schritten kommt HDTV?

Chancen durch Digitalisierung

Dazu war im ersten Jahr kaum etwas zu vernehmen. Im Gegenteil: Wenn heute im ORF von der Digitalisierung die Rede ist, dann handelt es sich meist um eine Sündenbock-Debatte. Digitalisierung, das sei das, was den ORF ein oder zwei Prozentpunkte Marktanteil koste. Den Chancen der Digitalisierung nähert sich der ORF im Rückwärtsgang. Der ORF läuft Gefahr, einen Teil der Medienzukunft zu verschlafen, in der für ihn aber viele neue Chancen stecken.

Fundierte Vorschläge zu diesen Grundsatzthemen werden von der Geschäftsführung im Stiftungsrat als Arbeitsschwerpunkt des zweiten Halbjahres einzufordern sein. Derzeit hat aber der für diesen Themenbereich zuständige Online-Direktor nicht einmal ein Durchgriffsrecht auf das tägliche Online-Angebot des ORF, das in eine Tochtergesellschaft ausgegliedert ist. Ein leicht zu lösendes Strukturproblem – entsprechende Entscheidungsfreude vorausgesetzt.

Wenn in dieser Zeitung vergangene Woche kritisiert wurde, dass die ORF-Stiftungsräte „kuschen" und ihrer Aufsichtspflicht nicht kritisch genug nachkommen, dann sei an dieser Stelle angemerkt, dass kritische Aufsicht und Kontrolle derzeit in den Händen einer Minderheit im ORF-Stiftungsrat liegt. Auch wenn man der Mehrheit zugesteht, dass sie sich gerne in der Richtigkeit ihrer Wahlentscheidung bestätigt sehen möchte, so ist es in der Tat befremdend, wenn sich der eine oder andere Stiftungsrat öffentlich mehr als Sprecher der Geschäftsführung in Szene setzt. Als ob ein Casting für weitere ORF-Funktionen zu gewinnen wäre.

Zu befürchten ist: So tief können die Quoten gar nicht fallen und so mittelmäßig könnte der Gesamtauftritt des ORF gar nicht sein, als dass SPÖ-nahe Stiftungsräte „ihren" Generaldirektor nicht weiterhin gegen jede Art von Kritik in Schutz nehmen werden. „Kleinigkeiten", wie der Verlust von bis zu fünf Prozentpunkten Marktanteil und einer knappen Million Tagesreichweite, der Druck auf die Werbepreise und das wachsende Imageproblem des ORF werden da gerne verziehen. Die eingeschlagene Richtung des ORF stimme, sagte unlängst der Generaldirektor zur Verwunderung zahlreicher Experten, und er kann sich darauf verlassen, dass einige im Stiftungsrat reflexartig nicken werden.

Von einem Unternehmen, dessen Kerngeschäft die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit ist, darf man sich aber eine Geschäftsführung mit ausreichendem Wirklichkeitsbezug erwarten. Beim Erkennen der programmlichen, strukturellen und strategischen Defizite wie übrigens auch beim Erkennen des wirklich kritischen Potenzials der Prüfung des ORF durch die EU-Kommission besteht Handlungsbedarf. In Europa kann man sich's eben nicht mehr „richten".

Neue strategische Story gefragt

„Vom Monopol zum Marktführer": Diese strategische Mission hat vor Jahren Gerd Bacher dem ORF verordnet. Der ORF braucht heute eine neue, eine zukunftssichere strategische Story. Derzeit erzählt er uns nur Storys wie „Vom Publikumserfolg zum Quotentief" oder „Vom Stiftungsrat zum Kommunikationschef". Die strategische Bedeutung des ORF als österreichischer und europäischer Programm-Anbieter auf unterschiedlichen technologischen Plattformen muss endlich entwickelt werden. Statt sich wochenlang damit zu beschäftigen, wer ORF-Korrespondent in Rom wird. Oder wie man die Gunst der Printmedien wiedererringen kann. Und was die angeblich „wiedererrungene Glaubwürdigkeit" der Information betrifft, so hat das Publikum diese nie in Frage gestellt. Sondern nur jene, die sich in Sachen ORF ins Spiel bringen wollten. Jetzt spielen sie – und das nicht gut. Niemand darf sich wundern, wenn Kenner meinen, das erste Jahr von Alexander Wrabetz war ein verlorenes Jahr für den ORF.

Dr. Franz Medwenitsch ist Geschäftsführer des Verbandes der österreichischen Musikwirtschaft und Sprecher des ÖVP-Freundeskreises im ORF-Stiftungsrat.

Quelle: http://diepresse.com/text/home/kultur/medien/324932

5.Text aus dem DiePresse online vom 13.12. 2006

Pius Strobl: Warum denn nichts werden?

13.12.2006 | 00:00 | VON ISABELLA WALLNÖFER (Die Presse)

Analyse. Pius Strobl bekommt einen Top-Job im ORF. Ein Verzicht?

"Es geht doch nicht um Posten!", pflegte der grüne Stiftungsrat Pius Strobl zu sagen, wenn er darauf angesprochen wurde, welchen ORF-Sessel denn die Grünen - immerhin Königsmacher von Alexander Wrabetz als ORF-General - für sich zu beanspruchen gedenken. Nun gibt es doch einen Top-Job für einen Grünen - und zwar für Strobl selbst. Er wird ab 1. Jänner Marketing- und Kommunikationschef des ORF - und wechselt damit nahtlos vom Aufsichtsgremium in die Chefetage. Folge: Kritik von Rot und Schwarz. Strobls Kommentar: "Darf nur ein Grüner nix werden?" Leises Unbehagen aber selbst in den eigenen Reihen: Strobl habe immer polarisiert.

Vor allem deshalb, weil er Geschäfte macht. Auch mit dem ORF. 1999 übernahm er das Kulturcafé im Radio-Gebäude in der Argentinierstraße. Der ORF veranstaltet dort Pressekonferenzen, Veranstaltungen, Konzerte und macht Werbung - Strobls Gesellschaft naschte gastronomisch mit. Auch als er wieder Stiftungsrat wurde. Was man ihm - nur hinter vorgehaltener Hand - gerne vorwirft. Jetzt will Strobl die Gesellschaft, die das Café betreibt, verkaufen.

Auch die PS Consulting Communications, seine Agentur für Öffentlichkeitsarbeit und PR, will er schließen. Die 10%-Beteiligung an der Lobbyingfirma Trimedia verkauft er an seinen Mitgesellschafter Christof Zernatto. "Ich bin auch einer von drei Pächtern der Tribüne Krieau - meine Mitgesellschafter kaufen die Anteile." Die bereits stillgelegte Event-Agentur Start Produktion GesmbH will Strobl liquidieren. Seine Beteiligung an der Gastronomie-Gesellschaft Fünferbräu hat er "schon vor ein paar Wochen verkauft". "Ich habe auch ein paar Wohnungen. Die behalte ich - als Pensionsvorsorge."

Die Geschäftsführung der Valcom GesmbH (Telefondienste) hat er zurückgelegt, als er Stiftungsrat wurde. Das Recht auf Fußball-Übertragungen im öffentlichen Raum hat Strobl 1998 vom ORF erkauft, als er grüner ORF-Kurator war. Damals wunderte er sich: Warum sollte ein quasi Aufsichtsrat des ORF mit diesem keine Geschäfte machen? Das wäre ja, "wie wenn ich Fleischhacker wäre und keine Wurst liefern dürfte". Und schließlich, sagt er heute, habe er das "Big Viewing" "auf eigenes Risiko" gestartet (die Firma hieß Orbit und existiert nicht mehr). "Ich habe meine Existenz riskiert." Und damit vermutlich gut verdient. Bis zur WM-Übertragung 2002, danach "war ich nicht mehr dabei".

Der ORF-Job werde sicher weniger einträglich sein als seine bisherigen Geschäfte, meint Strobl. Unter Stiftungsräten regen sich Zweifel, ob man seine Entsagungen ernst nehmen soll. Um "Strohmann-Aktionen" zu verhindern, wollen ÖVP-Kreise dafür sorgen, dass Strobl künftig genau auf die Finger geschaut wird. Wie etwa bei der Vienna Communications, die Call-Center und Customer Relationship Management betreibt - auch für den ORF ("Starmania"). Dass deren Geschäftsführer ein guter Freund Strobls ist, stößt auch manchem sauer auf . . .

6.Text aus dem DiePresse online vom 15.08. 2007

Pius Strobl: „Ich bin nur ein Sprachrohr“

15.08.2007 | 18:13 | PATRICIA KÄFER (Die Presse)

Vom grünen Stiftungsrat zum mächtigen ORF-Sprecher.

Wien. In dieser Position werde er jedenfalls weniger verdienen als in der Privatwirtschaft: Pius Strobl stieg vergangenen Dezember zum ORF-Kommunikationschef auf. Das sorgte für Empörung: Schließlich hatte er bis dahin die Grünen im Stiftungsrat des ORF, der einem Aufsichtsrat gleichkommt, vertreten – und dort auch immer wieder heftig das System ORF kritisiert.Damals verdiente er sein Geld als Restaurantbesitzer und Event-Manager.

Heute ist er oberster Pressesprecher desselben Unternehmens. Seine Aufgaben beschreibt er so: „ständiger Steuerungsbedarf, Kommunikation, Marketing-Agenden“.

Gendarm im Burgenland

Strobl bringt seit heuer die beiden ORF-Hauptabteilungen Marketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unter einen Hut. Zu seinem Seitenwechsel sagt er, der einst auch Gendarm im Burgenland war: „Als Stiftungsrat war ich dem ORF als Unternehmen gegenüber nie negativ eingestellt. Kritisch war ich gegenüber manchen Entwicklungen und manchen Personen – ein fundierter Kritiker aber, wie ich glaube.“

Allerdings: „Die Zeiten sind vorbei, in denen ich eine eigene Meinung hatte“, so Strobl im Gespräch mit der „Presse“ schmunzelnd. „Nein, im Ernst: Der Unterschied ist: Ich vertrete die Unternehmungsmeinung und bin deshalb zwar selbstverständlich nicht meinungslos geworden“, nach außen vertrete er aber die Meinung der Geschäftsführung: „Ich bin nur ein Sprachrohr.“

Informationsfilter für beide Seiten

Folglich ist es seine Aufgabe als Kommunikationschef, in beide Richtungen (vom Küniglberg und zum Küniglberg) Informationen entsprechend zu filtern – eine mächtige Position. Meist mit dem Motiv, Generaldirektor Alexander Wrabetz gut dastehen zu lassen, das besagt wahrscheinlich auch seine Berufsbeschreibung.

Wie aber sieht er zum Beispiel die Tätigkeiten der übrigen Direktoren? Radio-Direktor Wilhelm Mitsche oder Technik-Direktor Moosmann haben sich schließlich noch gar nicht hervorgetan. „Manchmal ist es eine besondere Qualität, aus einem Bereich nichts zu hören – das heißt dann oft auch, dass es da keine Probleme gibt“, sagt Strobl.

Das Gegenbeispiel stellt Zentralbetriebsratsobmann Heinz Fiedler: Als vergangene Woche Ex-ORF-Generaldirektoren, darunter Monika Lindner und Gerd Bacher, forderten, das Wahlrecht der fünf Betriebsräte im Stiftungsrat abzuschaffen, unterstellte Fiedler dem abwesenden ORF-Sprecher, er habe diese Diskussion vom fernen Urlaubsort aus angestiftet.

Ist das wahr? „Nein. Ich verlange einen Widerruf von Heinz Fiedler. Das ist eine vollkommen unhaltbare Behauptung.“ Außerdem sei Fiedler der für ihn zuständige Betriebsrat, weil seine Stelle in der Generaldirektion angesiedelt ist. Strobl führt die Feindseligkeit auf alte Dissonanzen zurück: „Ich bin nicht mehr Stiftungsrat.“ Immerhin wird noch miteinander kommuniziert: „Wir führen derzeit einen regen Schriftverkehr.“

Wer aber könnte dann die Diskussion entfacht haben? ORF-Insider glauben, es gibt interne Stichler. „Ja, dieser Theorie könnte ich einiges abgewinnen“, sagt auch Strobl. Der ORF sei ja immer schon damit konfrontiert gewesen, transparent sein zu müssen. Dabei: „Es gibt niemanden, dem das augenscheinlich nutzt.“ Der Ursprung der Diskussion könnte auch die Betriebsratswahl im November sein, glaubt der ORF-Sprecher. Strobl war früher für die SPÖ tätig und 1986 Gründungsmitglied der Grünen; dort stieg er bis zum Bundesgeschäftsführer auf.

Strobl trifft Van der Bellen

Wie stark spielt seine politische Färbung heute eine Rolle? „In meinem Job? Genau null! Zum Beispiel habe ich Alexander Van der Bellen zum letzten Mal vor vier Monaten getroffen – auf der Straße.“ Abgesehen davon könnte er mit parteipolitischen Begehrlichkeiten gar nichts anfangen: Insgesamt gebe es im Haus „bloß vier bis fünf Positionen“, in der das Abwehren von Interventionen eine Rolle spielt, Chefredakteure und Hauptabteilungsleiter etwa.

„Natürlich wird angerufen, aber eher hintennach. Früher gab es da so eine Telefonbezeichnung“, spielt Strobl auf das „Moltofon“ an, das Alfred Dorfer dem ORF unterstellte – die Direktverbindung der ÖVP-Führung in die TV-Chefredaktion des ORF unter dem konservativen Werner Mück (heute sitzt dort der als SPÖ-nahe geltende Karl Amon). Strobl: „Das ist nicht mehr, weil die Parteien vorab nichts mehr erfahren.“

7.Text aus kleinezeitung.at vom 11.12. 2008

ORF-Stiftungsrat genehmigte ORF-Budget 2009

ÖVP, FPÖ, BZÖ und Grüne stimmten gegen den Finanz- und Stellenplan.

Erste Infos vor dem Stiftungsrat sind bereits an die Öffentlichkeit gelangt. Foto: APA

Das ORF-Budget für das Jahr 2009 wurde am Donnerstag vom ORF-Stiftungsrat vor allem dank SPÖ-Vertretern und ORF-Betriebsräten genehmigt. Das oberste ORF-Aufsichtsgremium nahm den Finanz- und Stellenplan mit 19 Pro-Stimmen an. Die SP-nahen Vertreter, vier Betriebsräte sowie die unabhängigen Franz Küberl und Paul Lendvai stimmten stimmten dafür, 15 Stiftungsräte von ÖVP, FPÖ, BZÖ und Grünen sowie der unabhängige Stiftungsratsvorsitzende Klaus Pekarek votierten dagegen. Die vom Land Oberösterreich entsandte bürgerliche Margit Hauft enthielt sich.

Negatives Ergebnis. Laut dem von ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz vorgelegten Budget plant der ORF im kommenden Jahr ein negatives Konzernergebnis von minus 29 Mio. Euro. Heuer liegt das Minus bei rund 100 Mio. Euro. Den Sparstift anlegen will der ORF im kommenden Jahr in den Fernsehdirektionen, wo der Sachaufwand um 13 Mio. Euro gesenkt werden soll. Ausstrahlungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten sollen um knapp sieben Mio. Euro reduziert werden. Sparen will der ORF auch bei fiktionalen Großproduktionen und Sportrechten. So ist etwa die Ausstrahlung der Champions League nicht mehr vorgesehen. Einsparungen gegenüber 2008 bringen außerdem der saisonbedingte Wegfall von sportlichen Großereignissen wie der Fußball-Europameisterschaft oder den Olympischen Spielen.

Kritik. Kritik am Budget kam vor allem von den bürgerlichen Stiftungsräten. ÖVP-"Freundeskreis"-Leiter Franz Medwenitsch hält den Budgetplan für "wenig realistisch", die Einnahmenseite sei "zu rosig" dargestellt. Die Kosten für das Sparprogramm trage das Programm. "Ein Gegensteuern, um aus dem permanenten Defizit des ORF zu kommen, ist nicht erkennbar - sprich: Die Ausgaben bleiben höher als die Einnahmen."

"Ambitionierte" Einsparungen. ORF-Kommunikationschef Pius Strobl meinte, die Einsparungen im kommenden Jahr seien "mit mehr als 50 Millionen Euro sehr ambitioniert. Sie stehen wie die gesamte ORF-Tätigkeit unter der Prämisse, dass im Programm für unsere Kunden keine Auswirkungen spürbar sind."

8.Text aus derstandard.at vom 10.11. 2008

Wolfgang Lorenz und das "Scheiß-Internet": "Bin Täter und nicht Opfer"

13. November 2008, 14:25

> Wolfgang Lorenz: "Absurd, dass die Jungen jenseits von Mut und Zivilcourage quasi in den elektronischen Underground abtauchen. Das ist Verlust an gesellschaftspolitischer Relevanz."

Programmdirektor beklagt gegenüber etat.at, dass "Junge jenseits von Mut und Zivilcourage quasi in den elektronischen Underground abtauchen"

Über das "Scheiß-Internet", in das sich die jungen Menschen "verkriechen", schimpfte ORF-Programmdirektor Wolfgang Lorenz wie berichtet in einer Debatte in Graz. Die Diskussion fand im Rahmen des "Elevate"-Festivals statt. Thema: Die Zukunft der Medien.

"Das war ein isoliertes Statement auf eine spezielle Aussage eines Teilnehmers, er interessiere sich nicht für das obsolete Thema 'Atomkraft' anhand des Beispiels 'Der erste Tag'. Darauf die Antwort", rechtfertigt er nun diese Aussage.

"Jenseits von Mut und Zivilcourage"

Wolfgang Lorenz gegenüber **etat.at**: "Ich finde das Internet per se überhaupt nicht Scheiße! Aber ich finde es absurd, dass die Jungen jenseits von Mut und Zivilcourage quasi in den elektronischen Underground abtauchen. Das ist Verlust an gesellschaftspolitischer Relevanz."

Und wieviel Zeit pro Tag verbringt der ORF-Programmdirektor im Netz? Lorenz: "Ich hole aus dem Internet, was ich brauche (und das ist wenig). Also bin ich Täter und nicht Opfer."

Auch ORF-Sprecher Strobl relativiert die "Scheiß-Internet"-Aussage von Lorenz, sie sei ein "Missverständnis" und aus der Debatte heraus entstanden. Strobl verweist freilich auf die zahlreichen Webaktivitäten des ORF. Zur Wortwahl meint er: "Diese Sprache ist nicht die im ORF gebräuchliche". (ae)

Quelle: http://derstandard.at/?url=/?id=1226250835949 vom 10.11.2008

9.Text aus steiermark.orf.at vom 14.11.2005

SPÖ-ÖVP-Kontroverse um ORF-Stiftungsrat

Bereits bei der ersten Arbeitssitzung der neuen Landesregierung am Montag ist es zu einem Konflikt zwischen SPÖ und ÖVP gekommen. Es ging um die Nominierung des steirischen Vertreters im ORF-Stiftungsrat. "Sundl idealer Kandidat"
Nur die SPÖ stimmte für den Merkur-Generaldirektor Alois Sundl, der auf deren Wunsch in Zukunft die Interessen des Landes in diesem Gremium vertreten soll.

Sundl ist seit 16 Jahren bei der Versicherung für Marketing und Vertrieb zuständig und sei daher

der ideale Kandidat, so Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ). ÖVP wollte Ausschreibung
An der Person Alois Sundl habe die ÖVP nichts auszusetzen, so Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer; vielmehr hätte sich die ÖVP eine Ausschreibung dieser Funktion gewünscht. "Unakzeptabel"
"Man kann über Ausschreibungen und Hearings reden, wie man will, wir hatten in den letzten zwölf Jahren immer Ausschreibungen und Hearings, wir hatten Kandidaten, auf die wir uns geeinigt haben, die beiden großen Parteien. Für uns ist die Vorgangsweise, jemand zu nennen und mit uns das Gespräch nicht zu suchen, unakzeptabel", so Schützenhöfer. Voves: "Keine Pseudo-Ausschreibungen"
Er halte nichts von Pseudo-Ausschreibungen, kontere Voves, und er stellte klar, dass sich auch in Zukunft noch einige Veränderungen in Aufsichtsräten ergeben werden.

Quelle: http://steiermark.orf.at/stories/70196/

10.Text aus diepresse online vom 25.02.2008

ORF-Zentralbetriebsrat: Aus für „Betriebsratskaiser“ Fiedler

Gerhard Moser neuer Vorsitzender der ORF-Belegschaftsvertretung.

Seit neun Uhr morgens hatten die frisch gewählten ORF-Zentralbetriebsräte sich am Montag vorab beraten. Denn bei der ersten konstituierenden Sitzung des Rats am frühen Nachmittag wurde schließlich Bedeutendes beschlossen: wer den Vorsitz für die nächsten vier Jahre übernimmt und welche fünf Belegschaftsvertreter in den Stiftungsrat entsendet werden – und damit immerhin ein Siebentel des einflussreichen ORF-Aufsichtsgremiums ausmachen.

Nun ist fix: Die Ära des langjährigen Zentralbetriebsratschefs Heinz Fiedler, der als einer der letzten mächtigen „Betriebsratskaiser“ das Landes galt, hat damit nach der Schlappe bei der Zentralbetriebsratswahl in der vergangenen Woche auch seinen Vorsitz verloren. Damit dürfte auch Fiedlers Einfluss im obersten ORF-Aufsichtsgremium, dem ORF-Stiftungsrat, schwinden. Dort hatte Fiedler bei etlichen Direktorenwahlen im Hintergrund die Fäden gezogen.

Der ORF erhält mit Gerhard Moser und Michael Götzhaber neue Zentralbetriebsratschefs. Darauf haben sich die zwei mandatsstärksten Listen, Mosers „Unabhängige“ und die SP-nahe Liste Götzhabers, geeinigt. Im Rahmen einer Teilzeitlösung wurde Radiobetriebsrat Moser dabei für die nächsten zwei Jahre zum obersten Belegschaftsvertreter der ORF-Mitarbeiter gewählt, danach übernimmt Götzhaber für zwei Jahre die Funktion des Vorsitzenden.

In den ORF-Stiftungsrat werden folgende Personen aus dem Zentralbetriebsrat entsandt: Christiana Jankovics (unabhängig), Gerhard Berti (SPÖ-nah), Heinz Fiedler (ÖVP-nah), Michael Götzhaber (SPÖ-nah), Gerhard Moser (unabhängig). Damit wird im Gremium die Fraktion der Unabhängigen um eine Stimme stärker (auf 4), die der ÖVP-nahen um eine schwächer (auf 12).
trick/apa

Quelle: http://diepresse.com/home/kultur/news/365479/index.do

11. Mitglieder des ORF Stiftungsrates

ORF-Stiftungsrat: Die 35 Mitglieder Stand 15.05.2009

- Gerhard Berti, Zentralbetriebsrat (SPÖ nahe)
- Barbara Blaha, Publikumsrat/Direktwahl (SPÖ nahe)
- Dr. Andreas Braun, Tirol (ÖVP nahe)
- Direktor Mag. Christian Domany, Bundesregierung (ÖVP nahe)
- Mag. Thomas Drozda, Bundesregierung (SPÖ nahe)
- Dr. Rudolf Ertl, Bundesregierung (SPÖ nahe)
- Prof. Heinz Fiedler, Zentralbetriebsrat (ÖVP nahe)
- Dr. Sieglinde Gahleitner, Bundesregierung (ÖVP nahe)
- Mag. Huberta Gheneff-Fürst, Bundesregierung über Vorschlag des BZÖ
- Dr. Harald Glatz, Bundesregierung (SPÖ nahe)
- Ing. Michael Götzhaber, Zentralbetriebsrat (SPÖ nahe)
- Stephanie Graf-Zitny, Publikumsrat/Direktwahl (SPÖ nahe)
- Mag. Dipl.-Ing. Dr. Alexander Hartig, Bundesregierung (ÖVP nahe)
- Präsidentin Margit Hauft, Oberösterreich (ÖVP nahe)
- Christiana Jankovics, Zentralbetriebsrat (unabhängig)
- Prof. Mag. Alberich Klinger, Niederösterreich (ÖVP nahe)
- Ing. Mag. Peter Koren, Bundesregierung über Vorschlag der ÖVP
- Dr. Franz Krainer, Bundesregierung (SPÖ nahe)
- Mag. Karl Krammer, Bundesregierung über Vorschlag der SPÖ
- Präsident Dr. Franz Küberl, Publikumsrat/Kirchen u. Religionsgesellschaften (unabhängig)
- Brigitte Kulovits-Rupp, Burgenland (SPÖ nahe)
- Monika Langthaler-Rosenberg, Bundesregierung über Vorschlag der Grünen
- Univ.-Prof. DI Dr. Leopold März, Publikumsrat/Hochschulen (ÖVP nahe)
- Dr. Franz Medwenitsch, Publikumsrat/Kunst (ÖVP nahe)
- Univ.-Prof. Dr. Siegfried Meryn, Publikumsrat/Direktwahl (SPÖ nahe)
- Dr. Edelbert Meusburger, Vorarlberg (ÖVP nahe)
- Dr. Gerhard Moser, Zentralbetriebsrat (unabhängig)
- Mag. Werner Muhm, Bundesregierung über Vorschlag der SPÖ
- Gen.Dir. Dr. Klaus Pekarek, Kärnten (unabhängig)
- Präsidentin Dr. Helga Rabl-Stadler, Bundesregierung (ÖVP nahe)
- Dr. Peter Radel, Bundesregierung (ÖVP nahe)
- KR Dkfm. Klaus Stadler, Wien (SPÖ nahe)
- Dr. Norbert Steger, Bundesregierung über Vorschlag der FPÖ
- Generaldirektor Alois Sundl, Steiermark (SPÖ nahe)
- Mag. Wolfgang Wörter, Salzburg (SPÖ nahe)

12. APA Meldung vom 18.05.2006

APA0631 5 II 0698 MI Siehe APA0378/18.05 Do, 18.Mai 2006

Medien/Presse/Fernsehen/ORF/Zus

Armin Wolf-Rede bringt ORF in Turbulenzen - Tagesmeldung

Utl.: Anchorman kritisiert ORF-Strukturen und politischen Einfluss - Lindner rüffelt Wolf - ORF-Journalisten klagen über Führung =

Wien (APA) - Für Turbulenzen auf dem Küniglberg sorgt eine Aufsehen erregende Rede von "Zeit im Bild 2"-Moderator Armin Wolf. Wolf kritisierte anlässlich der Robert Hochner-Preisverleihung am Mittwochabend die interne Struktur des ORF sowie politische Einflussnahme von außen. Von ORF-Generaldirektorin Monika Lindner setzte es deshalb am Donnerstag einen Rüffel für die "Brandrede" Wolfs. Von Seiten der ORF-Journalisten gab es hingegen Solidaritätsadressen und heftige Kritik an der Führungsspitze des öffentlich-rechtlichen Senders.

Zu wenig inhaltlicher und redaktioneller Pluralismus, zu "viel Macht in der Hand einer Person", "hemmungslose Einflussnahme politischer Parteien auf den ORF" sowie ein Appell an ORF-Stiftungsräte, sich durch die Politik nicht unter Druck setzen zu lassen - das waren die wesentlichen Eckpunkte der Kritik des ORF-Anchorman, die in der Hofburg mit Standing Ovations bedacht und von Medien als "Hilferuf aus dem ORF" gewertet wurde. ORF-Generaldirektorin Lindner, Wolf sowie Vertreter des ORF-Redakteursrates lieferten sich darauf hin am Donnerstag ein verbales Duell, das man sonst eher aus den politischen Diskussionssendungen des ORF-Fernsehens kennt.

"Die Vorwürfe von Redakteur Armin Wolf gegen Journalistinnen und Journalisten und das Management des ORF betreffend Parteieneinfluss und mangelnde Unabhängigkeit sind entschieden zurückzuweisen, weil sie Teil der politischen Interessenlandschaft sind, in die der ORF gestellt ist", erklärte Lindner, die sich im Sommer der Wiederwahl stellen wird und dabei mit Unterstützung der ÖVP-nahen Stiftungsräte rechnen kann. "Wenn ein Mitarbeiter glaubt, er müsse durch öffentliche Brandreden seinem Namen Ehre machen, so ist dieses Verhalten als unangemessen zurückzuweisen." Lindner warf Wolf "mangelnde Solidarität" und "öffentliche Selbstinszenierung" vor.

Wolf selbst zeigte für die Rüge seiner Chefin Unverständnis. "Ich bedaure sehr, dass die Generaldirektorin des ORF meine gestrigen Worte als 'mangelnde Solidarität' mit dem Unternehmen wahrnimmt. Ich habe meine Rede im Gegenteil eben aus Solidarität mit dem Unternehmen gehalten." Als ORF-Redakteur gegen politische Einflussnahme auf das Unternehmen - aus jeder Richtung - zu protestieren, sollte "eigentlich im Sinne der Unternehmensführung sein", meinte der Anchorman weiter. "Ich bedaure, dass die Generaldirektorin meine Worte 'unangemessen' findet. Aber eine fast unüberschaubare Anzahl an positiven Reaktionen von Kolleginnen und Kollegen aus vielen verschiedenen Abteilungen des ORF seit gestern Abend bestärkt mich zumindest darin, eine Sorge formuliert zu haben, die sehr, sehr viele Journalistinnen und Journalisten im ORF teilen."

Eine Solidaritätsadresse kam denn auch vom ORF-Redakteursrat. "Die Medienresonanz von Wolfs Hochner-Preis-Rede und die daraufhin in geradezu unglaublicher Breite geäußerte Zustimmung ist für die ORF-Journalisten Anlass zur Hoffnung, dass das zum Anstoß einer umfassenden öffentlichen Diskussion über die Notwendigkeit der Sicherung und des Ausbaus der Unabhängigkeit und damit der Glaubwürdigkeit des ORF wird." Der ORF sei zweifellos demokratiepolitisch, kulturell und für die nationale Identität zu wichtig, um seine Aufgaben weiterhin unter untauglichen gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllen zu müssen - "Rahmenbedingungen, die nicht zuletzt parteipolitische Einflussnahmeversuche geradezu herausfordern."

Unverhohlene Kritik übten die ORF-Journalisten an der Führungsspitze des Unternehmens. "Zu nicht unwesentlichen Behinderungen journalistischer Arbeit im ORF gehört auch der Eindruck, den öffentliche Verhaltensweisen führender Repräsentanten des Unternehmens erwecken. Etwa, wenn

bei der Verleihung der wichtigsten österreichischen Journalistenpreise zwar die Crème de la Crème der Medienzunft dieses Landes versammelt war, aber die ORF-Spitze weitgehend durch Abwesenheit glänzte. Unter den Abwesenden auch etliche, die zwei Tage davor bei einer Parteiveranstaltung eifrig applaudierten." Die ORF-Journalisten spielten damit offenbar auf ORF-Generaldirektorin Lindner an, die zu Beginn der Woche eine ÖVP-Parteiveranstaltung besuchte und bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssels Rede zur Lage der Nation hinter Schüssel in der zweiten Reihe saß.

Reaktionen gab es auch aus der Politik. Der Grüne Bundessprecher Alexander van der Bellen hob Wolfs "Mut und Zivilcourage" hervor. Die ORF-Führung stehe vor einer "Nagelprobe", so van der Bellen. BZÖ-Mediensprecher Uwe Scheuch bot sich quasi als Mediator an und appellierte an die ORF-Kontrahenten, die "mediale Schlammschlacht" zu beenden. Die FPÖ fühlte sich durch die Wolf-Kritik bestätigt, Generalsekretär Herbert Kickl sprach von einem "Machtmonopol der ÖVP" im ORF.

Kurt Bergmann, Leiter des VP-Freundeskreises unter den ORF-Stiftungsräten, ortete eine "sehr pointierte Meinung zur Lage des ORF". Über die inhaltlichen Details wolle er mit Wolf gerne persönlich bei einem Kaffee reden. Spirituelle Anleihen nahm der unabhängige ORF-Stiftungsrat und Caritas-Präsident Franz Küberl. Er empfahl die Hochner-Preis-Rede von Wolf als "Meditationstext" für die Medienkommissionen der politischen Parteien.
(Schluss) bru/ks/dru

APA0631 2006-05-18/17:09

Lebenslauf

Juni 2009

Name	Sandra Maierhofer
Geburtsdatum	14.11.1981
Geburtsort	Klosterneuburg
Schulbesuch	BG XIII, Fichtnergasse von 1992 - 2000
Matura	19.06.2000
Studium	2000 - 2001 Psychologie
	2001 - 2002 Publizistik und Politikwissenschaft
	Seit Okt. 2002 Publizistik, Kunstgeschichte und Theater- Film und Medienwissenschaft

Bisherige wissenschaftliche und publizistische Tätigkeiten

17. März 2004	Moderation einer Podiumsdiskussion mit Bundespräsident Dr. Heinz Fischer
Mai 2004	Praktikum an der Universität Klagenfurt bei Prof. Arnold Meyer – Lange „Von der Idee zur Sendung“.
Seit Oktober 2004	Ehrenamtliche Assistentin der Lehrveranstaltung „Von der Idee zur Sendung“ am Wiener Institut für Theater- Film und Medienwissenschaft.
2005, 2006	Veröffentlichung von Artikeln über kulturelle Veranstaltungen der Österreichischen Beamtenversicherung in „ÖBV aktiv“.
21. Oktober 2005	Eröffnung der Ausstellung „Sandra Maierhofer gibt (M)EINBLICK“ – Acrylgemälde, Fotos, Grafiken.
2005 – 2007	Mitarbeiterin des Nachtjournals im ORF Newsroom, Bereich Nachtmonitoring.
9.Juni 2006	Erfolgreicher Abschluss des dreiteiligen ORF Assessment-Centers für Journalisten.
April 2007 – Oktober 2007	Redaktionsmitglied der FI1 im ORF, Abteilung Operationsdesk, Bereich Agenturmonitoring, Contentmanagement und Beitragsgestaltung.
	Stimmbildung bei Werner Stimm, Sprachtraining bei Susanne Roussow, Mikrophonfreigabe.
Oktober 2007 – April 2008	Mitglied der ORF FI1 Auslandsredaktion, Bereich Gestaltung der Meldungsübersicht ZiB2, ZiB24, Beitragsgestaltung ZiB9, 11 und 13 Uhr.
April 2008 – September 2008	Redaktionsmitglied der ORF FI3 während der Großprojekte Euro08 und Peking08, Bereich Beitragsgestaltung.